



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„DER ZWEIBUND IM SPIEGEL DER ANNEXIONSKRISE“

Verfasser

KURT KONRAD PERLIN

angestrebter akademischer Grad

MAGISTER DER PHILOSOPHIE (MAG. PHIL.)

Wien, 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt: Geschichte

Betreuer: Univ. - Prof. Dr. Arnold Suppan

3 - INHALTSVERZEICHNIS

5 - EINLEITUNG

KAPITEL I - GRUNDLAGEN UND KONZEPTE

A - DIE ÄRA BÜLOW - VOM WELTMACHTKONZEPT ZUR KONTINENTALHEGEMONIE

- 7 - der Kanzler auf den Spuren Bismarcks
- 10 - Flottenrüstung und Einkreisungsphobie
- 13 - die Rückkehr zur Kontinentalpolitik
- 14 - Osmanische Ambitionen - Deutschlands Einfluss am Bosphorus
- 15 - Hegemonie zur See - der deutsch-britische Gegensatz

B - ALOIS LEXA VON AEHRENTHAL - RISIKO UND KALKÜL

- 18 - Herkunft und Familie
- 19 - Ausbildung und Werdegang
- 20 - die Berufung ins Amt
- 21 - die politischen Ziele des Ministers
- 23 - Pläne, Konzepte und Strategien
- 26 - Österreich-Ungarns Situation am Balkan

C - DER ZWEIBUND - ZWISCHEN HEGEMONIALEN AMBITIONEN UND REALPOLITISCHEN ZWÄNGEN

- 27- strategische Struktur und sicherheitspolitische Ziele
- 29 - Führungsambitionen im Schatten deutschen Weltmachtstrebens
- 30 - Habsburgs „russische Option“
- 31 - Einkreisungsphobie und Bündnisintensivierung
- 32 - die Armee - Konkurrenz, Korrelation und Zusammenarbeit auf militärischer Ebene

KAPITEL II - VON DER OKKUPATION ZUR ANNEXION

A - DIE MAKEDONISCHEN REFORMEN

- 35 - Münzsteg - die Grundlage der österreichisch-russischen Zusammenarbeit am Balkan
- 40 - die Internationalisierung des Reformprogramms
- 45 - Reval - auf dem Weg zur britisch-russischen Annäherung
- 49 - die Jungtürkische Revolution

B - HABSBURGS IMPERIALISTISCHE ZIELE AM BALKAN

53 - Hoffungsgebiet „Balkan“

55 - das Sandschakbahnprojekt

61 - internationale Reaktionen auf das Bahnprojekt

62 - Eigeninteresse oder Fremdbestimmung - Positionierung im Schatten des Bahnprojekts

KAPITEL III - DIE ANNEXIONSKRISE

A - MACHTERWEITERUNG MIT HINDERNISSEN

66 - militärstrategische und machtpolitische Überlegungen

71 - diplomatische Vorbereitungen - der russische Faktor

75 - serbische Irredenta - Belgrads „großserbischer“ Traum

77 - unter dem Druck der Ereignisse

81 - am Vorabend der Annexion - Buchlowitz und die letzten Hürden

B - DIE ANNEXION BOSNIENS UND DER HERZEGOWINA

85 - Arrondierung mit Folgen

86 - die Reaktion der europäischen Mächte

94 - die Konferenzinitiative des Zarenreiches

98 - österreichisch-osmanische Verhandlungen - die Übereinkunft mit Konstantinopel

101 - Serbiens vehemente Kompensationsforderungen

103 - der „casus foederis“ - Vorbereitungen zum Krieg

109 - „hopp oder dropp“ - am Höhepunkt der Bosnienkrise

115 - EPILOG

118 - ZUSAMMENFASSUNG

121 - LITERATUR

123 - ABSTRACT

124 - LEBENSLAUF

EINLEITUNG

Mit dem definitiven Rückzug als Hegemonialmacht im Laufe des 19. Jahrhunderts, sowohl aus Deutschland, als auch aus Italien, verblieben dem im Inneren durch latente Nationalitätenkonflikte geschüttelten Habsburgerreich lediglich die Regionen des Balkans als die letzten Hoffungsgebiete zur Ausweitung seines staatlichen Machtbereichs. Vor allem die offensichtliche Auflösungstendenz des osmanischen Reichs eröffnete der Monarchie eine erfolgsversprechende Perspektive, seine Stellung als Großmacht zu konsolidieren und gegebenenfalls zu erweitern. Angesichts der Verleihung des Okkupationsmandats für die beiden osmanischen Provinzen Bosnien und Herzegowina im Verlauf der Verhandlungen des Berliner Kongresses von 1878 schien sich der eingeschlagene Weg für Österreich-Ungarns Führungsspitze auch grundsätzlich zu bestätigen. Unwissentlich für Wien, als auch für die anderen Signatarmächte, wurde mit dieser Entscheidung der Auftakt zu einer Entwicklung eingeleitet, an dessen Ende der Ausbruch des 1. Weltkriegs stand.

Der Wunsch Österreich-Ungarns, die Provinzen nach dem Auslaufen des dreißig jährigen Okkupationsmandats zu arrondieren, erscheint unter diesem Gesichtspunkt als logische Folge einer zwingenden Konsequenz. In dieser Hinsicht bildete daher die Annexion der beiden osmanischen Vilajets durch Habsburg zweifelsohne eine signifikante Etappe auf dem Weg zu einer radikalen Umgestaltung des stabilen Mächtegleichgewichts in Europa.

Die Bosnienkrise von 1908 - 1909 stellt demzufolge eine deutliche Zäsur mit weitreichenden Folgeerscheinungen dar. Die Ereignisse rund um den außenpolitisch riskanten Schritt der Monarchie zogen insofern nicht nur einen Schlußstrich unter die mehr oder minder erfolgreiche zehnjährige österreich-russische Zusammenarbeit am Balkan, sondern sie führten darüberhinaus auch zum Aufbau eines unüberbrückbaren Interessenskonflikts in den Beziehungen der beiden Reiche. Vor dem Hintergrund der eskalierenden deutsch-britischen Spannungen bezüglich der Vormachtstellung im Vorderen Orient, ebenso wie des Umfangs des deutschen Flottenprogramms oder der globalen wirtschaftspolitischen Konkurrenz, entwickelte sich die „Balkanfrage“ zu einer allumfassenden, prestigeträchtigen Angelegenheit vom Ausmaß einer gesamteuropäischen Dimension. Denn in dem Maße, wie sich während des beinahe sechsmonatigen diplomatischen Tauziehens eine tiefgreifende politische britisch-russische Annäherung abzuzeichnen begann, vertiefte sich die Kooperation des Bündnisses der Mittelmächte. Kohärenzen und Korrelationen der Zweibundpartner in den entscheidenden Phasen der Krise stehen daher im Mittelpunkt dieser Arbeit.

Mit der Bestellung von Baron Alois Lexa von Aehrenthal trat eine dynamische Persönlichkeit aus der Gefolgschaft des Thronfolgers auf das internationale politische Parkett dieser Epoche. Im Zuge dessen zeigte es sich schon kurz nach seiner Ernennung, dass dieser Mann die eindeutige Absicht verfolgte, der Reputation Habsburgs neuen Schwung und Elan zukommen zu lassen. Dementsprechend ließ Aehrenthal bereits vor seiner Amtsübernahme Tendenzen, Pläne und Konzepte erkennen, die nicht unbedingt im Einklang mit den außenpolitischen Zielen des Bündnispartners standen. Infolgedessen erfuhr das Bündnis durch die Realisierung seiner Konzepte einen internen Wandel, der nicht immer einer objektiven Beurteilung von Außen standhalten konnte. Die Führung innerhalb des politischen Teilbereichs der Zweibundstrukturen waren dabei nicht immer eindeutig zu erkennen. Für die Regierungen der außenpolitisch relevanten europäischen

Metropolen blieb demzufolge streckenweise die Frage offen, welchem der maßgeblichen Protagonisten in Wien oder Berlin die jeweiligen Initiativen, Entscheidungen, bzw. auch Beschlüsse, zuzuordnen waren. Fehlinterpretationen und subjektive Situationsbeurteilungen auf allen Ebenen und quer durch alle Lager, waren die Folge. Am Ende der Bosnienkrise ließ dann gerade jene veränderte Wahrnehmung der Politik der Mittelmächte die Art von Polarisierung zu, die im Anschluss an die Ereignisse in einem Bündnis zwischen England, Frankreich und dem zaristischen Rußland mündete.

Die folgende Untersuchung ist primär auf der diplomatischen Ebene angesiedelt. Im Zentrum der Arbeit soll dabei sowohl die außenpolitische wie auch die diplomatische Interaktion der Mittelmächte stehen. Demzufolge gilt es hierzu jene Mechanismen aufzuzeigen, die zu einem erfolgreichen Abschluß der Annexionskrise für den Zweibund geführt haben. Um ein besseres Verständnis der Ausgangslage der Zweibundpartner vor der Annexion Bosniens und der Herzegowina zu ermöglichen, beschäftigt sich ein Teil dieser Untersuchung mit den jeweiligen außenpolitischen Konzepten, Zielen und Motiven der Zweibundstruktur, sowie den maßgeblichen Persönlichkeiten. Um eine möglichst objektive Bewertung der politischen Hintergründe gewährleisten zu können, muß demzufolge auch den außenpolitischen Zielvorstellungen der europäischen Mächte, allen voran dem zaristischen Rußland und Großbritannien, der entsprechende Raum, im Rahmen dieser Arbeit, zugewiesen werden.

Die methodische Grundlage dieser Arbeit bildet „der Vergleich“. Dieser Zugang ermöglicht es auf den spezifischen Bereichen der vorhandenen Forschungsergebnisse aufzubauen und wichtige Teilaspekte zu integrieren. Dementsprechend bildet die diplomatische Korrespondenz der jeweils Verantwortung tragenden Politiker, Diplomaten, Regierungsmitglieder, etc., während der Annexionskrise den Quellenschwerpunkt.

KAPITEL I - GRUNDLAGEN UND KONZEPTE

A - DIE ÄRA BÜLOW - VOM WELTMACHTKONZEPT ZUR KONTINENTALHEGEMONIE

DER KANZLER AUF DEN SPUREN BISMARCKS

Am Ende des 19. Jahrhunderts waren die außenpolitischen Ziele der bismarckschen Ära erreicht. Das Deutsche Reich schien seinen Platz als gleichberechtigter Partner im europäischen Mächtekoncert durchaus eingenommen zu haben. Sowohl die sozialen, als auch die gesellschaftlichen Bereiche des jungen Kaiserreichs, konnten auf einer stabilen Ebene etabliert werden. Deutschland ging weltweit daran sein intellektuelles, wissenschaftliches und ökonomisches Potential auf vielfältige Art und Weise gewinnbringend um- und einzusetzen. Trotz alledem hatte sich die Bevölkerung, wie auch die Regierenden, schon bald an das Erreichte gewöhnt.¹ Den Vorgaben der Zeit entsprechend, schien daher die logische Konsequenz aus diesem Umstand, eine aktive Ausweitung der „deutschen Gleichberechtigung“ zu betreiben. Offensichtlich und gegen alle früheren Bedenken zum Trotz, sollte dies auf einem Gebiet erreicht werden, wo man in Berlin vom Kaiser abwärts glaubte „zu kurz“ gekommen zu sein - nämlich im Bereich der „Weltpolitik“. Der Kanzler stellte in diesem Zusammenhang fest: [...] „Die Verbindung zwischen Politik und Volkswirtschaft ist in unserer modernen Zeit eine innigere als in der Vergangenheit. Die modernen Staaten reagieren mit ihrer inneren wie mit ihrer auswärtigen Politik unmittelbar auf die Schwankungen und Veränderungen des hochentwickelten wirtschaftlichen Lebens, und jedes bedeutsame wirtschaftliche Interesse drängt alsbald in irgendeiner Weise zum politischen Ausdruck. Der Welthandel mit allen Lebensinteressen, die von ihm abhängen, hat unsere Weltpolitik notwendig gemacht.“ [...] ² In ungeduldiger Erwartung auf die Realisierung imperialistischer Träume wurden die ersten Schritte in Richtung „Weltmacht“ gesetzt. So wurde unter anderem ein geheimes Flottenprogramm initiiert.³ Die deutschen Politiker mit dem jungen Kaiser an der Spitze, schlugen mit diesem Vorgehen die Maxime Bismarcks offensichtlich in den Wind. Mehr noch, die neuen außenpolitischen Direktiven Wilhelm II. standen im eindeutigen Widerspruch zur bewährten Außenpolitik des „eisernen Kanzlers“. Denn Bismarck hielt sich in Bezug auf imperialistische Ambitionen weitgehend zurück. Er ging in seine Überlegungen dabei grundsätzlich davon aus, dass die fehlende Erfahrung auf dem weiten Feld imperialer Agitation das junge Deutsche Reich in erhebliche Schwierigkeiten bringen könnte.⁴ Im Zuge einer aggressiven Expansionspolitik würde Deutschland unweigerlich auf eine traditionelle Kolonialmacht treffen und über kurz oder lang mit deren Interessen kollidieren. Unkalkulierbare Konflikte wären die Folge.

Wie die zum Teil schmerzhaften Erfahrungen der Vergangenheit bewiesen, befand sich das junge Kaiserreich im Herzen Europas darüberhinaus in einer prekären geopolitischen Lage. Sowohl an seiner West- als auch Ostgrenze standen mit Frankreich und Rußland zwei Mächte parat, die jederzeit zu einer potentiellen Gefahr werden konnten. Wenngleich die traditionelle Beziehung

1 - Schöllgen Gregor, Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage 1871 - 1914. München 1984. S.184f

2 - Bülow, Bernhard Fürst von, Deutsche Politik. Berlin 1916. S. 56

3 - Hildebrand Klaus, Deutsche Außenpolitik 1871 - 1918. München 1989. S 33

4 - Afflerbach Holger, Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg. Wien, Köln, Weimar 2002. S.218 - 227

zu Habsburg weitgehend auf einer konfliktfreien Basis zu funktionieren schien, war sich Bismarck durchaus bewußt, dass sich auch von dieser Seite eines Tages ein nicht unwesentlicher Konflikt-herd entwickeln könnte. Bismarck trug daher in seinen außenpolitischen Entscheidungen den Umstand Rechnung, dass die Existenz Deutschlands zu einem nicht unerheblichen Teil vom Wohlwollen der umliegenden europäischen Großmächte abhing. Im Rahmen seiner Richtlinien galt es zudem auch den militärischen Faktor in diese Kalkulation mit einzubeziehen. Die militärischen Strukturen Deutschlands waren Großteils die einer traditionellen europäischen Landmacht. Im Zuge einer imperialistischen Betätigung wäre notwendiger Weise der Aufbau einer schlagkräftigen Flotte notwendig geworden, wollte man nicht scheitern. Dieses Vorhaben wäre nach Bismarck neben den hohen Kosten, auch angesichts der Geographie Deutschlands nur mit erheblichen Schwierigkeiten zu realisieren gewesen. Nach Abwägung der Fakten, war der Reichskanzler daher nicht bereit ein derartiges Risiko einzugehen. Wußte er doch, [...] „dass eine erste Militärmacht zu Lande und zugleich eine See- und Kolonialmacht ersten Ranges zu sein, die Kräfte eines jeden Staates übersteigt.“ [...] ⁵ Nach dem Abgang Bismarcks war allerdings weder der Kaiser noch die ihn umgebende deutsche Führungs- und Militärelite bereit, sich dieser Beurteilung anzuschließen. Vom zeitgenössischen deutschen Standpunkt bedeutete Großmachtpolitik nicht nur sich ökonomisch in einer führende Position behaupten zu können, sondern primär und vor allem, einen prestigeträchtigen Platz als Weltmacht einnehmen zu müssen. ⁶ Allen pessimistischen Prognosen zum Trotz, forcier-ten gerade die unerwarteten anfänglichen Erfolge der deutschen Großmachtpolitik noch weitere, tiefgreifendere Pläne.

Das Ziel des Weltmachtkonzepts war die Etablierung des Deutschen Reiches als europäische, sowie überseeische Hegemonialmacht, nach britischen Vorbild. Dieses globalpolitische Programm wurde maßgeblich von Bernhard Fürst von Bülow in seiner Eigenschaft als Deutscher Reichskanzler in der Zeit von 1897 bis 1906 verfolgt. ⁷ Bülows außenpolitisches Konzept sah vor, England entgegenzutreten, um Deutschland einen Platz an der Sonne zu verschaffen.

Im Zentrum der diesbezüglichen Überlegungen stand dabei eine ernsthafte militärische Auseinandersetzung des zaristischen Rußlands mit dem Empire. Vor allem in Anbetracht der zunehmenden Spannungen zwischen beiden imperialen Mächten in Asien, schien eine derartige Entwicklung durchaus denkbar. Die deutschen Pläne sahen für dieses Szenarium vor, in einem günstigen Moment für Rußland zu optieren. In der Folge sollte dann gemeinsam mit den russischen See- und Landstreitkräften das Britische Imperium zum Einsturz gebracht werden. Die Realisierung dieses Plans hing vorwiegend von der Reaktion der Briten ab, aber auch von dem deutschen Vermögen, den kontinuierlichen Aufbau ihrer Flotte so lange wie möglich geheim zu halten. Diese „Angst“ entdeckt zu werden, beeinflusste des Weiteren die Politik Bülows und die des Kaisers zu einem hohen Maße, bis zum Ausbruch des Weltkriegs. Dabei gab es „das Gespenst“ eines englischen „Präventivkriegs“ gegen Deutschland nie. Weder die Konservativen noch die liberalen Londoner Kabinette setzten sich vor 1914 ernsthaften mit einer militärischen Konfrontation mit dem Deutschen Reich auseinander. Bülow unterlag somit, bis zum scheitern seines „Weltmachtkonzepts“ im Jahr 1906, einer groben Fehleinschätzung der tatsächlichen politischen Realitäten. Angesichts der Verfolgung weltpolitischer Ambitionen geriet das Gespür für die Entwicklung gegnerischer Koalitionen auf dem Kontinent verloren. Seine Überzeugung, dass [...] „Nur auf der Basis europäischer

5 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 183

6 - Ebenda, S. 186

7 - Winzen Peter, Bernhard Fürst von Bülow. Weltmachtstrategie ohne Fortune - Wegbereiter der großen Katastrophe. Göttingen, Zürich 2003. S 96f

Politik können wir Weltpolitik treiben. Die Erhaltung unserer starken Position auf den Festlande ist heute noch wie in der Bismarckischen Zeit Anfang und Ende unserer nationalen Politik.“ [...] geriet durch die folgenden Ereignisse zunehmend in Bedrängnis. Die Großmachtpolitik Deutschlands trug erheblich dazu bei, dass der „Spagat“ zwischen Sicherungs- und Weltmachtpolitik allmählich in einer ernsthaften politischen Isolation mündete. Zudem konnte die so sehr befürchtete Bildung einer übermächtigen Koalition in Europa nicht verhindert werden und wurde schlußendlich bittere Realität.⁹

So sehr sich das Deutsche Reich rund um die Jahrhundertwende sukzessiv in eine Isolation manövrierte, so sehr unternahm Großbritannien mehr und mehr Anstrengungen, diese zu verlassen.¹⁰ Der unterschwellig geführte Kampf um die Hegemonie zwischen dem Empire und Deutschland, schien über kurz oder lang, in einer ernsthaften Krise zu münden. Im Rahmen dieser Entwicklung muß Bülows ideologischer Einstellung ein gewisser Faktor beigemessen werden. Bülow war nämlich ein glühender Anhänger des deutschen Historikers Heinrich von Treitschke, und stand im vollen Einklang mit dessen Ideen. In den militanten Texten Treitschkes gegen England, die im diametralen Gegensatz zu einer überaus amikalen Haltung gegenüber Rußland standen, fand sich Bülow bestätigt.¹¹ Bereits während seiner Schulzeit entwickelt Bülow eine unüberwindliche Aversion gegenüber Großbritannien. Sein Bild über das Empire bestand dabei, im großen und ganzen, aus Vorurteilen und Klischees, die er im Laufe seines Lebens nicht mehr revidierte. Diese Ablehnung trug mit Sicherheit zu einer negativen Beeinflussung seiner Politik gegenüber England bei.¹² Seine Vorliebe für das Zarenreich war dagegen unübersehbar. Bereits während seiner Diplomatenzeit in St. Petersburg mußte sich der junge Bülow kritische Anmerkungen bezüglich seines Verhältnisses zu Land und Leuten gefallen lassen. Selbst im Spannungsfeld der deutsch-russischer Gegensätze plädierte er noch für eine „Vernunftfehe“ zwischen Berlin und St. Petersburg.

Doch weit mehr als seine entgegengesetzte Haltung gegenüber diversen europäischen Mächten, spiegelten sich Treitschkes Gedanken zur „Nationalen Idee“ in Bülows Politik wider. Der von Treitschke und Bülow vertretene neudeutschen Nationalismus bildete im Kern die Umschreibung einer politischen Anschauung, die sich strikt gegen Kosmopolitismus und Partikularismus richtete und in deren Folge darüberhinaus imperialistische Elemente Einzug fanden. Diese Ideologie hob die kulturellen und historischen Leistungen der „Deutschen“ hervor, indem sie die psychische Stärke der „teutonischen Rasse“ besonders betonte. [...] „Der Verzicht auf Weltpolitik wäre gleichbedeutend gewesen mit einem langsamen, sicheren Verkümmern unserer nationalen Lebenskräfte.“ [...] Mit diesen Worten rechtfertigte der deutsche Kanzler später seine Entscheidungen. Den Krieg betrachtete Bülow als legitimes Mittel zur Wahrung der „nationalen Ehre“, als eine von „Gott gesetzte Ordnung“ und zudem als eine historische Notwendigkeit.¹⁴ In diesem Zusammenhang vertrat er bereits 1889 die (prophetische) Auffassung, dass [...] „alle Kräfte der Nation, die militärischen wie die sittlichen, zusammenfassen und zusammenhalten müssen für die großen Entscheidungskämpfe, die uns trotz unserer bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit gehenden Friedensliebe schwerlich erspart bleiben werden.“ [...] ¹⁵

8 - Bülow, Deutsche Politik, S. 54

9 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 186

10 - Ebenda, S.179

11 - Winzen, Bernhard Fürst von Bülow, S. 43

12 - Ebenda, S. 28f

13 - Bülow, Deutsche Politik, S. 55

14 - Winzen, Bernhard Fürst von Bülow, S. 43

15 - Ebenda, S. 50

Wage und undeutlich erschienen bereits 1887 die ersten Vorboten zukünftiger Ereignisse am außenpolitischen Horizont. In diesen Jahren mehrten sich die politischen Anzeichen für eine russisch-französische Annäherung so sehr, wie das deutsch-russische Verhältnis einem absoluten Tiefpunkt entgegen zu steuerte schien. Bülow war in dieser Situation einer der wenigen deutschen Diplomaten, die auf eine mittelfristige Wiederannäherung Rußlands an das Deutsche Reich vertrauten. Als Alternative stand lediglich ein opferreicher, blutiger Vernichtungskrieg im Raum, den allerdings keiner der verantwortlichen Politiker zu diesem Zeitpunkt verantworten wollte. Trotz der Bündnissituation wurde in diesem Fall auch eine Einigung mit St. Petersburg auf Kosten Österreich-Ungarns in Erwägung gezogen. Im Gegensatz zu seiner absolut loyalen Haltung zu Habsburg während seiner Kanzlerschaft, hatte Bülow im Rahmen seiner Tätigkeit im Auswertigen Dienst, eine Option für Rußland und gegen Österreich-Ungarn nie ganz ausgeschlossen.¹⁶

FLOTTENRÜSTUNG UND EINKREISUNGSPHOBIE

Bülow's Ernennung zum Reichskanzler erfolgte im Oktober 1900.¹⁷ Während in Europa die diplomatischen Aktivitäten in Richtung möglicher Bündniskonstellationen wiesen, stand die Politik Bülow's in der Anfangszeit eindeutig unter dem Primat der Flottenrüstung. Kaiser, Kanzler und der 1897 zum Staatssekretär im Reichsmarineamt ernannte Alfred von Tirpitz waren sich am Beginn des Jahrhunderts darüber einig, dass der Traum von der dominanten Weltmacht nur im Zusammenhang mit einem bedingungslosen Festhalten an der deutschen Seerüstung zu realisieren sei. Die deutsche Flottenrüstung sollte grundsätzlich als ein Instrument der Abschreckung und der Machtprojektion gelten,¹⁸ primär aber, der außenpolitische Machtfaktor, gegen eine gegen Großbritannien gerichtete Politik, sein.¹⁹ Daher wurden vorderhand sämtliche politischen Ziele dieser Strategie untergeordnet. Bülow's Weltmachtkonzept und das Flottenrüstungsprogramm von Admiral Tirpitz mutierten zur dominanten deutschen innen und außenpolitischen Konstanten dieser Zeit. Um die horrenden Summen zum Aufbau der Flotte aufbringen zu können, verstand es der Kanzler, die Stützen der Gesellschaft für seine Pläne zu gewinnen. In einem innenpolitischen Kraftakt gelang es Bülow desweiteren, die Industrie innenpolitisch zu stärken und sämtliche relevanten politischen und ökonomischen Kräfte hinter seinen Richtlinien zu versammeln.²⁰ In weiten Bereichen der deutschen Gesellschaft hatte sich daraufhin schon bald das Bild einer glorreichen, besseren Zukunft einmütig und hoffnungsvoll verankert.

Selbstbewußt und geblendet von der eigenen Stärke, wurde daher im Mai 1903 eine jegliche Warnung in bezug auf eine britisch-französische Verständigung, neben dem russisch-französischen Zweibund, in Berlin, als unvereinbar und jeglicher Grundlage entbehrend, verworfen.²¹ Im Rahmen der deutschen Außenpolitik gab es keinen Platz für derartige Szenarien. Zu diesem Zeitpunkt hielt zudem der Großteil der deutschen Politiker und Diplomaten eine englisch-französische Einigung in Marokko für genauso unwahrscheinlich, wie eine britisch-russische Verständigung in Asien. Die erste Hälfte des Jahres 1904 brachte dann ein wildes auf und ab der politischen Empfindungen

16 - Winzen, Bernhard Fürst von Bülow, S. 39

17 - Spickernagel Wilhelm, Fürst Bülow. Hamburg 1921. Seite 17

18 - Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1871 - 1918, S. 33

19 - Winzen, Bernhard Fürst von Bülow, S. 68f

20 - Ebenda, S. 96

in Deutschland. Durch den Eintritt Rußlands in den Krieg mit Japan schien für Berlin mit einem Mal die Gefahr einer Konfrontation mit dem Zarenreich zu schwinden. Diese kurzfristige Atempause wurde jedoch mit einem relativ heftigen politischen Paukenschlag beendet. Denn am 8. April 1904 unterzeichneten Frankreich und Großbritannien einen Vertrag, der als „Entente Cordiale“ in die Geschichtsbücher eingehen sollte. Damit mußten die Politiker in Berlin schmerzhaft erkennen, dass die europäische Mächtekonstellation in eine neuen, für Deutschland ungünstige Phase eingetreten war.

Trotz der traditionellen Differenzen war es den beiden Ländern völlig unerwartet gelungen, eine Annäherung im beidseitigen Interesse und zu Ungunsten der Mittelmächte zu erwirken. Schmerzhafte um so mehr, da gerade im Bereich der „Weltpolitik“ eine Verständigung erreicht wurde, in der Deutschland seit Jahrzehnten, mehr oder weniger erfolgreich versuchte, Fuß zu fassen.²² Die Reaktion des deutschen Reichskanzlers auf den französisch-britischen Vertrag waren im ersten Augenblick noch durchaus positiv. Berlin bemühte sich den Eindruck zu vermitteln, dass es von deutscher Seite keinerlei Bedenken gäbe. Die deutsche Regierung würde diese Entwicklung vor allem unter dem Blickwinkel der Aufrechterhaltung des Weltfriedens zur Kenntnis nehmen. Die positive Grundstimmung wurde jedoch innerhalb kürzester Zeit von der Befürchtung abgelöst, [...] „dass dem englisch-französischen Abkommen demnächst eine englisch-russische Verständigung folgen werde.“ [...] ²³

In der Folge konzentrierte sich die deutsche Außenpolitik darauf, die gerade entstandene „Entente Cordiale“ zu untergraben, und eine russisch-britische Annäherung zu verhindern. Die seit der Jahrhundertwende latent krisenhaften Entwicklungen rund um Marokko schienen dafür einen lohnenden Hintergrund anzubieten. Grundsätzlich standen in Marokko territoriale und maritime Interessen der europäischen Mächte auf dem Spiel. Deutschland erhob für den Fall einer Auflösung des Sultanats Ansprüche auf den südlichen Küstenstreifen von Rabat bis Agadir. Am Anfang des Jahrhunderts war das Deutsche Reich jedoch noch äußerst darum bemüht, den Aufbau seiner Flotte in Ruhe bewerkstelligen zu können, ohne dabei in größere Konflikte zu geraten. Deshalb wurde ein Versuch Englands, Gebiete am Mittelmeer mit welchen am Atlantik zu tauschen, mit der mit Besorgnis möglicher französischer Gegenmaßnahmen abgelehnt. Für Berlin galt es den Status quo in dem Sultanat solange aufrecht zu erhalten, bis die deutsche Flotte einen Machtfaktor darstellte. Im wesentlichen orientierten sich die deutschen Bemühungen an dem Gedanken die Kluft zwischen Frankreich und Großbritannien so lange wie möglich aufrecht zu erhalten um im Falle der Auflösung des Sultanats einen „Großen Teil“ des nordafrikanischen Landes in Besitz nehmen zu können.²⁴ Durch den Abschluß der „Entente Cordiale“ wurden fast alle diesbezüglichen deutschen Kalkulationen über Nacht obsolet. Die Ausgrenzung deutscher Weltmachtinteressen wurde darüber hinaus noch durch die Tatsache unterstrichen, dass Berlin, weder von London noch von Paris, über den Abschluß eines Vertrags unterrichtet wurde, der die Aufteilung nordafrikanischer Regionen in französische und britische Interessensgebiete zum Inhalt hatte. Das französisch-britische Abkommen mit russischer Billigung bedeutete somit einen herben Rückschlag für die deutschen Weltmachtambitionen. Angesichts der Ereignisse fühlte sich das Deutsche Reich in seiner „Würde“ als Großmacht schwer erschüttert und sah sich zur Ergreifung adäquater Gegenmaßnahmen gezwungen.

21 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S.179

22 - Ebenda, S.188

23 - Ebenda, S.188

24 - Winzen, Bernhard Fürst von Bülow, S. 102

Am 31. März 1905 landete der Deutsche Kaiser in Tanga. Dabei ging es weniger um die deutsche Stellung in dem zerfallenden nordafrikanischen Land, sondern um die internationale Reputation des Deutschen Reiches als Weltmacht. Mit dem für die deutsche Öffentlichkeit gekonnt in Szene gesetzten Eintreten des Kaisers für die Unabhängigkeit Marokkos, versuchte Berlin anschaulich seine Weltmachtstellung zu demonstrieren.²⁵ Von weiteren Maßnahmen wurde nach gewissenhaften Erörterungen mit dem Reichsmarineamt und in Anbetracht der „unberechenbaren“ Haltung der Briten, Abstand genommen. Die deutsche Führung wollte durch eine mögliche Konfrontation die offensichtlich einsetzenden Isolation des Reiches nicht zusätzlich forcieren.

Im Hinblick auf die Ereignisse entwickelte Berlin fieberhaft diplomatische Initiativen, um eine weitere, engere Bindung zwischen Frankreich und Großbritannien zu verhindern. Dabei waren die deutschen Überlegungen grundlegend von taktischen Motiven geleitet. Vor dem Hintergrund der schweren Niederlage Rußlands gegen Japan bei Tschuchima, fand im Juli 1905 ein Treffen zwischen Wilhelm II und dem russischen Zaren in Björkö statt.²⁶ Den Gesprächen lag der deutsche Versuch zu Grunde, das Zarenreich und damit auch indirekt Frankreich, zur Bildung einer Kontinentalliga gegen Großbritannien zu gewinnen.²⁷ Mit Paris wurde eine Verständigung bezüglich der Marokkofrage angestrebt. Zum einen, da Berlin eine Verbesserung seiner Beziehungen zu Paris für wichtiger erachtete, als die Wahrung seiner Interessen in Marokko. Zum anderen, um Frankreich zu einer wohlwollenden Haltung gegenüber einer deutsch-russischen Verständigung zu gewinnen.²⁸ Doch alle diesbezüglichen Versuche scheiterten. Weder konnte mit Frankreich eine gütige Einigung bezüglich der Differenzen in Marokko erzielt werden, noch gelang es der deutschen Diplomatie, eine britisch-russische Allianz vorzubeugen und das Empire zu einer Annäherung an das Deutsche Reich zu zwingen.

Um in dieser Situation überhaupt einen außenpolitischen Erfolg für sich verbuchen zu können, verfolgte die deutsche Regierung mit Nachdruck den Plan einer internationalen Konferenz, um zumindest die marokkanischen Angelegenheit zu einer in ihrem Sinne vorteilhaften Regelung zuzuführen.²⁹ Zu diesem Zweck trafen sich die Signatarmächte der Madrider Konvention von 1880, die für die vollen Unabhängigkeit Marokkos und eine wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Nationen gebürgt hatten.³⁰ Die Konferenz entwickelte sich jedoch in eine ganz andere Richtung als die deutsche Führung ursprünglich erwartete. Das Resultat der Konferenz von Algeciras war für das Deutsche Reich mehr als ernüchternd. Denn anstelle der von Deutschland angestrebten Verurteilung Frankreichs, wurden dessen Vorrechte in Marokko sogar noch sanktioniert.³¹ Bülow mußte im Laufe der Verhandlungen zu seiner Enttäuschung und seinem Entsetzen feststellen, dass außer Österreich-Ungarn alle anderen Mächte - einschließlich Italien - die französische Position unterstützten. Als Ende der Konferenz Berlin auch noch zu realisieren begann, dass ihr Vorhaben, die

25 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S.190

26 - Winzen, Bernhard Fürst von Bülow, S. 107

27 - Im Zuge des Treffens kam es dann auch zu der Unterzeichnung eines deutsch-russischen Defensivbündnisses. Da sich das Abkommen auf eine militärischen Beistandspflicht lediglich auf Europa beschränkte, zeigte sich der Reichskanzler - vor dem Hintergrund seines Weltmachtkonzepts - damit nicht einverstanden. Er bot daraufhin dem Kaiser auch seinen Rücktritt an. Es stellte sich nach kurzem allerdings heraus, dass das Abkommen von geringen politischen Wert war. Denn der Zar konnte von seinen Außenpolitischen Beratern von der Unvereinbarkeit des abgeschlossenen Vertrags mit dem russisch-französischen Bündnis überzeugt werden - in, Winzen, Bernhard Fürst von Bülow, S 107)

28 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S.191

29 - Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1871 - 1918, S. 35

30 - Konferenz von Algeciras fand vom 16. Jänner bis 7. April 1906 statt.- in, Winzen, Bernhard Fürst von Bülow, S. 104)

31 - Winzen, Bernhard Fürst von Bülow, S. 104

Annäherung Rußlands an die französisch-britische Entente zu verhindern, ebenfalls zu scheitern drohte, schien die diplomatische Niederlage perfekt. Denn der neue russische Außenminister setzte eindeutige Signale in Richtung pro-britischer Verständigung. Izvolskij kündigte Verhandlungen mit Großbritannien bezüglich der offenen Fragen des Osmanischen Reichs, Persien, Afghanistan und Tibet betreffend, an.³² Grundsätzlich brachte eine britisch-russische Annäherung in Asien Vorteile für beide Staaten. Einerseits konnte London seinen politischen Einfluß in Europa vergrößern, und Rußland bekam dadurch Zeit, sich von der Niederlage im russisch-japanischen Krieg zu regenerieren und sich wieder vermehrt seinen europäischen Interessen zu widmen.³³

Nach Algeciras stand das Deutsche Reich völlig unvermutet vor den Trümmern seiner Weltmachtambitionen. Die deutsche Führung war sich durchaus der Tatsache bewußt, dass innerhalb der europäischen Mächte starke Kräfte am Werk waren, die eine verstärkte Zusammenarbeit als [...] „ein Produkt der gemeinsamen Abneigung gegen Deutschland“ [...] ³⁴ betrachteten. Unverkennbar hatten die Nachbarn Deutschlands das Netz einer Koalition um das Reich gezogen und Berlin fand sich unversehens in einer internationalen Isolation wieder.³⁵ Nur wenige relevante politische Kräfte in Deutschland schlossen sich der Meinung an, [...] „daß nicht zuletzt ihre eigenen „weltpolitischen“ Aktivitäten zu dem Wunsch Englands, Frankreichs und Rußlands nach einer Annäherung und zwar in kolonialen, also die „Weltpolitik“ betreffenden Fragen geführt hatten.“ [...] ³⁶ Entgegen allen Prognosen hielt die 1904 zwischen Frankreich und Großbritannien abgeschlossene „Entente cordiale“ allen deutschen Störversuchen stand, die derart in einem kompletten politischen Debakel für Berlin endeten.³⁷

DIE RÜCKKEHR ZUR KONTINENTALPOLITIK

Während sich der deutsche Reichskanzler noch am Ende des Jahres 1905 weigerte, die politischen Realitäten anzuerkennen, gewann im Laufe der Konferenz von Algeciras die neue europäische Mächtekonstellation zunehmend an Format. Diese Phase kontinentaler Bündnispolitik erschien im Licht eines deutlichen Einschnitts des traditionellen Kräftespiels, das mit einer offensichtlichen internationalen Isolation Deutschlands einher ging.³⁸ In der Folge erwuchs in Bülow die bittere Erkenntnis, dass sein Weltmachtkonzept zunehmend ins Abseits geriet. In Anbetracht der Umstände leitete er dann im Mai 1906 eine grundlegende Um- und Neuorientierung der deutschen Außenpolitik ein. Im Zentrum seiner Bemühungen sollte nunmehr der Ausbau bzw. die Absicherung der kontinental-europäischen Machtstellung des Kaiserreichs stehen.³⁹

Die Kehrtwendung Bülows bedeutete gleichzeitig eine Rückbesinnung und Wiederaufnahme der bismarckschen Kontinentalpolitik. Mit diesem Vorgehen wurden unmittelbar hierzu auch die Weichen für zukünftige Entwicklungen gestellt. Auf der Grundlage der veränderten Rahmenbedingungen

32 - Valentin Veit, Deutschlands Außenpolitik von Bismarcks Abgang bis zum Ende des Weltkrieges. Berlin 1921. S. 74

33 - Oncken Hermann, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs. Zweiter Band, Leipzig, München, Berlin, 1933. S. 608

34 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 180

35 - Winzen, Bernhard Fürst von Bülow, S. 104

36 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 180

37 - Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1871 - 1918, S. 35

38 - Skriván Ales, Schwierige Partner. Deutschland und Österreich-Ungarn in der europäischen Politik der Jahre 1906 - 1914. Hamburg 1999. S. 28

39 - Winzen, Bernhard Fürst von Bülow, S. 108f

erfolgte desweiteren ein Prioritätenwechsel innerhalb des rüstungspolitischen Bereichs. Das Primat der Flotte sollte nunmehr dem Primat der Armee weichen. Zunächst noch ohne Wissen des Kaisers, wickelte Bülow bedingungslose Unterstützung des Flottenausbaus der Bemühung, die Schlagkraft der deutschen Armee zu erhöhen. Denn der Kanzler vertrat ab diesem Zeitpunkt verstärkt die Meinung, dass sich das zukünftige Schicksal Deutschlands, vor allem zu Lande entscheiden werde. In der Situation einer zunehmenden politischen Isolation wurde das teilweise vernachlässigte deutsch-österreichische Bündnis mit einer unerwarteten, intensiven Neubelebung bedacht. Das Bündnis mit Österreich-Ungarn wurde nunmehr zum Fundament der „Neuen“ deutschen Außenpolitik. Die Wurzeln für die Renaissance des Zweibunds liegen hierbei, einerseits im loyalen Verhalten der Monarchie während der Konferenz, wo sich mit Österreich-Ungarn die einzige europäische Macht auf die Seite Deutschlands stellte.⁴⁰ Andererseits, bedingt durch die Niederlage im Krieg mit Japan, die angedeutete russische Kehrtwendung der Außenpolitik und eine Neuorientierung in Richtung Europa.⁴¹

Allerdings, anstatt das vorhandene Konfliktpotential zu verringern, stieg mit diesem Schritt die Gefahr für das Deutsche Reich, maßgeblich in eine gesamteuropäische Krise involviert zu werden. Denn mit der engen Anbindung an den Vielvölkerstaat, dessen innere Beschaffenheit von Problemen nur so strotzte, drohte eine damit verbundene außenpolitische Ausrichtung auf den Balkan; - einer Region, nach dessen Niederlage in Asien das besondere Interesse Rußlands galt. Und zu diesem Zeitpunkt schickte sich die orientalische Frage auch schon schön langsam an, via Südosteuropa, ins Zentrum des europäischen Interesses zu rücken. Gregor Schöllgen führt im Rahmen seiner Ausführungen das Scheitern der deutschen „Weltpolitik“ nicht nur auf Ignoranz und Unerfahrenheit zurück,⁴² sondern zudem auch auf das britische Vermögen, die traditionell britisch-russischen Spannungen in der orientalischen Peripherie auf Deutschland zu transferieren. Das deutsche Vorgehen nach Algeciras stand daher im Mittelpunkt einer Entwicklung, die nicht nur die russisch-deutschen Beziehungen belastete, sondern auch mittelfristige Auswirkungen auf den außenpolitischen Spielraum der Donaumonarchie mit sich brachte. Im Sinne dieser Einschätzung lavierte Deutschlands Außenpolitik in der Folge bis zum Ersten Weltkrieg rund um zwei machtpolitisch gravierende Schwerpunkte. Das war zum einen die Rivalität zu Großbritannien im Rahmen der deutschen Flottenrüstung, und zum anderen, die zunehmende Verwicklung in eine krisenhafte Entwicklung am Balkan, die sich im Rahmen der deutschen Orientpolitik widerspiegelte.

OSMANISCHE AMBITIONEN - DEUTSCHLANDS EINFLUSS AM BOSPORUS

Am Ende des Jahrhunderts hatte die deutsche Wirtschaft das Osmanische Reich als neuen Hoffungsmarkt für seine Industrieprodukte entdeckt.⁴³ Obwohl die Auflösungstendenzen „des kranken Mann am Bosphorus“ ziemlich offensichtlich waren, wurden die Osmanen zu einem vorrangigen Ziel des deutschen Imperialismus. Berlin profitierte bei seinen Bemühungen von der Tatsache, dass der englische Imperialismus zu diesem Zeitpunkt in vielen Regionen in einem diametralen Gegensatz zu den russischen Interessen stand. Aufgrund seiner geostrategischen Lage als exponierte Brücke zwischen Europa und Asien, sowie seiner offensichtlichen politischen und

40 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 194

41 - Ebenda, S. 187

42 - Ebenda, S. 183

43 - Winzen, Bernhard Fürst von Bülow, S. 80f

militärischen Schwäche, wurde Konstantinopel zunehmend zu einem Spielball der europäischen Mächte um Macht und Einfluß.⁴⁴ In dieser Konstellation war Rußland der „Totfeind“ der Osmanen, während sich das Empire für die osmanische Integrität einsetzte. Vor der Jahrhundertwende wurde demzufolge die offensichtliche Konkurrenz der beiden Mächte, von der deutsche Außenpolitik als Chance verstanden, ihre eigenen imperialistischen Ambitionen gezielt zu verstärken. Binnen kürzester Zeit konnte sich Deutschland dank forcierter Investitionen auf Platz drei der Gläubigerländer vorarbeiten. Durch die Reorganisation des osmanischen Militärs, durch deutsches Fachpersonal, profitierte vor allem die Rüstungsindustrie, im Rahmen voller Auftragsbücher, und konnte daraus ein de facto Monopol für Waffen- und Munition errichten. Für Berlin standen allerdings die Bahnprojekte innerhalb des Osmanischen Reiches, im Zentrum der deutsch-osmanischen Zusammenarbeit. Bereits 1890 baute die Deutsche Bank im Rahmen der von ihr gegründeten Anatolischen Eisenbahngesellschaft, die ersten anatolischen Verbindungen in Richtung Mesopotamien. Für das Deutsche Reich war der Weiterbau der „Bagdadbahn“ von enormen nationalen aber auch geopolitischen Interesse, sollte doch der Verkehrsweg nach seiner Vollendung die kürzeste Verbindung von Europa nach Indien sein.

Berlins Einfluß im Osmanischen Reich ist dabei eng mit den Ereignissen des Jahres 1903 verknüpft. In diesem Jahr war es nämlich gelungen, die „heißersehnte“ Konzession zum Bau der Bagdadbahn zu erwerben. Dieser Schritt bedeutete nun die Möglichkeit zur Umsetzung der „Achse Berlin-Bagdad“, die zu diesem Zeitpunkt einen lebenswichtigen politischen, sowie wirtschaftlichen Faktor im Rahmen deutscher Weltmachtpolitik einnahm.⁴⁵ Das Projekt barg jedenfalls von Beginn an erheblichen internationalen politischen Sprengstoff in sich. So war es beispielsweise den deutschen Betreibern nicht gelungen, ausländische Investoren, namentlich aus England, Frankreich oder Rußland, zu einer finanziellen Beteiligung an dem Projekt zu gewinnen. Dadurch verpaßte die Regierung in Berlin eine gute Gelegenheit, gerade diejenigen europäischen Konkurrenten, die ein fundamentales Interesse in dieser Region hatten, zu einer wohlwollenden Haltung gegenüber ihren Plänen zu gewinnen. Die strikte Ablehnung des Projekts und die dadurch verbundenen prognostizierten Konsequenzen dieser Entwicklung betraf vor allem die Briten. Neben einer latenten russisch-britischen Gegnerschaft entstand nun durch das Deutsche Reich eine neue Bedrohung in einer Weltregion, die als neuralgischen Punkt des Britischen Empire empfunden wurde.⁴⁶ Vor allem in der britische Öffentlichkeit wurde das offensive außenpolitische Vorgehen Berlins, als eine weitere Etappe des deutschen Strebens nach „Weltgeltung“ interpretiert. Demgegenüber sah die britische Regierung im deutschen Expansionsdrang nicht nur eine Bedrohung ihrer existenziellen Interessen im Mittleren Orient, sondern befürchtete auch eine zunehmende Verschiebung hinsichtlich des europäischen Mächtegleichgewichts.⁴⁷

HEGEMONIE ZUR SEE - DER DEUTSCH-BRITISCHE GEGENSATZ

In Anbetracht der Vielzahl an potentiellen Krisenherden hatte das deutsche Flottenprogramm in den Anfängen auf der britischen Insel keine weitere Beachtung gefunden. Weder die Gefahr

44 - Valentin, Deutschlands Außenpolitik, S. 74f

45 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 177

46 - Valentin, Deutschlands Außenpolitik, S. 74

47 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 178

eines Wetttrüstens noch die einer realen Bedrohung der Vorherrschaft auf den Weltmeeren, durch eine starke deutsche Marine, schien im Bereich der Möglichkeit.⁴⁸ Das Blatt begann sich allerdings entscheidend zu ändern, als das Zarenreich, durch seine Niederlage im Krieg gegen das erstarkende Japan, als ernstzunehmender Machtfaktor im europäischen Mächtegefüge mittelfristig ausfiel.⁴⁹ Die daraus resultierende enorme innenpolitische, sowie militärische Schwächung Russlands, rückte daraufhin das deutsche Flottenprogramm in das unmittelbare britische Interesse. Fast über Nacht wurde London gezwungen, eine grundlegende Umbewertung des europäischen Gleichgewichtssystems vorzunehmen.⁵⁰ - [...] „Bisher war von der britischen Regierung bei aller Kritik an der deutschen Außenpolitik im einzelnen das Reich nie als totale Bedrohung des europäischen Balance-Systems empfunden worden, da Rußland und Frankreich als starke, mitunter gar als zu starke Gegengewichte gegen Deutschland (und Österreich-Ungarn) in Europa , zudem als Haupttrivalen in Übersee, eingeschätzt wurden. Die ebenso unerwartete wie schwerwiegende Niederlage Rußlands im Kriege gegen Japan, die die ganze Schwäche des zaristischen Regimes und seiner Armee enthüllte und für längere Zeit auch den gänzlichen Ausfall der russischen Ostseeflotte als Bindemittel wenigstens für einen Teil der deutschen Flotte mit sich brachte, ließ in britischer Sicht Rußland auf absehbare Zeit als bedeutsamen Machtfaktor in Europa ausscheiden. Sie verlieh Deutschland ein als bedrohlich empfundenen Übergewicht, so dass die Stützung der Gegner Deutschlands auf dem europäischen Kontinent nunmehr primäres britisches Interesse wurde.“[...] ⁵¹

Als unmittelbare Folge stellte die Royal Navy im Frühjahr 1906 zudem einen neuen Schiffstyp in Dienst. Dieser sollte die britische Überlegenheit zur See noch deutlicher unterstreichen . Mit der Dreadnought-Klasse glaubte die britische Admiralität auch eine ultimative Antwort auf die deutschen Marineambitionen gefunden zu haben. Und tatsächlich, die deutsche Marine wurde von dem neuen, stärkeren und vor allem um ein vielfaches teureren Schiffstyp dermaßen überrascht, dass zwischen 1905 und 1907 kein Kriegsschiff in Bau ging.⁵² Der britische Plan hatte allerdings einen verhängnisvollen Haken. Denn auch andere Seemächte musterten ihre obsoleten Schiffe aus und begannen, nach und nach, ihre Streitkräfte auf den modernen Schiffstyp umzurüsten. Dadurch ergab sich eine vollkommen neue Situation im Kräfteverhältnis auf See. Die deutsche Seite verstand diese Situation als ernste Herausforderung und schuf im Mai 1906 die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu einer erheblichen Ausweitung des Flottenprogramms. Im Sommer 1907 begann dann das Deutsche Reich mit dem Bau von vier Schiffen der Dreadnought-Klasse, und ging dazu über, den jährlich Bau weitere Schiffe zu planen. Die deutschen Rüstungsmaßnahmen führten natürlich zu einer erheblichen Verschlechterung der Beziehungen zu London. Daran konnte auch die Tatsache nichts ändern, dass der Konfrontationskurs Willhelms II. nicht im vollen Einklang mit den politischen Zielen des Reichskanzlers - dialogbereit zu bleiben und in der Frage der Flottenrüstung auf Zeitgewinn zu setzen - stand.⁵³

Obwohl die britische Marine im Verhältnis 4 : 1 den Deutschen überlegen war, machte sich in der Folge eine irrationale Panik in der britischen Öffentlichkeit breit. Sowohl die Briten als auch die Deutschen gingen daraufhin dazu über, die „andere Seite“ für das Anwachsen der Rüstungsspirale, die im übrigen das Deutsche Reich zu seinen Gunsten zu entscheiden beabsichtigte,

48 - Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs, S. 612ff

49 - Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1871 - 1918, S. 35

50 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 192

51 - Ebenda, S. 192

52 - Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs, S. 612ff

53 - Ebenda, S. 620

verantwortlich zu machen.⁵⁴ Die Briten sahen in der Aufrüstung der deutschen Seestreitkräfte einen ungerechtfertigten Angriff auf ihre Souveränität, sowie eine Bedrohung der britischen Hegemonie zur See.⁵⁵ Im Gegensatz dazu betonte der deutsche Kanzler den rein defensiven Charakter der Marine, hob das Recht Deutschlands hervor, eine schlagkräftige Flotte zu unterhalten und wies darüberhinaus alle britischen Anschuldigungen entschieden zurück. Moderate Töne aus London, die Problematik einer einvernehmlichen Lösung zuzuführen, wurden nicht erwidert. In Bezug auf eine zaghafte britisch-deutsche Annäherung unterlag der Kaiser einer kompletten Fehleinschätzung der Lage als er im Oktober 1906 sogar meinte, [...] „Es wird sich nichts in Englands Haltung ändern, als bis wir zur See so stark sind, dass wir wünschenswerte Bundesgenossen werden.“ [...] ⁵⁶ Mitte des Jahres 1907 erfolgte eine britisch-russische Verständigung, wobei es den beiden Mächten gelang, sich im Rahmen einer Konvention Großteils über ihre Gegensätze in Asien zu einigen.⁵⁷

Diese Übereinkunft ließ in Deutschland die Befürworter einer Politik der Stärke gegenüber dem Empire, deutlich an Einfluß gewinnen. In der Folge zementierte sich die deutsche Haltung deutlich spürbar weiter ein. Deutschlands Außenpolitik wurde zunehmend von einer „Einkreisungsphobie“ geprägt, die wiederum das Resultat der auf den Flottenbau basierenden provokativen Haltung des Deutschen Reiches war. Ein „circulus viciosus“ war die Folge, der den Graben zwischen den europäischen Mächten immer unüberwindlicher anwachsen ließ. In dieser Situation ignorierte die deutsche Führung geradezu die Gefahr, dass die Demonstration einer Politik der Stärke bei den europäischen Mächten geradezu das Gegenteil bewirkte; nämlich eine zunehmende deutsche Ablehnung und Isolation. Der „Einkreisungsring“ bestehend aus England, Frankreich und Rußland wurde spürbar enger. Infolgedessen nahm der Plan einer etwaigen gewaltsamen Durchbrechung „des eisernen Rings, der um Deutschland geschmiedet werden sollte“⁵⁸ zunehmend Gestalt in den Köpfen der deutschen Führung an. Selbst diplomatische Bemühungen auf höchster politischer Ebene konnten den deutschen Kaiser nicht zu einer Verlangsamung des Flottenbautempos bewegen. Auch die britischen Versuche, Österreich-Ungarn als Vermittler zu gewinnen, scheiterten.⁵⁹

Obwohl dann 1908 offensichtlich wurde, dass das von Tirpitz verfolgte Flottenprogramm aus außen- sowie innenpolitische Gründen im vollen Umfang nicht realisierbar erschien⁶⁰ beharrte Wilhelm II. weiter auf seinen Standpunkt [...] „Mit dem Flottenbau von einem Recht der Souveränität Gebrauch zu machen,“ [...] um im Einklang mit der deutschen Flottenpropaganda die Frage zu stellen [...] „wer in der Welt will den dem großen deutschen Volke verbieten, eine Flotte zu bauen!“ [...] ⁶¹ Für das Bündnis bedeutete die deutsche Haltung in der Flottenfrage im Sommer 1908 allerdings trotz allem eine entscheidende Einschränkung ihrer politischen Flexibilität. Denn durch die entschiedene Weigerung Deutschlands in einen Dialog mit den europäischen Mächten zu treten, wurde speziell Britannien in seinem Vorhaben bestärkt, ein gegen die Mittelmächte gerichtetes System von Ententen aufzubauen, mit dem Ziel, dem Deutschen Reich und somit auch Österreich-Ungarn, überall und mit allen Mitteln, den Weg zu verstellen.⁶²

54 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 193

55 - Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs, S. 614

56 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 195

57 - Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1871 - 1918, S. 35

58 - Winzen, Bernhard Fürst von Bülow, S. 110

59 - Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs, S. 618

60 - Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1871 - 1918, S. 34

61 - Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs, S. 619

62 - Ebenda, S. 620

B - ALOIS LEXA VON AEHRENTHAL - RISIKO UND KALKÜL

HERKUNFT UND FAMILIE

Die Familie Aehrenthal entstammte keineswegs altem böhmischem Adel. Laut den Untersuchungen des amerikanischen Historikers Salomon Wank liegen die familiären Wurzeln vermutlich ab dem letzten Viertel des 17. Jahrhunderts in und um Pribram und sind katholisch-tschechischen Ursprungs. Sie waren in erster Linie kleine Landwirte und Handwerker.⁶³ Die Erhebung der Familie aus dem Bürgertum in den einfachen Adelsstand fand erst 1790 durch Kaiser Leopold II. statt und resultierten aus den Leistungen Johann Anton Lexas. Sozial reüssierte er als erfolgreicher Getreidehändler und als Armeelieferant. Auf seiner Geschäftstüchtigkeit beruhte in der Folge nicht nur der gesellschaftliche Aufstieg der Familie, sondern er legte dadurch auch den Grundstein für die ökonomische Basis der Aehrenthals als böhmische Großgrundbesitzer und Agrarindustrielle. Der weitere, kontinuierliche soziale Aufstieg der Familie als prägender Bestandteil des öffentlich-politischen Lebens Böhmens und auch Österreichs fand dann etappenweise in den darauffolgenden Jahren statt. 1792 erfolgte die Ernennung in den Reichsritterstand, 1805 das böhmische Inkolat und 1828 die Aufnahme in den österreichischen Freiherrenstand.

Adelshierarchisch gesehen stieg Johann Baptist Lexa von Aehrenthal, der Vater des späteren k. u. k. Außenministers, durch seine Heirat mit der Gräfin Maria Thun-Hohenstein, die gesellschaftliche Leiter hinauf. Dem Beispiel seines Vaters folgend und dem adeligen Heiratsverhalten seiner Zeit entsprechend, ehelichte auch Alois eine Frau aus einem hierarchisch übergeordneten Adelsgeschlecht. Seine Wahl fiel dabei auf die um einiges jüngere ungarische Gräfin Paula Széchényi, die er 1902 als 48-jähriger heiratete.⁶⁴ Aus der Ehe gingen zwei Mädchen und ein Junge hervor.⁶⁵

Die Familie seiner Mutter, ein altes, ursprünglich aus Südtirol stammendes Geschlecht, gehört mit zum inneren, führenden Kreis des böhmischen Hochadels.⁶⁶ Im Einklang mit den politischen Interessen der Familie Thun war Aehrenthals Vater führend in der verfassungstreuen böhmischen Großgrundbesitzer-Bewegung engagiert. Diese politische Gruppe gehörte zu jenem Bereich des österreich-ungarischen politischen Spektrums, dem im Ringen um den Erhalt des traditionellen dualistischen Systems gegen den wachsenden deutschen Nationalismus und gegen föderalistische Bestrebungen innerhalb der Monarchie eine bedeutende Rolle zukam.⁶⁷ Neben einer Reihe innerparteilicher Funktionen war Johann Aehrenthal bis zur Wahlniederlage seiner Partei, die 1883 zum Ausscheiden der verfassungstreuen Fraktion aus den Prager Landtag führte, maßgeblich in die böhmische Innenpolitik involviert.⁶⁸ Als Anerkennung für seinen parteipolitischen Einsatz, um die Aufrechterhaltung konservativ-staatsrechtlicher Richtlinien, wurde ihm die Geheimratswürde verliehen.

Die ökonomische Absicherung der Familie bildeten die zwischen 1793 und 1821 erworbenen Güter Groß-Skal/ Hrubá Skála bei Turnau/ Turnov und Doxan/ Doksany bei Theresienstadt/ Terezin in Nordböhmen. Die Bewirtschaftung der Güter erfolgte in einer Mischung aus gewerblich-

63 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 18

64 - Adelgasser Franz, Die Aehrenthals. Eine Familie und ihre Korrespondenz 1872 - 1911. Band I (1872 - 18959), Wien, Köln, Weimar 2002. S. 28

65 - Molden Berthold, Alois Graf Aehrenthal. Sechs Jahre äußere Politik Österreich-Ungarns. Stuttgart und Berlin 1917. S. 19

66 - Adelgasser, Die Aehrenthals, S. 17f

67 - Somogyi Eva, Aehrenthals Reformbestrebungen 1906-1907, in: Österreichische Osthefte-Jahrgang 30, Wien 1988. S. 61

68 - Adelgasser, Die Aehrenthals, S. 22f

industrieller und landwirtschaftlicher Nutzung. Die tiefe Verbundenheit mit der Lebensart eines Großgrundbesitzers manifestierte sich bei Alois, wie bei seinem Vater und Großvater, in der Liebe zur Pomologie. Wo immer es ihm möglich war, besuchte er Gartenbauausstellungen und Veredelungsanstalten, um Samen und Jungpflanzen zu erwerben, die er dann zum Anpflanzen auf eines der Güter sandte. Das Leben der Aehrenthals richtete sich nach dem typischen, saisonal bedingten Jahresablauf einer grundbesitzenden adeligen Familie, dessen Abschnitt in traditioneller Weise in drei Teilen festgelegt war. Der jährlich gleichbleibende Zyklus wurde zumeist von regelmäßigen Kuraufenthalten, Jagdteinladungen, sowie Verwandten- bzw. gesellschaftlich bedingten Besuchen bei benachbarten Gutsbesitzern, etc., unterbrochen.

AUSBILDUNG UND WERDEGANG

In dieses gesellschaftliche Ambiente wurde Alois Leopold Baptist Baron Lexa von Aehrenthal am 27. September 1854 in Groß-Skal geboren.⁶⁹ Seine schulische Grundausbildung erhielt er als Externist am Kleinseitner Gymnasium. Bereits in frühen Jahren sagte man dem Knaben nach, ein weiches Gemüt zu haben, lernbegierig und „fast zu fleißig“ zu sein.⁷⁰ Nach dem Abschluß des Gymnasiums begann er ein Studium der Rechtswissenschaften in Prag, während dessen Verlauf er auch zwei Auslandssemester in Bonn absolvierte. Das sonst übliche Einjährig-Freiwilligenjahr entfiel in seinem Fall, da er wegen seiner Augenprobleme als untauglich diagnostiziert wurde. Somit erfolgte nach der Staatsprüfung sein Eintritt in den diplomatischen Dienst. Dem Beispiel seines Vaters folgend, begann er zu diesem Zeitpunkt auch eine politische Tätigkeit im Rahmen der verfassungstreuen Großgrundbesitzer- Fraktion der deutschen Verfassungspartei in Böhmen. Nichtsdestotrotz genoß Aehrenthal seine Jugend, die erst durch den plötzlichen Tod seines besten Freundes und Cousins, des gleichaltrigen Prinzen Auersperg, nachhaltig getrübt wurde.⁷¹

Der Start seiner diplomatischen Karriere gelang mit der tatkräftigen Unterstützung eben dieses Onkels, dem Ministerpräsidenten Fürst Adolf von Auersperg. Aehrenthals adelige Herkunft war sicherlich die Voraussetzung für einen erleichterten Einstieg in das diplomatische Korps der Monarchie, seinen raschen und kontinuierlichen Aufstieg verdankte er allerdings vorwiegend seinen hervorragenden persönlichen Leistungen.⁷² Seine „Bilderbuchkarriere“ führte ihn bereits 1878, nach einem Jahr als provisorischer Attaché in Paris, nach St. Petersburg.⁷³ Schon bald wurde der damalige österreich-ungarische Botschafter, Graf Kálnoky auf den jungen Aehrenthal aufmerksam, dessen Wohlwollen und Protektion er von dem Zeitpunkt an genoß. 1881, zwei Jahre nach seiner Ernennung zum k. u. k. Außenminister, beorderte Kálnoky den jungen Diplomaten nach Wien und übertrug ihm dabei den Bereich der Balkanangelegenheiten. Obwohl Aehrenthal weder in dem Ruf stand ein großer Redner, noch ein fesselnder Conversateur zu sein,⁷⁴ war Kálnoky von dem jungen, strebsamen Diplomaten äußerst angetan und schätzte neben seinen Charaktereigenschaften auch seine Fähigkeit, Probleme ernst und sachlich anzupacken.⁷⁵

69 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 17

70 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 15

71 - Somogyi, Aehrenthals Reformbestrebungen 1906 - 1907, S. 61

72 - Adelgasser, Die Aehrenthals, S. 28

73 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 17

74 - Carlgren W. M., Iswolsky und Aehrenthal - vor der bosnischen Annexionskrise. Russische und österreich-ungarische Balkanpolitik 1906 - 1908. Uppsala 1955. S. 99

75 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 16

Aehrenthal verfügte allerdings auch über weniger erbauliche Charakterzüge. So dürfte eine seiner negativen Seiten die Neigung gewesen sein, vergangenen- bzw. zukünftigen Ereignissen auf Kosten der Gegenwart, allzu großen Raum einzuräumen. Zu diesen weniger hervorhebenswerten Tugenden gehörte auch sein Hang, durch unversöhnliches, rechthaberisches und zum Teil schulmeisterliches Verhalten, unnötigen persönlichen Widerstand in seinem Umfeld zu erzeugen.⁷⁶ 1888 kehrte Aehrenthal jedenfalls zu seiner diplomatischen Arbeit nach St. Petersburg zurück. 1894 wurde er im Rang eines Gesandten auf den Ballhausplatz zurückbeordert, den er bereits 1895, also ein Jahr später, in Richtung Bukarest wieder verließ. 1899 wurde Aehrenthal - nach der Abberufung seines Vorgängers, dem Prinzen Lichtenstein - zum österreich-ungarischen Botschafter in St. Petersburg ernannt, wo ihn 1906 seine Berufung zum Außenminister erreichte.⁷⁷ In der Zeit seiner beruflichen Tätigkeit in der russischen Metropole lagen die Wurzeln für seine hervorragenden Kenntnisse des russischen Milieus. Hieraus resultierte vermutlich auch seine Sympathie für Rußland und seine politische Repräsentanz. In der Tradition des 18. Jahrhunderts erzogen, war Aehrenthal ein deklariert Anhänger einer strikt absolutistischen Regierungsform. In diesem Zusammenhang ist auch seine politische Tendenz zu konservativ-zaristischen Kreisen zu sehen, die sich als Verfechter konservativ-religiöser Wertvorstellungen deklarierten und sich in einen vehementen Gegensatz zu sozialistischer und panslawistischer Agitation stellten.⁷⁸

DIE BERUFUNG INS AMT

Am 24. Oktober 1906, bereits zwei Tage nach dem Rücktritt seines Vorgängers des Grafen Goluchowski von Goluchowo, wurde Alois Lexa Freiherr von Aehrenthal zum Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußeren ernannt.⁷⁹ Dieser war ebenso wie sein Vorgänger Gustav Kálnoky von Köröspatak, am Widerstand der ungarischen Führungselite gescheitert.⁸⁰ Goluchowskis Demission ging eine heftig geführte Kontroverse mit der Magyaren voraus, in welcher er sich beharrlich weigerte, der ungarischen Forderung, nach Einführung ihrer Sprache zur zweiten Kommandosprache im Heer, nachzukommen.⁸¹ Unter diesen Voraussetzungen war sich Aehrenthal hinsichtlich seiner Funktion als gemeinsamer Außenminister, über die zu erwartenden Schwierigkeiten im Rahmen der Ausgleichsverhandlungen mit der ungarischen Reichshälfte in den Delegationen, von Beginn an durchaus im Klaren.⁸²

Aehrenthals Ernennung zum neuen Außenminister des Kaiserreichs wurde durchwegs positiv aufgenommen. Bereits am 4. Dezember hielt er seine Antrittsrede in der Delegation. Darin bekräftigte und unterstrich der neue Außenminister vor allem den Faktor der Kontinuität in der Außenpolitik der Monarchie.⁸³ Im Gegensatz zu seinen Vorgängern sollte für Aehrenthal nicht nur die Aufrechterhaltung stabiler Verhältnisse im Zentrum seiner politischen Tätigkeit stehen, sondern vor allem eine Aktivierung der k. u. k. Außenpolitik. Im Rahmen seiner Auslegung bedeutet das die Erhaltung und gegebenenfalls die Ausweitung der Großmachtstellung Habsburgs innerhalb der

76 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 100

77 - Somogyi, Aehrenthals Reformbestrebungen 1906 - 1907, S. 61

78 - Skriván, Schwierige Partner, S. 18

79 - Somogyi, Aehrenthals Reformbestrebungen 1906 - 1907, S. 61

80 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 12

81 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 615

82 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 14

83 - Ebenda, S. 22

europäischen Mächtekonstellation.⁸⁴ Damit befand er sich eindeutig innerhalb der außenpolitischen Rahmenbedingungen des Kaisers. Franz Josef ging es außenpolitisch vor allem um den Erhalt des Friedens, die Allianz mit dem Deutschen Reich krisenfrei zu gestalten, und gute Beziehungen zu Rußland und Italien zu unterhalten.⁸⁵ Der Kaiser konnte sich ideologisch auf Aehrenthal in jeder Hinsicht verlassen. In der Tradition des 18. Jahrhunderts erzogen, beruhten nämlich seine politischen Vorstellungen auf den Grundzüge des Absolutismus, in dem die Außenpolitik lediglich vom Souverän und dem Außenminister gelenkt wurde.⁸⁶

Im Rahmen dieser Richtlinien stand eine Wiederherstellung des Dreikaiserbundes ganz oben auf der Prioritätenliste des neuen Außenministers. In diesem Sinne äußerte sich der Außenminister überzeugt, dass man aufgrund seiner guten Beziehung zum Zaren, dessen Familie und den Spitzen der russischen Politik, bis auf weiteres, von einer erfolversprechenden Zusammenarbeit mit Rußland ausgehen könne. Sein politischer Wunsch, die Erneuerung des Dreikaiserbundes zu erwirken, scheiterte allerdings schon im Anfangsstadium am Widerstand von Franz Josef.⁸⁷ Während seiner Antrittsrede bekräftigte Aehrenthal desweiteren seine absolute Loyalität zum Bündnis mit Berlin. Da er sich ebenso zu den Maximen des Dreibunds bekannte, sollten während seiner Amtszeit auch die Beziehungen zu Rom auf eine neue Basis gestellt werden. Auch in Rom wurde seine Ernennung begrüßt und mit Wohlwollen aufgenommen. Der neue Außenminister führte weiter aus, dass es im Augenblick keine ernst zu nehmenden Interessensgegensätze gäbe. Er werde sich demzufolge bemühen, das momentan vorherrschende herzliche Verhältnis zwischen den beiden Ländern auszubauen und zu vertiefen.⁸⁸ Auf dieser Grundlage entwickelte er Pläne, Wien zum Mittel- und Drehpunkt des Dreibunds werden zu lassen.⁸⁹ Den traditionellen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich entsprechend, führte ihn auch seine erste Amtshandlung nach Berlin, wo er sich, neben Kaiser Wilhelm II, auch seinem Amtskollegen, Fürst von Bülow, dem Reichskanzler des Deutschen Reiches, offiziell vorstellte.⁹⁰

DIE POLITISCHEN ZIELE DES NEUEN MINISTERS

Der neue Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußeren, benötigte nur wenig Zeit, um seinen Worten die entsprechenden Taten folgen zu lassen. Bereits die im Zuge seiner Ernennung verfaßten drei Denkschriften an den Kaiser spiegelten diesbezüglich seine resolute politische Konzeption und seinen deutlichen Willen wider, sich politischen Handlungsspielraum zu schaffen. Seiner politischen Herkunft entsprechend war Aehrenthal ein strikter Verfechter des Dualismus,⁹¹ der, gegen den wachsenden Widerstand der benachteiligten Nationalitäten, die nationalen deutschen und ungarischen Elemente im Vielvölkerstaat hervorhob. Nach der Auffassung Aehrenthals hatte [...] „Die Führung des Reiches einerseits auf jene Nation zu basieren, deren Interessen am festesten mit dem Fortbestand desselben verknüpft sind, das ist die magyrische, andererseits auf jene Nationalität, deren moralischer Abfall an die Existenzfrage der Monarchie

84 - Skriván, Schwierige Partner, S. 24

85 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 126

86 - Skriván, Schwierige Partner, S. 19

87 - Ebenda, S. 24

88 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 111

89 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 619

90 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 12

91 - Somogyi, Aehrenthals Reformbestrebungen 1906 - 1907, S. 61

92 - Ebenda, S. 61

rühren würde, d. i. die deutsche, ist die logische Rechtfertigung des dualistischen Systems in Österreich-Ungarn vom Standpunkt der auswärtigen Politik.“ [...] ⁹²

Seinen politischen Vorstellungen entsprechend war Aehrenthal als Aristokrat und Bürokrat von ganzem Herzen „Alt-Österreicher“. Als solcher war er sich durchaus der vorherrschenden nationalistischen Tendenzen im Vielvölkerreich bewußt. Unter diesen Bedingungen erschien einerseits die Wiedereinführung eines deutsch dominierten Zentralismus unrealistisch. Für den Erhalt der Monarchie war allerdings andererseits, ein politischer Ausgleich mit den Tschechen, sowie anderer slawische Volksgruppen notwendig und unvermeidlich. Aehrenthals ehrgeizige Pläne zur Umgestaltung des Vielvölkerstaats gingen dabei auf seine politischen Anfänge zurück. Bereits um die Jahrhundertwende war er federführend in eine Gruppe österreich-ungarischer Politiker integriert, die unter diesem Aspekt, expansionistische Ziele der Donaumonarchie am Balkan befürworteten. Seine Lagebeurteilung resultiere in dieser Zeit hauptsächlich aus seiner unmittelbaren Perspektive als Kenners der innen- und außenpolitischen Situation Rußlands. ⁹³ Mit seiner „Prager Denkschrift“ vom 31. Dezember 1898, hatte Aehrenthal die Grundzüge seiner späteren politischen Ziele konkretisiert. Neben einem vorübergehenden Charakter der österreich-russischen Zusammenarbeit am Balkan, wies Aehrenthal speziell darauf hin, dass eine Expansion der Donaumonarchie auf der Balkanhalbinsel nur im Rahmen des Zweibunds, dh. in Übereinstimmung mit den außenpolitischen Zielen Deutschlands, zu erreichen sei. Der damalige Botschafter sah in dem zu dieser Zeit guten russisch-österreichischen Verhältnis, als auch im asiatischen Engagement Rußlands, einen günstigen Zeitpunkt, für die Vorbereitung diesbezüglicher Pläne am Balkan. Für Aehrenthal stand dabei an oberster Stelle, kontinuierlich die Erweiterung der österreich-ungarischen Machtbasis, auf der Grundlage der österreich-russischen Verträge von 1897 und 1903, voranzutreiben, ⁹⁴ ohne dabei die grundsätzlichen Interessen Rußlands in dieser Region zu unterminieren. Er war sich hierbei allerdings sehrwohl der Tatsache bewußt, dass dieses Projekt nicht ohne Schwierigkeiten von staten gehen werde. Um die expansionistischen Ziele trotzdem gewährleisten zu können, schlug Aehrenthal vor, alles zu unternehmen, um ja keinen der jungen Balkanstaaten in eine für die Monarchie gefährliche Vormachstellung gelangen zu lassen; weder Serbien noch Bulgarien noch Rumänien. Und darin sah er den „Knackpunkt“, denn durch die Unterdrückung der Hegemonie- bzw. Arrondierungsbestrebungen dieser Länder auf Kosten Konstantinopels, müsse mit einer heftigen Reaktion von Seiten Rußlands gerechnet werden. Die könne bis hin zu einer militärischen Auseinandersetzung führen, da mit dem Pan-Slawismus eine offensichtliche Tendenz vorhanden sei, den russischen Einfluß in dieser Region auszubauen und zu verstärken. Für diesen Fall stellt Aehrenthal in Aussicht. [...] „Dann wird aber keine Zeit zu verlieren sein, wir werden an unser gutes Schwert zu appellieren und Rußland vor die Wahl des Verzichtes seiner doppelzüngigen Politik oder des entscheidenden Waffengangs zu stellen haben. Letzteren dürften wir aber schwerlich allein zu bestehen haben, denn Deutschland ist zu sehr daran interessiert, die Bildung neuer kräftiger slawischer Staaten an der Adria, welche dann sehr leicht Czechen und Polen die Hand reichen könnten, im Keime zu ersticken.“ [...] ⁹⁵

Aehrenthal rät demzufolge bereits in seiner Denkschrift dazu, eine derartiges Szenarium mit allen Mitteln zu verhinder. Dabei bedient er sich eines denkbaren Spektrums zwischen energischem diplomatischen Vorgehen, bis zur Anwendung von militärischer Gewalt. Er endet in seiner Betrachtung damit, dass es daher grundsätzlich von vorrangiger Bedeutung sei, eine [...]

93 - Angelow Jürgen, Kalkül und Prestige. Der Zweibund am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Köln, Weimar, Wien 2000. S, 156f

94 - Skriván, Schwierige Partner, S. 25

95 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 156

„sorgfältige Pflege der deutschen Allianz“[...] ⁹⁶ anzustreben. Selbst wenn die Beziehungen zu Rußland stabil und konfliktfrei sind, müsse das Bündnis mit Berlin unbedingt ein solider Bestandteil der österreich-ungarischen Außenpolitik sein und auch in Zukunft bleiben. Aus Aehrenthals außenpolitischen Ansätzen, aus seiner Zeit als Botschafter, kann man bereits ableiten, dass sich in seinen Augen eine expansive Balkanpolitik der Monarchie mittel bzw. langfristig in einem Konflikt mit Rußland wiederfinden werde, und sich deshalb nur im Verein und gestützt auf das Bündnis mit dem Deutschen Reich positiv entwickeln könne.

Für Aehrenthal und seine Gruppe war der Grundstein einer derartigen Arrondierung mit der Okkupation Bosniens und der Herzegowina bereits gelegt. In einer nächsten Phase schlägt er vor, könnten dann vor allem die Gebiete der Ostküste des Adriatischen Meeres, sowie Serbien für eine expansive Ausdehnung der Monarchie ins Auge gefaßt werden. Einen sehr hohen Stellenwert in diesem Zusammenhang räumt Aehrenthal daher dem Ausbau der Infrastruktur und den Verkehrswegen in den Okkupierten Gebieten ein. Denn hinsichtlich seiner Beurteilung wäre vor allem der lückenlose Ausbau der Bahnverbindungen in den südöstlichen Balkanregionen ein Garant für die erfolgreiche Umsetzung einer derartigen Strategie.

PLÄNE, KONZEPTE UND STRATEGIEN

Bereits kurze Zeit nach seinem Amtsantritt griff der neue Außenminister sein früher erstellten Konzepte zur Umgestaltung der Monarchie wieder auf und legt Franz Josef seine Meinung zur unmittelbaren Korrelation von Innen- und Außenpolitik dar. Dabei standen im wesentlichen zwei Faktoren im Mittelpunkt seiner Ausführungen. Im Interesse der Großmachtstellung Österreich-Ungarn müsse vor allem eine staatsrechtliche Gestaltung angestrebt werden, die einerseits eine ruhige, konstruktive Arbeit für das Wohl der Gesamtmonarchie gewähren würde, um andererseits der täglichen Sorge um den Bestand derselben ein Ende zu setzen.⁹⁷ Mit seiner ehrgeizigen Konzeption befand sich Aehrenthal auf einer gemeinsamen Ebene mit einem Großteil der österreich-ungarischen Führungselite. Aehrenthals Ansatz ließ zudem erkennen, dass der neue k. u. k. Außenminister nicht nur einen offensiven Part im Bereich der Außenpolitik anstrebte, sondern auch gewillt war, maßgeblich an der inneren Umgestaltung der staatsrechtlichen Gesamtstruktur Österreich-Ungarn teilnehmen zu wollen. Aehrenthals Arbeit im Dienst des Staatsgefüges, als für die gemeinsamen außenpolitischen Belange verantwortlicher Minister, wurde derart zum Ausgangspunkt für seine eigenen politischen Ziele.

Seine diesbezüglichen Vorstellungen zeichneten sich bereits vor seiner Ernennung zum Minister des Äußeren konkret ab und waren dabei keineswegs von selbstlosen Motiven gekennzeichnet. Im komplexen österreich-ungarischen Ausgleichssystem nahm der Außenminister das Präsidium während der Sitzungen ein, da weder eine gemeinsame Regierung noch ein gemeinsamer Ministerpräsident existierten. Zu den übergreifenden Belangen der Reichshälften gehörte neben den auswärtigen Angelegenheiten, noch das Kriegs- und das Finanzressort. Zu den Sitzungen des gemeinsamen Ministerrats nahmen außer den drei genannten Ministern noch die Ministerpräsidenten der Regierungen Zis- und Transleithaniens als fixer Bestandteil der Beratungen teil. Hierzu wurden mitunter k. u. k. Regierungsmitglieder, höhere Beamte, und Repräsentanten des Militärs, zu den

96 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 156

97 - Somogyi, Aehrenthals Reformbestrebungen 1906 - 1907, S. 64f

Verhandlungen hinzugezogen.⁹⁸ Im Einvernehmen mit dem Kaiser und den beiden Staatsregierungen lenkte der Außenminister die Außenpolitik der Monarchie, ohne sich dabei in die inneren Angelegenheiten der beiden Reichshälften einmischen zu können.

Im Zuge seiner Überlegungen gelangte Aehrenthal nun zu der Auffassung, dass eigentlich die Stellung des Außenministers, der eines Reichsministerpräsidenten entspräche. Aehrenthals Ziel war es daraufhin, diese Position umzufunktionieren, aufzuwerten, und nicht nur „de jure“, sondern auch „de facto“, der eines Regierungschefs anzupassen. Es war seine feste Absicht, den gemeinsamen Ministerrat in eine organische Regierung umzustrukturieren. Dabei sollte sich die bis dato neutrale Funktion des Außenministers, in die eines aktiven, voll an den Verhandlungen der Regierungen involvierten, Regierungschefs transformieren. 1907 kam es im Rahmen seiner Bemühungen dann zu Reformen bezüglich der Aufgaben des gemeinsamen Ministerrats. Neben dem akuten Themenkomplex des wirtschaftlichen Ausgleichs, bildete vor allem die Notwendigkeit Lösungen für ausstehende Fragen in Bezug auf staatsrechtliche Problemfelder zu finden, den Anstoß zu dieser Initiative. In diesem Zusammenhang stand auch die Erläuterung und Klärung staatsrechtlicher Fragen, die sich im Vorfeld der Annexion abzuzeichnen begannen.⁹⁹

In seiner Anfangszeit konkretisierten sich insofern die Pläne Aehrenthals zur Umgestaltung des Reiches nicht nur im Bereich einer aktiven Außenpolitik, sondern es tritt hier darüberhinaus auch ein neues politisches Konzept einer „Gesamtmonarchie“ zu Tage. Parallel zu seiner Ambition Reichskanzler zu werden, entwickelte der Außenminister das Model einer politischen Repräsentanz für das Habsburgerreich, - basierend auf einem gemeinsamen Ministerrat mit deutlich vergrößerten Wirkungskreis, sowie mit über den beiden Staaten stehenden Regierungsfunktionen versehen. Abseits realpolitischer Zwänge stellte der Außenminister vorderhand ein durchaus erfolgversprechendes Rezept zur Umgestaltung des Vielvölkerstaats zur Diskussion.

Aehrenthals ungestümer Tatendrang und sein unkonventioneller Zugang zu längst einzementiert geglaubten Fakten, brachte schon bald neuen Schwung und Elan in die k. u. k. Außenpolitik. Eine positive Aufbruchsstimmung war die Folge. Die Dynamik mit der Aehrenthal die Probleme seines Ressorts anpackte, blieb nicht ohne nachhaltige Beispielwirkung auf seine Mitarbeiter. So charakterisierte der damalige Referent im k. u. k. Außenministerium Alexander von Musulin, Aehrenthal bei seinem Amtsantritt - im Gegensatz zu seinem Vorgänger - als einen Optimisten [...] „der noch fest an den „österreichischen Gedanken“ glaubte und durch innere Reformen das vorhandene Gefühl der Rechtsverdrossenheit beseitigen, durch aktive Politik nach außen das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken wollte.“[...] Aehrenthal habe den Gedanken gehabt [...] „daß es über dem nationalen Staate ein Staatensystem höherer Ordnung gebe, eine Art von vorweggenommenen Völkerbund, dass die Monarchie dazu bestimmt sei, den verschiedenen Nationen, die auf ihrem Territorium angesiedelt waren, ein wohnliches Heim zu bieten und sie gleichzeitig des Vorzuges der Zugehörigkeit zu einer europäischen Großmacht teilhaftig werden zulassen. Er war überzeugt davon, dass eine Bejahung unserer Existenz nach außen hin auch belebend auf das Zusammengehörigkeitsgefühl der einzelnen Teile der Monarchie wirke und dass es möglich sein würde, durch innere Reformen das vorhandene Gefühl der Reichsverdrossenheit zu bekämpfen und zu beseitigen“ Durch aktive Politik nach außen wollte Aehrenthal die Monarchie stärken und glaubte auch

98 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 124

99 - Somogyi, Aehrenthals Reformbestrebungen 1906 - 1907, S. 67

fest daran, „dass das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Monarchie über die trennenden Momente das Übergewicht behalten würde“. [...] ¹⁰⁰

Trotz all seiner internen Ansätze zu staatsrechtlichen Reformen, blieben seine außenpolitischen Zielvorgaben am Balkan deutlich umrissen bestehen. Aehrenthal war sich sehrwohl der Tatsache bewußt, dass auf Dauer keine Politik erfolgreich sein könne, die Konflikte und Verschiebungen des Status quo am Balkan vermied. Allerdings war der Außenminister unbedingt gewillt, den Prozeß einer Destabilisierung der Region mit der Unterstützung Deutschlands so lange wie möglich aufzuhalten. Aehrenthal setzte in diesem Zusammenhang auf Zeit und moderate Töne in Richtung Balkan. Denn die Pläne des Außenministers erfolgten im Hinblick auf jenen Zeitpunkt, an dem es der Monarchie durch den Ausbau ihrer militärischen Schlagkraft sowie einer erfolgreichen innenpolitischen Konsolidierung gelänge, eine (Auf-) Teilung Makedoniens maßgeblich beeinflussen zu können. In diesem Zusammenhang beurteilte er speziell die repressive Balkanpolitik seines Vorgängers, vor allem gegen Serbien, als einen „kompletter Fehlschlag“. In Richtung Belgrad setzte er daher am Beginn seiner Amtszeit, mit dem Angebot eines neuen Handelsvertrags, ein versöhnliches Zeichen, um den Handlungsspielraum für die Monarchie im Südosten des Reich zu verbessern. Erst nach dem offensichtlichen Scheitern der Verhandlungen, änderte er seine Haltung und wendete sich verstärkt Bulgarien zu. ¹⁰¹ Bulgarien wurde von da an ein fixer Bestandteil seines außenpolitischen Kalküls.

Für den Fall einer eklatanten Machtverschiebung zu Ungunsten des Osmanischen Reiches in Makedonien, sahen Aehrenthals Pläne primär keine unmittelbaren Gebietszuwächse für Habsburg vor. Mit der tatkräftigen Unterstützung Österreich-Ungarns sollte Bulgarien der Nutznießer einer diesbezüglichen Entwicklung werden. Den Hintergrund zu dieser Absicht bildete die kalkulierte Wiener Auffassung, dass im Gegensatz zu Serbien, von diesem Balkanstaat, weder eine verstärkte Anziehung auf die Südslawen, noch eine ausufernde Irredenta-Bewegung, befürchtet werden müsse. Aus der Sicht der k. u. k. Strategen mußte für die unmittelbare Zukunft dem Umstand eines starken Bulgariens, sowohl im Hinblick eines potentiellen Gegengewichts zu Serbien, als auch unter der Perspektive großrumänischer Ambitionen, Rechnung getragen werden. ¹⁰² Mit Rücksicht auf die vorherrschenden machtpolitischen Realitäten mußten daher alle diplomatischen Mittel ausgeschöpft werden, Bulgarien, mit Hilfe der Monarchie, zur Führenden Nation am Balkan werden zu lassen. Zum weiteren Ziel seiner diplomatischen Aktivitäten erklärte der Außenminister die Gründung eines unabhängigen albanischen Staates unter österreich-ungarischer Patronanz, und die Beibehaltung Montenegros als unabhängiges Fürstentum.

100 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 617

Sehr ähnliche Deutung bei Redlich, Tagebuch 1, 18.2.1912, der bei Aehrenthals Tod schrieb:

„Anima nobilissima, maxima virtute vir et sapiens causas gravissimas peregit, nos omnes tranquilissima fortitudine direxit et duxit. Er war vielleicht der letzte, der die großen Seiten des Altösterreichertums in sich verkörperte: Den Glauben an die Dynastie und ihre providentielle Sendung in diesem Reiche, den Glauben an die „Monarchie“, in der sich für ihn die höchste Lebensaufgabe darstellte. Der neuen Zeit nicht fremd, aber ihr doch nicht innerlich angehörig, war er von dem stärksten Gefühl für die Macht beseelt, in der er mit der Sicherheit des geborenen Staatsmannes das Fundament aller Politik sah. Seine Vorzüge und seine Schwächen lassen sich alle von diesem Gesichtspunkte aus übersehen und erfassen: aber beide zusammen gaben eine harmonische Persönlichkeit, die voll war des Glaubens an sich selbst und ihren Beruf. Er war eine Persönlichkeit, und zwar eine kraftvolle Persönlichkeit in diesem Lande der ererbten Müdigkeiten und Halbheiten ... Von diesem Altösterreichertum muß eine Brücke zu dem neuen, modernen Österreichertum der nahen Zukunft geschlagen werden, eine Brücke über diese traurige Gegenwart des Verfalls, der Verirrungen, der planlosen Kämpfe.“

101 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 619

102 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 115

ÖSTERREICH-UNGARNS SITUATION AM BALKAN

Grundsätzlich sah sich Aehrenthal bei der Übernahme des Außenministeriums am Balkan anfänglich mit keinen ernsthaften Krisen konfrontiert. Das Verhältnis zum Zarenreich entwickelte sich, Dank der Mitte Oktober 1904 zwischen den beiden Reichen abgeschlossenen geheimen Neutralitätsdeklaration, konfrontations- und konfliktfrei. Die augenblickliche zurückhaltende Ausrichtung der russischen Außenpolitik resultierte dabei vor allem aus den Konsequenzen des verlorenen Russisch-Japanischen Kriegs, die sich im Rahmen von umfangreichen innenpolitischen Veränderungen äußerten. Darüberhinaus beruhigten das 1903 abgeschlossene Mürzsteger Programm, die russisch-österreichische Konkurrenz am Balkan, das unter der Leitung der beiden Reiche ein zukunftssträchtiges Reformwerk für Makedonien ausarbeiten sollte.

Neben dem Versuch den Status quo aufrecht zu erhalten, aber auch den Balkan einvernehmlich in Interessenssphären aufzuteilen, galt die gemeinsame Initiative vor allem der Deeskalation möglicher Konflikte in dieser Region. Denn sowohl Bulgarien, Serbien und auch Griechenland erhoben hier territoriale Ansprüche. Derart von den jungen, christlichen Balkanstaaten inspiriert, versuchte eine Vielzahl von national-militanten Kräften die Autorität des Osmanischen Reiches in den Provinzen zu unterminieren. Um der massiven Auseinandersetzungen zwischen den jeweiligen Ethnien Herr zu werden, wurde im Rahmen der Mürzsteger Vereinbarungen, unter russisch-österreichischer Führung, ein internationales Programm zur Reorganisation der osmanischen Gendarmerie gestartet.¹⁰³

Lediglich an der Südgrenze der Monarchie begann es zu brodeln. Wiens außenpolitischer Einfluß auf Serbien, der 1886 mit der Österreich-Ungarn Unterstützung Serbien im militärischen Konflikt mit Bulgarien seinen Ausgangspunkt nahm, war offensichtlich im Schwinden. Denn mit dem blutig vollzogenen Dynastiewechsel in Belgrad¹⁰⁴ von den Obrenovic' zu den Karageorgevic', kamen nationalistische Strömungen an die Macht, deren dezidiertes Ziel die Errichtung eines Großserbischen Staates, auf Kosten der Osmanen und Habsburgs, war. Dies hatte zur Folge, dass sich das politische Klima zwischen den beiden Staaten drastisch verschlechterte. Auf den Versuch Serbiens, sich mittels einer Zollunion mit Bulgarien aus der ökonomischen Umklammerung Österreich-Ungarn zu befreien, reagierte Wien mit massiven diplomatischen Druck und sperrte 1906 - zur Freude der ungarischen Agrarlobby - die Grenzen für serbische Landwirtschaftsprodukte. Dies hatte zur Folge, dass sich Belgrad verstärkt um neue Absatzmärkte bemühte. Durch die Maßnahmen der Monarchie wurde eine Entwicklung eingeleitet, mit der sich hierzu parallel die serbischen Außenpolitik umorientierte. Nutznießer dieser Tendenz wurde vor allem Rußland, aber auch das Deutsche Reich und Frankreich, die zunehmend die traditionelle Stellung Wiens in Wirtschafts- und Finanzaktivitäten ein- und übernahmen.

Zunehmend unberechenbar entwickelte sich auch der von Serbien, Italien und Rußland ins Visier genommene Balkanstaat Montenegro. Zwischen dem Fürsten bestanden dynastische Verbindungen zu den Romanows sowohl als zu Savoyen. Der Hof von Cetinje nutzte daher seine Position, um geschickt zwischen Wien, Rom und St. Petersburg zu lavieren.¹⁰⁵ Das lediglich durch den

103 - Kronenbitter Günther, „Krieg im Frieden“. Die Führung der k. u. k. Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906 - 1914, in: Wilfried Loth, Anselm Doering-Manteuffel, Jost Dülffer und Jürgen Osterhammel (Hg), Studien zur Internationalen Geschichte Band 13. München 2003. S. 318f

104 - Sundhaussen Holm, Geschichte Serbiens. 19.—21. Jahrhundert. Wien, Köln, Weimar 2007. S. 205f

105 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 23

Sandschak von Serbien getrennte Fürstentum spielte vor allem in Bezug auf seine strategische Lage an der topographisch überaus ungünstigen Grenze zu Süddalmatien in den Überlegungen Wiens eine militärpolitische Rolle. Denn einerseits besaßen die Montenegriner mit dem Bergmassiv des Lovcen eine überaus bedrohliche Stellung gegenüber dem k. u. k. Marinestützpunkt in der Bucht von Cattaro. Zum anderen verfügte Montenegro über ein gut ausgerüstetes, ortskundiges Milizheer, dass, nach Einschätzung der Militärs, im Ernstfall die an der Grenze stationierten k. u. k. Truppen in arge Bedrängnis hätte bringen könnte.

Im Hinblick auf die Umsetzung seiner Pläne, fand der Außenminister, am Beginn seiner Amtszeit, ein durchaus positives Umfeld mit einer erfolgsversprechenden Ausgangssituation vor. Und unter diesem Gesichtspunkt ließ Aehrenthal kaum einen Funken Zeit verstreichen, um mit der Umsetzung seiner Vorhaben zu beginnen.

C - DER ZWEIBUND - ZWISCHEN HEGEMONIALEN AMBITIONEN UND REALPOLITISCHEN ZWÄNGEN

STRATEGISCHE STRUKTUR UND SICHERHEITSPOLITISCHE ZIELE

Der Vertrag zur Zusammenarbeit zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich wurde 1879 abgeschlossen. Rund um den Bündnisvertrag stellte die Beziehung zum Deutschen Reich von diesem Zeitpunkt an einen zentralen Bereich der österreich-ungarischen Außenpolitik dar.¹⁰⁶ Damit begann eine gemeinsame Phase, der auf vielfache Art und Weise verbundenen zentraleuropäischen Kaiserreiche.

Analytisch betrachtet, war das Bündnis während seines 35jährigen bestehens von manchen Turbulenzen, Erschütterungen, Mißstimmungen, Schwankungen und auch Eifersüchteleien geprägt. Es galt aber im Kern als eine verlässliche Beziehung Zweier, mehr oder weniger, gleichberechtigter Partner. Daran konnten auch die zeitweilig auftretenden andersgelagerten außenpolitischen Prioritäten, bzw. die Ambitionen, andere bündnispolitische Konstellationen zu forcieren, nichts verändern. Der Ausschlag gebende Grund für die Stabilität des Bündnisses, muß in diesem Zusammenhang aus dem Blickwinkel einer sicherheitspolitischen Logik betrachtet werden. Denn für die Donaumonarchie stellte eine offene Rivalität zum Deutschen Reich die unglücklichste aller europäischen Konfliktszenarien dar. Und angesichts der exponierten geostrategischen Lage des Deutschen Reiches, in der Mitte von zwei potentiellen Gegnern, bedeutete der Abschluß des Zweibunds für den Hohenzollerstaat jedenfalls, jene außenpolitische Flexibilität zu gewinnen, die es gegebenenfalls ermöglichte, ausuferndes Konfliktpotential selbstbewußt zu kanalisieren.¹⁰⁷

Kurz nach Bismarks politischem Abgang wurde jedenfalls seine pro-russische Haltung ad acta gelegt. Obwohl sich die deutsche Führung der sicherheitspolitischen Bedeutung ihrer Handlung durchaus bewußt war, wurde der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag nicht verlängert.

106 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 24

107 - Kronenbitter, Krieg im Frieden, S. 277

Durch den offensichtlichen Schwenk der außenpolitischen Prioritäten erfuhr der Zweibund parallel dazu eine deutliche Aufwertung, da Deutschland dadurch verstärkt in den Gefahrenbereich der Flügelmächte geriet. Wien und Berlin sollten als mitteleuropäischer Block ein machtpolitisches Gegengewicht dazu bilden. In der Hauptstadt der Donaumonarchie machte sich daher mit Rücktritt Bismarcks die fundierte politische Einschätzung breit, dass mit dem Wechsel zu Leo Graf von Caprivi, eine grundlegende bündnispolitische Neuorientierung eingeleitet worden sei. Denn nicht nur der neue Reichskanzler, sondern auch der junge Kaiser tendierten zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Monarchie.¹⁰⁸

Die engen Beziehungen der Reiche spiegelten sich im innigen Verhältnis der beiden Souveräne wider. Neben einer intensiven Korrespondenz der beiden Monarchen, fanden regelmäßige Zusammenkünfte von Franz Josef und Wilhelm II statt. Die beiden Staatsoberhäupter verband darüberhinaus die Tradition des Alten Reiches und des Deutschen Bundes, der sich im regen Austausch zwischen den Habsburgern und den regierenden Fürsten des Deutschen Reiches manifestierte.¹⁰⁹ Es folgte eine Zeit der engen politischen Beziehungen, außen- sowie handelspolitischen Kooperationen und einem intensiven Informationsaustausch zwischen den Generalstäben der Bündnispartner. Das Kernstück in der Beziehung bildete dabei die Handelspolitik, die 1891 mit der Herabsetzung des österreich-ungarischen Zolltarifs für deutsche Industriewaren und im Gegenzug mit Erleichterungen für Agrarexporte aus der Monarchie, ihren Höhepunkt hatte. Gleichzeitig wurde Italien in das System integriert, wodurch der Dreibund neben der sicherheitspolitischen auch eine handelspolitische Dimension erhielt. Deutsche politische Avancen an Rußland gingen in dieser Zeit über handelspolitische Zugeständnisse nicht hinaus. Denn St. Petersburg hatte als Konsequenz der deutschen Zurückweisung von 1890, vier Jahre danach ein Bündnis mit Frankreich abgeschlossen.

Aufgrund der engen kulturellen Beziehungen und der traditionell festen ökonomischen und sozialen Verbindung zwischen den Reichen, spielten nationaldeutsche Aspirationen lediglich eine marginale Rolle. Der weitgehende Verzicht auf nationalen Aktionismus und deutschnationalen Opportunismus innerhalb der deutsch dominierten Reichshälfte des Vielvölkerstaates, bildete die Grundlage der diesbezüglichen konfliktfreien Zusammenarbeit zwischen Wien und Berlin. Mitunter wurden zwar deutsche Stimmen laut, die ihre Verachtung für das Habsburgerreich bekundeten und einem Zerfall der Donaumonarchie mit Freude und Ungeduld entgegen sahen. Das offizielle Deutschland betrachtete jedoch ein derartiges Szenarium eher als Gefahr für die eigene Sicherheit als eine wünschenswerte Zukunftsperspektive. Gemäß der diesbezüglichen politischen Direktiven Bismarcks, sollte das Deutsche Reich aufgrund seiner Nationalstaatlichkeit aber auch durch sein der Monarchie überlegenes ökonomisches sowie militärisches Potential die Führungsrolle innerhalb der Bündnisstruktur innehaben. Trotz dieser Vorteile nahm die Monarchie jedoch keineswegs den Platz eines abhängigen, bzw. unmündigen Juniorpartners ein. Denn spätestens nach dem enttäuschenden Ergebnis der Konferenz von Algeciras wurde Berlin der enorme Rückhalt durch Wien bewußt. Desweiteren sollten auch die folgenden Ereignisse und Krisen rund um die europäische Mächtekonstellation vor dem Ersten Weltkrieg den Zweibund verstärkt in einem Licht von Vertrauen und Gegenseitigkeit erscheinen lassen.

108 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 117 - 146

109 - Kronenbitter, Krieg im Frieden, S. 278f

FÜHRUNGSAMBITIONEN IM SCHATTEN DEUTSCHEN WELTMACHTSTREBENS

Nach einer 6 jährigen Regierungsperiode Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst wurde im Jahre 1900 Bernhard von Bülow zum Deutschen Reichskanzler ernannt. In Bülows politischen Anfängen verlor das Bündnis an Dynamik und Intensität; es geriet sozusagen in eine Phase der Stagnation und der Irritation, die hauptsächlich in der ambitionierten deutschen Weltpolitik zu sehen ist. Im Zentrum der deutschen Außenpolitik stand dabei der Ausbau der internationalen Stellung mit Hilfe eines forcierten Flottenausbauprogramms. Die deutschen Weltmachtambitionen führte in der Folge zu einer eskalierenden Rivalität mit dem Britischen Empire. In diesem Zusammenhang verwickelte Bülow das Reich zeitweilig in Krisen und machtpolitische Interessenkonflikte, die zu einer zunehmenden Isolation führten. Bülow scheute sich in diesem Zusammenhang auch nicht, das deutsche Verhältnis zum Dreibund zu relativieren.¹¹⁰ Der Dreibund hatte nur solange seine volle Unterstützung, solange er half, Deutschlands europäische Machstellung gegenüber den Flügelmächten zu sichern. Im Falle einer eigenständigen Politik der Partner stand das Bündnis für ihn alerdings zur Disposition.

Parallel dazu verminderte sich die Attraktivität des Dreibunds auch für Italien. In den Anfängen beruhte das Bündnis für Italien vor allem mit Österreich-Ungarn auf Gegenseitigkeit. Italien gewann dadurch den erhofften militärpolitischen Spielraum, um seine Kolonialambitionen in Afrika zu forcieren. Österreich-Ungarns militärische Flexibilität erhöhte sich im Ausgleich dazu, für den Fall einer militärischen Auseinandersetzung mit Rußland. Die irredentistischen Themenbereiche spielte zwar eine latente Rolle in den bilateralen Beziehungen, konnten am Festhalten der Partner am Bündnis allerdings nichts ändern. Spätestens durch die militärische Niederlage des Zarenreiches in Fern Ost, schränkte sich jedoch der Wert der Allianz für Wien drastisch ein. Nach einem herben Rückschlag in den ostafrikanischen Besitzungen, wandte sich der italienische Imperialismus nordafrikanischen Gebieten zu. Italien bemühte sich daher in der Folge um eine verstärkte Annäherung zu Frankreich. Diese gipfelte 1902 im Prinetti-Barrère Abkommen, indem sich Italien zu strikter Neutralität im Fall eines provozierten Angriffs auf den französischen Nachbarn verpflichtete. Aus sicherheitspolitischer Sicht hatte daher die Allianz für den Zweibund entscheidend an Bedeutung verloren.¹¹¹

Für die Bündnispolitik zur Monarchie hatte Bülow jedenfalls konkrete Vorstellungen. Zwar konnte er sich eine Verständigung mit Rußland auf Kosten von Österreich-Ungarn vorstellen, er war allerdings nicht bereit, den Großmachtstatus der Donaumonarchie dafür aufs Spiel zu setzen. Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit standen in diesem Zusammenhang für Bülow zu diesem Zeitpunkt nicht zur Debatte. [...] „Österreich-Ungarn soll fühlen, was wir ihm gewähren, was es uns schuldig ist und sich danach verhalten,“ [...] ¹¹² lautete seine Direktive. Für eine Gleichberechtigung zwischen den Zweibundpartnern war in der momentanen außenpolitischen Phase kein Platz. [...] „Wir müssen - wie es dem gegenseitigen wahren Stärkeverhältnis entspricht - der Reiter sein

110 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 142 - In seiner Rede am 8. Jänner 1902 äußerte sich der Reichskanzler folgendermaßen: „Der Dreibund ist nicht eine Erwerbsgenossenschaft, sondern er ist eine Versicherungsgesellschaft. Er ist nicht offensiv, sondern defensiv, er ist nicht aggressiv, sondern er ist in hohem Grad friedlich.“ Vor dem Hintergrund der deutschen Weltpolitik sei „der Dreibund nicht mehr eine absolute Nothwendigkeit“, bliebe aber „im höchsten Grade werthvoll als verstärkte Garantie für den Frieden und den status quo.“ - in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, 10. Legislaturperiode, 2. Session 1900/ 1903, Bd. 4, Berlin 1902, S. 3209-3210

111 - Kronenbitter, Krieg im Frieden, S. 321

112 - Winzen, Bernhard Fürst von Bülow, S. 56

und Österreich das Pferd; das umgekehrte Verhältnis könnte uns bei der allgemeinen Weltlage [...] in Abgründe führen.“ [...] ¹¹³ Durch eine Erhöhung ihrer Einfuhrzölle für Agrarprodukte fügte die deutsche Regierung der Exportwirtschaft des Zweibundpartners einen erheblichen Schaden zu, der sich nicht nur auf ökonomischer sondern auch auf politischer Ebene merklich auswirkte. Die deutsche Maßnahme führte unter anderem zu einer drastischen Verschlechterung der materiellen Situation der ungarischen Landwirte. Der offensichtliche Einschnitt in die traditionellen Handelsabläufe kehrte daraufhin die österreich-ungarische Handelsbilanz um und brachte die Monarchie in eine stärkere ökonomischen Abhängigkeit von Deutschland. ¹¹⁴ Die imperialistische Rivalität zwischen den Bündnispartnern am Balkan, schlug sich nicht zuletzt auch im Rüstungsbereich nieder. Im Geschäft mit Waffen und Rüstungsgütern wurde keine Rücksicht auf die Belange des jeweils anderen genommen. ¹¹⁵ In den überseeischen Märkten wie auch in Asien gelang es die Transaktionen, im großen und ganzen, ohne sicherheitspolitische Bedenken für das Bündnis abzugewickeln. Ganz anders stellte sich die Situation allerdings im Falle Serbiens dar, wo das Deutsche Reich noch während der Annexionskrise Kriegsmaterial an den Balkanstaat lieferte. Bedingt durch die derart reduzierten Rahmenbedingungen, war es der österreich-ungarischen Wirtschaft nicht mehr möglich, ihre führende Position am Balkan zu behaupten. Nutznießer dieser Entwicklung wurde vor allem der Bündnispartner, der sukzessive in diese Märkte vorstieß.

HABSBURGS „RUSSISCHE OPTION“

Vor diesem Hintergrund leitete Wien, zum großen Mißfallen Berlins, vor allem handelspolitische Schritte zur Verbesserung der Beziehungen zu Rußland ein. ¹¹⁶ Den offiziellen Auftakt für die russisch-österreichische Annäherung bildete 1897 der Besuch Kaiser Franz Josefs in St. Petersburg. Auf der Basis dieser Verständigung konnte in den folgenden Jahren eine konstruktive Zusammenarbeit im Bereich der vorliegenden Balkanproblematik, mit dem Ziel der Erhaltung des Status quo, erzielt werden. Themenbereiche die über diesen Rahmen hinausgingen, wie z. B. die Meerengenfrage, wurden von Wien zwar wohlwollend, aber doch mit hinhaltender Distanz behandelt. Im Rahmen der traditionellen österreichisch- ungarischen Außenpolitik lehnte der zu diesem Zeitpunkt amtierende Außenminister Goluchowski jedwede expansiv- imperialistisch orientierte russisch-österreichische Kompensation am Balkan ab. Er stand damit im Gensatz zum jungen Botschaftsrat in St. Petersburg - Alois Lexa Freiherr von Aehrenthal - der im Hinblick auf eine Neuauflage des Dreikaiser Bündnisses, dem russischen Vorschlag durchaus positive Akzente abgewinnen konnte.

Im Rahmen der Dreibundverträge wurde Berlin, sowohl als auch Rom, von den Ergebnissen der Gespräche mit Rußland unterrichtet. Von den Dreibundpartnern reagierte Italien auf die unerwartete Entwicklung mit einer Neustrukturierung seiner Balkanpolitik. Offiziell beglückwünschte Berlin den Bündnispartner zwar zu seinem Verhandlungsergebnis, hoffte allerdings hinter vorgehaltener Hand, auf einen temporären Charakter der Zusammenarbeit. Denn innerhalb der deutschen Führung kursierte die Befürchtung, durch die Verständigung ausmanövriert zu werden. Die russisch-österreichisch Verständigung erreichte 1903 mit dem Abschluß der Münzsteger

113 - Ebenda, S. 56

114 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 142

115 - Kronenbitter, Krieg im Frieden, S. 290

116 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 142f

Vereinbarungen ihren vorläufigen Höhepunkt. Darin verpflichtete sich die beiden Staaten zu einer konstruktiven Zusammenarbeit im Rahmen von maßvollen Reformen zur Aufrechterhaltung der osmanischen Herrschaft in Makedonien. Wenngleich sich hinter der österreich-russische Verständigung die Absicht St. Petersburgs verbarg, sich den Rücken für seine expansionistischen Ziele im Fernen Osten frei zu halten, gelang es Wien doch eine direkte Bedrohung durch das Zarenreich vorerst abzuwenden. Desweiteren hatte die Monarchie ihre Position innerhalb der europäischen Mächtekonstellation konsolidiert und für den Augenblick gegenüber dem Zweibundpartner deutlich emanzipiert. Die Harmonie zwischen den zwei Kaiserreichen war wie von Deutschland erhofft, allerdings nur von kurzer Dauer. Unter dem Eindruck der militärischen Niederlage gegen Japan und den darauffolgenden innenpolitischen Schwierigkeiten, wendeten sich die russischen Interessen wieder gegen Westen. Obwohl sich in Wien, durch die vorangegangenen Entwicklungen verursacht, ein selbstbewußter Ton breit machte, erlangte die sicherheitspolitische Komponente des Zweibunds wieder vermehrt an Bedeutung.

EINKREISUNGSPHOBIE UND BÜNDNISINTENSIVIERUNG

1905, im Zuge der zweiten Marokkokrise, trat die internationale Isolation des Deutschen Reiches bereits deutlich zu Tage.¹¹⁷ In teilweise heftig geführten Verhandlungen während der Konferenz von Algeciras, erwies sich lediglich Österreich-Ungarn als zugleich verlässlicher Partner und unterstützte tatkräftig die deutsche Position. Mit der folgenden Abkehr Deutschlands von seiner Weltmachtambition und Rückkehr zur europäischen Hegemonialpolitik, wurde der Zweibund auf eine neue, intensive Basis der Zusammenarbeit gestellt. Von deutscher Seite erfolgte die stärkere Anbindung an das Vielvölkerreich, jedoch nicht ohne sich vor der Tatsache zu verschließen, [...] „daß die Doppelmonarchie angesichts ihrer momentanen traurigen inneren Lage und ihrer an Material und Mannschaftsstand immerhin reduzierten Schlagfertigkeit zu kriegerischen Aktionen weder besondere Neigung noch Eignung besitzt.“ [...] ¹¹⁸

Da sich Berlin nicht offen zu dem Zustand der politischen Isolation bekennen wollte, entschied Bülow, gegenüber dem Bündnispartner, eine Art „Verschleierungstaktik“ anzuwenden. In diesem Sinne instruierte der Reichskanzler seinen Kaiser vor dessen bevorstehender Reise nach Wien. [...] „Ich stimme mit Tschirschky darin überein: 1. daß unsere Beziehung zu Österreich jetzt wichtiger denn je geworden ist, da der Kaiserstaat unser einziger wirklich zuverlässiger Bundesgenosse ist; 2. daß wir unsere relative politische Isolierung den Österreichern gegenüber so wenig wie möglich [an]merken lassen [dürfen]. Deshalb dürfen wir in Wien weder ein zu starkes Bedürfnis nach Anlehnung an Österreich durchblicken lassen, noch tun, als ob wir uns irgendwie isoliert fühlten. Die Österreicher müssen den Eindruck gewinnen, daß wir volles Vertrauen jeder Eventualität gegenüber zu uns selbst haben. Wir müssen deshalb auch unsere Beziehungen zu Rußland, Italien und England als besser hinstellen als sie vielleicht in Wirklichkeit sind, [...] Was Rußland angeht, so glaube ich, schadet es nicht, wenn eure Majestät die Verhältnisse dort als unberechenbar und eher pessimistisch schildern, dagegen über Kaiser Nikolaus nur freundliche Worte fallen lassen. Es ist den Österreichern gegenüber nicht zu übersehen, dass am Hofe, im Hochadel und besonders bei Baron Aehrenthal das Drei-Kaiser-Bündnis immer noch als politisches Ideal gilt. Österreich wird

117 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 28f

118 - Ebenda, S. 28

sich um so fester an uns schließen, je mehr es die Überzeugung hat, daß unsere und Eurer Majestät Beziehungen zu Rußland befriedigende sind und dass namentlich die Freundschaft Eurer Majestät für den Zaren unter den schweren inneren Kamalitäten seiner Regierung nicht gelitten habe. “[...]”¹¹⁹

Indes konnte die politische deutsche Isolation vor der Monarchie nicht verborgen gehalten werden. In Wien wurde man sich über den „gestiegenen Wert als Verbündeter“ durchaus bewußt. Andererseits bedeutete die enge politische Bindung an Deutschland natürlich auch eine drastische Einschränkung der eigenen politischen Handlungsfreiheit. Mit Baron von Aehrenthal kam am 24. Oktober 1906 dann auch ein Mann an die Spitze der österreich-ungarischen Außenpolitik, der augenscheinlich gewillt war, die Unabhängigkeit der Handlungsfähigkeit der Donaumonarchie mit Nachdruck unter Beweis zu stellen. Denn im Gegensatz zu manchen seiner Vorgänger war Aehrenthal ein Mann der Tat, der sich nicht scheute durch Initiative und Entschlossenheit Österreich-Ungarn einen gleichwertigen Platz im Rahmen der europäischen Mächtekonstellation (zurück-) zuerobern. Aehrenthal zeigte sich demgemäß keineswegs bereit, sein politischen Konzept auf Kosten einer Unterordnung der deutschen „Weltmachtambitionen“ aufzugeben.

DIE ARMEE - KONKURRENZ, KORRELATION UND ZUSAMMENARBEIT AUF MILITÄRISCHER EBENE

Wie sich bereits gezeigt hat, war das Bündnis keineswegs auf allen Ebenen konfliktfrei. Vor allem was die preußisch-deutsche Armee betraf, bestand eine nicht unwesentliche Konkurrenzsituation. Speziell bei der älteren Generation innerhalb der k. u. k. Armee, vollzog sich der Wandel vom traditionellen Feindbild zum gleichwertigen Partner nur zögernd.¹²⁰ Hinsichtlich der militärischen Rahmenbedingungen und Professionalität blickten allerdings viele k. u. k. Offiziere neidvoll über die Grenze. Denn neben mehr Sold, dem höheren gesellschaftlichen Status und mehr Geld für die Rüstung, waren in der deutschen Armee Nationalitäten- und Dualismuskonflikte unbekannt. Schon bald wurden deshalb die Richtlinien des deutschen Partners, vom Kasernenbau bis zum Alkoholmißbrauch, zum Maßstab für die eigene Armee. Desweiteren wurden die deutschen Rüstungsanstrengungen im Wiener Generalstab wiederholt als Argument für die Forderung nach Modernisierung der eigenen Truppe herangezogen. Das demonstrativ an den Tag gelegte Selbstbewußtsein des deutschen Offizierkorps entwickelte jedoch auch Vorbehalte und Ablehnung innerhalb der k.u. k. Armee. Denn vielfach machten preußisch-deutsche Offiziere im Rahmen gemeinsamer Treffen, kein Hehl aus ihrer Überlegenheit und konfrontierten ihre Verbündeten mit einer offen zur Schau gestellten Überheblichkeit.

In der k. u. k. Armee fehlte mehrheitlich die persönliche Erfahrung mit dem ausgeprägten Hegemonieanspruch der Deutschen. Innerhalb seiner 35jährigen Laufzeit wurde die Situation der Allianz allerdings doch des öfteren kritisch hinterfragt. So deutete bereits 1880 Prinz Lichtenstein, der österreich-ungarische Militärbevollmächtigte in Berlin darauf hin, dass [...] „der Preis der deutschen Unterstützung gegen Rußland in dem Aufgeben der politischen Selbstverständlichkeit der Kaiserlichen Monarchie bestehen müßte, die in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis zu

119 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 29 und 30 - Brief Bülow's an Kaiser Willhelm II. - 31. Mai 1906, von dessen Besuch in Wien.

120 - Kronenbitter, Krieg im Frieden, S. 282f

Deutschland zu treten gezwungen werden würde.“[...]”¹²¹ Im Vordergrund seiner Bedenken stand dabei weniger die Gefahr einer deutschen Dominanz über die Monarchie, sondern eher die Befürchtung, durch die enge Bindung den notwendigen Spielraum für die Anbahnung alternativer Bündniskonstellationen zu verlieren. In diesem Sinne sahen diejenigen Kräfte, die eine Verständigung und Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Zarenreich anstrebten, seit 1908 im Zweibund eine zunehmende Bedrohung für die Existenz des Vielvölkerstaats. Neben der allianz-kritischen Haltung des Völkerrechtsexperten Heinrich Lammasch schlug auch Rüdiger Freiherr von Biegeleben, einer der Vertrauten des Thronfolgers, am Ende der Annexionskrise, in die gleiche Kerbe, als er den Standpunkt vertrat, daß [...] „nicht Österreich hat das deutsche Bündnis, sondern das deutsche Bündnis hat Österreich. Wir sind daran gekettet und die Kette schließt sich enger und enger - nicht zum Vortheil unserer europäischen Stellung. Man nennt das Vertiefung des Bündnisses.“ [...]”¹²²

Im Militärbereich standen von Anfang an sicherheitspolitische und operativ-strategische Interessen im Mittelpunkt der gemeinsamen Arbeit. So erfolgte bereits 1882 die erste Zusammenkunft der beiden Generalstabschefs, die einer Koordination der beiden Armeen für den Fall eines Bündnis-krieges diene. Das Ziel der Beratungen war es, gegen die russische Armee, im Rahmen einer gemeinsamen Zangenbewegung in Richtung Warschau, einerseits aus Ostpreußen, sowie auf der anderen Seite aus Galizien, vorzugehen.¹²³ Die Pläne für einen gemeinsamen Feldzug gegen das Zarenreich wurden allerdings, durch das sich abzeichnende französisch-russische Bündnis, binnen kurzem obsolet. Im Anbetracht eines möglichen Zweifrontenkriegs erarbeitete ab 1892 der neuernannte Generalstabschef Schlieffen weitreichende Konzepte, die eine verstärkte westliche Ausrichtung des deutschen Militärpotentials nach sich zogen. Als Konsequenz der deutschen Umorientierung wurde ein gemeinsames operatives Zusammenspiel der beiden Armeen daraufhin verworfen. Prinzipielle Unklarheit herrschte in diesem Ambiente zwischen den Generalstäben auch über die Frage, wann, wie und ob ein Bündnisfall vorliege. Die Präzisierung des „casus foederis“ erfolgte erst 1909. Die Erklärung wurde vom deutschen Generalstabschef Hellmuth von Moltke im politischen Umfeld der Annexionskrise nach Rücksprache mit der Reichsleitung abgegeben.

Eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung des Informationsflusses kam dem jeweiligen Militärattaché zu. Wissenslücken und Organisationsfragen zwischen den Verbündeten konnten derart umgehend angesprochen und erörtert werden. Die Basis dieser bilateralen Ebene bildete ein störungsfreies Vertrauensverhältnis zwischen der Armeeführung des Gastlands einerseits und dem Militärattaché des Verbündeten auf der anderen Seite. Ein intensiver Informationsaustausch wurde zumeist durch die Tatsache erleichtert, dass den jeweiligen Offizieren die Integration in das gesellschaftliche Leben, sowie der Kontakt zu maßgeblichen politischen und militärischen Kreisen, ohne große Schwierigkeiten gelang. Vor allem am Hof Willhelms II nahmen die militärischen Repräsentanten der Mächte, durch ihren protokollarisch verbrieften Vorrang, eine privilegierte Stellung ein. Von seinem Hang zum militärischen Habitus profitierten nicht zuletzt die Militärbevollmächtigten Österreich-Ungarns, die dadurch raschen Zugang zu wichtigen Informationen erlangten.

121 - Ebenda, S. 286

122 - Ebenda, S. 286

123 - Ebenda, S. 293-310

Während der Annexionskrise hielt Karl M. V. Graf von Kageneck die militärdiplomatische Verbindung von Wien nach Berlin aufrecht. Kageneck bekleidete diese Position von 1906 bis zum Kriegsende. Der Graf, eine [...] „elegante Erscheinung von gewinnendem Wesen und vollendeten Formen,“ [...] ¹²⁴ hatte, im großen und ganzen ein recht positives Bild von der k. u. k. Armee, wobei er bei passender Gelegenheit Zweifel gegen einige hochrangige Offiziere äußerte. Dem Stabschef der Armee, Conrad von Hötzendorf, war er sehr zugetan. Der deutsche Militärdiplomat würdigte oftmals den unermüdlichen Einsatz des Stabschefs in dessen Bemühen durch Reformen und Modernisierung die k. u. k. Armee in ihrer Effektivität zusteigern. Conrads Abberufung empfand er daher als einen großen Verlust sowohl für die Armee als auch für das Bündnis.

Durch die intensive Verbindung zum Stabschef wurde Kageneck allerdings auch von den politischen Zielen und militärischen Visionen Conrads „angesteckt“, die zum Großteil im krasen Widerspruch zur Realität und zum außenpolitischen Konzept Aehrenthals standen. Selbst die im Raum stehenden gravierenden militärpolitischen Konsequenzen für das Deutsche Reich, im Fall eines Präventivkriegs der Monarchie gegen Italien, bzw. eines Angriffs auf Serbien und Montenegro, ließen den deutschen Militärattache nicht an der richtigen Lageeinschätzung Conrads zweifeln. Kagenecks beschränkter Zugang zu militär-fachlichen Instrumentarien, zum Generalstab und zu den militärpolitischen Entscheidungsträgern der Monarchie, führte mit zu einer zu optimistischen Einschätzung der Schlagkraft der k. u. k. Armee und den militärischen Möglichkeiten des Bündnispartners.

Die zu hoch geschraubten Erwartungen galten allerdings auch für die anderer Seite. Denn der preußisch-deutschen Armee ging allein schon ihr Mythos voraus. 1904 äußerte allerdings der österreich-ungarische Militärattache in Berlin seine fachlichen Bedenken gegenüber Schlieffens Nachfolge. Der Meinung Klepsch-Kloths nach verfügte der jüngere Moltke weder über überdurchschnittliche fachmännische Kenntnisse, noch über ausreichendes militärisches Wissen, um diese verantwortungsvolle Position einnehmen zu können. Trotz dieser Vorbehalte hatte die Beurteilung Klepsch-Kloths, nach der Berufung Moltkes, keine folgenschweren Auswirkungen auf die Beziehung der Stabschefs der beiden Armeen. Grundsätzlich aber herrschte in Wien der Eindruck, dass auf die militärische Stärke des Bündnispartners vorbehaltlos zu bauen sei.

KAPITEL II - VON DER OKKUPATION ZUR ANNEXION

A - DIE MAKEDONISCHEN REFORMEN

MÜRZSTEG - DIE GRUNDLAGE DER ÖSTERREICHISCH-RUSSISCHEN ZUSAMMENARBEIT AM BALKAN

In der europäischen Politik gehörten zur Zeit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert die drei osmanischen Provinzen Makedoniens zu den heftigst umstrittenen Gebieten des Balkans. Die Bevölkerung der osmanischen Verwaltungsbereiche Kosovo, Monastir und Saloniki war Großteils slawischen Ursprungs. Obwohl die Region im Frieden von San Stefano 1878 Bulgarien zugesprochen wurde, blieb sie, da die Bestimmungen des Vertrages über den eines provisorischen Charakters nicht hinaustraten, unter osmanischer Oberhoheit.¹ In den letzten Jahren vor der Jahrhundertwende glich Makedonien einem einzigen Kriegsschauplatz, indem jeder mit jedem um Macht und Einfluß zu kämpfen schien.² Vor allem die konkurrierenden christlichen Völker des Balkans kämpften erbittert um die Vormacht. Dabei waren Hinterhalte und Überfälle an der Tagesordnung, die zumeist mit der rücksichtslosen Ermordung von alten Menschen, Frauen und Kindern und der Verstümmelung von Gefallenen und Verwundeten verbunden waren. Die heftigen Auseinandersetzungen zwischen der bulgarischen, griechischen und serbischen Volksgruppe hatten allesamt zum Ziel, sich eine günstige Ausgangsposition für zukünftige Gebietsansprüche zu erkämpfen.

Die permanente Krise, die zudem vom Sultan mit weitreichenden Repressalien beantwortet wurde, rief schon bald die Berliner Signatarmächte, mit der Forderung nach Reformen auf den Plan. Gestärkt durch den osmanischen Sieg über Griechenland im Herbst 1897 gelang es der Pforte jedoch vorerst noch, die Reformvorschläge der Botschafter der Großmächte erfolgreich abzuweisen. Vor dem Hintergrund einer Eskalation und eines möglichen Übergreifens der Krise auf den gesamten Balkanraum, fand es der österreichisch-ungarische Außenminister Goluchowski Anfang 1902 an der Zeit, Bemühungen zur Wiederaufnahme der internationalen Reformbestrebungen zu initiieren. Auf der Basis der russisch-österreichischen Entente von 1897 sollten Ansätze zu einer Lösung der Krise entwickelt werden. Trotz anfänglicher Skepsis willigte St. Petersburg dann doch in eine aktive Zusammenarbeit ein, und beide Mächte begannen in der Folge Reformvorschläge für die drei Verwaltungsbezirke auszuarbeiten. Die Entente zwischen Österreich-Ungarn und Rußland basierte im Großteil auf drei Grundprinzipien.³ Die beiden Mächte bekundeten hierbei ihren einheitlichen Willen den Status quo am Balkan aufrechtzuerhalten, die Abweisung jeglichen Gedankens einer territorialen Neuerwerbung und schlußendlich die einvernehmliche Auffassung, den jungen Balkanstaaten eine selbstständige Entwicklung zu garantieren. Diese Vereinbarung bildete in den darauffolgenden 10 Jahren das Fundament der Balkanpolitik der beiden Mächte. Angesichts der guten Zusammenarbeit der Ententemächte beruhigte sich nicht nur die Lage am Balkan, sondern entspannten sich auch deren allgemeine Beziehungen.

1 - Carlgren W. M., Iswolsky und Aehrenthal vor der bosnischen Annexionskrise. Russische und österreich-ungarische Balkanpolitik 1906 - 1908. Uppsala 1955. S. 33f

2 - Molden Berthold, Alois Graf Aehrenthal. Sechs Jahre äußere Politik Österreich-Ungarns. Stuttgart und Berlin 1917. S. 26

3 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 16

Im steirischen Mürzsteg wurde im Herbst 1903 die österreichisch-russischen Bemühungen am Balkan auf eine neue Ebene der Zusammenarbeit gestellt. Kaiser Franz Josef und Zar Nikolaus kamen dabei über die Voraussetzungen für die nächste Etappe der gemeinsamen Reformbemühungen überein, und stellten gleichzeitig die Weichen, für die zukünftige makedonische Politik ihrer Regierungen.⁴ Grundsätzlich wurden bei diesem Treffen die Vereinbarungen von 1897,⁵ die Entwicklung des Osmanischen Reiches am Balkan betreffend, einer Neudefinition unterworfen. Im Rahmen der Gespräche, an denen Aehrenthal in seiner Funktion als österreichisch-ungarischer Botschafter in Mürzsteg teilnahm,⁶ wurde die Abmachung, den Status quo am Balkan zu bewahren, vorderhand nicht in Frage gestellt. Es wurde allerdings vereinbart, das 1902, mit der Unterstützung der jungen Balkanstaaten ins Leben gerufene Reformprogramm für Makedonien, zu erweitern. Hierzu sah die russisch-österreichische Initiative auch vor, eine aktive Teilnahme weiterer europäischer Großmächte anzuregen und gegebenenfalls Schritte einzuleiten, den Sultan von der Notwendigkeit einer raschen Umsetzung des Reformprogramms zu überzeugen.

Das Mürzsteger Programm bestand im wesentlichen aus vier Punkten. Unter der Leitung ausländischer Offiziere sollte das osmanische Gendarmeriewesen nach europäischem Vorbild reorganisiert, aber auch die Haltung der osmanischen Truppen gegenüber der Zivilbevölkerung überwacht werden. Zwei von den Ententemächten ernannte, auf zwei Jahre bestimmte Zivilagenten sollten den osmanischen Generalinspektor der drei Provinzen begleiten, beraten und überwachen. Desweiteren sollte nach Stabilisierung der Lage, eine administrative Neueinteilung in Makedonien vorgenommen und eine Reform der Justiz- und Finanzverwaltung verwirklicht werden.⁷ Ziel war, die öffentliche Ruhe in der von Gewalt Terror zwischen den einzelnen Ethnien ausgesetzten Region wiederherzustellen. Zu diesem Zweck wurde jeder partizipierenden europäischen Macht ein Abschnitt zugewiesen und unter deren Kontrolle gestellt.⁸ Die Mürzsteger Vereinbarung wurde am 22. Oktober 1903 der Pforte überreicht und nur widerwillig vom Sultan entgegengenommen. Abdul Hamid zeigte sich erst unter dem Druck durch die übrigen Großmächte und mit der Einschränkung, dass weder souveräne osmanische Rechte, noch der Status quo angetastet werden dürfe, bereit, über das Reformprogramm zu verhandeln.⁹ Im Hinblick auf die Tatsache, dass der Sultan in Makedonien nur mehr „zur Hälfte“ (mit) zu bestimmen hatte, bestand die Schwierigkeit der europäischen Mächte nun darin, die Souveränität des Sultans nicht allzu offensichtlich anzutasten.¹⁰ Vor allem Deutschland und Österreich-Ungarn achteten diesbezüglich darauf, dass sich die Beschränkung der Rechte der Pforte in Grenzen hielten.

Im Vordergrund der Bemühungen der europäischen Mächte stand vor allem die Frage der Finanzierung des Reformvorhabens. Denn der Haushalt Makedoniens, schloß mit einem Defizit. Ein Großteil der anfallenden Kosten resultierte aus dem Sold für die in Makedonien stationierten osmanischen Truppen. Auf die unter dem Oberbefehl eines italienischen Offiziers stehenden Mitglieder der ausländischen Reformgendarmerie, bezog sich ein Viertel der Ausgaben. Die permanent prekäre finanzielle Lage der Provinzen brachte es mit sich, dass sich die Finanzkommissäre der einzelnen

4 - Ebenda, S. 38

5 - Skriván Ales, Schwierige Partner. Deutschland und Österreich-Ungarn in der europäischen Politik der Jahre 1906 - 1914. Hamburg 1999. S. 49f

6 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 14

7 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 3

8 - Urbanski von Ostrymiec, August, Conrad von Hötzendorf - Soldat und Mensch. Graz, u.a. 1938. S. 180

9 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 39

10 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 23f

europäischen Staaten zum Teil vergeblich bemühten, ihren monatlichen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen. Durch die Aufnahme von kleine Anleihen gelang es der Pforte zumeist erst in letzter Minute, die benötigten Summen bereitzustellen. Viel schlechter erging es in diesem Zusammenhang allerdings den osmanischen Soldaten, Beamten und Heereslieferanten. Diese mußten die oft monatelang auf ihre Besoldung, bzw. ihre Bezahlung warten. Die unzureichende und schleppende Entlohnung des öffentlichen Sektors manifestierte sich daher, neben einer zunehmend korrupten Verwaltung, auch in der mangelhaften Rechtssprechung der Provinzen. Österreich-Ungarns Außenminister zeigte insofern maßgeblich Interesse, an einer raschen Umsetzung der Justizreform. Dabei gelangten die Reformmächte gefährlich nahe an die Grenzen der osmanischen Souveränität. Daraufhin begann die Regierung in Konstantinopel ihrerseits ein Reforminitiative, auf der Basis von alternativer Vorschläge auszuarbeiten. Wenngleich sich sowohl der osmanische Generalinspektor Hilmi- Pascha, als auch die Zivilagenten Österreich-Ungarns und Rußlands redlich bemühten, die verwaltungstechnischen Schwierigkeiten in den Griff zu bekommen, wurde die ohnehin prekäre Situation aufgrund des permanenten Geldmangels ständig verschärft. Die osmanische Budgetkrise resultierte jedoch keineswegs nur aus den Folgen einer ständig anwachsenden Korruption und einer unzeitgemäßen Finanzverwaltung, sondern wurde auch eine Unmenge von einseitig abgeschlossenen Handelsverträgen mit den europäischen Großmächten mehr als begünstigt. Eines der zentralen Problemen der finanziellen Misere Konstantinopels bildete somit das Faktum, dass es der osmanischen Regierung nicht gelang, die zu ihren Ungunsten abgeschlossenen Verträge zu korrigieren.

In einer Zeit, in der die europäischen Staaten durch hohe Schutzzölle ihre Waren vor ausländischer Konkurrenz zu schützen trachteten, wurde die Türkei vertraglich dazu verpflichtet, ihrerseits den Prozentsatz für die eigenen Einfuhrzölle vergleichsweise niedrig zu halten. Als daraufhin der Sultan im November 1905 versuchte, die Zölle einseitig anzuheben, reagierten die europäischen Mächte mit der Besetzung der Zollämter von Mytilene und Lemnos, sowie mit einer Flottendemonstration. Das internationale Geschwader, dem Deutschland nicht angehörte,¹¹ verschärfte dadurch den Druck auf Konstantinopel dermaßen, dass sich der Sultan gezwungen sah, den Forderungen der Mächte nachzugeben und der Schaffung einer Finanzkommission zuzustimmen. Diese sollte fortan das Budget Makedoniens überwachen und kontrollieren. Dennoch hatten die Bemühungen in Summe keinen Erfolg. Es gelang nämlich nicht, genügend Mittel zur Finanzierung der diversen Projekte zur Verfügung zu stellen. Für alle Parteien wenig zufriedenstellend, konnten darüberhinaus erst im April 1907 die Verhandlungen über ein neues Zollabkommen abgeschlossen werden.¹²

Die in Müritz vereinbarte Einbindung anderer Mächte in den Reformprozeß, bewirkte schon bald eine offensichtliche Verlagerung innereuropäischer Konstellationen auf den osmanischen Schauplatz.¹³ Im Folgenden konnte jedenfalls der Umstand nicht verhindert werden, dass bilaterale Differenzen und Animositäten einzelner Staaten in das ursprünglich russisch-österreichische Reformprojekt integriert wurden. In Anbetracht der Problematik rund um das Flottenprogramm und im Kampf um den größt möglichen Einfluß bei der Pforte, prallten hierbei primär die divergierenden Standpunkte Deutschlands und Großbritanniens aufeinander. So deuteten bereits nach kurzer Zeit eine britischen Initiativen an, dass das Empire weitreichende Reformen mit dem Ziel einer Autonomie Makedoniens anstrebe. Dies stand allerdings im diametralen Gegensatz zu den Deutschen

11 - Schöllgen Gregor, Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage 1871 - 1914. München 1984. S. 199

12 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 26

13 - Skriván, Schwierige Partner, S. 50f

Vorstellungen, die sämtliche Schritte unternahmen, den Widerstand des Sultans gegen die europäischen Reformvorschläge zu unterstützen. Berlin entwickelte diesbezüglich in der Folge eine Vielzahl an taktischen Manövern, um seine Position und seinen Einfluß bei der Pforte erfolgreich aufrecht erhalten zu können.

Als unmittelbare Konsequenz zu den unterschiedlichen außenpolitischen Reaktionen, kam es hierauf auch zu zahlreichen Differenzen zwischen Wien und Berlin. Vor allem Izvolskij konnte nicht umhin, diesbezügliche Meinungsverschiedenheiten zu provozieren. Schon bei seinem Abschiedsbesuch in St. Petersburg versuchte Izvolskij Aehrenthal von einer Ausweitung des Reformprogramms in Justizfragen zu überzeugen. Im Hinblick auf die osmanischen Interessen Berlins und der eigenen Ablehnung, dem tendenziellen britischen Wunsch nach mehr Druck auf den Sultan auszuüben, nachzugeben, lehnte Aehrenthal den russischen Vorschlag jedoch ab. Gegenüber dem deutschen Reichskanzler zeigte er sich dann allerdings kompromißbereiter. Obwohl Aehrenthal seine eigenen Pläne vor Augen hatte, ließ er seine Bereitschaft erkennen, das Tempo der Reformen dermaßen zu drosseln, damit der Pforte genügend Zeit für die Ausarbeitung eigener Vorschläge verblieb. In diesem Sinne entwickelte sich mit der Ankunft des neuen österreichisch-ungarischen Botschafters Markgraf Johann Pallavicini am 5. November 1906 in der osmanischen Hauptstadt, eine deutsch-österreichische Ablehnungsfront gegen die Reformpläne der anderen Mächte. Pallavicini zeigte sich dabei überaus kritisch gegenüber dem Entwurf einer Justizreform und Marschall, der deutsche Botschafter in Konstantinopel lehnte diesen grundweg ab. Während sich daraufhin die russische Seite bemühte, eine breite Front der Zusammenarbeit vor allem unter der Einbeziehung Großbritanniens und Frankreichs zu bilden, versuchte Aehrenthal im Februar 1907, eine konservative Mächtekonstellation zusammenzustellen. Dabei sollte Frankreich, Deutschland, Rußland und Österreich-Ungarn ein Gegengewicht zu Großbritannien und Italien darstellen. Dieser Versuch mißlang allerdings durch eine Indiskretion Frankreichs, das London von der Wiener Initiative unterrichtete. In diesem Stadium der Verhandlungen zeigte sich jedoch schon recht deutlich die russischen Tendenzen, die Zusammenarbeit mit England und Frankreich auf eine engere Basis stellen zu wollen. Währenddessen intensivierten die Osmanen ihre Bemühungen eigene Reformvorschläge zu unterbreiten und ersuchten den Deutschen Kaiser um diesbezügliche Vermittlung.

Aus Furcht ihren politischen Einfluß zu verlieren geriet die deutsche Diplomatie infolgedessen über das Vermittlungersuchen des Sultans in einen ambivalenten Gegensatz. Denn während sich der Druck der Reformmächte auf Deutschland ihre Bemühungen zu unterstützen ständig erhöhte, sah sich Berlin in dieser Situation, in erster Linie nur der Wahrung seiner wirtschaftspolitischen Interessen verpflichtet. Nach Rücksprache mit Berlin regte daher der stellvertretende Botschafter Kiderlen-Wächter in Konstantinopel an, den Sultan wissen zu lassen, [...] „daß die deutsche Regierung sich verpflichten sollte, an keinerlei Schritten teilzunehmen, die geeignet wären, die Souveränität des Sultans zu gefährden und in Hinsicht auf die makedonischen Reformen nichts zu unterstützen, was der Türkei materiellen Schaden und Demütigung bringen könnte.“[...]¹⁴ Zur selben Zeit versicherte allerdings Bülow dem russischen Außenminister (Der diesbezügliche Anlaß war ein Treffen Kaiser Wilhelm II. mit Nikolaus II. in Swinemünde vom 3. - 6. August 1907), dass die deutsche Regierung jede österreichisch-russische Initiative bei der Pforte unterstützen werde. Von diesem Schritt unterrichtete er auch Aehrenthal mit der unbegründeten Sorge begleitete,

dass sich der Bündnispartner mit Rußland der Reformgruppe um Großbritannien anschließen könne. Daraufhin wurden die deutschen Gesandten in den europäischen Großstädten angewiesen, der augenblicklich heiklen Situation „mit größt möglicher Umsicht“ zu begegnen. Gegenüber den deutschen Versicherungen bewahrte sich Aehrenthal trotz allem eine gehörige Portion Skepsis. Er äußerte sich zwar grundsätzlich positiv zu dem Projekt einer eigenständigen osmanischen Justizreform, seine eigenen Reformvorschläge wollte er jedoch zu deren Gunsten nicht aufgeben.¹⁵ Da die osmanische Regierung mittlerweile auf die diplomatischen Unterstützung Berlins zählen konnte, überreichte daraufhin das osmanische Außenministerium einen eigenen Reformentwurf an die in Konstantinopel anwesenden Botschafter der Reformstaaten. Dieser stimmte im großen und ganzen mit den von Deutschland ausgearbeiteten Vorschlägen überein. Die Übergabe des osmanischen Entwurfs fand fast gleichzeitig mit dem Beginn einer internationalen Botschafterkonferenz zum russisch-österreichischen Reformprogramm statt. Insofern mußten die Teilnehmer der Konferenz nunmehr über beide Reformprojekte beraten. Unter dem Druck des deutschen Botschafters einigten sich die Diplomaten dann auf die osmanischen Vorschläge und empfahlen ihren Regierungen, das osmanische Reformwerk anzunehmen. Diese maßgeblich von deutscher Seite herbeigeführte Entwicklung stand allerdings weder im Einklang mit den Interessen der Monarchie, noch auf der Grundlage der erst kürzlich erfolgten Unterstützungserklärung Bülow's. Demzufolge intervenierte der österreich-ungarische Außenminister diesbezüglich bei Bülow, und forderte ihn unmißverständlich auf, sich nachhaltig für das russisch-österreichische Reformwerk zu verwenden. Die deutsche Antwort auf das Ansuchen des Außenministers ließ indes kein Abrücken von der bekannten, „unklaren“ Haltung erkennen. Denn Berlin befand sich, nach wie vor, in der Zwangslage, zwischen der Bewahrung der eigenen Wirtschaftsinteressen und der diplomatischen Unterstützung des Bündnispartners lavieren zu müssen. Vorderhand trug Berlin noch dem Umstand Rechnung, dass der Ballhausplatz an seiner Zusammenarbeit mit St. Petersburg festhielt. Denn in Berlin wurde sehrwohl die Möglichkeit in Betracht gezogen, dass eine allzu große Kompromißbereitschaft, das Risiko einer Stärkung der britischen Position in sich barg. Für die hinhaltende Positionierung Deutschlands, gegenüber den Forderungen des Bündnispartners, machte sich in dieser Situation der Umstand vorteilhaft bemerkbar, dass sich innerhalb der russisch-österreichischen Zusammenarbeit die ersten Risse zu bilden schienen. Innerhalb der europäischen Diplomatie mehrten sich nämlich die Anzeichen, dass der russische Außenminister eine Revision des bisherigen Meerengenstatus anzustreben schien.

Denn durch den Verlust der ostasiatischen Stützpunkte wie Port Arthur in der Mandschurei, rückte der Schwerpunkt der russischen Seestreitkräfte wieder ins Schwarze Meer und damit auch die Frage eines Zugangs zum Mittelmeer. Die diesbezügliche Andeutungen wurden von Izvolskij bereits in Swinemünde gemacht. Aehrenthal, von Izvolskij's Plan durch den deutschen Reichskanzler informiert, mußte nunmehr den Ausstieg St. Petersburgs aus den Münzsteger Vereinbarungen und eine Hinwendung zu den westlichen Großmächten, befürchten. Vom russischen Schritt wäre nicht nur die russisch-österreichische Reforminitiative betroffen gewesen, sondern auch eine Bedrohung der österreichisch-ungarischen Interessen am Balkan erfolgt. Ungeachtet dieser Entwicklung führte die deutsche Außenpolitik ihren osmanischen „Zick-Zack-Kurs“, im eigenen Interesse weiter. Kiderlen-Wächter versprach Pallavicini zwar wiederholt seinen Einfluß beim Großwesir geltend zu machen, um ihn zu einer Annahme der russisch-österreichischen Vorschläge zu bewegen. Die

osmanische Ablehnung zur Verlängerung der Botschafterkonferenz nahm er so dann aber zum Anlaß, sich im Widerspruch zu seinen vorhergehenden Versicherungen, strikt gegen das Reformwerk zu äußern. Auch der Deutsche Kaiser brachte seine Haltung in dieser Sache deutlich zum Ausdruck. Willhelm II. hielt die internationale Forderung nach einer Justizreform für einen ungerechtfertigten Eingriff in die Souveränität des Sultans. Der Kaiser sah eine Verschiebung der Reformen als durchaus akzeptable Variante, die nur durch ein stillschweigendes „Auslaufen der Initiative“ übertroffen werden könne. In diesem Sinne empfahl er Wien dafür zu sorgen, [...] „sie solle einen Aufschub der Reformen mit der Begründung vorschlagen, die ganze Sache noch einmal gründlich zu überdenken.“[...]¹⁶ In diesem Stadium der Verhandlungen war Wien allerdings keineswegs bereit, der deutschen Forderung nach einem Aufschub des makedonischen Reformprojekts nachzukommen.

DIE INTERNATIONALISIERUNG DES REFORMPROGRAMMS

In den ungarischen Delegationen verkündete Aehrenthal am 27. Januar die offizielle Anfrage Österreich-Ungarns bei der Pforte, zur Erhebung von Vorstudien zum Bau einer Bahnverbindung zwischen Uvac und Mitrovica.¹⁷ Selbst die warnenden Worte des österreich-ungarischen Botschafters in St. Petersburg, vor weitreichenden Konsequenzen für die Qualität der bilateralen Beziehung, konnten Aehrenthal von diesem Schritt abbringen. Die Veröffentlichung des Sandschakbahnprojekts durch den österreich-ungarischen Außenminister verkomplizierte daraufhin nicht nur die internationalen Bemühungen um das Reformprogramm, sondern sie ließ auch den Graben zwischen Wien und St. Petersburg weiter anwachsen.¹⁸ Ende Januar bestätigten sich dann die ersten Anzeichen, dass es bezüglich des Bahnprojekts zu Differenzen mit dem russischen Außenminister kommen werde. Denn Izvolskij befürchtete durch den Bahnbau einen erheblichen Prestigeverlust für Russland. Der russische Außenminister verfügte allerdings über kein probates Mittel die österreich-ungarische Initiative zu stoppen, daher versuchte er über den Umweg der gemeinsamen Justizreform, mit einer bewußten Verknüpfung der Themenbereiche, die Pläne Wiens zu durchkreuzen. Izvolskij wurde in der Folge nicht müde darauf hinzuweisen, dass alles vermieden werden müsse, was die gemeinsame Reforminitiative gefährde. Demzufolge sei es in keinsten Weise wünschenswert, eine Störung durch das Bahnprojekt zu riskieren. Izvolskijs Kritik gegen die Balkanpolitik der Monarchie fand vor allem in der slawophilen Presse ihren deutlichen Niederschlag und richtete sich primär gegen eine Weiterführung der russisch-österreichischen Zusammenarbeit.¹⁹ Nach einem förmlichen Protest Berchtolds versicherte Izvolskij zwar für die Einstellung der Pressekampagne zu sorgen, ließ dann aber seinen Worten keine Taten folgen. Einige Tage später versuchte Izvolskij die russische Regierung von der Notwendigkeit einer Neuorientierung

16 - Ebenda, S. 59

17 - Pantenburg Isabel F., Im Schatten des Zweibundes. Probleme österreichisch-ungarischer Bündnispolitik 1897 - 1908. Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs, Band 86. Wien, Köln, Weimar 1996. S. 418f

18 - Skriván, Schwierige Partner, S. 59

19 - Die slawophile Presse war das Sprachrohr einflußreicher orthodoxer und panslawistischer Kreise, die Danilewskijs politische Vorstellungen teilten. Sie waren der festen Überzeugung, dass [...] „die orthodoxe Religion und die slawische Kultur seien dazu berufen, die jetzige Hegemonie ihrer westlichen Gegenpartner in der Welt abzulösen, und Rußland dazu die Leitung eines slawischen Staatenbunds, errichtet aus den Trümmern der Osmanen und Österreich-Ungarns, mit Konstantinopel als Hauptstadt zu übernehmen.“[...] - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 5 - (Nikolai Yakovlevich Danilevski, 1822-1885. Russischer Naturalist und Geschichtsphilosoph, Autor von „Rossiya i Europa“. Gründer einer geschichtsphilosophischen Strömung, über die Verschieden- Einzigartigkeit von Zivilisationen. Danilevski propagierte einen eigenständigen Weg der Slawen gegenüber dem Westen. Er war der Wegbereiter des russischen Nationalismus, und inspirierte russische Denker wie Konstantin Leontiev, aber auch Oskar Spengler. In: Encyclopaedia Britannica, Volume 7, Seite 53.)

der russischen Außenpolitik auf der Basis einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit Großbritannien zu überzeugen. Izvolskij nahm die Regierungssitzung am Anfang Februar zum Anlaß, die bis dato durch seinen Vorgänger Lamsdorff praktizierte Balkanpolitik und dessen gemäßigte Haltung gegenüber Österreich-Ungarn heftig zu kritisieren.²⁰ Parallel hierzu versuchte der russische Außenminister, durch das Verhalten der Monarchie, eine ernsthafte Bedrohung der Interessen Rußlands zu konstruieren. Mit dem Hinweis auf die momentane innenpolitisch Situation, reagierten das Kabinett allerdings negativ auf seine Ausführungen. Vor dem Hintergrund neuerlich ausbrechender revolutionärer Ausschreitungen und in Anbetracht der prekären militärischen Lage, scheute sich der Ministerrat, ein derartiges Signal zu setzen.²¹ Das zaristische Rußland schien in diesem Augenblick im inneren nicht stabil genug, um das Risiko einer außenpolitischen Kehrtwendung einzugehen.²²

In den ersten Februartagen scheiterte daraufhin der gemeinsame russisch-österreichische Anlauf zu einer Justizreform.²³ Die Botschafterkonferenz in Konstantinopel lehnte es ab, der osmanischen Regierung eine Note mit den diesbezügliche Vorschlägen zu übergeben. Statt dessen wurde auf Drängen des deutschen Botschafters ein Kompromiß vorgeschlagen, der die Durchführung der Reform in die alleinige osmanische Kompetenz legen sollte. Als Antwort auf die deutsche Initiative beschuldigte Großbritannien und Rußland die Regierung in Wien, um den Preis des Bahnprojekts die europäischen Reformbemühungen zu sabotieren. Für Aehrenthal, der nach wie vor zu den gemeinsamen Reformplänen stand, stellte sich im Anschluß an die Ereignisse die Frage, ob nun das Ende der russisch-österreichischen Zusammenarbeit erreicht sei. Die von den Botschaftern in Wien eingehenden Informationen schienen eine derartige Annahme zu rechtfertigen. So leitete Berchtold noch im Januar, nach einer Audienz beim Zaren, die Botschaft nach Wien weiter, dass [...] „das Mürzsteger Abkommen sei aller Wahrscheinlichkeit nach definitiv verloren.“[...] Der Zar äußerte zwar Verständnis bezüglich des Bahnprojekts, er ließ allerdings keine Bereitschaft zu einer Fortsetzung der Zusammenarbeit erkennen.²⁴ Szögyény meldete in diesem Zusammenhang aus Berlin, dass St. Petersburg neuerdings die Meinung äußere, dass Berlin das Sandschakprojekt nicht nur unterstütze, sondern die Monarchie sogar dazu gedrängt habe. Wenig später wurde der russische Botschafter in Wien instruiert, im Außenministerium festzuhalten, [...] „daß der Ausbau der Sandschakbahn Österreich-Ungarn derartige politische und ökonomische Vorteile am Balkan sichern würde, dass dieselben mit der in Mürzsteg vereinbarten Erhaltung des Status quo kaum vereinbart sein würden.“ [...] ²⁵ Auch im Hinblick auf die Tatsache, dass die russische Presse unbeirrt fortfuhr, die Balkanpolitik der Monarchie anzugreifen, wiesen alle Zeichen auf ein baldiges Ende der Mürzsteger Entente hin.

Hinter dem außenpolitischen Manöver St. Petersburgs stand jedoch ein durchaus berechnendes politisches Kalkül mit zwei Gesichtspunkten. Denn einerseits wurde mit der drohende Kündigung der Mürzsteger Vereinbarungen versucht den Widerstand Wiens zum Bau der Transversalverbindung von der Donau zur Adria zu brechen. Österreich-Ungarn wirtschaftspolitischer Vorteil in der Region wäre dadurch vermutlich aufgehoben, und parallel dazu, durch eine erfolgreiche

20 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 227f

21 - Skriván, Schwierige Partner, S. 64

22 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 229f

23 - Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes, S. S 426f

24 - Skriván, Schwierige Partner, S. 67

25 - Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes, S. 426f

Realisation, Rußlands Prestige deutlich aufgewertet worden. Zum anderen spekulierte Izvolskij mit der Möglichkeit, dass er im Falle des Endes der russisch-österreichischen Zusammenarbeit, eine handfeste Rechtfertigung für seine verstärkte Politik der Annäherung an die Westmächte erhalten werde. Die politische Erfahrung Aehrenthals reichte allerdings in dieser Situation aus, um die russischen Pläne zu erkennen und in der Folge ins Leere laufen zu lassen. Denn neben seiner Versicherung an den Zaren, die russisch-österreichische Zusammenarbeit fortsetzen zu wollen, stellte er seinen Widerstand gegen das Transversalprojekt ein. An dieser Haltung konnte auch der Bündnispartner nichts ändern, der vor allem in der Person des deutschen Botschafters in Konstantinopel, für eine intensivere Kooperation am Balkan und somit auch ein Verlassen des „Mürzsteger“ Wegs, plädierte. Die politischen Wogen rund um das Sandschakbahnprojekt schienen sich Mitte März 1908 zu glätten. Aehrenthal schilderte dem deutschen Reichskanzler die momentane Situation mit den Worten [...] „Herr Izvolskij [fängt] [...] an ruhiger zu werden, und sein Groll nimmt sich jetzt wie der verhallende Donner eines Gewitter aus, das sich allmählich verzieht. Es gibt Momente, wo man annehmen möchte, es sei bereits Alles vorüber, da erinnert noch ein fernes Aufleuchten an das überstandene Unwetter.“ [...] ²⁶

Mitte April des selben Jahres kam es zu einer vermeintlichen, weiteren Entspannung in den russisch-österreichischen Beziehungen. Der russische Außenminister verteidigte nämlich in der Duma seine Balkanpolitik, und unterstrich die positiven Ergebnisse der russischen Verträge mit der Monarchie. Desweiteren bekräftigte Izvolskij seinerseits das Festhalten an der Entente mit der Donaumonarchie und äußerte seinen Wunsch allfällige Balkanproblem auch in der Zukunft einvernehmlich lösen zu wollen. Sein Bekenntnis sollte ein Zeichen des guten Willens an Wien werden. Es war allerdings mit der Bedingung verbunden, Österreich-Ungarn müsse Serbiens Projekt einer Transversalverbindung - von der Donau zur Adria - unterstützen. ²⁷ Und obwohl Österreich-Ungarn dieser Forderung mit der Abgabe einer Demarche zur Unterstützung der Transversalbahn Anfang Mai in Konstantinopel nachkam, waren die Würfel für das weitere Vorgehen Rußlands in der Reformfrage bereits Mitte Februar gefallen.

In einer geheimen Sitzung der russischen Landesverteidigungskommission bestätigte Izvolskij zwar die Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan, kritisierte allerdings das Ausbleiben konkreter Erfolge. Als Konsequenz forderte der russische Außenminister sodann, dass neue Ansätze bezüglich der Reformaktion gefunden werden müssen. Izvolskij regte hierzu an, auch andere europäische Mächte konstruktiv in das Reformprojekt integrieren zu wollen. ²⁸ Daraufhin teilte er dem britischen Botschafter in der russischen Hauptstadt mit, dass [...] „er wünsche, die Plattform der gemeinsamen Aktion mit Österreich zu verlassen und gedenke, auf die Mächte zu bauen, die die makedonischen Reformen ehrlich wünschten.“ [...] ²⁹ Der britische Außenminister Grey nahm die sich ihm unerwartet anbietende Gelegenheit umgehend zum Anlaß, um dem britischen Parlament daraufhin eigene Reformvorschläge zu unterbreiten. Einige Tage später präzisierte er, in einer Zirkularnote an die europäischen Großmächte, seine diesbezüglichen Vorschläge. Sowohl Wien wie auch Berlin waren sich in ihrer Beurteilung bezüglich der britischen Vorschläge darüber einig, dass diese einen realisierbaren Rahmen bei weitem sprengen würden, und wartete gespannt auf die russische Reaktion. Izvolskij schloß sich diesbezüglich dem Urteil der Mittelmächte an.

26 - Ebenda, S. 427

27 - Skriván, Schwierige Partner, S. 68f

28 - Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes, S. 433f

29 - Skriván, Schwierige Partner, S. 69

Er empfand das Programm als viel zu radikal und lehnte demzufolge die britischen Vorschläge als unannehmbar ab. Den Bestimmungen der Münzsteger Vereinbarungen folgend, unterbreitete Izvolskij Berchtold Mitte März seine Antwort auf die britische Initiative. Die radikalsten britische Lösungsvorschläge wurden darin zwar verworfen, etliche andere wurden allerdings in abgeschwächter Form in das Reformwerk aufgenommen. Obwohl Aehrenthal sowohl als auch Berthold hinter dem Vorgehen Greys und Izvolskij auch in diesem Fall ein taktisches Manöver, mit dem Ziel dem russischen Außenminister einen dringend benötigten politischen Erfolg zu ermöglichen, sahen, stimmte Aehrenthal den russischen Vorschlägen Großteils zu. Er tat dies primär mit dem Kalkül, London dadurch doch noch ein gemeinsames russisch-österreichisches Vorgehen demonstrieren zu können. Wenngleich Izvolskij bis zu diesem Zeitpunkt den offiziellen Bruch der Vereinbarungen von Münzsteg noch vermied, waren die zukünftigen Weichen trotz alledem gestellt. Mit der Aufgabe des russisch-österreichischen Führungsanspruchs wurde das Tor zu neuen Mächtekonstellationen weit geöffnet. Daher sollte nunmehr in der Folge Großbritannien mit der Unterstützung Rußlands, die führende Position bei der Durchsetzung des Reformprogramms übernehmen.

Durch die Problematik rund um die Sandschakbahn wurden für Aehrenthal zumindest zwei Dinge offensichtlich. Denn nicht ganz ohne sein zutun, neigte sich einerseits, die seit 1897 relativ erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem russischen Imperium am Balkan ihrem Ende entgegen. Auf der anderen Seite kam die tendenzielle Annäherung Londons und St. Petersburgs mehr und mehr zum Ausdruck. Trotz dieser augenscheinlichen Entwicklung blieb Aehrenthal jedoch seiner politischen Linie treu. Retrospektiv merkte er später an. [...] „Es war [...] zwar meine Absicht, in der Entente mit Rußland solange zu verharren, als dies nur irgend möglich sein würde, gleichzeitig aber war ich, in Erkenntnis der wirklichen Sachlage, entschlossen, keine Zeit und keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, um für unsere so lange vernachlässigten wirtschaftlichen Interessen am Balkan einzutreten.“ [...] ³⁰

Die politische Annäherung Großbritanniens und Rußlands wirkte sich bereits kurz nach dem Ende der Krise um die Sandschakbahn einschneidend für die Außenpolitik der Monarchie aus. Denn neben einer sich spürbar verstärkenden Konkurrenz zwischen Wien und St. Petersburg am Balkan, konnte London zukünftig nicht mehr als eine verlässliche Konstante gegen russische Hegemoniebestrebungen betrachtet werden. Im Zuge der diplomatischen Auseinandersetzung, sowohl um die Bahn, als auch im Rahmen der Reformen, kamen von der Insel scharfe Worte der Kritik, die zu einer deutlichen Abkühlung der gegenseitigen Beziehungen führten. Die ablehnende Haltung der Briten gegenüber der Sandschakbahn gründete dabei nicht nur auf sachlicher Argumentation, sondern diente mehr als Mittel zum (politischen) Zweck. Gab doch die Entfremdung zwischen den beiden Kaiserreichen den Briten die Möglichkeit, ihrerseits die angestrebte Zusammenarbeit mit Rußland zu vertiefen. Gegen die Politik der Donaumonarchie richtete sich der Unwille des Empire nicht zuletzt auch aufgrund der Tatsache, dass das Foreign Office nach wie vor Berlin als Drahtzieher hinter der ganzen Angelegenheit vermutete. London sah voraus, dass [...] „the struggle between Austria and Russia in the Balcans is evidently now beginning, and we shall not be bothered by Russia in Asia.“ - „The action of Austria will make Russia lean on us more and more in the future.“ [...] ³¹ Und setzte die entsprechenden Schritte.

30 - Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes, S. 428

31 - Ebenda, S. 432

Es ist in Anbetracht der Ereignisse kaum verwunderlich, dass das österreich-britische Verhältnis zu diesem Zeitpunkt an einem ziemlichen Nullpunkt anlangte. Dafür war nicht nur die persönliche Animosität der Außenminister verantwortlich, sondern auch die britische Meinung, dass das Irade, den Preis für Pallavicinis Ablehnung der Reformnote auf der Botschafterkonferenz bildete.³² Dieser Verdacht entsprach allerdings keineswegs den Tatsachen. Aehrenthal war sehrwohl an einer erfolgreichen Fortführung der Reformen interessiert. Er forderte insofern sogar ausdrücklich von Pallavicini, die Reformnote zu paraphieren. In der Folge bemühte sich der österreich-ungarische Außenminister, durch die Vorlage von weiteren Reformvorschlägen, die ins Stocken geratenen Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Aehrenthal wollte dadurch die britische Skepsis entkräften und eine Normalisierung der Beziehung zwischen Wien und London herbeiführen. Doch die britische Regierung ließ im Hinblick auf die Avancen aus St. Petersburg absolut keine Signale erkennen, das Verhältnis zur Donaumonarchie verbessern zu wollen. Zudem war das Foreign Office keineswegs von der eigenständigen Außenpolitik des Ballhausplatzes überzeugt. Denn für London stand Deutschland als der eigentliche Drahtzieher im Hintergrund fest. In den Augen der Briten reduzierte sich Österreich-Ungarn zu diesem Zeitpunkt lediglich als Satellit des Deutschen Reiches. Demzufolge saßen für London die Verantwortlichen für das Scheitern der makedonischen Reformen und die tatsächlichen Initiatoren des Sandschakbahnprojekts nicht in Wien, sondern in der deutschen Hauptstadt.³³ Obwohl sich die deutsche Seite umgehend beeilte Klar zu stellen, dass sie die österreich-ungarische Regierung zur Aufnahme des Projekts der Sandschakbahn nicht angestiftet habe, hatte die haltlose Vermutung der Briten dennoch zur Folge, dass die außenpolitische Handlungsfähigkeit Aehrenthals eine nicht unerhebliche Einschränkung erlitt. Sie bedeutete gleichzeitig aber auch einen enormen Rückschlag für sein politisches Konzept. Denn die britische Einschätzung stand natürlich im krassen Gegensatz zu den Zielen des österreich-ungarischen Außenministers, der gerade durch seine offensive Außenpolitik ein eigenständiges Vorgehen der Monarchie, auch und vor allem, gegenüber den europäischen Großmächten demonstrieren wollte. Seit seinem Amtsantritt verfolgte Aehrenthal eine Politik, deren Linie sich konsequent an den Grundsätzen seines politischen Konzepts orientierte. Seine Politik war immer mit dem Ziel verbunden, den Skeptikern im Inneren und außerhalb der Monarchie zu beweisen, dass gerade durch eine kraftvolle, souveräne Außenpolitik, die Voraussetzung zur Überwindung der anstehenden Probleme des Vielvölkerstaats zu schaffen sei.

Wenngleich Aehrenthal somit bemüht war außenpolitisch aktiv zu erscheinen, fand er sich dennoch hierzu unversehens in einem diametralen außenpolitischen Gegensatz wieder. Während ihm die deutsche Seite mangelnde Informationsbereitschaft vorwarf - es [...] „dürfte [...] doch kaum unbescheiden sein, wenn wir von Freiherr von Aehrenthal bezüglich seiner weiteren Pläne eine größere Offenheit verlangen, als er sie bisher uns erwiesen hat.“ [...] - mutmaßte die britische Seite einen erheblichen Einfluß des deutschen Partners. [...] „... wir glauben, daß Ihr Euch wegen Deutschland nicht traut die Reformen bei der Pforte allzu energisch oder energisch genug zu betreiben.“ [...] ³⁴ Trotz gegenteiliger Versicherungen ließen sich die Briten nicht von ihrem Standpunkt abbringen. Dies mußte auch der österreich-ungarische Repräsentant Kinsky in London erfahren, nachdem er versuchte Eduard VII. die österreichische Haltung darzulegen. [...] „... ganz gewiß werde die Monarchie an ihrem Bündnis mit dem Reich festhalten, aber daraus dürfe nicht geschlossen

32 - Ebenda, S. 442f

33 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 65f

34 - Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes, S. 444

werden, dass die Linien der österreichisch-ungarischen Politik in Berlin festgelegt würde.“ [...] Darüberhinaus mußte der Ballhausplatz dem Umstand Rechnung tragen, dass die Bereitschaft Londons mit Wien in einen Dialog zu treten in dem Maße schwand, in dem die deutsch-britischen Spannungen um das Flottenprogramm zu eskalieren drohten. [...] „Man betrachtet uns als in Deutschland infeodiert und sieht - einem geradezu psychopathischen Zuge folgend - in allem was geschieht, also auch in dem, was wir tun und lassen, eine verborgene Teufelei der macchiavellistischen deutschen Politik.“[...]³⁵ Von den Spitzen der Monarchie abwärts wurde es für alle Beteiligten zunehmend ersichtlich, dass die Monarchie offensichtlich zwischen die Fronten der deutsch-britischen Auseinandersetzung geraten war. Vor diesem Hintergrund scheiterten alle österreich-ungarischen Versuche, eine Verbesserung der Beziehungen herzustellen. Es war den beiden Regierungen auch nicht möglich, einen Konsens bezüglich des Reformprogramms zu finden. Durch Izvolskijs Antwort auf die britischen Märzvorschläge schien Wiens Rolle als Co-Initiator der makedonischen Reformen von London übernommen worden zu sein. Der britische Außenminister war jedenfalls nicht mehr bereit, sich von Wien „das Heft aus der Hand“ nehmen zu lassen. Fortan ging Grey dazu über Vorschläge, Initiativen und Reaktionen Aehrenthals einfach zu ignorieren. [...] „His [Aehrenthals] notes to London - although almost identical with Izvolsky's - were scoffed at or disregarded.“[...]³⁶ Den diesbezüglichen Höhepunkt der britisch-russischen Annäherung bildete das Gipfeltreffen der beiden Souveräne in Reval, wo zwar keine endgültige Einigung über ein Reformprogramm erzielt wurde, das aber als Auslöser unbedachter Entwicklungen betrachtet werden kann.

REVAL - AUF DEM WEG ZUR BRITISCH-RUSSISCHEN ANNÄHERUNG

Das Gipfeltreffen zwischen Eduard VII. und Zar Nikolaus II., fand von 9. bis 10. Juni 1908 statt und ging primär von Großbritannien aus.³⁷ Die Gespräche hatten zum Ziel, den durch die asiatischen Ereignisse begonnenen und seit Algeciras forcierten Prozeß der Annäherung mit dem Zarenreich zu erweitern und zu vertiefen. Die britische Initiative erfolgte mit Sicherheit auch unter dem Gesichtspunkt, die Zusammenarbeit am Balkan auf eine gemeinsame Basis zu stellen. Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, da sich ja seit der Amtsübernahme Aehrenthals, eine offensive Balkanpolitik der Monarchie abzuzeichnen begann.³⁸ Die Regierung in London hatte erkennen müssen, dass ihr im Rahmen ihrer Balkanpolitik mit Aehrenthal ein scharfer Kritiker und Konkurrenten entstanden war. Darüberhinaus war der österreich-ungarische Außenminister nach wie vor einer der schärfsten Verfechter einer Neuauflage des konservativen „Dreikaiserbündnisses“, den es galt in die Schranken zu verweisen. Desweiteren bildeten Gespräche über ein gemeinsames Vorgehen, im Rahmen einer „westlichen“ Gegenerschaft zum Deutschen Reich, eine zentrale Rolle. Das politische Ziel dieser Verbindung war dabei nicht einen Krieg mit Deutschland zu provozieren, sondern die Mittelmächte einzuschnüren und zurückzudrängen.

Obwohl der Zar dem deutschen Kaiser bereits kurze Zeit danach den unpolitischen Charakter der Begegnung versicherte, entstand durch die britisch-russischen Gespräche auf deutscher Seite doch einige Unsicherheit und Mißtrauen. Für Berlin stellte dieses Treffen im gewissen Sinn den Höhepunkt der „Einkreisungspolitik“ dar. Die diesbezüglichen Befürchtungen richteten sich dabei

35 - Ebenda, S. 445

36 - Ebenda, S. 446

37 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 69f

38 - Valentin Veit, Deutschlands Außenpolitik. von Bismarks Abgang bis zum Ende des Weltkrieges. Berlin 1921. S. 81

weniger gegen konkrete Maßnahmen, sondern drehten sich in erster Linie eher um machtpolitische Tendenzen. In Berlin stellte man sich hierzu beispielsweise die Frage, inwieweit ein britische Vorstoß zukünftig die russische Haltung gegenüber Deutschland beeinflussen werde. Denn über eines war sich Berlin durchaus im Klaren; - ein starkes Rußland, das noch dazu im Stande war auf die deutsche Ostgrenze Druck auszuüben, könne nur im englischen Interesse liegen.³⁹ Aber auch für St. Petersburg endete das Treffen mit einer schlüssigen Erkenntnis. Denn im Laufe der Gespräche bestätigte sich zunehmend der Eindruck, dass eine schlagkräftige deutsche Flotte mit einer modernen Armee im Hintergrund ein mehr als unliebsames Gefahrenpotential für London bedeute. Als Resümee der Zusammenkunft zog hierauf die russische Diplomatie die Folgerung, dass London in hohem Maße auf russische Unterstützung, in der sich bereits deutlich abzeichnenden Konfrontation mit Deutschland um das Flottenprogramm, setze. Der Tenor der Gespräche verdichtete darüber hinaus auf russischer Seite die Ansicht, dass sich London im Gegenzug dazu durchaus bereit zeigen werde, sich hinter eine aktive Balkanpolitik Rußlands zu stellen. Und dies selbst für den Fall, dass derartige Ambitionen im krassen Gegensatz zu den Interessen der Zweibundpartner stehen sollten. Auch wenn es Rahmen der Gespräche weder zu einer ultimativen Einigung, noch zu einer Absichtserklärung über ein gemeinsames Vorgehen in der Reformfrage kam, konnte doch eine leicht zunehmende Nervosität innerhalb der deutschen Führung festgestellt werden. Vor allem die deutsche Presse sprach in diesem Zusammenhang von einer weiteren „Umzingelung“ und gab dadurch vielfältigen Spekulationen und Befürchtungen ausreichend Nahrung. Neben der sicherheitspolitischen Komponente des Gipfeltreffens befürchtete die deutsche Regierung in zweiter Linie einen neuerlichen britisch-russischen Vorstoß und Festlegung auf eine gemeinsame Linie ihrer Balkanpolitik. Berlin befürchtete in diesem Fall, dass Wien dem diplomatischen Druck nicht standhalten würde und, als Folge hierzu, auf die Seite Großbritanniens und Rußlands wechseln könnte.⁴⁰

Während man also in Berlin ein halbes Spektrum an Krisenszenarien entwickelte, reagierte indessen der Ballhausplatz mit demonstrativer Gelassenheit auf das Treffen. Aehrenthal spekulierte in diesem Zusammenhang mit einem „reservierten“ russischen Verhalten, das für ihn grobe Züge eines „Bluffs“ erkennen ließ. Im Rahmen der „Nachwehen“ von Reval kam es dann doch noch zu einer kurzen, wenn auch heftigen Verstimmung zwischen den Bündnispartnern. Denn in Anbetracht der Ereignisse fühlte sich Berlin durch die Person seines Botschafters verpflichtet, der russischen Regierung zu versichern, dass in der augenblicklichen Situation weder Deutschland, noch Österreich-Ungarn Maßnahmen ergreifen würden die eine Kriegsgefahr heraufbeschwören könnten. Aehrenthal war über das eigenmächtig Vorgehen Berlins äußerst verärgert. Er ließ daraufhin in Berlin keine Zweifel darüber aufkommen, dass er im Wiederholungsfall eine nicht mit ihm abgestimmte Erklärung desavouieren werde. Die heftige Reaktion des österreich-ungarischen Außenministers hatte daraufhin zur Folge, dass sich die deutschen Ängste eines Seitenwechsels der Monarchie, weiter in den politische Vordergrund drängten. Berlin beschloß hierzu, die Kooperation mit den Partner wieder enger werden zu lassen. Derweilen wurden allerdings auch in Wien diesbezügliche Stimmen lauter. Vor allem der österreich-ungarische Botschafter in Konstantinopel forderte eine engere Zusammenarbeit mit Deutschland im Zusammenhang mit der Balkanproblematik. Pallavicini war der Meinung, dass eine Fortführung der gemeinsamen Arbeit mit Rußland zu einer Aufgabe der eigenständigen Politik Österreich-Ungarn führen werde.

39 - Oncken Hermann, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs. Zweiter Band, Leipzig, München, Berlin, 1933. S. 614 - 616

40 - Skriván, Schwierige Partner, S. 70f

Die britisch- russische Zusammenarbeit bezeichnete er als den Versuch Londons, einen Keil zwischen die Bündnispartner zu treiben.

Tatsächlich entpuppte sich sodann Großbritannien, als die treibende Reformkraft nach Reval. London wollte mit seiner Politik einen aktiven Beitrag leisten, um eine möglichst schonende Überleitung zu modernen Verhältnissen, unter Vermeidung schwerer Krisen, am Balkan zu gewährleisten.⁴¹ Bei seinem alljährlichen, sommerlichen Zusammentreffen Franz Josefs mit Eduard VII. verlieh der Kaiser [...] „persönlich seinem Unwillen über die Art, in der Österreich-Ungarn von England in Reval beiseite gedrängt wurde, Ausdruck.“ [...] ⁴² Was sich vor dem Treffen bereits abzuzeichnen schien, wurde nun Gewißheit. Das ursprünglich russisch-österreichische Reformprogramm hatte zwischenzeitlich einen gesamteuropäischen Charakter angenommen. Auch die russische Diplomatie wurde im Schatten der britisch-russischen Gespräche im eigenen Interesse wieder verstärkt aktiv.⁴³ Denn in Reval war es Rußland und Großbritannien nicht gelungen, in der Reformfrage eine vollkommen einheitliche Vorgehensweise zu beschließen. Während die britische Regierung ihr Hauptaugenmerk auf die Ausbildung der Sicherheitsorgane richtete war St. Petersburg an Reformen der Justiz bzw. des Finanzwesens interessiert. Ungeachtet dieser Differenzen befand sich das Reformwerk am besten Weg in Konstantinopel abgegeben zu werden. Angesichts der engen Beziehung zum Sultan kam daher, bei einer möglichen Umsetzung des Reformwerks, nun wieder Deutschland die Schlüsselrolle zu.

Allerdings, sowohl Berlin, als auch Konstantinopel reagierten auf die neuen Entwicklungen mit wachsender Sorge. Vor allem der Sultan ließ bei der deutschen Regierung seine tiefe Befürchtung erkennen, dass durch die Verhandlungen Rußlands und Großbritanniens seine Souveränitätsrechte gefährdet werden könnten. Berlin bemühte sich umgehenst bei der Pforte festzuhalten, dass alle Schritte unternommen werden, um die volle Aufrechterhaltung des Status quo zu gewährleisten. Die deutsche Absichtserklärung griff allerdings der noch ausstehenden österreich-ungarischen Entscheidung bezüglich der russischen Märzvorschläge eindeutig vor. Berlins Eigenmächtigkeit zog sich daher abermals das Mißfallen des österreich-ungarischen Außenministers zu, der ja bereits ohnehin in den Ruf stand, seine Politik zu sehr den Wünschen Berlins unterzuordnen.⁴⁴ In der Weisung an Szögyény bemühte sich der Ballhausplatz aber doch auch zu versichern, dass Österreich-Ungarn die Richtlinien einer konservativen Politik am Balkan nicht aus den Augen lassen werde. Nichtsdestotrotz erachtete es Aehrenthal für unklug, dem Sultan die uneingeschränkte Unterstützung in Bezug auf die kommenden Reformvorschläge zu versichern. Denn nach seiner Lagebeurteilung, würde eine derartige Zusicherung die Akzeptanz seitens der Pforte für die ausgearbeiteten Vorschläge nicht gerade erhöhen. Der österreich-ungarische Außenminister ließ zu diesem Zeitpunkt in Berlin keinen Zweifel darüber aufkommen, dass er alle notwendigen diplomatischen Vorkehrungen zu treffen gedenke um die politische Handlungsfähigkeit der Donaumonarchie eindrucksvoll unter Beweis zu stellen. Dazu gehörte auch die strikte Ablehnung des deutschen Vorhabens eine mögliche Veränderung des Status quo am Balkan mit Waffengewalt zu verteidigen und [...] „Schulter an Schulter für die Herrschaft des Sultans zu kämpfen.“ [...] ⁴⁵ Eine derartige Entscheidung wäre trotz dem Bekenntnis zur deutsch-österreichischen Allianz keineswegs im

41 - Valentin, Deutschlands Außenpolitik, S. 81

42 - Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes, S. 447

43 - Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs, S. 621f

44 - Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes, S. 448

45 - Ebenda, S. 448

Interesse der Monarchie gelegen. Aehrenthal war sich der Tatsache durchaus bewußt, dass eine unwidersprochene Gefolgschaft gegenüber den deutschen Großmachtinteressen alle eigenständigen Ambitionen zunichte gemacht und den Eindruck der deutschen Dominanz nur weiter erhärtet hätte. Demzufolge war Wien über die teilweisen euphorischen Solidaritätsbekundungen der deutschen Presse nicht immer sehr glücklich. Denn [...] „die Insistenz, mit der man sich in Deutschland unserer zunächst noch gar nicht gefährdeten Interessen annimmt, sei nur geeignet, bei den anderen europäischen Mächten Mißtrauen zu erwecken und vor allem in England, als dem Rivalen des Reiches, Ressentiments gegen die Monarchie hervorzurufen.“ [...] ⁴⁶ Indes wurde der „diplomatische Gegenwind“ in Wien immer deutlicher spürbar. Doch Aehrenthal ließ sich trotz der widrigen Umstände nicht von seiner Linie abbringen und versuchte im Bereich seiner Möglichkeiten den internationalen Handlungsspielraum der Monarchie zu bewahren.

Diesbezüglich kam eine neue russische Initiative gerade rechtzeitig, mit der Izvolskij versuchte, seine augenblicklich „guten Karten“ diplomatisch geschickt auszuspielen. ⁴⁷ Denn mit dem offensichtlichen britischen Werben um die russische Gunst schien St. Petersburg eine deutliche Aufwertung ihrer politischen Position innerhalb des europäischen Mächtekonstellation zu verbinden. In Berlin ließ der russische Außenminister hierzu vorsichtig seine neu gewonnene „Sonderrolle“ anklingen. Izvolskij ließ für den Fall einer positiven Reaktion der Zweibundpartner auf die britisch-russische Vorschläge durchblicken, dass dadurch für Rußland eine realistische Chance bestehe zukünftig gemeinsam auf der Basis der drei konservativen Kaisermächte zu kooperieren. Falls jedoch Berlin, sowohl als auch Wien, sich gegen diese Zusammenarbeit entscheiden würden, sehe sich die russische Diplomatie hierauf allerdings gezwungen, eine engere Anlehnung an das Empire zu suchen. Izvolskij beabsichtigte offenbar in dieser Situation seine Interessen zu wahren und eine gehörige Portion Mißstimmung zwischen Österreich-Ungarn, dem Deutsche Reich und dem Sultan zu sähen. Durch sein Angebot zur Realisierung seiner Pläne scheute er deshalb auch nicht zur Verschärfung der ohnehin heiklen internationalen Lage beizutragen. In Anbetracht der jüngsten Entwicklungen und neuersten Ereignisse stellt Aehrenthal dem russischen Außenminister Anfang Mai 1908 die Frage nach der derzeitigen Basis der russisch-österreichischen Balkanentente. In dem Aide-mémoire bemühte sich der Ballhausplatz zu unterstreichen, weitgehend an den Vereinbarungen von 1897 festhalten zu wollen. ⁴⁸ Aehrenthal, der nach wie vor gewillt war seinen Kurs der Kooperation mit St. Petersburg aufrechtzuerhalten, vergaß in seinem Schreiben nicht darauf hinzuweisen, dass er sowohl mit der Akzeptanz der russischen Märzvorschläge, als auch mit einem grundsätzlichen Einverständnis zum Bau der Transversalbahn guten Willen und Entgegenkommen demonstriert habe.

Im Rahmen eines Aide-mémoire traf am 2. Juli 1908 die russische Antwort am Ballhausplatz durch Botschafter Urusov ein. ⁴⁹ Das in einem äußerst moderaten Ton gehaltene russische Schreiben war in drei Teilbereiche untergliedert und beinhaltete in erster Linie die russische Haltung zu den strittigen Balkanfragen. Die Themenbereiche Transversalbahn und makedonische Reformen ließen dabei keine nennenswerte Änderung des bekannten russischen Standpunkts erkennen. Der zweite Teilbereich jedoch, betraf die russische Haltung zu den Vereinbarungen von 1897.

46 - Ebenda, S. 450

47 - Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs, S. 622

48 - Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes, S. 455

49 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 71f

Grundsätzlich sprach sich St. Petersburg darin für die Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan aus, wünsche sich allerdings eine Präzisierung bestimmter Punkte.⁵⁰ In Wien wurde unterdessen das unerwartete Entgegenkommen des russischen Außenministers mit Befriedigung und einer gewissen Erleichterung registriert. Am Vorabend der jungosmanischen Revolution ließ Izvolskij den Ballhausplatz im zweiten Teil seiner Antwort desweiteren seinen Standpunkt hinsichtlich einer eventuellen Annexion Bosniens, der Herzegowina und des Sandschaks und - oder einer Änderung des Meerengenstatuts wissen. Darin stehe für ihn außer Frage, dass es sich in diesem Falle um eine Angelegenheit von gesamteuropäischen Ausmaß handeln würde, die nicht alleine zwischen Österreich-Ungarn und Rußland separat entschieden werden könne. Da aber diese beiden Themenkomplexe die Interessen der beiden Kaiserreiche vorrangig berühren, folgte der russische Außenminister, [...] „erkläre sich die russische Regierung bereit, diese „dans un esprit d’amicalité reciproité“ zu diskutieren.“ [...] ⁵¹ A. Skrivan stellt in diesem Zusammenhang eine Reihe von Überlegungen an ⁵² die schlußendlich dazu geführt haben können, dass Aehrenthal im Entwurf der Antwort auf das russische Aide-mémoire Franz Josef empfahl, die angebotene Gesprächsbasis abzulehnen. Aehrenthal legte sich in seiner Beurteilung auf den Standpunkt fest, dass er gegebenenfalls eine Annexion der beiden osmanischen Provinzen als ausschließlich interne Angelegenheit der Monarchie betrachte. Darüberhinaus stehe eine Annexion des Sandschaks für ihn sowieso nicht zur Diskussion.

Izvolskij's Vorstoß zeigt jedenfalls in welche Richtung sich seine politischen Ziele orientierten. Im Hintergrund seiner Bemühungen schien der abermalige russische Versuch zu stehen, die Meerengenfrage, inklusive des Status von Konstantinopel, einer für das Zarenreich günstigen Lösung zuzuführen. Der russische Außenminister ging dabei ein enormes Risiko ein. Denn weder war sich Izvolskij über die Haltung der Westmächte im Klaren, noch konnte er mit der Unterstützung Österreich-Ungarns rechnen. Darüberhinaus ließ die deutsche außenpolitische Linie keinen Zweifel daran, dass sich Berlin mit aller Kraft gegen alle Pläne, die die Souveränität des Sultans einschränken könnten, entgegenstellen würde. Doch noch bevor der russische Außenminister ernsthaft beginnen konnte sein Vorhaben in die Tat umzusetzen, durchkreuzten innertürkische Reformkräfte seine Pläne. Die Jungtürkische Revolution ließ in der Folge ein deutliches Zeichen an eigenständigem Reformwillen erkennen, und stellte damit die Konstellation der europäischen Großmächte mit dem Osmanischen Reich auf eine neue Basis.

DIE „JUNGTÜRKISCHE REVOLUTION“

Das osmanischen Vilajet „Mazedonien“ wurde zur Wiege der jungtürkischen Bewegung. Die Jungtürken waren westeuropäisch - liberal orientiert⁵³ und standen in Opposition zu dem autoritär regierenden Sultan Abdul Hamid.⁵⁴ Das dezidierte Ziel der Revolution war es die Souveränität des Osmanischen Reiches zu erhalten und den politischen und militärischen Handlungsspielraum gegenüber den europäischen Mächten zurückzuerobern. Das Zentrum des jungtürkischen Komitees war Paris, von wo aus der Schwager des Sultans die Geschicke der Reformer steuerte.

50 - Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes, S. 457

51 - Ebenda, S. 457

52 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 72- 73

53 - Valentin, Deutschlands Außenpolitik, S. 82

54 - Matuz, Josef, Das Osmanische Reich. Grundlinien seiner Geschichte, S. 249 - 251

Im Laufe der Zeit entstanden in fast allen europäischen Hauptstädten Büros und Vertretungen der reformorientierten jungtürkischen Kräfte. Parallel dazu entwickelte sich aber auch im Reich selbst, ein effizientes Netzwerk aus Vertrauensmännern und Anlaufstellen.⁵⁵ Zu den Trägern der Reformbewegung wurden Großteils junge Offiziere, die im Rahmen ihrer militärischen Ausbildung in europäischen Armeen und Marineeinheiten, mit der westlichen Kultur in Berührung gerieten. Auch in Makedonien kam es, in den unter internationale Kontrolle gestellten Gebieten, durch die Zusammenarbeit und die Präsenz ausländischer Militärs, zu intensiven Kontakten von jungen osmanischen Offizieren mit modernem, europäischem Gedankengut.⁵⁶ Angesichts ihrer Erfahrungen wurden viele der jungen Männer bei ihrer Rückkehr in die Heimat zu Vertretern idealistischer Reformpläne.

Die Gründe warum der revolutionäre Keim ausgerechnet in Makedonien auf fruchtbaren Boden fiel, waren mehrfache. Zum einen stand gerade die Hafenstadt Saloniki als „Tor zum Westen“ in einem traditionell engeren Kontakt zu Europa als andere Städte im Reich. Deshalb traten die weitverbreiteten Mißstände der Osmanen, durch die Vielfältigkeit der Kulturen und Meinungen, gerade hier in einem verstärkten Maße zu Tage. Denn die schon bald von unzufriedenen Offizieren geleitete Revolte entwickelte sich aus einem jener Aufstände, die sich weniger aus ideologischen Gründen, sondern hauptsächlich gegen die vorherrschende wirtschaftliche Situation richteten.⁵⁷ In der jungtürkischen Revolution manifestierte sich in der Folge neben einem deutliches Aufbegehren gegen die unerträglichen Zustände innerhalb der Armee, auch ein Protest gegen die höheren Offiziere, denen es nicht gelang, den wiederholten Angriffen christlicher „Banden“ auf osmanische Militäreinheiten Einhalt zu gebieten. Darüberhinaus spielte auch die politische Komponente eine wesentliche Rolle in den diesbezüglichen Ängsten und Überlegungen des Jungtürkischen Komitees. Da war zum einen das offensichtliche Unvermögen der europäischen Reformmächte, mit dem Sultan zu einer für beide Seiten befriedigenden Einigung zu gelangen. Zum anderen spiegelte sowohl das Scheitern der Reformen als auch das britisch-russische Treffen in Reval einen weiteren beunruhigenden Faktor wider, dass fremde Mächte weiter über ihre Köpfe hinweg versuchen könnten über die Zukunft des Osmanischen Reiches zu entscheiden.⁵⁸

Die ersten revolutionären Anzeichen kündigten sich Anfang Juni 1908 an.⁵⁹ In den Reihen der ausländischen Reformoffiziere verdichteten sich nämlich Informationen die darauf hinwiesen, dass osmanische Offiziere gemeinsam mit moslemischen Bürgern Vorbereitungen zu einer Revolte gegen die bestehende Staatsordnung vorbereiteten. Der Sultan in Konstantinopel reagierte auf die Nachrichten mit der herkömmlichen Vorgehensweise. Um den zumeist lokalen Ausschreitungen Herr zu werden wurden loyale Truppenteile in die jeweilige Provinz entsandt. Diese versuchten dann im Rahmen von Verhaftungen, Einschüchterungen und Bestechungen, die Krise zu entschärfen. Doch die Bemühungen der Pforte zeigten in diesem Fall keinen Erfolg. Denn immer mehr Soldaten widersetzten sich den Befehlen ihrer Vorgesetzten. Die Meuterer demonstrierten so ihren Protest gegen die schlechte Verpflegung und die schleppend Besoldung im osmanischen Heer. Den unmittelbaren Auftakt zur Erhebung bildete schlußendlich die Ermordung des Divisionsgenerals

55 - Urbanski, Conrad von Hötendorf, S. 182

56 - Ebenda, S. 180

57 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 240

58 - Ebenda, S. 239

59 - Urbanski, Conrad von Hötendorf, S. 183

von Monastir. Dieser wurde am 7. Juli 1908 von einem unzufriedenen Offizier auf offener Straße erschossen. Einige Tage später desertierte in der selben Provinz ein Vizemajor mit 150 Mann, Waffen, Munition und 600 Pfund Gold und flüchtete in die umliegenden Berge. Damit entwickelte der Aufstand eine eigenständige Dynamik der weitere Truppenteile folgten. Immer mehr Aufständische und Desserteure versuchten daraufhin die moslemische Bevölkerung für ihre Ziele zu gewinnen. Im Zentrum der Bewegung stand die eindeutige Forderung, allen religiösen Gemeinschaften, sowie allen Nationalitäten innerhalb des Osmanischen Reiches die völlige Gleichberechtigung auf der Basis der Verfassung von 1876 (wieder) zu gewährleisten.⁶⁰ Das Postulat des Jungtürkischen Komitees wurde desweiteren mit der Einberufung des osmanischen Parlaments und Neuwahlen verbunden. De facto war die 1876 erlassene Verfassung des Osmanischen Reiches zwar Formel in Kraft, sie hatte allerdings, durch die Nichteinberufung des Parlaments keine legislative Bedeutung.⁶¹ Die regierungstreuen Behörden und Militärorgane standen dem Aufstand zunehmend hilflos gegenüber. Innerhalb kürzester Zeit breitete sich die Revolte über das gesamte europäische Reichsgebiet aus. In weiterer Folge verweigerten sodann auch die aus Asien zur Unterstützung der Behörden angeforderten Soldaten ihren Gehorsam und schlossen sich ihren meuternden Kameraden an. Unter dem Druck der Ereignisse gab schließlich der Sultan am 23. Juli 1908 klein bei und setzte die Verfassung von 1876 wieder ein.⁶² Tags darauf versuchte die Pforte die Situation dahingehend weiter zu entspannen, indem sie die Einberufung des Parlaments ankündigte.⁶³ Die Jungtürkische Revolution hatte somit eines ihrer vorrangigen Ziele erreicht. Mit der Wiedereinsetzung der Verfassung kam es gleichzeitig zu einer persönlichen Entmachtung des Sultans, der von einer Gruppe von Offizieren aus den Reihen des Jungosmanischen Komitees als oberste politische Autorität ersetzt wurde. Die Wiedereinsetzung der Verfassung und des osmanischen Parlaments entzog dem europäischen Reformwerk seine politische Berechtigung. Die Fortführung des Programms hätte eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Pforte bedeutet und mögliche Konsequenzen mit der neuen jungtürkischen Regierung nach sich gezogen. Von Mitte August bis Ende September 1908 verließen daraufhin die europäischen Ausbilder und Reformbehörden Makedonien in Richtung ihrer Heimatländer.⁶⁴

Mit der Jungtürkischen Revolution wurde vor allem die deutsche Position im Osmanischen Reich von den überraschenden politischen Umwälzungen schwer getroffen.⁶⁵ Der Einfluß Berlins nahm zwar Schaden war aber nicht unwiederbringlich verloren.⁶⁶ Für die deutschen Beobachter der innenpolitischen Szene in der osmanischen Hauptstadt kamen die Ereignisse keineswegs unerwartet. Für die Diplomaten stand die „Bewegung“ in unmittelbaren Zusammenhang mit den von den europäischen Mächten, und hier insbesondere von Großbritannien geforderten Reformprogramm für das Osmanische Reich. Die jahrelange Unterstützung Berlins für den autoritären Regierungsstil des Sultans führte anfänglich zu einer sehr deutschkritischen Haltung der neuen Machthaber.⁶⁷ Das Verhältnis der beiden Staaten verbesserte sich erst wieder, als im Deutschen Reich ausgebildete Offiziere in einflußreiche Positionen vorrückten. Deutschland konnte allerdings seine exklusive

60 - Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs, S. 622

61 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 239

62 - Urbanski, Conrad von Hötzendorf, S. 184

63 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 240

64 - Urbanski, Conrad von Hötzendorf, S. 186

65 - Skriván, Schwierige Partner, S. 74f

66 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 271f

67 - Ebenda, S. 241f

Stellung am Bosphorus nicht wieder einnehmen, sondern hatte in der Folge mit einer zunehmenden osmanischen Sympathie, Freundschaft und Begeisterung für das Empire zu kämpfen. Trotz dieser Tendenz bemühte sich Berlin die neuen Machthaber nachhaltig davon zu überzeugen, dass sie die einzige im Interesse des Osmanischen Reiches tätige Großmacht sei.

Die führende Stellung am Bosphorus nahm infolge der Ereignisse Großbritanniens ein. Die machtpolitische Kontrolle der Region lag dabei durchaus im britischen Interesse. Denn mit der Unterstützung des Jungtürkischen Regimes wurde es dem Empire abermals möglich in die Sicherung der Meerengen, Konstantinopels und der Dardanellen aktiv eingreifen zu können.⁶⁸ In der Folge war die Annäherung der neuen Machthaber an Großbritannien in vielen Bereichen deutlich zu verspüren. Der Großwesir Kiamil Pascha erwies sich hierzu als ein zuverlässiger Partner der Briten. In Anbetracht der politischen Neuordnung und der neuen Kräftekonstellation verzichtete das Empire, als auch das Zarenreich, auf eine Weiterführung des Reformprogramms für Makedonien.⁶⁹ Durch die Stärkung der britischen Rolle in Konstantinopel wurde aber auch ein Keil zwischen die russisch-britische Annäherung geschoben, der sich in den nachfolgenden Ereignissen erschwerend für die Beziehung erweisen sollte. Für Wien bedeutete der Machtwechsel zu den Jungtürken zunächst lediglich eine (kurzfristige) Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Ausgangsbasis. Die Neuerworbene Stärkung Englands am Bosphorus nützte Eduard VII. bei seinem jährlichen Treffen mit Franz Josef, um zum wiederholten Mal die Stabilität der Achse Wien-Berlin zu testen. Er mußte aber auch diesmal aus dem Mund des österreichischen Monarchen erfahren, dass das Bündnis zum Deutschen Reich [...] „die unveränderliche Basis der österreich-ungarischen Politik sei und bleibe.“ [...] ⁷⁰

Für Berlin führten im Folgenden, früher als gedacht, konterrevolutionäre Ereignisse in Konstantinopel zu einer erheblichen Verbesserung des deutschen Verhältnisses zu den jungtürkischen Machthabern. Denn im April 1909 kam es zum Ausbruch einer reaktionären Militärrevolte, die die Absetzung des Jungtürkischen Komitees und die Wiederherstellung der alten Ordnung zum Ziel hatte. Der Aufstand wurde schließlich von jungtürkischen Truppen unter der Führung von Mustafa Kemal, den späteren „Atatürk“ niedergeschlagen. Anstelle von Sultan Abdul Hamid wurde dessen Bruder Mohammed V., als neuer Sultan inthronisiert. Im Zuge dieser Ereignisse gelang es Berlin, seine über die Jahre so mühsam aufgebaute Stellung wieder einzunehmen. Denn im Gegensatz zu der britischen Regierung hielt das Deutsche Reich am Jungtürkischen Regime fest. Darüberhinaus machte sich die jahrelange erfolgreiche deutsche Militärhilfe positiv bemerkbar, da viele der von den Deutschen ausgebildete jungtürkische Offiziere zu diesem Zeitpunkt bereits gehobene Positionen einnahmen.⁷¹ Die pro-deutsche Haltung erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt als der neue osmanische Ministerrat ein Ansuchen an den Kaiser um die Entsendung eines Generals stellte. Im Umweg über das Militär gelang es dem Deutschen Reich schließlich doch noch seinen Einfluß in der Türkei erfolgreich zurückerobern. Im Zuge dieser Entwicklung stabilisierte sich sogar einigermaßen das Verhältnis zur Monarchie. Die unerwartete Annäherung der beiden Staaten gipfelte im November 1909 in der osmanischen Anfrage bei Aehrenthal [...] „wie er über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer engen Entente zwischen dem Osmanischen Reich, Österreich-Ungarn, und Rumänien denke.“ [...] ⁷² Die Spitzen der Donaumonarchie waren sich in ihrer Einschätzung der

68 - Valentin, Deutschlands Außenpolitik, S. 82

69 - Skriván, Schwierige Partner, S. 74f

70 - Ebenda, S. 74

71 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 271f

72 - Ebenda, S. 273

Lage darin einig, [...] „daß ein immer engerer Anschluß der Türkei an die Zentralmächte eine der Hauptaufgaben ihrer gemeinsamen Politik sein müsse,“ aber „daß angesichts der unsicheren osmanischen Verhältnisse die Zeit für ein derartiges Bündnis jedoch „noch nicht gekommen“ sei.“ [...] ⁷³

B - HABSBURGS IMPERIALISTISCHE ZIELE AM BALKAN

HOFFNUNGSGEBIET „BALKAN“

In der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde für die Habsburgermonarchie die lang gehegte Befürchtung zur Gewißheit, dass der hegemonial Anspruch sowohl im Westen als auch im Süden des Reiches, zum Scheitern verurteilt war. Der österreichischen Diplomatie gelang es weder in Deutschland, noch in Italien, ihren über Jahrhunderte stabil gehaltenen machtpolitischen Einfluß aufrechtzuerhalten. Zu dieser Zeit wurden die Habsburger, in diesen Regionen, mit herben politischen, sowie militärischen Niederlagen konfrontiert. Die Großmachtstellung Österreich-Ungarns im Rahmen der europäischen Mächtekonstellation wurde demzufolge in arge Mitleidenschaft gezogen. Erst durch die Verhandlungen des Berliner Kongresses von 1878 eröffneten sich neue Perspektiven. Im Rahmen der Verhandlungen bezüglich einer zukünftigen territorialen Regelung am Balkan, wurde Österreich-Ungarn von den Konferenzteilnehmern ermächtigt, die osmanischen Provinzen Bosnien und Herzegowina zu okkupieren.⁷⁴ Der Monarchie wurde im Artikel XXV⁷⁵ die Kontrolle und die Verwaltung der besagten Gebiete, als dreißigjähriges Okkupationsmandat überantwortet.⁷⁶ Der Sandschak von Novipazar⁷⁷ verblieb weiterhin unter osmanischer Administration.⁷⁸ Österreich-Ungarn verzichtete zwar auf die Besetzung des Sandschaks, die Zusatzvereinbarung zu Artikel XXV bildete allerdings die rechtliche Basis zum Unterhalt von Garnisonen, sowie zum Erhalt und Ausbau von Verkehrswegen, für den Handel und militärische Notwendigkeiten.⁷⁹ Obwohl Großbritannien als auch Rußland einer Annexion der osmanischen Provinzen bereits vor der entscheidenden Sitzung ihre Zustimmung erteilten, ließ sich der österreich-ungarische Außen-

73 - Ebenda, S. 274

74 - Angelow Jürgen, Kalkül und Prestige. Der Zweibund am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Köln, Weimar, Wien 2000. S. 153f

75 - Artikel XXV „Die Provinzen Bosnien und Herzegowina werden durch Österreich-Ungarn besetzt und verwaltet. Da die österreich-ungarische Regierung nicht den Wunsch hegt, auch die Verwaltung des Sandschaks Novibazar, der sich zwischen Serbien und Montenegro in südöstlicher Richtung bis über Mitrovitza hinaus erstreckt, zu übernehmen, wird dort die ottomanische Verwaltung weiter dauern. Um aber für die Fortdauer des neuen politischen Zustandes sowie für die Freiheit und Sicherheit der Verkehrswege Gewähr zu leisten, behält sich Österreich-Ungarn das Recht vor, im ganzen Bereich dieses Teils des vormaligen Vilajets von Bosnien Garnisonen zu halten und Militär- und Handelsstraßen zu besetzen...“ in E.K. 159, u.a. aus: Sosnosky, Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866. Seite 187)

76 - Afflerbach Holger, Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg. Wien, Köln, Weimar 2002. S. 623

77 - Im Osmanischen Reich bedeutete der Begriff „Sandschak“ einen Verwaltungsbezirk, der wiederum ein Teil eines „Vilajets“, d. h. einer Provinz, war. Im Rahmen des Sandschak- Bahnprojekts verstand man unter dieser Bezeichnung den Sandschak von Novi- Bazar der zum Vilajet Kosova gehörte. Der Sandschak von Novi- Bazar lag südöstlich von Bosnien und schob sich wie ein Keil zwischen die Staatsgebiete von Serbien und Montenegro. Dadurch hatte er eine enorme strategische Bedeutung. in: Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus, S. S159

78 - Uebersberger Hans, Österreich zwischen Russland und Serbien. Zur Südslawischen Frage und der Entstehung des Ersten Weltkrieges. Köln - Graz 1958. S. 6f

79 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 158

minister am Berliner Kongreß, Graf Andáßy, diese nicht bewilligen.⁸⁰ Andáßy führte hierzu zwei wesentliche Entscheidungsgrundlagen an. Zum einen wollte der Graf staatsrechtliche Komplikationen vermeiden. Und zum anderen befürchtete der damalige österreich-ungarische Außenminister einen Krieg mit dem Osmanischen Reich. Denn der Sultan, als gleichzeitiges religiöses Oberhaupt des Islam war nur im Falle einer verlorenen militärischen Auseinandersetzung zu Gebietsabtretungen berechtigt. Abdul Hamid II. ließ daher seine Bereitschaft zur Unterzeichnung des Vertrags nur unter der Bedingung erkennen, dass seine Souveränitätsrechte grundsätzlich gewahrt blieben, und der provisorische Charakter der Okkupation schriftlich festgelegt werden würde. Im Rahmen der darauffolgenden Verhandlungen zwischen den beiden Imperien zur „Konstantinopeler Konvention“, wurde zwar die Souveränität des Sultans, nicht aber der provisorische Charakter der Okkupation vereinbart. Graf Andrassy rechtfertigte sein diesbezügliche Politik mit dem Motiv der grundsätzlichen [...] „... Erhaltung der Türkei, solange und insofern sie durch nichts besseres zu ersetzen ist und die Verhinderung großslawischer Formationen, dort wo die osmanische Herrschaft dem Verfall unterliegt.“[...]⁸¹ Die vertraglich festgelegte Okkupation Bosniens und der Herzegowina, sowie die Unterhaltung von Garnisonen im Sandschak, garantierten für ihn in dieser Hinsicht vorerst mehr als ausreichend, die selben Vorteile wie eine tatsächliche erfolgte Inbesitznahme. Es war auch im Rahmen einer Okkupation möglich, die dalmatinische Küste verstärkt zu sichern, und - was eine weit größere geostrategische Folgewirkung inkludierte - es konnten dadurch ein Keil zwischen die politische Bemühung einer territorialen Vereinigung Serbiens mit Montenegro getrieben werden. Demzufolge blieb der Weg nach Saloniki für Österreich-Ungarn offen. Desweiteren konnte durch die Aufrechterhaltung einer direkten Verbindung zwischen der Monarchie und dem Osmanischen Reich, die montenegrinischen Arrondierungswünsche im Bezug auf Albanien einer eingehenden Kontrolle unterzogen werden.⁸² Die Erweiterung des Einflusses am Balkan eröffnete Österreich-Ungarn daher eine Vielzahl an zukunftssträchtigen Perspektiven. Neben wirtschaftlichen und handelspolitischen Erwägungen, finanziell-kommerziellen Interessen und militärstrategischen Konzepten, stand die Frage des Auf- und Ausbaus einer modernen Verkehrs- und Kommunikationsstruktur im Mittelpunkt der weitreichenden Ambitionen. Die Okkupation Bosniens und Herzegowina bot hierin der Monarchie zudem die Chance, ihr angekratztes Großmachtimage zu konsolidieren.

In den Vorschlägen und Diskussionen bezüglich einer aktiven staatlichen Balkanpolitik waren grundsätzlich zwei unterschiedliche Zugänge zu erkennen. Dabei stand einerseits das Konzept einer auf friedlicher Durchdringung der Region basierenden, informellen Herrschaft Österreich-Ungarns im Zentrum der Überlegungen. Die Hegemonie Habsburgs sollte durch handelspolitische Weichenstellungen, bzw. einer engen finanziellen Kooperation mit den jungen Balkanstaaten zustande kommen. Dieser Absicht lag eine auf friedlicher Durchdringung der Region basierende, informellen Herrschaft Österreich-Ungarns zu Grunde. Zum anderen stand, gemäß der allgemein vorherrschenden imperialistischen Tendenzen dieser Zeit, die Variante einer politisch-militärischen Arrondierung vor allem im Hinblick auf die Schwäche des Osmanischen Reiches⁸³

80 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 76

81 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 3

82 - Wien forcierte in diesem Zusammenhang Pläne, die aus dem albanischen Vilajet einen autonomen Staat entstehen lassen sollten, um die Region nicht in serbisch- montenegrinischen oder italienischen Besitz fallen zu lassen.

83 - Die armenischen Massaker von vom Dezember 1896 bildeten den Anlaß für Vorkehrungen bezüglich einer großen innenpolitischen Krise im Osmanischen Reich. Für das Eintreten einer derartige Situation war der „innere Machtzirkel“ der Monarchie hierzu übereingekommen, Bosniens und die Herzegowina zu

im Raum.⁸⁴ Eine zentrale Rolle in den diesbezüglichen Überlegungen der österreich-ungarischen Außenpolitik spielte dabei, seit geraumer Zeit, das Projekt einer Eisenbahn durch den Sandschak von Novipazar. In erster Linie stand der Bau dieser Bahnverbindung unter dem Aspekt einer wirtschaftspolitischen Offensive im Balkanraum. Diese hatte das ehrgeizige Ziel, einen machtpolitischen Zuwachs für Habsburg auf Generationen hinaus sicherzustellen.⁸⁵ Der Sandschak von Novipazar, war aber auch Wiens Schlüssel zu den bedeutenden Häfen am Mittelmeer. Mit dem Bau der Trasse sollte nicht nur ein vorteilhafter Anschluß an das osmanische Bahnnetz entstehen, sondern die Verbindung sollte hierzu mittelfristig auch eine direkte Anbindung an Saloniki, Athen und Konstantinopel ermöglichen.⁸⁶ Aufgrund dieser Faktoren schien das Vorhaben für die Befürworter des Bauvorhabens geradezu unerlässlich.

DAS SANDSCHAKBAHNPROJEKT

Der Gedanken einer Bahnverbindung durch den Sandschak wurde seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts von Österreich-Ungarn forciert.⁸⁷ Keine der am Balkan engagierten europäischen Mächte zeigte zu dieser Zeit ernsthaft Interesse daran, die südosteuropäische Region an Mitteleuropa heranzuführen. Lediglich Österreich-Ungarn entwickelte Pläne zu einer Anbindung der inneren Gebiete des Balkans. Das dezidierte Fernziel Wiens war es, über eine krisenfesten Eisenbahnverbindung von der österreich-ungarischen Hauptstadt nach Saloniki verfügen zu können.⁸⁸ Die entscheidende Initiative zur Verbindung des osmanischen Streckenetzes mit dem der Monarchie, kam im Jahre 1900 vom gemeinsamen Finanzminister Kállay.⁸⁹ Der auch für die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina verantwortliche Minister konkretisierte im Rahmen eines großangelegten Verkehrskonzepts für Südosteuropa, die entsprechenden österreich-ungarischen Interessen. Innerhalb der Regierung wurde dieses Projekt mit entsprechendem Wohlwollen aufgenommen und sowohl als Regierungsvorlage, sowie im Bericht des Eisenbahnausschusses thematisiert. Es zeichnete sich jedoch in diesem Stadium der internen Diskussion bereits deutlich ab, dass der wirtschaftliche Stellenwert des Vorhabens immer hinter der politisch- militärischen Komponente zurückbleiben würde.⁹⁰ Nichtsdestotrotz einigte sich die österreichische und die ungarische Regierung im November 1900 darauf, den Bau der bosnischen Strecke Sarajewo - Uvac' zu beginnen. Später sollte dann die Linie durch den Sandschak nach Mitrovica verlängert werden, um eine Anbindung an die bereits 1874 fertiggestellte osmanische Strecke Saloniki - Üsküb (Skopje) - Mitrovica zu ermöglichen.⁹¹ Die Linienführung von Uvac nach Mitrovica ging dabei auf ein osmanisches Ausbauprogramm in den 1860er Jahren zurück, das allerdings nur in Teilbereichen realisiert wurde. Postwendend mit der Veröffentlichung des beiderseitigen Regierungsbeschlusses erfolgte die

annektieren ohne dabei weitere Gebietsansprüche am Balkan zu stellen. Die osmanischen Provinzen sollten gleichermaßen an die Reichshälften der Monarchie angeschlossen werden. Wien wollte damit den österreich-ungarischen Herrschaftsbereich am Balkan gegen Serbien wirksam abzugrenzen. - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 176

84 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 153

85 - Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes, S. 412

86 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 154

87 - Ebenda, S. 158

88 - Kolm Evelyn, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus. in: Europäische Hochschulschriften, Reihe III- Geschichte und ihre Hilfswissenschaften. Frankfurt am Main u.a.. S. 160f

89 - Kállay von Angy- Kálló, gemeinsamer Finanzminister von 1882 - 1903

90 - Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus, S. 163f

91 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 43

russische Intervention. Die Regierung in St. Petersburg vertrat hierzu die Meinung, dass die Sandschakbahn eine Änderung des Status quo am Balkan bedeute und demzufolge nicht mit den Ergebnissen der Vereinbarungen von 1897 vereinbar sei. Der österreich-ungarische Außenminister dieser Tage reagierte bereits in diesem frühen Planungsstadium äußerst scharf auf die Wortmeldung des russischen Zentrums. Denn die Monarchie widmete sich erst ab 1902 verstärkt dem Ausbau des bosnischen Streckennetzes, das dann 1906 kurz vor der Vollendung stand.⁹² Angesichts der bosnischen Streckenführung der Trasse Sarajevo - Uvac, wies Goluchowski auf den internen Charakter des Bauvorhabens hin, und hob im Gegenteil die Bedeutung der Sandschakbahn für die Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan geradezu hervor.⁹³ Desweiteren erinnerte er den russischen Außenminister an die Verträge von Berlin und an den Umstand, dass eine Verbindung mit dem osmanischen Streckennetz keineswegs aktuell sei. Zudem machte Goluchowski seinen russischen Amtskollegen auch auf die Tatsache aufmerksam, dass die Thematik rund um eine Verbindung der beiden Streckennetze, ausschließlich zwischen der Monarchie und der Pforte auszuverhandeln sei. Trotz weiterer gleichlautender Erwiderungen, war der russische Außenminister Lamsdorff allerdings nicht zur Aufgabe seines Standpunkts bereit.

Zu diesem Zeitpunkt veranlaßte allerdings nicht der russische Widerstand den österreich-ungarische Außenminister zu einem vorläufigen Aufschub des Bahnprojekts, sondern die sachlich argumentativ abweisende Haltung Berlins. Die Sondierungsgespräche beim deutschen Bündnispartner hatten bereits 1902 begonnen. In einer Unterredung konfrontierte Goluchowski dann den deutschen Kanzler mit dem Konzept seines Vorhabens. Im Rahmen seiner Ausführungen legte er Bülow die Vorzüge eines derartigen Projekts dar und unterstrich die beiderseitigen Interessen bezüglich eines direkten Anschlusses an das osmanische Bahnnetz in Richtung Kleinasien, ohne dabei serbischen oder bulgarischen Boden zu berühren.⁹⁴ Der Reichskanzler zeigte sich dem Projekt gegenüber zwar prinzipiell positiv eingestellt; Bülow war allerdings zu diesem Zeitpunkt nicht eingehend genug über die Deutschland betreffenden Details informiert um eine definitive Antwort geben zu können. Nach einer Reihe von intensiven Gesprächen mit verschiedenen deutschen Diplomaten hatte sich Bülow sodann weitgehend mit der Sachlage vertraut gemacht. Bei einem abermaligen Treffen der beide Politiker war er dadurch in der Lage, dem österreich-ungarischen Außenminister die volle Unterstützung Berlins zu diesem Projekt zusagen. Allerdings ließ Bülow seine Befürchtung bezüglich eines wahrscheinlichen russischen Widerstands durchklingen und erachtete darüberhinaus ein formelles Ansuchen an den Sultan, aufgrund der unruhigen Lage auf dem Balkan, für den Moment als wenig erfolgversprechend.

Anfang Februar 1907 kam es dann zu einem Treffen des gemeinsamen Finanzminister Burián⁹⁵ mit dem neuen österreich-ungarischen Außenminister, wo dieser an die Initiative seines Vorgängers Kállay anknüpfte. Mit Aehrenthal traf Burián einen jener Vertreter der österreich-ungarischen Politik, die bereits um die Jahrhundertwende über ein klares expansionistisches Konzept am Balkan verfügten.⁹⁶ Mit der Ernennung von Aehrenthal zog nicht nur ein neuer politischer Wind am Ballhausplatz ein, sondern der Minister verfolgte auch sein eigenes politisches Konzept zur Stabilisierung der Donaumonarchie.⁹⁷ Der erneut Anstoß zur Realisierung des Sandschakprojekts⁹⁸ fiel

92 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 158

93 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 43f

94 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 158f

95 - Burián von Rajecz, Stephan Graf, 1851 - 1922, österreichisch-ungarischer Diplomat, gemeinsamer Finanzminister und April - Oktober 1918 Minister des Äußeren

96 - Siehe: Aehrenthal - Risiko und Kalkül, Seite 21 - 25

97 - Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus, S. 166

98 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 155

demzufolge bei Aehrenthal auf fruchtbaren Boden. Angesichts der zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Konkurrenz durch Rußland und dem Deutsche Reich mahnte Burián zur Eile.⁹⁹ Im Rahmen einer kurze Zeit später einberufenen Internen Konferenz am Ballhausplatz wurden sodann weitere, mit dem Projekt in unmittelbarer Korrelation stehende Perspektiven, erörtert.

Unter anderem war es hierzu Wien nicht entgangen, dass sich die jungen Balkanstaaten in einem Prozeß der politischen, sowohl als auch wirtschaftlich Umorientierung befanden. Infolgedessen wurde ihre Abkehr von den traditionellen handelspolitischen Verbindungen zu den Märkten der Monarchie durch die Suche nach neuen Wirtschaftsbeziehungen zunehmend spürbar. Daher erschien das Bahnprojekt als eine durchaus erfolgversprechende Möglichkeit, diese Staaten wieder enger an den österreich-ungarischen Wirtschaftsraum heranzuführen.¹⁰⁰ Als ein richtungsweisendes Beispiel wurde hierfür Albanien angeführt. Denn der albanischen Bevölkerung des Sandschaks werde nämlich - so wurde argumentiert - durch die Berührung mit der Außenwelt, ein enormer kultureller und ökonomischer Vorteil entstehen. Durch die Anbindung an das Streckennetz würden neue Erwerbsmöglichkeiten entstehen und somit könne ein wertvoller Beitrag zur nationalen Entwicklung Albaniens geleistet werden.¹⁰¹ Darüberhinaus war Aehrenthal der festen Meinung, mit der Verbindung Uvac - Mitrovica, ein probates Mittel gegen die von Russland und Italien unterstützten serbischen Ambitionen zum Bau einer Transversalstrecke von der Donau zur Adria gefunden zu haben.¹⁰² Während Serbien darauf abzielte, durch die Transversalbahn ein Herauslösen aus der wirtschaftlichen Umklammerung Österreich-Ungarns zu erreichen,¹⁰³ war das Bauvorhaben für Rußland mit einem erheblichen Prestigegewinn verbunden.¹⁰⁴ Italien indes hatte seinerseits ein starkes Interesse, seinen Einfluß in dieser Region politisch und wirtschaftlich auszuweiten. Desweiteren spekulierte Rom mit der militärpolitischen Möglichkeit, im Bedarfsfall binnen kurzem Truppen von der Adria nach Albanien, bzw. nach Makedonien per Bahn entsenden zu können.¹⁰⁵ Der Schatten einer etwaigen Transversalverbindung bildete demzufolge bereits seit geraumer Zeit ein permanentes Ärgernis im Rahmen der diplomatischen Bemühungen Habsburgs am Balkan. Aehrenthal demonstrierte diesbezüglich wiederholte Male seinen unbedingten Willen die

99 - Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus, S. 167

100 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 155

101 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 33

102 - Transversalbahn - Für Österreich-Ungarn stand der Bau einer Bahnverbindung durch den Sandschak nicht nur unter dem Aspekt einer wirtschaftspolitischen Offensive im Balkanraum, sondern auch den Plan einer serbischen Transversalstrecke von der Donau zur Adria zu unterbinden. Als dann Anfang 1907 konkrete Anzeichen für einen Baubeginn ersichtlich wurden, ging Wien dazu über, seine bisherige ablehnende Haltung gegenüber dem Projekt, durch eine konstruktive Politik zu ersetzen. Die Initiative der Transversalbahn ging neben Serbien und Rußland auch von Italien aus, das seinerseits ein starkes Interesse hatte seinen Einfluß in dieser Region politisch und wirtschaftlich auszuweiten. Durch die bilateralen Gespräche über die Transversalbahn rückte eine Verbesserung der angespannten russisch-österreichischen Beziehungen wieder in den Bereich der Möglichkeit. Die russisch-österreichischen Verhandlungen waren im Februar 1908 von Seiten der Monarchie, jedoch eher als taktisches Manöver zu verstehen. Aehrenthals diesbezügliche Vorstellungen gingen davon aus, [...] „sich allen in der jüngsten Zeit lanzierten Transversalbahnprojekten gegenüber sympathisch zu benehmen und anstatt diese an und für sich, sowohl technisch wie finanziell, sehr schwer durchführbaren Ideen durch Gegenmaßregeln zu verhindern, [...] deren Zustandekommen durch positive Aktionen überflüssig zu machen.“ [...] Aehrenthal geriet hinsichtlich seiner taktischen Überlegungen allerdings kurzfristig in Schwierigkeiten, da Izvolskij eine Weiterführung der gemeinsamen Reformbemühungen von der österreich-ungarischen Unterstützung des Transversalprojekts abhängig zu machen schien. Der österreich-ungarischen Außenminister umschiffte diese politische Klippe, in dem er der Pforte eine dilatorische Behandlung der „serbisch-russischen Angelegenheit“ empfahl. Der zu diesem Zeitpunkt im Amt befindliche osmanische Großwesir Ferid Pascha, der dem Projekt ohnehin ablehnend gegenüber stand, nahm die Anregung gerne auf und setzte sie im Sinne Aehrenthals in die Tat um. Im Rahmen der Ereignisse rund um die jungtürkische Revolution wurde schließlich das Transversalprojekt genauso wie das Projekt durch den Sandschak vorläufig „ad acta“ gelegt. - Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes, S. 412, 415 und 455 und Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus, S. 165

103 - Skriván, Schwierige Partner, S. 61

104 - Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes, S. 418f

105 - Ebenda, S. 412

Realisation eines derartigen Projekts illusorisch zu machen.¹⁰⁶ Seit Ende 1906 kursierten nun auf internationaler Ebene Gerüchte, dass die „Balkantransversalbahn“ durch Serbien, in Zusammenarbeit mit einem internationalen Bankenkonsortium, in kürze in Angriff genommen werden sollte.¹⁰⁷

Für Deutschland bildete diese Entwicklung daraufhin den unmittelbaren Anlaß seine konkrete Unterstützung für die Inangriffnahme des Sandschak-Bahnprojekts des Zweibundpartners zu erklären. Während seines Berlin Besuchs im Mai erhielt Aehrenthal die diesbezügliche (vorläufige) deutsche Unterstützungserklärung für das Bahnprojekt allerdings mit der Einschränkung, [...] „wenn sich dasselbe mit der Zustimmung des Sultans effektuieren ließe, gegen den Willen des letzteren könnten wir angesichts unserer besonderen Interessen in Konstantinopel nicht vorgehen.“ [...] ¹⁰⁸ Berlin war der Problemkreis mit Serbien rund um die Realisierung des Projekts durch die Informationen des deutschen Botschafter in der Donaumetropole durchaus bewußt. Mit dem Bau der Bahnverbindung, sollte für Serbien in erster Linie ein Zugang zur Adria geschaffen werden. Dies hätte allerdings weitreichende Konsequenzen für Wien zur Folge gehabt. Denn neben der deutlichen regionalen Verschiebung des Warenaustausches zu Ungunsten Österreich-Ungarns wäre zudem eine für den Partner bedenkliche Verbindung zwischen Serbien und Montenegro entstanden. Da sich zu diesem Zeitpunkt die Wiederaufnahme der traditionellen russischen Balkanpolitik bereits deutlich abzuzeichnen begann fiel es Berlin nicht schwer, das österreich-ungarische Vorgehen [...] „entweder vorsichtig [zu] unterstützen, woraus uns als Signatarmacht des Berliner Vertrags niemand einen Vorwurf machen kann, oder doch eine wohlwollende Neutralität aus[zuh]üben. Der österreich-ungarische Schritt wird zweifellos großes Aufsehen machen und da und dort Empfindlichkeiten wachrufen. Aber eine solche Diversion in der Orientpolitik ist kaum unerwünscht in dem Augenblick, da die Mächte in der Reformfrage sich vollkommen festgefahren haben und wir vor einer ernsten Krisis stehen.“ [...] ¹⁰⁹ Mitte Februar informierte dann der österreich-ungarische Außenminister seinen Botschafter in Konstantinopel über die Pläne. Aehrenthal regte hierzu auch an, einen allfälligen Anschluß an das griechische Streckennetz in den Gesprächen mit der Pforte anzuschneiden. In dem Schreiben wurde Pallavicini ausdrücklich dazu aufgefordert Bedacht zu nehmen und in dieser Sache sorgfältig vorzugehen. Denn Aehrenthal wollte unter allen Umständen den Eindruck vermeiden, dass Österreich-Ungarn „den Marsch auf Saloniki“ vorbereite. Pallavicini Plan lehnte die Wiener Direktive allerdings umgehend ab. In seiner Antwort verwies er auf die Tatsache, dass sich der türkisch- griechische Anschluß im Augenblick noch im Bau befinde und die Pforte diesen Umstand zum Anlaß nehmen könnte, das Bahnprojekt durch den Sandschak auf die „lange Bank“ zu legen.¹¹⁰

Die ebenfalls zu diesem Zeitpunkt erstellten Gutachten und Prognosen über den betriebswirtschaftlichen Charakter des Unternehmens, stellten dem Bauvorhaben ein ziemlich zwiespältiges Zeugnis aus. Kurz nach der Ministerkonferenz lagen daher zwei recht unterschiedliche Gutachten auf dem Tisch. Das erste, in Form einer Jubelschrift verfaßte Gutachten, prognostizierte eine positive Entwicklung des Projekts, ohne dabei auf technische Detailfragen näher einzugehen. Die zweite Prognose fiel hingegen vernichtend aus. Die diesbezügliche Planungen und Berechnungen

106 - Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus, S. 165

107 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 248f

108 - Skriván, Schwierige Partner, S. 61

109 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 249

110 - Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes, S. 413

sprachen der Trasse durch den Sandschak eine jegliche Wirtschaftlichkeit ab.¹¹¹ Desweiteren bescheinige der Bericht der Strecke keine echte Konkurrenz zu der bereits bestehenden, erheblich kürzeren Verbindung Wien-Budapest-Belgrad-Saloniki zu sein.¹¹² Neutrale, deutschen Bahnexperten bestätigten die pessimistischen Berechnungen ihrer österreichischen Kollegen. Angesichts der negativ beurteilten Kosten-Nutzen Rechnung meldeten auch namhafte österreich-ungarischen Betriebsgesellschaften ihren Zweifel an der betriebswirtschaftlichen Sinnhaftigkeit des Bauvorhabens an. Ungeachtet der ablehnenden Haltung Pallavicinis und der negativen fachlichen Beurteilung hielt das Außenministerium jedoch weiterhin an dem Projekt fest.¹¹³ Das Außenministerium wurde indes auch nicht müde allorts den wirtschaftlichen Charakter der Trasse durch den Sandschak hervorzuheben, so dass das Bauvorhaben weitgehend von den beiden Regierungen der Monarchie befürwortet wurde. Lediglich in den internen Konsultationen der betreffenden Regierungsstellen wurde der wahre Tenor des Projekts offenbar. Vertraulich wurde eingestanden, dass [...] „die Herstellung des Anschlusses Uvac- Mitrovica allein vor allem unsere politischen und militärischen, dagegen unsere wirtschaftlichen Interessen nur in beschränktem Masse und jene der Balkanstaaten schließlich gar nicht zu befriedigen vermöchte.“ [...] ¹¹⁴

Mit der offensichtlichen politischen Bereitschaft das Projekt des Außenministers ohne großes „wenn und aber“ zu unterstützen, machte sich Aehrenthal auf das Problem der Finanzierung in Angriff zu nehmen. Als Grundlage zur Kapitalbeschaffung diente dabei die Entscheidung der k. u. k. Regierung das Bahnprojekt nach privatwirtschaftlichen Kriterien abzuwickeln. Bereits im Planungsstadium hatte hierzu der Direktor des Wiener Bankvereins die Beteiligung seines Hauses bekundet. Obwohl der Bankdirektor vom mangelhaften betriebswirtschaftlichen Wert der Bahn informiert wurde, erklärte er sich jedoch im Namen seines Instituts bereit, die Kosten der Vorerhebungen und der Terrassierung zu tragen.¹¹⁵ Von offizieller Seite war diesbezüglich die grundsätzliche Bestrebung vorhanden die Finanzierung der Sandschakbahn in österreich-ungarischen Finanzkreisen zu belassen. Aehrenthal nützte dabei seine Verbindungen, um ein günstiges Klima für mögliche Investoren zu schaffen. Als entsprechende Motivation sollten hierzu die Gewinnaussichten hoch und die Amortisationsgeschäfte möglichst lukrativ gestaltet werden. Trotz der finanziellen Anreize blieb jedoch unter der Mehrzahl der maßgeblichen Finanzfachleute gegenüber dem Projekt eine tendenziell ablehnend Haltung bestehen. Hinsichtlich des latenten Unwillens der österreich-ungarischen Finanzkreise zur Mitarbeit wischte der Minister die Einwände der Zweifler vom Tisch und war gewillt seinen eingeschlagenen Weg bedingungslos fortzusetzen. [...] „ich bin der Ansicht, dass die Bahnfrage für uns eine solche des politischen Prestiges ist und dass wir sie ohne Rücksicht auf politische und finanzielle Bedenken einem glücklichen Ende zuführen müssen.“ [...] ¹¹⁶ Aehrenthal gelang es in der Folge die kritischen Stimmen gegenüber dem Bauvorhaben auf einem niedrigen Niveau zu halten. Im April 1908 begannen dann auch tatsächlich die Vorbereitungen für die Trassierung der Strecke, die bis in den Oktober des selben Jahres erfolgreich fortgeführt werden konnten. Ungeachtet der kompetenten Widerstände setzte der Minister des Äußeren seinen Weg fort. Mitte Oktober fiel die dann die definitive Entscheidung zum Bau der Bahn. Nach dem

111 - Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus, S. 169

112 - die Strecke Wien - Budapest - Belgrad - Saloniki betrug 1322 km, während eine Verbindung durch den Sandschak eine Streckenlänge von 1490 km erreicht hätte. in, Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus, S.169

113 - Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus, S.168f

114 - Ebenda, S. 170

115 - Ebenda, S. 170 - 175

116 - Ebenda, S. 176

Abschluß der Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn beauftragte Aehrenthal Pallavicini noch im selben Monat beim Sultan die Erlaubnis zu Vorstudien einzuholen. Als Gegenleistung dafür bot Aehrenthal der Pforte eine Änderung des Artikel 7 des Berliner Vertrags an. In diesem Paragraphen wurde festgelegt, dass Österreich-Ungarn, gegen vorherige Ankündigung, das Recht habe, zu jeder Zeit in den Sandschak einzumarschieren. Aehrenthals Vorschlag zielte nun in die Richtung, dass ein Einmarsch österreich-ungarischer Truppen nur im gegenseitigen Einvernehmen mit der Pforte erfolgen dürfe. Mit diesem Schritt versuchte Wien zudem eine positive Stimmung zu schaffen, und Abdul Hamid vom rein ökonomischen Charakter des Bahnprojekts zu überzeugen.¹¹⁷ Mitte Dezember 1907 erging vom Ballhausplatz ein offizielles Hilfversuchen an Berlin in Sachen Sandschakbahn-Projekt und einige Tage später sprach Pallavicini bei der Pforte vor. Bei diesem Treffen unterbreitete der Botschafter dem Sultan das Ansuchen und die Vorschläge des Ballhausplatz,¹¹⁸ die infolgedessen auch mit Wohlwollen¹¹⁹ von den Osmanen aufgenommen wurden.¹²⁰ Bereits einige Tage später erfolgte die inoffizielle Zustimmung des osmanischen Ministerrats, der am 4. Februar 1908 die offizielle Entscheidung des osmanischen Außenministeriums folgte.¹²¹ Fast ein Jahr nach der Ministerkonferenz, am 27. Januar 1908, präsentierte dann Aehrenthal das Sandschakprojekt der Öffentlichkeit. Im Rahmen seiner Rede vor den ungarischen Delegationen zur Außenpolitik der Monarchie ließ er, von seinem Standpunkt aus, keinen Zweifel am hohen Stellenwert des Projekts für die Zukunft der Monarchie erkennen. Im Zentrum seiner diesbezüglichen Argumentation stand dabei die Bemühung, denn wirtschaftspolitischen Charakter des Bauvorhabens hervorzuheben. Laut Aehrenthal wäre die Verbindung Wien-Budapest-Sarajevo-Athen-Piräus nach ihrer erfolgreichen Realisation, die kürzeste Route nach Ägypten und Indien.¹²²

INTERNATIONALE REAKTIONEN AUF DAS BAHNPROJEKT

Innerhalb der Grenzen der Monarchie fiel die verkehrspolitische Initiative des Außenminister durchaus auf fruchtbaren Boden. Sowohl von maßgeblicher politischer, wie auch journalistischer Seite fand Aehrenthals Ankündigung eine positive Aufnahme. So wohlwollend sich die internen Stimmen zum Bahnprojekt auch äußerten, so negativ fielen die Reaktionen der europäischen Mächte aus. Trotz eines Rundschreibens an die Botschafter der führenden europäischen Mächte in dem Aehrenthal auf den wirtschaftlichen und kulturellen Charakter der österreich-ungarischen Politik am Balkan verwies, konnte daran nichts ändern.¹²³ Vor allem die slawophile Presse im Zarenreich ließ parallel zu den kritischen Äußerungen der Duma heftige Worte des Mißfallens und des Protests gegenüber dem Vorgehen Österreich-Ungarns verlauten.¹²⁴ Vor diesem Hintergrund bestätigten sich

117 - Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes, S. 416

118 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 61

119 - Auf Anweisung von Wien hatte Pallavicini, für den Fall einer negativen Antwort des Sultans, noch eine „kleine Erpressung“ in petto. Er ließ Abdul Hamid wissen, „dass Österreich-Ungarn ein großes Interesse und zwar hauptsächlich ein Interesse wirtschaftlicher Natur an der Erhaltung des osmanischen Reiches habe, dass aber dieses nur dann gewahrt erscheint, wenn auch auf seiten der Pforte genügend Verständnis für dasselbe vorhanden ist.“ Dabei unterstrich er mit Nachdruck, „dass wir an der Politik der Erhaltung des Status quo nur solange festhalten können als wir unsere Interessen hierdurch gewahrt sehen werden.“ - Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus, S. 171- aus: HHStA, P.A. XII, K. 344, Schreiben aus Konstantinopel vom 31. 12. 1907, Nr. 78B (Geheim)

120 - Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes, S. 416

121 - Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus, S. 172

122 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 62

123 - Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus, S. 171

124 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 63f

Ende Januar die vom österreich-ungarischen Botschafter in St. Petersburg befürchteten Anzeichen, dass der russische Außenminister hinsichtlich der österreichischen Pläne grundsätzliche Bedenken anmelden werde. Am Ballhausplatz war man sich dieser Entwicklung jedoch durchaus bewußt. Denn die russische Regierung hatte ja ohnehin wiederholt vor der Veröffentlichung des Bahnprojekts ihre Skepsis gegenüber der Wiener Behauptung, des ausdrücklich wirtschaftlichen Charakters eines derartigen Bauvorhabens, anklingen lassen. Izvolskij mußte durch die Realisation des Projekts am Balkan mit einem erheblichen Prestigeverlust für Russland rechnen. Deshalb stellte er eine Verletzung der Status quo- Vereinbarungen durch Wien in den Mittelpunkt seiner folgenden „anti- Habsburg“ Argumentation.

Die Ministerratssitzung vom 3. Februar 1908 nahm Izvolskij dann auch zum Anlaß, um eine Korrelation zwischen dem Bahnprojekt und dem Verhalten Wiens bezüglich der gemeinsamen Reformbemühungen zu kreieren.¹²⁵ Wohlweislich ergriff er die Gelegenheit, um dadurch seine außenpolitische Umorientierung in Richtung Großbritannien begründen zu können. Die russische Regierung lehnte jedoch seine Initiative aufgrund der derzeitigen angespannten innenpolitischen Lage im Zarenreich ab.¹²⁶

Während der Ballhausplatz noch gegen die heftig vorgetragene Kritik gegenüber seine Balkanpolitik seitens der russischen Presse protestierte,¹²⁷ standen die Briten voll dahinter. Für London spiegelte das russischen Verhalten die bis dato vermutete Annahme wider, dass sich die österreichisch-russische Zusammenarbeit ihrem Ende entgegen zu neigen schien. Aehrenthals Bauankündigung ließ indes auch die deutsche Regierung in der britischen, vor allem aber in der russischen Presse, in einem schiefen Licht erscheinen. In den Verlautbarungen wurde durchwegs die Meinung vertreten, dass Berlin den Anstoß zu diesem Projekt gegeben habe. Als Ziel hinter den deutschen Bemühungen stehe eine „Germanisierung“ des Nahen Ostens, die mit dem Bau einer großen orientalisches-deutschen Eisenbahn realisiert werden solle.¹²⁸

Gab das Bahnprojekt vor seiner Veröffentlichung noch Anlaß zu einer rein österreichisch-russischen Diskrepanz, so entwickelte sich die Thematik ab Februar 1908 zu einer Frage im Ausmaß einer gesamten europäischen Dimension. Dabei bildeten die Bahnpläne der Monarchie bereits im Sommer davor, beim traditionellen Treffen König Eduards VII. mit Franz Josef in Ischl, einen Teilaspekt der gemeinsamen Gespräche. Die britische Antwort auf die Ankündigung des Bahnbaus fiel vorderhand hierzu zurückhaltend aber keinesfalls mißbilligend aus. Diese Situation änderte sich erst ab dem Zeitpunkt, als Aehrenthals Rede in den Delegationen bekannt wurde. Sowohl London als auch Paris tendierten ab diesem Moment zur russischen Ansicht, dass im Verhalten Wiens ein enger Zusammenhang zwischen Justizreform und Bahnprojekt bestand.¹²⁹

Während die französische Regierung jedoch keine grundlegende Ablehnung gegenüber dem Bauvorhaben erkennen ließ, bekräftigte der britische Außenminister die Haltung seiner Regierung, dem Projekt die britische Unterstützung zu verweigern. Aehrenthals Reaktion auf die britische Ankündigung erfolgte unmittelbar daraufhin. Der Außenminister betonte den rein osmanisch-österreichischen Charakter der Angelegenheit und verwies auf den Umstand, dass er eine britische

125 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 164f

126 - Skriván, Schwierige Partner, S. 64

127 - Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes, S. 418f

128 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 250

129 - Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes, S. 422

Unterstützung lediglich in Bezug auf eine Verbindung des osmanischen mit dem griechischen Streckennetz erwartet habe.¹³⁰ Im Hinblick auf die zunehmende Dissonanz innerhalb der europäischen Mächtekonstellation gewann das Bauvorhaben für Wien immer mehr an Bedeutung.¹³¹ Aehrenthal wurde durch die Entwicklung verstärkt in seiner Überzeugung bekräftigt die Position der Monarchie am Balkan, rasch und ohne weitere Verzögerungen auszubauen.¹³² In diesem Sinne äußerte sich auch Pallavicini nach der Bekanntgabe der osmanischen Zustimmung zum Bahnprojekt. In seinem Brief an Aehrenthal definierte er die Hauptziele der österreich-ungarischen Außenpolitik am Balkan mit den Worten [...] „... die Balkanhalbinsel so viel wie möglich erobern wolle. Alles andere, so auch die von uns im Interesse der christlichen Bevölkerung dieses Landes unternommene Action, scheint mir bloß Mittel zum Zweck zu sein. Das Hauptziel, glaube ich, kann nur darin bestehen, auf der Balkanhalbinsel unsere wirtschaftlichen Interessen soweit als möglich zu fördern, was selbstverständlich mit der Entwicklung unseres politischen Einflusses in diesen Ländern Hand in Hand gehen muß.“ [...] ¹³³

EIGENINTERESSE ODER FREMDBESTIMMUNG - POSITIONIERUNG

IM SCHATTEN DES BAHNPROJEKTS

Indes wurde angesichts der Problematik auch der Zweibundpartner verstärkt in die Auseinandersetzung inkludiert. Obwohl von deutscher Seite beteuert wurde, dass wir [...] „die österreich-ungarische Regierung zur Aufnahme des Projekts der Sandschakbahn nicht ‘angestiftet’ haben,“ [...] ¹³⁴ hielt nun nach der Presse auch das offizielle Rußland dem Deutschen Reich vor, Österreich-Ungarn zur Bahnverbindung durch den Sandschak gedrängt zu haben. In den Augen Berlins verstärkte sich daraufhin der Eindruck, dass die Monarchie im Vergleich mit Deutschland, international zunehmend als ein schwaches und unselbständiges Gebilde eingeschätzt werde.¹³⁵ In diesem Sinne ist auch der Brief des Deutschen Botschafters aus St. Petersburg gehalten, der das deutschfeindliche Klima in Rußland darauf zurückführte, dass [...] „man in der russischen Hauptstadt der Doppelmonarchie alleine eine aktive Balkanpolitik nicht zutraue und sich darum von der Überzeugung nicht abbringen lassen wollte, Baron Aehrenthal sei von den deutschen Verbündeten geschoben worden.“ [...] ¹³⁶ In der Folge verhärteten sich die Standpunkte Berlins und St. Petersburgs, und der Graben zwischen Österreich-Ungarn und Russland wurde deutlich breiter.

Demgegenüber stand die Tatsache, dass Berlin, sowohl durch die Bagdadbahn, als auch durch das Flottenprogramm mit einer aggressiven diplomatischen Grundhaltung des Empires konfrontiert wurde.¹³⁷ Der politische Druck auf die Mittelmächten wurde demzufolge immer offensichtlicher. Diese Entwicklung manifestierte sich vor allem im Rahmen der makedonischen Reformen. Hier führte in erster Linie der außenpolitische Gleichklang aus Wien und Berlin bei den in das

130 - Ebenda, S. 424

131 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 163

132 - Ebenda, S. 164f

133 - Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus, S. 171

134 - Skriván, Schwierige Partner, S. 66

135 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 251

136 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 251 und Angelow, Kalkül und Prestige, S. 166

137 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 167

Reformprogramm involvierten Mächten schon bald zu unterschiedlichen Interpretationen. Während die osmanische Regierung in dem Sandschakbahnprojekt eine Bestätigung ihrer Reformpolitik erkannte, befürchtete die russische Regierung darin eine negative Behandlung ihrer Bemühungen.¹³⁸ In diesem Stadium wurde die Haltung des Deutschen Reiches für alle Beteiligten immer bedeutsamer. Im Hinblick auf die außenpolitische Beziehung zu Berlin herrschte auf der „Gegenseite“ nur eine bedingte Übereinstimmung. London bezichtigte Österreich-Ungarn nunmehr ein außenpolitischer Satellit Deutschlands zu sein. Trotz der eigenständigen außenpolitischen Linie Wiens wurde die deutsche Regierung insofern in hohem Maße, sowohl für die osmanische Akzeptanz des Bahnprojekts, als auch für das vermeintliche Scheitern der Reformen verantwortlich gemacht. In St. Petersburg wurde der britische Standpunkt zwar grundsätzlich geteilt, Izvolskij versuchte allerdings eine weitere Verschärfung der ohnehin angespannten Beziehung zu seinem westlichen Nachbarn zu vermeiden.¹³⁹ In Übereinstimmung mit der russischen Regierung und auf der Basis der jüngst erfolgten russischen Neutralitätsversicherung erklärte daher der Außenminister, dass sich durch die Krise um die Sandschakbahn nichts im Verhältnis der beiden Großmächte ändern werde. Ende Februar schien sich dann ein weiterer Schwenk Izvolskijs anzubahnen, indem er vor dem Militärausschuß der Duma eine Kündigung des Reformvertrags ausschloß.

In der Zwischenzeit versuchte der deutsche Botschafter in Konstantinopel den Bündnispartner verstärkt auf seine Seite zu ziehen und Wien zur Aufgabe der Vereinbarungen von Münzsteg zu veranlassen. Marschall versäumte keine Gelegenheit Pallavicini zu versichern, dass er jederzeit mit der tatkräftigen Unterstützung Berlins rechnen könne.¹⁴⁰ Ungeachtet der Gefahr einer weiteren diplomatischen Verstimmung aus St. Petersburg behielt auch Bülow seine „pro - Habsburg“-Linie bei.¹⁴¹ Deutschland wurde hierbei von der Überzeugung geleitet, einerseits die eigenen Interessen zu wahren und andererseits die Machtsicherung in der Balkanregion indirekt zu sichern; wenngleich der Handel mit dem Osmanischen Reich für das Deutsche Reich einen bedeutend höheren Stellenwert aufwies als mit den Balkanstaaten.

Grundsätzlich war die deutsche Unterstützung für das Bahnprojekt von mehreren Aspekten geleitet. Obwohl ein Großteil der deutschen Handelsabwicklungen in diesen Raum über das Meer absolviert wurde, war eine gefahrlose Landverbindung in den Orient von seiten Berlins durchaus zu begrüßen. Demzufolge bildeten machtpolitische Faktoren gepaart mit Handels- und Verkehrspolitischen Überlegungen das Zentrum der diesbezüglichen deutschen Politik. Über diesen Umstand war man sich innerhalb der Wiener Führung durchaus bewußt. Weit mehr zählte allerdings in dieser Situation der Gedanken, dass Berlin, mit seiner demonstrativen Festlegung auf die verkehrsstrukturellen sowie machtpolitischen Initiativen Österreich-Ungarns am Balkan, auch bereit schien, das Risiko einer Konfrontation mit Rußland zu tragen.¹⁴² Dieser Linie folgend, entsteht hier der Eindruck, dass in den diesbezüglichen außenpolitischen Überlegungen der Bündnispartner in gewisser Weise am Balkan, die Rolle eines „Stellvertreters“ der deutschen Orientpolitik ausüben sollte. Diese Politik verstand sich als Resultat einer Bemühung, die die Instrumentalisierung Österreich-Ungarns als Bollwerk der deutschen Interessen gegen die Ambitionen des russischen

138 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 250

139 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 65f

140 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 167

141 - Ebenda, S. 172

142 - Ebenda, S. 168f

Rivalen im Orient dezitiert zum Ziel hatte.¹⁴³ Grundsätzlich konnte sich die deutsche Politik ja mit dem Österreich-ungarischen Vorgehen identifizierten. Im Rahmen ihrer Vorstellungen bezüglich einer künftigen Balkanordnung gewann sie diesem durchaus positive Seiten ab. So lautete der entsprechende Tenor in deutschen Diplomatenkreisen [...] „Ein Vordringen österreich-ungarischen Einflusses im Balkan kann uns an und für sich nur genehm sein. Die Zerstörung großserbischer Träume, der Enttäuschung panslawistischer Aspirationen brauchen wir keine Träne nachzuweinen. Selbst das Zurückweichen des amtlichen russischen Einflusses im Balkan vor dem österreich-ungarischen kann uns kalt lassen, solange wir keine aktive Orientpolitik bertreiben[!], wozu uns kein eigenes Interesse zwingt jetzt sowenig wie zu Bismarcks Zeiten.“ [...] ¹⁴⁴

Um die eigenen Interessen erfolgreich umsetzen zu können, stand für Berlin die Unterminierung der russisch-österreichischen Zusammenarbeit an oberster Stelle der Prioritätenliste. An Hand der zur Verfügung stehenden Informationen war es keine große Hexerei sich in den Partner hineinzudenken. Und aufgrund der vorhandenen Tendenz waren die nächsten Schritte Wiens in dieser Entwicklung klar ersichtlich. Bülow's Situationsanalyse kam demzufolge der Realität ziemlich nahe. [...] „Mit dem Reformwerk wird es nichts, das Mürzsteger Programm wird immer unfruchtbarer, blamieren will ich mich nicht, Rußland sitzt in der Patsche und kann nichts machen, also versuchen wirs mal mit einem österreich-ungarischen Erfolg im Balkan auf eigene Faust durch den Ausbau der langersehnten Eisenbahnverbindung zwischen der Donaumonarchie und dem Ägäischen Meer.“ [...] ¹⁴⁵ Der deutsche Kanzler konnte sich zu diesem Zeitpunkt beruhigt zurücklehnen und den Dingen ihren Lauf lassen.

In der augenblicklichen politischen Lage blieb dem Deutschen Reich auch keine andere Wahl. War doch aufgrund der unnachgiebigen Haltung Berlins in Fragen der Flottenrüstung das britisch-deutsche Verhältnis an einem absoluten Nullpunkt angelangt.¹⁴⁶ Daneben trugen die anhaltenden Divergenzen der beiden europäischen Reiche im Orient nicht gerade zu einer Beruhigung der Lage bei. Obwohl es 1907 noch zu einer deutsch-russischen Verständigung in Form eines Abkommens kam, wußte Berlin zum Zeitpunkt der Sandschakbahnkrise keineswegs wie intensiv die Annäherung Großbritanniens und Rußlands vorangeschritten war. An dieser Situation konnten weder die moderaten Worte Izvolskijs, noch eine abermalige Neutralitätsversicherung der Russen im Falle einer Konfrontation, nichts verändern.

Im Gegensatz zum Deutschen Kaiser stand Bülow zu seiner Haltung in der Sandschakbahnfrage. Eine Korrektur derselben erschien ihm beim derzeitigen Stand der Dinge nicht angebracht. Im Hinblick auf die eingeschränkten politischen Handlungsspielräume forderte Wilhelm II. jedoch, auf das russische Neutralitätsangebot einzugehen, um derart eine Phase der Entspannung zwischen den Kaiserreichen einzuleiten. Bülow brachte seinen Kaiser allerdings wieder rasch auf den Boden der politischen Realität zurück, indem er ihm die möglichen Konsequenzen eines diesbezüglichen Vorgehens von deutscher Seite drastisch vor Augen führte. Für ein derartiges Szenarium prognostizierte der Kanzler einen „Ausstieg“ Österreich-Ungarn aus der Allianz, verbunden mit einer folgenden Umorientierung an die Politik der Westmächte. Bülow vergaß bei dieser Gelegenheit nicht darauf hinzuweisenhinzuweisen, dass diese Entwicklung bei einem Imageverlust bei der Pforte auch jederzeit zu befürchten sei.

143 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 251

144 - Ebenda, S. 250

145 - Ebenda, S. 251

146 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 170 - 173

Nach der Zustimmung der Pforte im Winter und der Aufgabe des russischen Widerstands im Gegenzug zum Einverständnis Wiens zum Bau der Transversalbahn konnte im Sommer 1908 trotz aller Widrigkeiten mit den Trassierungsarbeiten begonnen. Während osmanische Truppen die Sicherheit der Arbeiter vor serbischen Banden garantierten, fanden die technischen Vorarbeiten im Rahmen einer Kooperation zwischen österreich-ungarischen und osmanischen Ingenieuren statt. Schließlich war es auch Aehrenthal erfolgreich gelungen die Gelder für die Vorfinanzierung des Projekts aufzubringen. Obwohl Berlin nicht umhin konnte die Beruhigung der Lage auf seine Fahnen zu heften, rückte die Problematik rund um den Bau der Sandschakbahn im Verlauf des Sommers immer weiter in den Hintergrund. Weit schwerwiegendere Krisen am Balkan drohten das europäische Mächtegefüge ins Wanken geraten zu lassen.¹⁴⁷ Die europäischen Konstellationen und Bündnisvorzüge wurden an Hand der Sandschakbahn Problematik zunehmend offensichtlich. Wenngleich die diplomatischen Türen noch nicht ganz verschlossen waren, war eine deutliche Tendenz zu beobachten. Das gemeinsame Vorgehen Österreich-Ungarns mit dem Deutschen Reich wurde von den anderen europäischen Mächten zunehmend als eine Einheit interpretiert. Eine teilweise erwünschte Verständigung der Zweibundpartner mit St. Petersburg rückte somit in weitere Ferne. Auch in Hinblick auf die Tatsache, dass sich die russische Diplomatie immer mehr „nach Westen“ ausrichtete.

Im Verlauf der Annexionskrise wurden dann die Sondierungsarbeiten eingestellt. In der Folge standen die neuen, jungtürkischen Machthaber dem Projekt ablehnend gegenüber. Das dezidierte „Aus“ für die Bahnverbindung durch den Sandschak, schien der Abzug der österreich-ungarischen Truppen aus der Region zu sein. Die Räumung der k. u. k. Garnisonen im Sandschak stand im unmittelbaren Zusammenhang mit dem kompensatorischen Verzicht der Monarchie auf ihre Rechte im Sandschak, im Zuge der Annexion Bosniens und der Herzegowina. 1910 startete die osmanische Regierung dann aber doch noch kurzzeitig den Versuch die Verhandlungen über die Sandschakbahn wieder aufleben zu lassen. Die Kontroverse um den Bau der Bahn blieb zwar auch nach der Besitzergreifung des Sandschaks durch Serbien aufrecht, verlor allerdings zunehmend an Realitätsbezug.¹⁴⁸

147 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 251 - 253

148 - Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus, S. 176ff

KAPITEL III - DIE ANNEXIONSKRISE

A - MACHTERWEITERUNG MIT HINDERNISSEN

MILITÄRSTRATEGISCHE UND MACHTPOLITISCHE ÜBERLEGUNGEN

Nach der Jahrhundertwende wurde die Gefahr eines Zerfalls des Vielvölkerstaats von innen, als auch von außen, vermehrt als realistisches Szenarium wahrgenommen. Im Rahmen der anschwellenden Nationalbewegungen, machten sich Habsburgs Politiker zunehmend ernste Sorgen um den Fortbestand der Monarchie.¹ Im Jahr 1906 versuchte daher die politische Führung frische, dynamische Akzente, durch eine personelle Neubesetzung des Außenressorts und der führenden politischen, bzw. militärischen Positionen innerhalb der Armee zu setzen. Federführend hinter dieser „kleinen Zäsur“ stand der Thronfolger. Durch einen offensichtlichen Generationswechsel innerhalb der Führungsebene arbeitet Franz Ferdinand auf eine innere Umgestaltung der politischen Strukturen hin. Sein grundsätzliches Ziel war dabei eine merkliche Einschränkung der privilegierten Stellung Ungarns, im Zusammenhang mit einer deutlichen Stärkung der Krone, zu erreichen. Von den neuen Amtsinhabern, dem Kriegsminister, dem Stabschef und dem Außenminister, wurde in erster Linie eine Abkehr von der bisherigen, defensiv orientierten Politik erwartet.² Vor dem Hintergrund drastischer Reformen etablierten diese Persönlichkeiten drei im allgemeinen ähnliche, im Kern der Ansätze allerdings völlig verschiedene Zugänge zu einer effektiven Lösung der inneren Krise, der multinationalen Donaumonarchie. Prägend für die Politik dieser Tage war demzufolge, neben dem vom Kaiser unterstützten Außenminister, der Thronfolger und der Generalstabschef.³ Der teilweise Austausch der Führungsriege brachte es allerdings auch mit sich, dass in der Folgezeit diese außerordentlichen, charakterstarken Persönlichkeiten wiederholt aufeinanderprallten. Heftige Divergenzen und Kontroversen brachen hierbei vor allem zwischen Aehrenthal und dem neuen Generalstabchef Conrad von Hötzendorf aus.⁴

Da Conrad seine Entscheidungen weder gegenüber den Regierungen noch dem Parlament zu vertreten hatte, nahm er schon bald nach seiner Ernennung den Platz eines ungebetenen Kommentators in Fragen der Sicherheitspolitik ein. Durch seine vorwiegend in militärischen Kreise geäußerten inoffiziellen Ratschlägen, begab er sich in unmittelbare Konkurrenz zum Außenminister, in dessen Kompetenz sicherheitspolitische Fragen fielen. Aehrenthal war jedoch keineswegs gewillt, den Stabschefs als Kokommentator im Bereich der Außenpolitik zu akzeptieren.⁵ Der zeitweilig ausufernde Konflikt zwischen den zwei charismatischen Persönlichkeiten stand dabei oft stellvertretend für den politischen Gegensatz zwischen Schönbrunn und dem Belvedere und fand erst 1911, mit der Demission Conrads, ein Ende.

1 - Afflerbach Holger, Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg. Wien, Köln, Weimar 2002. S. 596

2 - Kronenbitter Günther, „Krieg im Frieden“. Die Führung der k. u. k. Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906 - 1914, in: Wilfried Loth, Anselm Doering-Manteuffel, Jost Dülffer und Jürgen Osterhammel (Hg), Studien zur Internationalen Geschichte Band 13. München 2003. S. 317

3 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 596

4 - Regele Oskar, Feldmarschall Conrad. Auftrag und Erfüllung 1906 - 1918. Wien, München 1955. S. 46 - 80 und 99 - 45

5 - Kronenbitter, Krieg im Frieden, S. 318

Franz Ferdinand von Österreich Este wurde 1889 durch den Selbstmord seines Cousins, des Erzherzog Rudolfs, zum Thronfolger ernannt. In der Brust des Neffen des Kaisers schlug ein „schwarz - gelbes“ Herz, das im Glauben an die Rechtmäßigkeit der übernationalen Monarchie bis in die kleinste Zelle geprägt war. Aus diesem Grund war der Thronfolger ein entschiedener Gegner eines jeglichen Nationalstaatsprinzips und lehnte alle in diesem Zusammenhang stehenden Forderungen, sowohl von Parteien, als auch einzelnen Politikern des k. u. k. Establishment grundweg ab. Franz Ferdinand war durch und durch „Altösterreicher“ und wie Aehrenthal, ein strikter Anhänger einer konservativen Staatsauffassung.⁶ Zu seinen ausgeprägten Charaktermerkmalen gehörten unter anderem, sein militanter Katholizismus und seine antilibérale Geisteshaltung. Der Thronfolger verstand sich als Antisemit und dezidierter Gegner der Freimaurer Bewegung. Schon vor dem Tod des Kronprinzen, schätzte Franz Ferdinand den Ausgleich mit Ungarn als einen schweren Fehler ein. Grundsätzlich sah er die Wurzel der Misere Habsburgs in der Sonderstellung der ungarischen Elite begründet.⁷ Obwohl auf seine Anregung und Initiative eine Reihe von modernen Konzepten und Reformvorhaben zur Umgestaltung der Donaumonarchie ausgearbeitet wurden, blieb der Thronfolger primär ein Reaktionär. Seine Ideen könnte man eher als Rückschritte denn als moderne, den zeitbedingten Rahmenbedingungen entsprechende Reformprojekte werten. Im Zentrum seiner Innenpolitik stand die Wiederherstellung der inneren Handlungsfähigkeit auf Kosten der ungarischen Sonderstellung. Deshalb wiesen seine „trialistischen Reformbemühungen“ eindeutige antimagyarische Tendenzen auf.⁸

Franz Ferdinand verband ein ungetrübtes, amikales Verhältnis mit Wilhelm II.. Wenngleich er den Zweibunds positiv beurteilte, forderte er mit Nachdruck Österreich-Ungarns Selbstbehauptung als Gleichberechtigte Großmacht neben Deutschland. Seine außenpolitischen Ambitionen galten eindeutig der Wiederherstellung der Zusammenarbeit der drei konservativen Kaisermächte. Der Thronfolger setzte langfristig auf die russische Option und war sich demzufolge in dem Versuch einer Wiederbelebung des Dreikaiserbunds mit Aehrenthal einig. Die Beziehungen zum Dreibundpartner Italien verstand er hingegen als temporäres Übel. In seinen Augen spiegelte Italien symbolisch, sämtliche negative Aspekte seiner Geisteshaltung wider.⁹ Wenngleich Franz Ferdinand im allgemeinen stets bemüht war den Frieden zu erhalten, konnte er sich dennoch einen Krieg mit dem Nachbarland vorstellen. Seine Wunschvorstellung kreiste in diesem Sinne um eine Zurückerobierung Venetiens und der Lombardei. In diesem Traum lag vielleicht auch der Grund, warum sich Franz Ferdinand so vehement für den Ausbau der k. u. k. Flotte bemühte.¹⁰ Gleich dem deutschen Kaiser, mit dem er diese Vorliebe teilte, sah Franz Ferdinand in einer schlagkräftigen k. u. k. Marine ein überaus dienliches Instrument zur Umsetzung und Verteidigung der österreich-ungarischen Interessen im Adriaraum.

Obwohl der Kaiser zeitlebens versuchte Franz Ferdinand von politischem Einfluß fernzuhalten, gelang es ihm sukzessive doch sich einen einflußreichen Kreis aus zivilen und militärischen Beratern aufzubauen. Mit Hilfe des vom Belvedere ausgehenden Netzwerks gelang es dem Thronfolger hierauf zunehmend in die wesentlichen Entscheidungsprozesse der Monarchie einzugreifen.

6 - Carlgren W. M., Iswolsky und Aehrenthal - vor der bosnischen Annexionskrise. Russische und österreich-ungarische Balkanpolitik 1906 - 1908. Uppsala 1955. S. 127

7 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 596

8 - Kronenbitter, Krieg im Frieden, S. 286 - 288

9 - so z. B. die Enterbung der Familie Este, das Nationalitätenprinzip, ein parlamentarisches Regierungssystem, den Antiklerikalismus, ect.. in, Afflerbach, Der Dreibund, S. 597

10 - Kronenbitter, Krieg im Frieden, S. 287

So gelang es der „Nebenregierung im Belvedere“ 1906 erfolgreich, die Demission des Generalstabschefs Beck durzusetzen und ihn durch Conrad zu ersetzen.¹¹ Franz Ferdinand lernte den späteren k. u. k. Generalstabschef 1901 im Rahmen eines Militärmanövers kennen. Im Laufe der Zeit wurde Conrad von Hötendorf eine wichtige Persönlichkeit im Beraterstab des Thronfolgers. Im Gegensatz zum nüchternen Realismus seines Vorgängers war der neue Generalstabschef von großer Impulsivität und einem übernervösen Charakter geprägt. Seine Wesenszüge manifestierten sich in einer latenten Sprunghaftigkeit, die durch eine Reihe von Widersprüchen und unrealistischen Vorstellungen zum Vorschein kamen. Seine Liebe zur Monarchie verband ihn jedoch eng mit dem Thronfolger.

Für Conrad war die Armee zugleich Garant und Stütze der Dynastie. Dennoch gehörte Conrad einer Gruppe von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an, die eine pessimistischen Einschätzung bezüglich der Zukunft der Monarchie vertraten. In Conrads Wirken kam die seiner Zeit entsprechende Wahnvorstellung zum Ausdruck, dass die Monarchie von feindlichen Staaten umzingelt sei, die es gelte, einzeln, und zum richtigen Zeitpunkt, in Form eines „Präventivkriegs“ zu bekämpfen. Die feindlichen Ziele hierzu bildeten in erster Linie Italien und Serbien. Seine grundsätzliche Aversion gegenüber Italien wurde dabei von führenden Militärs der Armee und der Marine geteilt. Das Urteil über den Dreibundpartner bewegte sich in diesen Kreisen in einem Spektrum zwischen abschätzig und feindselig. Wenngleich seine kriegerischen Pläne von den politischen Kräften der Monarchie entschieden zurückgewiesen wurden, blieben doch gewisse Ressentiments in der Öffentlichkeit bestehen. Der Stabschef wurde im Laufe seiner Tätigkeit zunehmend zu einer ernsten Belastung für das Bündnis. In seiner permanenten Kriegshetze liegen auch die Gründe, warum Rom wiederholt und mit Nachdruck, die Absetzung Conrads von Wien verlangte. Obwohl sich Conrad selbst als ein besonders moderner und weitsichtiger Politiker empfand, blieb er doch in den Augen seiner Gegner ein weltfremder Theoretiker, der laut Josef Redlich, „nur die meß- und abwägbaren Kräfte, die Korps, Kanonen, Festungen, usw. kannte.“ In Conrads Denken hatte die Verbesserung der Verhältnisse der Monarchie im Rahmen von Reformen keinen Platz. Laut seinen Vorstellungen könne [...] „der Strom der nationalistischen Einigungsbewegungen nur mit Kanonenschüssen aufgehalten werden.“[...]¹² Durch seine radikal-politischen Ansätze geriet er jedoch schon bald in einen unüberbrückbaren Gegensatz zum Großteil der k. u. k. Führungselite. Selbst der Thronfolger distanzierte sich in der Folge von seinem Protegé. Nach einem Streit mit Aehrenthal wurde Conrad dann 1911 (vorübergehend) vom Kaiser aus seiner Verpflichtung entlassen.¹³

Im Gegensatz zu Conrad wollte Aehrenthal eine Konsolidierung der „angeschlagenen“ Großmacht auf friedlicher Basis erreichen. Um die Interessen der Monarchie erfolgreich wahren zu können, hatte der Außenminister bereits im Februar 1907, Pläne für weitreichende Umstrukturierungen auf der Grundlage seiner früheren Konzepte parat.¹⁴ Im Mittelpunkt all dieser Planspiele stand jedoch nicht zuletzt eine erfolgreiche Annexion Bosniens und der Herzegowina.¹⁵ Pläne zu einer machtpolitischen Arrondierung des Reiches nach Südosten wurden bereits am Ende des Jahres 1896 entwickelt. Den äußeren Anlaß zur Ausarbeitung diesbezüglicher Vorkehrungen bildete ein osmanisches Massaker an der armenischen Volksgruppe. Die Konzepte des Außenministeriums

11 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 599- 604

12 - Ebenda, S. 605

13 - Ebenda, S. 608

14 - Siehe Aehrenthal - Berufung ins Amt Seite 20 - 25

15 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 119

sollten entsprechende Richtlinien vorbereiten, wie im Falle einer innenpolitischen Krise, parallel mit einer Aufteilung des europäischen Territorialbesitzes der Osmanen, vorgegangen werden sollte. In den Grundzügen sahen die Fallbeispiele vor, Bosnien und die Herzegowina zu annektieren, und an Zis- bzw. Transleithanien anzugliedern. Darüberhinaus sollten keine weiteren Gebietsansprüche in dieser Region erfolgen.¹⁶

Seit den Berliner Verträgen hatte sich die österreich-ungarische Verwaltung in den okkupierten Provinzen im Laufe der Jahre etabliert und wurde ständig ausgebaut. Von der „ehemaligen“ Herrschaft der Osmanen zeugten nur noch wenige, vor allem religiöse Reste. Die osmanische Währung wurde durch die der Monarchie ersetzt, und ein Zollverband mit den Kerländern wurde errichtet. Desweiteren wurde auch die Wehrpflicht auf diesen Teil des Habsburgerreiches ausgedehnt. Zudem flossen aus Wien noch beträchtliche Summen in den Ausbau der Infrastruktur, dem Verkehr- und Bildungswesen. Da jedoch ein Großteil der Bevölkerung, sowohl von der Verwaltung, als auch von einer politischen Mitsprache ausgeschlossen blieb, wurde die Herrschaft der Habsburger, trotz alledem als Fremdherrschaft empfunden.¹⁷ Vor dem Hintergrund einer zunehmend anti-österreichischen Haltung fiel daher die serbische Propaganda auf fruchtbaren Boden. Wien wollte infolgedessen mit dem Anschluß der Provinzen, auch deren Verlust an die serbische Irredenta verhindern. Denn der serbische Bevölkerungsanteil in Bosnien und der Herzegowina lag bei beachtlichen 43,49 %, die seit 1903 von Belgrad zum systematischen Widerstand gegen Habsburg und zur Mitarbeit am Aufbau eines großserbischen Staates aufgefordert wurden.¹⁸ In diesem Zusammenhang wurden in all den Jahren serbisch nationalistische Kreise nie müde, den provisorischen Charakter der Besetzung hervorzuheben und die Gebiete für Serbien zu fordern.¹⁹

Derart wurde Aehrenthal bereits zu Beginn seiner Amtszeit mit einer verstärkten nationalistischen Strömung innerhalb der südslawischen Bevölkerung Habsburgs konfrontiert. Zu diesem Zeitpunkt war er jedoch noch der Meinung, dass man der großserbischen Propaganda mit einer positiven Politik gegenüber Belgrad begegnen könne. Nichtsdestotrotz verlor der Außenminister eine Lösung der Frage auf der Basis der vorhandenen Konzepte nicht aus den Augen und entwickelte eigene Ansatzpunkte dazu. Seiner Meinung nach wäre eine Stabilisierung der Lage zu erreichen, wenn die [...] „Vernichtung der Anziehungskraft Serbiens auf die gesamte südslawische Irredenta und durch dessen Einfügung in die direkte Machtsphäre der Doppelmonarchie“ [...] gelänge. Dies könne [...] „nach innen durch die Schaffung neuer Voraussetzungen für eine definitive Lösung der grossen Streitfragen zwischen den beide Reichshälften und einen späteren Übergang zum Trialismus“ [...]“²⁰ geschehen.

Aehrenthals Konzept sah daher vor, aus Kroatien, Slawonien und Dalmatien, mit Agram (Zagreb) als Zentrum, eine südslawische Ländergruppe innerhalb der ungarischen Reichshälfte zu schaffen. Dieses Vorhaben wäre quasi einer „Wiedererrichtung“ des „Dreieinigen Königreichs“ gleichgekommen.²¹ Der Außenminister führte weiter aus, dass [...] „zu dieser Gruppe würde naturgemäß auch die okkupierten Provinzen gehören, deren Annexion zu einem vorläufig gemeinsamen Besitz der beiden Reichshälften in dem Moment zu erfolgen hätten, da wir die Politik des Status

16 - Angelow Jürgen, Kalkül und Prestige. Der Zweibund am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Köln, Weimar, Wien 2000. S. 176

17 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 620

18 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 176

19 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 620

20 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 119

21 - Somogyi Éva, Aehrenthals Reformbestrebungen 1906 - 1907, in: Österreichische Osthefte - Jahrgang 30, Wien 1988. S. 64

quo am Balkan nicht mehr in ihrer vollen Strenge aufrecht zu erhalten gewillt sei würden.“[...]”²² Im Rahmen seiner Ausführungen war Aehrenthal von der Tatsache überzeugt, dass die bis dato dem gemeinsamen Finanzminister unterstehenden Provinzen, mit Sicherheit den Anschluß an diese südslawische Gruppe finden würden. Hinsichtlich Serbien prognostizierte er eine Sogwirkung, dessen sich das Königreich langfristig weder politisch noch ökonomisch, entziehen könne. Auf der Basis einer Machterweiterung argumentierte Aehrenthal, sollte eine Politik der Machtsicherung folgen. [...] „Es ist selbstverständlich, dass diese Angliederung nur allmählich geschehen soll und mit aller Rücksichtnahme auf die gegebenen staatsrechtlichen Verhältnisse des Reiches (...). Andererseits liegt es offen zu Tage, dass ein gezwungenes oder freiwilliges (aus Gründen der inneren Politik) Aufgeben der Vormachtstellung in den serbischen Ländern ein nicht wieder gut zu machender Fehler wäre. Nach Verlust dieser Position hätte Österreich-Ungarn, noch prägnanter als bisher, den Charakter eines Bundes Zweier nur lose zusammenhängender Mittelstaaten, denen auf Dauer eine Lebensfähigkeit nicht zukäme. Nur eine Politik, welche sich von historischen Traditionen inspirieren läßt und in der Gegenwart ein denselben adäquates Ziel verfolgt, wird vermögen, die Völker kraftvoll zusammenzufassen und sie einer glorreichen Zukunft entgegenzuführen.“ [...]”²³

Die ungarische Reichshälfte hätte auf diese Art und Weise, neben einem umfangreichen Gebietszuwachs, auch einen größeren Zugang zur Adria bekommen. Laut Aehrenthals Vorstellungen hätte Ungarn einen immensen ökonomischen Nutzen aus dieser Entwicklung gezogen. Dieser wäre mittel- bzw. langfristig nicht nur der ungarische Wirtschaft, sondern dem gesamten ökonomischen Potential der Donaumonarchie zu Gute gekommen. Als Kompensation für die Gebietsabtretungen, konnte sich Aehrenthal eine Entschädigung in Form einer 25 jährigen Zollunion vorstellen. Deren Konditionen hätten sodann lediglich im beiderseitigen Einvernehmen abgeändert werden können. Sein Fernziel war in diesem Zusammenhang ein paritätischer Ausgleich mit Zisleithanien.²⁴ Aehrenthals Vorstellung bezüglich einer weitreichenden Umstrukturierung der Monarchie, beinhaltete neben seinem ökonomischen Interesse, darüberhinaus auch noch eine militärpolitische Komponente. Denn angesichts des Gebietszuwachs, wäre Ungarn mit einem Mal in eine exponierte außenpolitische Lage geraten. Nicht nur, dass sich in Budapest der politische Gegensatz zu den Balkanstaaten und Italien verstärkt bemerkbar gemacht hätte, wäre die Verantwortung zur Verteidigung der Adriaküste daraufhin auch an die ungarische Reichshälfte übergegangen. Aehrenthals Vorhersage sah diesbezüglich vor, dass sich hinsichtlich der größeren militärischen Aufwendungen, ziemlich bald eine deutliche Intensivierung des ungarischen Verhältnisses zur gemeinsamen Flotte, sowie zur Armee eingestellt hätte. In Anbetracht dieser Entwicklung, wäre sich Budapest, angesichts ihres Anteils, anschaulicher der Gesamtverantwortung bewußt geworden. Aehrenthals Konzept schloß derart die begründete Hoffnung mit ein, dass die ungarische Regierung in der Zukunft ihren Widerstand gegen die Bewilligung jener finanziellen Mittel aufgeben werde, die zum Aufbau eines effizienten Militärapparats, zur Verteidigung der Interessen des k. u. k. Staatenbunds, von Nöten waren.

Für Aehrenthal bedeutete die Umsetzung dieses Konzepts die Möglichkeit, die internen Streitigkeiten der Monarchie in konstitutionellen Fragen, des Militärs, der Finanzen und der Wirtschaft zu beenden und derart ihren Fortbestand auf Jahre hinaus zu sichern. Nichtsdestotrotz war er sich sehrwohl des Risikos bewußt, dass die Bildung eines derartigen „südslawischen Blocks“ innerhalb der Grenzen der St. Stephanskronen, eine Entwicklung in Richtung Trianismus initiieren könnte. Der Außenminister war indes mehr Realpolitiker als Anhänger eines theoretischen Konzeptualismus.

22 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 119

23 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 156

24 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 119

Denn obwohl er wußte, dass im Trialismus ein möglicher Ausweg aus der innenpolitischen Krise lag, galt seine ganze politische Kraft doch der Aufrechterhaltung der österreich-ungarischen Staatseinheit.²⁵ Es kann hier nicht erörtert werden, wie Ungarn, bzw, Serbien im Rahmen eines solchen Szenariums reagiert hätte. Daher muß die Frage, ob die weitreichenden Pläne des Außenministers in der Realität bestand gehabt hätten, dahingestellt bleiben. Es besteht allerdings kein Zweifel daran, dass Aehrenthal die Grundzüge dieses Konzepts in der Folge zum Ausgangspunkt seiner außenpolitischen Tätigkeit genommen hat.

DIPLOMATISCHE VORBEREITUNGEN - DER RUSSISCHE FAKTOR

Um den Stand der bilaterale Beziehungen zu St. Petersburg zu sondieren und allfällige Differenzen auszuräumen, reiste Aehrenthal bereits kurze Zeit nach seiner Ernennung zum Außenminister, in die russische Hauptstadt. Sein primäres Anliegen hierzu war es die konservative Interessengemeinschaft der europäischen Kaisermächte wiederherzustellen. Für ganz aussichtslos hielt er dieses Vorhaben nicht. In seiner Funktion als Minister des Äußeren konnte er nun auf die von ihm noch im Sommer des selben Jahres als österreich-ungarischer Botschafter in Rußland ausgearbeiteten Vorschläge, einer diesbezüglichen Neuauflage zurückgreifen. Im Rahmen seiner Abschiedsaudienz bei Nikolaus II., beschränkte sich dann Aehrenthal allerdings darauf allgemeine Themenbereiche zu erörtern, ohne dabei auf seine Pläne bezüglich einer Neuauflage des Dreikaiserbunds zu sprechen zu kommen.²⁶ Grundsätzlich bildete die Erneuerung des Dreikaiserbündnisses eine Konstante in der außenpolitischen Konzeption Aehrenthals.²⁷ Der Außenminister verknüpfte hierzu eine Vielzahl an positiven Aspekten. Für den Fortbestand der Monarchie sah er darin beispielsweise die Chance, die Machtgrundlage der traditionellen Eliten zu erhalten, Reformen einzuleiten und darüberhinaus dem politischen Bündnis mit Deutschland mehr diplomatischen Spielraum zu ermöglichen. Desweiteren verband er dadurch die Möglichkeit, dass sich in der russischen Führung die Einsicht durchsetzen werde, in den Westmächten keine große Unterstützung bei der Regelung der anstehenden Balkanfragen zu finden. Wie auch immer die russische Entscheidung in dieser Hinsicht ausfallen würde, für Aehrenthals außenpolitische Pläne war eine Dialog mit St. Petersburg unumgänglich. Denn er wußte sehr wohl, dass sich im Falle des Scheiterns seiner Vorstellungen, die eigene außenpolitische Flexibilität erheblich eingeschränkt werden würde. Dies hätte für Österreich-Ungarn vermutlich dann auch zur Folge, dass sich die politische, sowie militärische Abhängigkeit vom deutschen Partner entschieden deutlicher auswirken würde. Bei ihrem Gespräch stimmte der Zar jedenfalls Aehrenthals Plänen, die Reform- Entente beizubehalten, zu. Nikolaus II ließ dabei allerdings keinen Zweifel darüber aufkommen, dass Rußland gegenüber der Politik Wiens am Balkan und hierbei speziell gegenüber Serbien wachsam bleiben werde.²⁸ Im Gegenzug dazu, versicherte der Außenminister, dass Österreich-Ungarn keine territorialen Neuerwerbungen anstrebe und er überdies gewillt sei, eine konservative Politik im Interesse der Monarchie und des allgemeinen Friedens zu vertreten.

Für Aehrenthal schien jedoch der rechte Zeitpunkt zu einer forcierten Realisierung seiner ehrgeizigen Pläne durchaus angebrochen zu sein. Als ehemaliger österreich-ungarischer Botschafter in St. Petersburg, konnte er sich noch lebhaft an die innenpolitischen Unruhen infolge des

25 - Somogyi, Aehrenthals Reformbestrebungen 1906 - 1907, S. 64

26 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 103

27 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 180f

28 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 103

verlorenen russisch-japanischen Kriegen erinnern. Er mußte daraufhin hautnah miterleben, wie sich durch die offensichtliche Schwächung der russischen Position in Asien ein latenter Schwenk nach Westen vollzog.²⁹ Dabei traten die russischen Balkanambitionen wieder verstärkt in den Vordergrund. Der unerwartete Prioritätenwechsel der russischen Außenpolitik unter Izvolskij mußte insofern zu einem Überdenken seiner damaligen Beurteilung bezüglich möglicher Zukunftsszenarien als erster Rußlandexperte des k. u. k. Auswärtigen Dienstes führen. Teilweise war es auch notwendig, seine überholten Rückschlüsse hinsichtlich der außenpolitischen Ziele des Zarenreiches auf eine neue Grundlage zu stellen.

Dabei prognostizierte Aehrenthal bereits vor der Jahrhundertwende, dass St. Petersburg trotz der Entente von 1897 keineswegs von seinen Ansprüchen auf Aufrechterhaltung und Stärkung seiner Führungsrolle als Beschützer aller Slawen und orthodoxer Christen auf dem Balkan abrücken werde.³⁰ Nichtsdestotrotz empfahl Aehrenthal dazumal, die russischen Asienambitionen zu nützen und eine für Österreich-Ungarn günstige Neuordnung des Balkans zu betreiben.³¹ Zu diesem Zeitpunkt fand der Vorschlag jedoch weder die Billigung des Kaisers, noch erhielt er die Zustimmung der russisch freundlichen Kreise Österreich-Ungarns. Daher verblieb der offizielle außenpolitische Tenor aufrecht, den Status quo am Balkan, in Absprache mit St. Petersburg, so lange wie möglich zu erhalten. Nichtsdestotrotz insistierte Aehrenthal weiterhin, dass mit aller Kraft daraufhin gearbeitet werden müsse, eine definitive Lösung der osmanischen Frage, die die Vorherrschaft der Monarchie auf dem westlichen Balkan garantiere, vorzubereiten. In diesem Sinn regte er sogar die Umsetzung der bereits mehrfach geäußerten Überlegung eines russisch-österreichischen Tauschhandels an. Insofern bekäme St. Petersburg für seine Zustimmung zum Vorgehen der Monarchie am Balkan, von Wien als Gegenleistung das Einverständnis, Konstantinopel und die Meerengen zu erobern. Aehrenthal vergaß allerdings nicht darauf hinzuweisen, dass [...] „die Stellung in Bosnien und der Herzegowina mit der natürlichen Entwicklung nach Süd und Ost ein „noli me tangere“ bildet und eine russische Einmischung dort nicht geduldet werden könne.“[...]³²

Nach der Jahrhundertwende hatte sich die politische Landschaft in Europa allerdings weitgehend geändert. Mit der Berufung Aleksandr Petrovic Izvolskij³³ am 12. Mai 1906 zum Außenminister des Zarenreiches, trat ein Mann auf die politische Bühne Europas dessen politisches Credo in einer eindeutigen Ausrichtung Rußlands hin zu den Westmächten lag. Die politischen Ziele

29 - Uebersberger Hans, Österreich zwischen Russland und Serbien. Zur Südslawischen Frage und der Entstehung des Ersten Weltkriegs. Köln - Graz 1958. S 17

30 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 17f

31 - Siehe dazu Kapitel I - Risiko und Kalkül, Seite 22

32 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 20

33 - Bereits als Neunzehnjähriger trat Izvolskij seine diplomatische Laufbahn an. Neben seinem Ehrgeiz gaben die Charaktereigenschaften des neuen russischen Außenministers Anlaß zur Kritik. So wurde er von seinen Zeitgenossen als Snob und Opportunist bezeichnet. Daneben wurde allerdings auch sein diplomatisches Geschick, seine allgemeinen Kenntnisse sowie seine Belesenheit von seiner Kollegenschaft durchaus anerkannt. Unmittelbar mit seinem Amtsantritt legte Izvolskij die Eckpunkte seines außenpolitischen Programms dar. Darin nannte er als eines seiner primären Ziele, eine deutsche Welthegemonie zu verhindern. Um eine derartige Entwicklung zu durchkreuzen, müsse auf der Basis der Allianz mit Frankreich, eine verstärkte Zusammenarbeit mit Großbritannien angestrebt werden. Zum anderen richteten sich seine außenpolitischen Ziele wieder dem Balkan zu, wo er antrat, die traditionelle russische Politik wieder aufzunehmen und im Zusammenwirken mit Großbritannien aktiv voranzutreiben. In diesem Zusammenhang brachte er bereits vor seiner Ernennung zum russischen Außenminister seinen politischen Standpunkt zum Ausdruck. Darin ließ Izvolskij unzweifelhaft erkennen, kein Anhänger des Müritzsteger Programms zu sein und eine Revision des Meerengenstatus anstreben zu wollen. Darüberhinaus bezeichnete er es als einen Fehler, es Österreich-Ungarn gestattet zu haben, in dieser Region, eine zu Rußland gleichgestellte Position einzunehmen. Lediglich die zu seinem Amtsantritt herrschende schwierige innen, sowie außenpolitische Situation Rußlands ließ es nicht zu, dass Izvolskij sofort darangehen konnte, seine Pläne in die Realität umzusetzen. in: Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 71f

St. Petersburgs gerieten daher in der Folge in einen entschiedenen Gegensatz zu den Plänen der Donaumonarchie. Rußlands Außenpolitik war ab diesem Zeitpunkt nicht mehr ohne weiteres bereit, die Lösung der Balkanfrage im alleinigen Einvernehmen mit den Vorstellungen Wiens zu behandeln.³⁴ Im Rahmen dieser Entwicklung mußte sich Wien die Frage stellen, inwieweit die bereits getroffenen österreich-russischen Vereinbarungen bezüglich der Problematik rund um die Okkupation Bosniens und der Herzegowina, von der momentanen russischen Führung zur Disposition gestellt wurden. Denn einerseits verpflichtete sich St. Petersburg im Rahmen eines Geheimprotokolls am 13. 7. 1878 zum Vertrag von Berlin, zudem neuerlich, anlässlich des Drei-Kaiser Bündnis vom 18. 6. 1881 mittels eines geheimen Zusatzprotokolls keinen Einspruch zu erheben, falls Österreich-Ungarn eines Tages gezwungen sein würde die beiden Provinzen und den Sandschak von Novibazar zu annektieren. In diesen geheimen Vereinbarungen behielt sich Wien desweiteren ausdrücklich das Recht vor, Bosnien und die Herzegowina im „geeigneten“ Moment zu annektieren.

Izvol'skij stand mit seiner englandfreundlichen Politik eindeutig im Gegensatz zur russischen Hofgesellschaft, die im großen und ganzen, reaktionär, dynastisch, dreikaiserbundfreundlich und anti-britisch eingestellt war.³⁵ Dennoch hatte sich der neue russische Außenminister bereits im Herbst 1906 dazu durchgerungen, die Entente politik seines Vorgängers in seinem Sinne abzuändern.³⁶ So meinte Izvol'skij hinter der repressiven Handels politik der Monarchie gegenüber Serbien die ersten Anzeichen für den Versuch Wiens zu erkennen, Rußlands augenblicklich prekäre innenpolitische Situation auszunützen, um seinen Einfluß am Balkan zu verstärken. Nicht zuletzt aus diesem Grund, und um weiteren österreich-ungarische Expansionswünschen einen Riegel vorzuschieben reifte der Plan, nicht nur eine russisch-britische Kooperation in der asiatischen Frage anzubahnen, sondern auch eine Annäherung bezüglich der makedonischen Frage voranzutreiben. Seine diesbezüglichen Vorstellungen konkretisierte Izvol'skij bereits im September 1906 im Rahmen einer Denkschrift an den Zaren. Darin lege er nicht nur seine Haltung gegenüber den russisch-britischen Beziehungen dar, sondern eröffnete seinem Souverän darüberhinaus die konkreten Ziele seiner Außenpolitik. Im Zentrum seiner Denkschrift stand die Meerengenfrage,³⁷ um dadurch in der Zukunft die Stellung des Zarenreiches als europäische Großmacht, sowie als der alleinige Beschützer der slawischen und christlichen Bevölkerung am Balkan behaupten zu können.³⁸

Izvol'skij sprach insofern jene Punkte an, durch deren Klärung seiner Meinung nach, eine prinzipiell positive Annäherung an das Empire gewährleistet werden konnten. In erster Linie setzte er

34 - Grumpelt Werner, Die deutsche Politik in der Zeit der Bosnischen Krisis. Diss. Altenburg 1939. S. 14

35 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 614

36 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 81f

37 - Die Vereinbarungen über das Recht einer freien Durchfahrt durch den Bosphorus gehen auf eine Konvention des Jahres 1871. Den Bestimmungen zufolge besaßen alle Handelsschiffe das Recht zur freien Durchfahrt. Abgesehen von der osmanischen Marine, war es laut Vertrag allen anderen Nationen verboten mit ihren Kriegsschiffen die Meerengen zu passieren. In Ausnahmefällen konnte der Sultan jedoch befreundeten, bzw. verbündeten Mächten die Passage ermöglichen. Auf betreiben der russischen Delegation wurde in Berlin hierzu von den Signatarmächten eine Deklaration unterzeichnet, die den internationalen Charakter der Bestimmungen hervorheben sollte. Im Rahmen der Verhandlungen zu den Dreikaiserverträgen wurde der Meerengenstatus von Österreich-Ungarn abermals bestätigt und garantiert. In Anbetracht der Auflösungstendenzen des Osmanischen Reiches galt der Meerengenstatus für das Zarenreich, ebenso wie die Okkupation der beiden osmanischen Vilajets für Österreich-Ungarn, als ein Provisorium. Während jedoch um die Jahrhundertwende in Wien bereits konkrete Vorstellungen von einem Übergang der Okkupation zur Annexion vorlagen, entwickelte St. Petersburg noch außenpolitische Ansätze, die die Meerengenfrage für Rußland zu einer vorteilhaften Lösung bringen sollten. Seit Katharina der Großen galt das Hauptziel der russischen Außenpolitik der Eroberung Konstantinopels und auch Alexander III. dachte an eine derartige Unternehmung, [...] „um uns ein für alle Mal an den Meerengen zu etablieren und zu wissen, dass sie immer in unseren Händen bleiben werden.“ [...], in: Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 5

38 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 86

daher auf eine russisch-britische Übereinkunft, bezüglich der ost- und zentralasiatischen Fragen. Izvolskij ging davon aus, dass dadurch nicht nur die asiatischen Grenzen garantiert, sondern zudem auch Englands Unterstützung in der Meerengenfrage erreicht werden könne. Nach einer Verständigung mit dem Empire wollte Izvolskij, neben Frankreich auch Italien, für ihr Einverständnis zu einem russischen Durchfahrtsrecht gewinnen. Der russische Außenminister erinnerte in diesem Zusammenhang Nikolaus II., an den eingegengten Spielraum der Schwarzmeerflotte, der es aufgrund der Londoner Konvention nicht möglich sei die Balkaninteressen Rußlands hinreichend zu unterstützen. Zu diesem Zeitpunkt war es weitgehend das dezidierte Ziel des russischen Außenministers die Zustimmung der europäischen Großmächte zur Revision des Meerengenregimes zu erlangen und im Rahmen einer russisch-britischen Zusammenarbeit [...] „die richtige Entwicklung der Balkanvölker sicherzustellen und unparteiisch ihre Interessen abzugrenzen.“ [...] ³⁹ Nach Izvolskij's Konzeption hätte sich hierauf der Sultan hinsichtlich der europäischen Mähtekonstellation dem Willen der Westmächte unterwerfen müssen. In seiner Kalkulation war einzig und allein das Verhalten Deutschlands in dieser Frage schwer vorhersehbar. Denn er rechnet fest damit, dass Wien zu einer positiven Haltung in der Meerengenfrage, durch gewisse Zugeständnisse, bewegt werden könne. ⁴⁰

Anschließend an die Reise des österreich-ungarischen Außenministers nach St. Petersburg führte ihn sein Weg in die Hauptstadt des Zweibundpartners. Bereits im Rahmen seines Antrittsbesuchs beim deutschen Reichskanzler deponierte Aehrenthals seine Zweifel bezüglich einer dem Zweibund gewogenen Politik des neuen russischen Außenministers. Aehrenthal unterstrich in seinen Unterredungen mit Bülow im November 1906 seine Befürchtungen hinsichtlich einer russischen außenpolitischen Neuorientierung, gepaart mit einer Angleichung an die britische Position am Balkan. Denn bereits kurz davor sah sich Aehrenthal mit der Bereitschaft des russischen Außenministers konfrontiert, den britischen Forderungen nach radikalen Reformen in Makedonien nachzukommen. ⁴¹ Aehrenthal wies in diesem Zusammenhang auch auf die Eitelkeit des russischen Außenministers hin, die ihn, seiner Meinung nach, „zu einer scheinbar populären Politik nach Innen und nach Außen zwingt.“ ⁴² In dieser Stellungnahme bringt Aehrenthal seine Sorge über den Hang des russischen Außenministers zu Opportunismus, Unzuverlässigkeit und seine übertriebene Eitelkeit zum Ausdruck. Das persönliche Verhältnis der beiden Politiker war von Anfang an von einer negativen Grundstimmung geprägt. Der deutsche Geschäftsträger in Wien, Graf Brockdorff-Rantzau, nach dessen Beurteilung der österreich-ungarische Außenminister den größeren Anteil an dieser Antipathie hatte, schreibt dazu [...] „Wie Baron Aehrenthal über die persönlichen Charaktereigenschaften seines russischen Kollegen urteilt, ist schließlich nicht von allzu großer Bedeutung; bei der Eigenart des Ministers liegt für ihn aber die Versuchung nahe, das Persönliche auf das Sachliche zu übertragen. Gewisse Anzeichen dafür sind schon jetzt vorhanden. Und wieder ist es psychologisch interessant, dass gerade Baron Aehrenthal, der selbst mit solcher Empfindlichkeit sich gegen den leisesten Verdacht, als lasse er sich imponieren, wehrt, auf Herrn Izvolskij durch Brüskierung erziehllich wirken möchte.“ [...] ⁴³ Bülow nahm die Verschlechterung der Beziehungen Wiens und St. Petersburg mit Erleichterung zur Kenntnis. Bedeutete sie doch die stärkere Anbindung Wiens an Berlin und daraus resultierend, eine willkommene Aufwertung des Bündnisses. ⁴⁴

39 - Ebenda, S. 82

40 - Ebenda, S. 82f

41 - Ebenda, S. 108

42 - Skriván Ales, Schwierige Partner. Deutschland und Österreich-Ungarn in der europäischen Politik der Jahre 1906 - 1914. Hamburg 1999. S. 25

43 - Gruppelt, Die deutsche Politik in der Zeit der Bosnischen Krisis, S. 15

44 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 179

SERBISCHE IRREDENTA - BELGRADS „GROSSSERBISCHER“ TRAUM

Angesichts des engen Zusammenlebens von Kroaten, Bosnaken und Serben, sowie dem unklaren völkerrechtlichen Status der Okkupationsgebiete war die Südostgrenze der Monarchie von intensiver serbischer Agitation durchdrungen. Über das belastete Verhältnis zu Serbien wegen dessen wiederholter Agitation gegen die Monarchie, referierte schon der Gemeinsame Finanzminister Burián vor den Delegationen im Dezember 1906. Er wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass die serbische Agitation durchaus mit der Kenntnis des Königshauses und der Duldung der Regierung vonstatten ging.⁴⁵ Neben der Radikalen Partei erfolgte auch durch die gemäßigte Fortschrittspartei hierzu intensive Bemühungen die Idee eines „Großserbischen Königreichs“, auf Kosten der Monarchie zu realisieren.⁴⁶ Der österreich-ungarische Außenminister war jedoch keinesfalls gewillt, die Vormachtstellung der Monarchie in dieser Region ohne Widerstand aufzugeben. In diesem Sinne hatte Aehrenthal wiederholt seinen Standpunkt unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, dass er sowohl einer serbischen Agitationen, als auch panslawistischen Einmischungsversuchen entschieden entgegenzutreten gedenke.⁴⁷

Im Rahmen der „südslawischen Angelegenheiten“ bestand daher ein gut ausgebautes Nachrichtennetz, das einen reibungslosen Informationsfluß in die Wiener Zentrale garantierte.⁴⁸ Angesichts der permanenten serbischen Propaganda, im Rahmen der latenten Irredenta-Problematik, war man sich in Wien spätestens nach dem Dynastiewechsel⁴⁹ in Belgrad der Tatsache bewußt, dass ein Krieg mit Serbien, über kurz oder lang, unvermeidlich sein werde. Nicht zuletzt auch auf Grund der sich mehrenden Hinweise, dass sich Teile der kroatischen Intelligenz für die Idee einer südslawischen Vereinigung zunehmend zu erwärmen begannen.⁵⁰ Am Beginn des Jahres 1906 brachte hierzu der österreich-ungarische Militärattache in Belgrad, die allgemeine Stimmung im Vielvölkerreich gegenüber Serbien, mit seiner Lagebeurteilung, auf den Punkt. [...] „So wie die Dinge jetzt stehen, ist als sicher anzunehmen, dass bei jedem kriegesischen Konflikt der Monarchie - gleichgültig wo und mit wem - Serbien stets zu unseren Feinden zählen wird. Selbst wenn in der kritischen Zeit eine vernünftige Regierung am Ruder wäre, würde sie kaum im Stande sein, die gegenwärtig noch allmächtigen radikalen Chauvinisten vor einem Abenteuer zurückzuhalten. Gefährlicher als diese eventuelle offene Gegnerschaft Serbiens und seiner miserablen Armee ist aber die politische Miniarbeit der Radikalen im Frieden, welche den Geist unserer südslawischen Bevölkerung systematisch vergiftet, und unsere Armee im Ernstfalle schwere Verlegenheit bereiten kann. Es ist daher im Interesse unserer militärischen Machtstellung im Süden der Monarchie dringend notwendig, dem weiteren Umsichgreifen der intriganten und frechen serbischen Agitation

45 - Molden Berthold, Alois Graf Aehrenthal. Sechs Jahre äußere Politik Österreich-Ungarns. Stuttgart und Berlin 1917. S. 22

46 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 610

47 - Frankenfeld Alfred, Oesterreichs Spiel mit dem Kriege. Das Verhängnis deutscher Nibelungentreue, Bosnische Krise (1908 - 1909) und Weltkriegsgruppierungen. Dresden 1928. S. 23

48 - Kronenbitter, Krieg im Frieden, S. 326f

49 - Auf die Ermordung der Königsfamilie durch eine Gruppe von Offizieren, reagierte 1903 ganz Europa mit Einsetzen. Weder der Kaiser noch die Regierung kamen der allgemeinen Empörung und den Interventionsaufforderungen rund um das blutrünstige Attentat nach. Goluchowsky war in Wien sogar der Ansicht, dass sich durch den Dynastiewechsel die chaotische innenpolitische Situation Serbiens deutlich verbessern würde. Nach der offiziellen Anerkennung der neuen Führung durch die Monarchie, wurde allerdings binnen kurzer Zeit deutlich, dass es sich dabei um eine Fehleinschätzung der Lage gehandelt hatte. Der konstitutionell regierende serbische König Peter I überließ zum Großteil die Regierungsverantwortung dem Ministerpräsidenten und Führer der Radikalen Partei Pasić. Das hatte zur Folge, dass sich in Belgrad eine anti-österreichische und pro-russophile Politik durchzusetzen begann. in: Afflerbach, Der Dreibund, S. 611

50 - Sundhaussen Holm, Geschichte Serbiens. 19.—21. Jahrhundert. Wien, Köln, Weimar 2007. S. 240f

durch energische, gegen den Ausgangspunkt derselben gerichtete Maßnahmen so bald als möglich wirksam entgegenzutreten.“ [...] ⁵¹In Wien waren die Bedenken gegenüber dem Potential der serbischen Armee zwar minimal, die verantwortlichen Gremien waren sich allerdings der Gefahren hinsichtlich der von Serbien ausgehenden Propaganda durchaus im Klaren. Auch die ambivalente Haltung der serbischen Regierung unter Ministerpräsident Pasic' gegenüber Habsburg war durchaus nachvollziehbar. Nikola Pasic' befand sich hierzu in einer Zwickmühle. Denn um nicht von der extrem-nationalistischen innenpolitischen Strömung überrollt zu werden blieb seiner Regierung keine andere Wahl, als gegenüber dem scheinbar übermächtigen Nachbarn aus dem Norden, Stärke und Standhaftigkeit zu demonstrieren. Im Rahmen des österreich-serbischen Handelskonflikts trat diese Schaukelpolitik dabei deutlich zu Tage. Belgrad mußte zu diesem Zeitpunkt daher dem Umstand Rechnung tragen, dass eine aktive, offensive Balkanpolitik, erst mit dem Bruch der russisch-österreichischen Zusammenarbeit im Rahmen des makedonischen Reformprogramms umzusetzen sein werde. Und darauf beruhten die serbischen Hoffnungen. Am Beginn des Jahres 1908, schien sich das geduldige Warten Belgrads schlußendlich bezahlt gemacht zu haben. Die russisch-österreichische Entente driftete offensichtlich, an Hand der Sandschakkrise, ihrem Ende entgegen. Der seit Aehrenthals Amtsübernahme zunehmend spürbare außenpolitische Aktivismus aus Wien, spielte in diesem Zusammenhang eine nicht unwesentliche Rolle. Denn für den k. u. k. Außenminister führte die Stärkung der österreich-ungarischen Position, sowohl am Balkan, als auch im Rahmen der europäischen Mächte nur über den Bruch mit der passiven Außenpolitik seiner Vorgänger. Über diesen Ansatz war sich Aehrenthal mit dem neue Generalstabschef durchaus einig.

In diesem Sinn waren die Zielsetzungen Aehrenthals und der Armeeführung, bezüglich einer offensiven Balkanpolitik, keineswegs kontrovers. Grundlegende Meinungsunterschiede bestanden lediglich in der Art und Weise ihrer politischen Umsetzung. Bereits 1907 kam es zu den ersten Kontakten des Außenministers mit der Armeeführung. Aehrenthal ließ hierzu Erkundigungen über die Meinung der Militärführung zu einer Einschränkung, bzw. Aufgabe der k. u. k. Militärpräsenz im Sandschak im Zusammenhang mit dem Bahnprojekt einholen. ⁵² Conrad reagierte grundsätzlich positiv auf die Anfrage. Denn im Gegensatz zu seinen Vorgängern war der Stabschef von der militärstrategischen Bedeutung des Sandschaks nicht überzeugt. Aufgrund seiner topographischen Kenntnisse der Region bildete für ihn das Gebiet eher ein Hemmnis, anstatt eines strategischen Vorteils. Nichtsdestotrotz konnte der Generalstabschef einen Abzug der durch den Vertrag von Berlin verbrieften Präsenz der k. u. k. Truppen aus den Garnisonen in Plevje, Priboj und Prjepolje nicht zustimmen. ⁵³ Hauptsächlich führten Prestige Gründe zu dieser vorläufigen Entscheidung der Militärs. Conrad ging sogar noch einen Schritt weiter. Seiner Meinung nach sollten diplomatische Schritte erfolgen, die eine volle Bewegungsfreiheit für die im Sandschak stationierten k. u. k. Truppen schaffen sollten. Den Hintergrund zu dieser Initiative bildete sein Kalkül, den Osmanen die Konzessionen möglichst wertvoll erscheinen zu lassen. Aehrenthal gab sich mit diesen Informationen vorerst zufrieden. An Hand der militärischen Beurteilung ging er nunmehr daran die nächsten politischen Schritte für die unmittelbare Zukunft der Okkupationsgebiete in die Wege zu leiten. Ein Teilbereich der diesbezüglichen Überlegungen galt dabei dem über die Jahre vernachlässigten völkerrechtlichen Aspekt. ⁵⁴ Desweiteren war noch eine Reihe von verfassungspolitischen Fragen vollkommen offen, ⁵⁵ die im Zuge einer administrativen Gliederung nach einem möglichen

51 - Kronenbitter, Krieg im Frieden, S. 327f

52 - Ebenda, S. 332

53 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 79

54 - Kronenbitter, Krieg im Frieden, S. 335

55 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 622f

Anschluß, einer dringenden Klärung bedurften. Obwohl er die dafür notwendigen Konzepte in petto hatte, wußte Aehrenthal, dass sich daraus leicht eine Auseinandersetzung der beiden Reichshälften, mit unbekannten Folgen für die dualistische Staatsstruktur, entwickeln könnte.

UNTER DEM DRUCK DER EREIGNISSE

Das Auslaufen des vertraglich fixierten dreißigjährigen Okkupationsmandats und die Wiedereinsetzung der osmanischen Verfassung am 24. Juli, mit der Aussicht auf freie Wahlen in den beiden osmanischen Provinzen,⁵⁶ drängten Aehrenthal im Sommer 1908 zum entschiedenen Handeln.⁵⁷ Denn nach einem erfolgreich abgeschlossenen Urnengang sollten die Abgeordneten dieser Provinzen über ihren zukünftigen Status selbst entscheiden.⁵⁸ Der Außenminister stand daher vor der heiklen Aufgabe für die okkupierten osmanischen Provinzen, rasch eine eindeutige politisch-territoriale Regelung zu finden, die dortige Bevölkerung politisch in den Vielvölkerstaat zu integrieren, und die verwalteten Territorien vor möglichen osmanischen bzw. südslawischen Ansprüchen zu schützen.⁵⁹ Aehrenthal trug dabei sehrwohl dem Umstand Rechnung, dass seine diesbezügliche Aktivitäten durch einen jungtürkischen Versuch, die volle Souveränität über die beiden osmanischen Provinzen zurückzuerlangen, torpediert werden könnten. Dies lag genauso im Bereich der Möglichkeit wie die Bemühung Serbiens, mit russischer Unterstützung, die Souveränität der Provinzen anstelle Österreich-Ungarns zu erlangen.⁶⁰ Im Zuge dieser Konstellation fand Aehrenthal im Generalstabschef einen verlässlichen Verbündeten und Befürworter seiner Pläne. Als dezidiert Annexionsbefürworter stand Conrad für ein energisches Vorgehen gegenüber Serbien, mit dessen anschließender Inkorporation in das Reich.⁶¹ Der im Oktober 1907 im Ministerrat angesprochene Plan einer Zerschlagung des serbischen Königreichs mit einer teilweisen Angliederung an Österreich-Ungarn bedeutete gleichzeitig eine Bankrotterklärung der jahrelangen Versuche Wiens, Belgrad wirtschaftspolitisch von den Märkten der Donaumonarchie abhängig zu machen. Auch konnte Berlin zu diesem Zeitpunkt einem derartigen Vorgehen Wiens durchaus positive Aspekte abgewinnen. Die deutsche Regierung zeigte sich fest entschlossen, hinter einer jeglichen Entscheidung des Bündnispartners zu stehen.

Unter Vorsitz des österreich-ungarischen Außenministers trat am 19. August 1908 eine gemeinsame Ministerkonferenz zusammen, die sich mit der veränderten Situation im osmanischen Reich befaßte.⁶² Auf der Tagesordnung stand, [...] „die Frage der Rückwirkung der neuen Ära in der Türkei auf Bosnien und der Herzegowina, beziehungsweise der Annexion dieser Provinzen bei gleichzeitiger Zurückziehung der kaiserlichen und königlichen Garnisonen aus Sandschak-Novibasar.“ [...] ⁶³ Der für die okkupierten Gebiete zuständige Finanzminister, Freiherr von Burián,

56 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 176

57 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 623

58 - Urbanski von Ostryniec, August, Conrad von Hötzendorf - Soldat und Mensch. Graz, u.a. 1938. S. 188

59 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 185f

60 - Skriván, Schwierige Partner, S. 77f

61 - Conrads strategisches Konzept richtete sich vor allem gegen den „Erbfeind“ Italien, mit dem er eine militärischen Konfrontation für unausweichlich hielt. Daher war er der Auffassung, präventiv „geordnete“ Verhältnisse am Balkan zu schaffen, sodass im Fall eines Krieges sowenig wie möglich Truppen am Balkan gebunden sein sollten. Darüberhinaus empfahl er im Vorfeld der Annexion, eine Verständigung mit Rußland in der Meerengenfrage zu erzielen. in: Skriván, Schwierige Partner, S. 77

62 - Skriván, Schwierige Partner, S. 80

63 - Österreich-Ungarns Außenpolitik von der Bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914. Diplomatische Aktenstücke des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußeren. Ausgewählt von

brachte bei dieser Gelegenheit seine Bedenken über mögliche Forderungen des osmanischen Parlaments zum Ausdruck. Der Minister äußerte hierzu seine Befürchtung, dass das wiederzusammengetrete Parlament die Unterzeichner des Okkupationsmandats zu einem Auslaufen desselben auffordern werde. Daher wäre ein weiteres Verbleiben der Monarchie, seiner Meinung nach, äußerst ungewiß. [...] „Zwar werde dieses Verlangen mit der Motivierung gestellt werden, dass die Monarchie entweder Ihre Mission in jenen Provinzen erfüllt habe und sich daher nunmehr aus denselben zurückziehen müsse oder, dass sie die übernommene Mission nicht zu erfüllen imstande gewesen sei, und daß in diesem Falle keine Raison d' être mehr für ihr weiteres Verbleiben dortselbst vorhanden sei.“ [...] ⁶⁴ Im Rahmen seiner Ausführungen prognostizierte Aehrenthal daraufhin die Voraussetzung für einen erfolgreichen Annexionsvorgang durchaus positiv. Grundsätzlich rechnete er dabei mit keinem nennenswerten Widerstand von seiten der europäischen Großmächte. Darüberhinaus versicherte er die Konferenzteilnehmer von der rückhaltlosen Unterstützung des Bündnispartners in dieser Angelegenheit. Laut seiner Analyse wäre das Deutsche Reich in diesem Stadium der gesamteuropäischen Mächtekonstellation, allein auf die Donaumonarchie angewiesen. ⁶⁵ Der Außenminister räumte allerdings dazu ein, dass mit einem erheblichen Widerstand aus Konstantinopel zu rechnen sei. ⁶⁶ In Bezug auf die anstehenden Verhandlungen mit Rußland stellte Aehrenthal eine gütliche Einigung mit St. Petersburg in Aussicht. Vor allem in Hinblick auf eine mögliche Unterstützung Wiens in der Meerengenfrage, sei mit einem positiven Ergebnis zu rechnen.

Einer äußerst erfolgversprechende Annexions-Prognose lagen demzufolge auch Conrads Ausführungen zugrunde. Obwohl Aehrenthal beabsichtigte die Annexion als eine diplomatische Aktion ohne Einsatz von Gewalt durchzusetzen, hatte er sich nichtsdestotrotz bereits im Vorfeld der Unterstützung des Generalstabschefs versichert. Rund um die Frage einer militärischen Auseinandersetzung im Zusammenhang mit der Annexion, wiederholte Conrad seinen bekannten Standpunkt vom Sommer davor. Hierzu vertrat er die Meinung, dass hinsichtlich der militärischen Lage weder Rußland ⁶⁷ noch die Pforte zu einem Krieg gegen die Monarchie bereit wären. Bestehen bliebe einzig und allein die Möglichkeit eines militärischen Konflikts mit Italien. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Deutschland schloß er von vornherein aus. Aehrenthal konnte die Befürchtung des Generalstabschefs jedoch rasch ausräumen. Er wußte zu berichten, dass aufgrund seiner Informationen, sowie auf der Basis der Dreibundverträge, mit keinen italienischen Kompensationsforderungen zu rechnen sei. ⁶⁸ Die Ministerkonferenz endete mit der grundsätzlichen Bereitschaft der Verantwortlichen, die vorgeschlagene Linie des Außenministers zu befürworten. Am 27. August 1908 setzte Aehrenthal mit einem Aide-mémoire ⁶⁹ den nächsten Schritt, in Richtung einer Verständigung mit Rußland. In seinem Antwortschreiben auf Izvolskijs Angebot vom Juli bekundete Aehrenthal, neben einer wohlwollenden Behandlung des Transversalbahnprojekts, auch seine Bereitschaft zu einem [...] „échange de vues confidentiel et amical,“ [...] ⁷⁰ hinsichtlich der Frage Konstantinopels und der Meerengen.

Ludwig Bittner, Alfred Francis Pribram, Heinrich Srbik und Hans Übersberger. 8 Bände, Wien, Leipzig 1930. hier: I, Nr. 40, S. 41 - 50

64 - Übersberger, Österreich zwischen Russland und Serbien, S. 20

65 - Grumpelt, Die deutsche Politik in der Zeit der Bosnischen Krisis, S. 16

66 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 40, S. 43

67 - diesbezüglich Hötendorfs Einschätzung der Lage, dass [...] „Rußland im Frühjahr 1908 zwar noch keine ernsthafte militärische Gefahr bilde, die Zeit würde jedoch gegen Wien arbeiten.“ [...] Angelow, Kalkül und Prestige, S. 178

68 - Kronenbitter, Krieg im Frieden, S. 336

69 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 48, S. 59 - 61

70 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 48, S. 60

Trotz seiner Zuversicht konnte sich Aehrenthal nicht in allen die Annexion betreffenden Fragen einer vorhersehbaren Entwicklung sicher sein. Im Rahmen seiner Situationsbeurteilung sah er sich zudem mit einer erheblichen Menge an mehr oder weniger weitreichenden Perspektiven, aber auch Problemfeldern konfrontiert. So fand er sich bereits im Hinblick auf den innenpolitischen Reformbedarf der k. u. k. Monarchie vor zwei alternative Herangehensweisen gestellt. Die aktive Variante versprach dabei sich durch einen außenpolitischen Erfolg im inneren Staatsgefüge mehr Platz für Reformen und politische Veränderungen zu schaffen. Eine offensive Außenpolitik barg allerdings die große Gefahr in sich Österreich-Ungarn in eine krisen- bzw. konfliktreiche Zukunft zu führen. Aehrenthal war sich parallel dazu des Umstands sehrwohl bewußt, dass er Zugang zu innenpolitischen Reformen, aber auch durch eine verstärkte Auseinandersetzung mit den Forderungen der nichtdeutschen Bevölkerungsgruppen bewerkstelligt werden könnte. In diesem Falle wäre es nahelegend gewesen den bis dato praktizierten defensiven Charakter der k. u. k. Außenpolitik beizubehalten. In Anbetracht des sich rasch ausbreitenden Machtvakuum am Balkan, entschied er sich für ein offensives Vorgehen.⁷¹

Zur Annexion waren dann demzufolge auch zwei Wege denkbar. In Abstimmung mit den europäischen Großmächten der „legale“ Weg. Dies hätte bedeutet, dass sich Aehrenthal mit seinen Plänen an die Signatarmächte des Berliner Vertrag hätte wenden müssen. Ein diesbezüglicher Appell an die Großmächte barg jedoch die Gefahr in sich, dass die Frage auf einer Konferenz der Signatarmächte hätte geklärt werden müssen. Oder aber die Variante des Alleingangs, der vielleicht nach bilateraler Absicherung mit den interessierten Großmächten möglich gewesen wäre. Holger Afflerbach sieht die Entscheidung Aehrenthals für die zweite Variante unter dem Aspekt, dass [...] „die Annexionsfrage einem Kongreß der Großmächte vorzulegen, hätte ein unkalkulierbares Risiko bedeutet. Es war nach den Erfahrungen der Vorjahre vorauszusehen, dass Rußland und Italien Kompensationen fordern würden, sei es für sich selbst, sei es für die Balkanstaaten, besonders Serbien. Darüberhinaus bestand die reale Gefahr, dass die Konferenz ebenso in den Streit der Bündnisse geraten könnte wie zwei Jahre zuvor die Algeciras- Konferenz, und die österreichische Regierung stünde mit dem Deutschen Reich allein.“ [...] Demzufolge [...] „ersann sich Aehrenthal eine ganz eigene Methode der Annexion: im Alleingang, und durch Überrumpelung.“ [...]⁷²

Vorderhand meldeten sich im Planungsstadium jedoch noch eine Vielzahl kritischer Stimmen. Der Grundtenor der Wortmeldungen ließ eine deutliche Verschlechterung der Beziehungen zum Osmanischen Reich erwarten. So schloß beispielsweise Pallavicini ein mögliches Bündnis der Pforte mit den übrigen Balkanstaaten gegen die Monarchie nicht aus.⁷³ Auch der Thronfolger ließ hinsichtlich der Annexionspläne eine grundsätzliche Ablehnung erkennen. Franz Ferdinand konnte sich zwar für die Einführung eines „härteren Regimes“ in den Provinzen erwärmen, er wollte aber vor einem weiteren Vorgehen in der Sache die staatsrechtlichen Fragen geklärt wissen. Auch aus den unterschiedlichsten Fraktionen der Reichsratsabgeordneten waren Emotionen der Ablehnung und Skepsis gegenüber den Annexionsgelüsten des Außenministers zu vernehmen. Die negative Haltung der Politiker richtete sich dabei weniger gegen sicherheits- bzw. machtpolitische oder militärstrategische Überlegungen, sondern betraf vor allem kommerzielle und wirtschafts-imerialistische Aspekte. Unter den Abgeordneten herrschte die Meinung vor, dass der eigentliche Nutznießer der Annexion das Deutsche Reich sein werde. Sie würdigten zwar die Unterstützungsabsichten Deutschlands, bemühten sich aber auch zu betonen, dass dieser Schutz nicht ganz

71 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 177

72 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 626

73 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 181

uneigennützig erfolgen werde. Um ihre Argumente zu untermauern, legten die Abgeordneten Zahlen vor, die nachwiesen, dass sich im Zeitraum von 1905-1907 die Einfuhr österreich-ungarischer Produkte nach Serbien drastisch verringerten, wohingegen die Importe aus Deutschland kontinuierlich stiegen.⁷⁴ Manche Politiker wurden insofern nicht müde die wirtschafts- und handelspolitische Konkurrenz der Bündnispartner am Balkan hervorzuheben.⁷⁵ Offensichtlich schien die deutsche Wirtschaft und der deutsche Handel einen bedeutenden Vorteil aus dieser Situation zu ziehen. Kritiker wie der Abgeordnete Václav Klofáč sahen in dieser Konkurrenz sogar eine Art Wirtschaftskrieg, an dessen Ende Deutschland, Österreich-Ungarn aus den Märkten des Balkans verdrängen werde. Wirtschaftliche Interessen anderer Art wurden naturgemäß von der ungarischen Reichshälfte angemeldet. Hierbei stand vor allem der Export serbischer Agrarprodukte zu den Märkten der Monarchie und Westeuropas im Mittelpunkt der Überlegungen. Budapest ging davon aus, dass durch eine fortgesetzte Provokation Belgrads, die Einfuhr serbischer Produkte in die Monarchie weiterhin verhindert werden könne.⁷⁶

Angesichts der mehrfachen strategischen und politischen Überlegungen, konnte auch bezüglich einer Räumung des Sandschaks keine grundlegende Einigung erzielt werden. Auch hier behandelten die kritischen Stimmen in erster Linie handelspolitische Kriterien. Während die Kritiker von der Gefahr sprachen, dass mit einer handelspolitischen Lähmung im Zusammenhang mit einer Umklammerung feindlicher Kräfte zu rechnen sei, wollte Aehrenthal durch diesen Schritt, vor allem gegenüber Russland, den defensiven Charakter seines Vorgehens demonstrieren. Er spekulierte allerdings auch damit, dass im Vorfeld der Annexion mittels einer vollständigen Rückgabe des Sandschaks an Konstantinopel, symbolisch, der gute Wille Habsburgs zu einer weiteren guten Zusammenarbeit unter Beweis gestellt werden könne.⁷⁷ Ein Abzug des Militärs wurde auch im Zusammenhang mit dem Schutz der k. u. k. Truppen gesehen, die in einem zunehmend aggressiv werdenden Ambiente, ihren Dienst zu verrichte hatten. Mit dem Abzug aus dieser Region sei darüber hinaus eine deutliche Begradigung der südslawischen Grenze zu erzielen, die in der Folge mit einer deutlichen Reduktion der finanzieller Mittel zur Sicherung des eigenen Territoriums kompensiert werden würde. Im Gegensatz zu den ökonomischen Aspekten einer Annexion, liefere der militärische Komplex, ein durchaus stringentes innenpolitisches Argument der Befürworter. Im Zentrum stand dabei die Meinung, dass durch den Rückhalt der Armee, deren innenpolitische Rolle als Integrationsfaktor gestärkt werden könne.⁷⁸ Hier manifestierte sich bereits die Tendenz, dass machtpolitischen Erwägungen gegenüber den ökonomischen Bedürfnissen der Monarchie ein Übermaß an Bedeutung erhielten. Die Frage nach der eigenen Position in der Zukunft gab schlußendlich den Ausschlag. Aehrenthal ging das Risiko ein, durch seine äußere Prestigepolitik ein innenpolitisches Signal zu setzen. Er gedachte damit die inneren Konflikte zeitweilig zu überdecken, um den notwendigen Reformen den innenpolitischen Weg zu ebnen.

Unter dem Vorsitz von Aehrenthal kam es am 10. September 1908 in Budapest zu einem weiteren Treffen der Mitglieder des Gemeinsamen Ministerrats mit dem Ziel, die Zustimmung zur Durch-

74 - Der polnische Sozialdemokrat Ignacy Daszynski äußerte sich diesbezüglich derart: „Ja diese Freundschaft verstehe ich wohl. Dass Deutschland aus der vollständigen Unfähigkeit Österreichs auf dem Balkan die größten Vorteile zieht, daß sein Handel dabei, ohne das unmittelbare Risiko zu tragen, am besten geht, ... Infolge dessen haben sich innerhalb von zwei Jahren - von 1905-1907 die Einfuhr Österreich-Ungarns nach Serbien von 60 Prozent der serbischen Gesamteinfuhr auf 36 Prozent verringert. Deutschland dagegen konnte im gleichen Zeitraum seinen Anteil von 11,5 auf 29 Prozent erhöhen. - aus 123. Sitzung, 18. Dezember 1908, S. 8199-8207. Die richtige Tendenz der Zahlen wird durch offizielle Statistiken bestätigt. in: Angelow, Kalkül und Prestige, S. 207f

75 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 220f

76 - Ebenda, S. 185f

77 - Skriván, Schwierige Partner, S. 79

78 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 183

führung der Annexion unter Verzicht auf das Besatzungsrecht im Sandschak zu beschließen.⁷⁹ In diesem Zusammenhang sollten in der Sitzung, neben einer Situationsbewertung in Bosnien und der Herzegowina, vor allem die bis dato erfolgten diplomatischen Schritte zur Vorbereitung der Annexion erörtert werden. Aehrenthal wiederholte hierzu seine Überzeugung, dass für den Fall einer Annexion die russische Regierung keine aktiven Maßnahmen ergreifen würde. Grundsätzlich war sich der Außenminister sicher, dass St. Petersburg eine wohlwollende Haltung einnehmen werde.⁸⁰ Von Berthold, der sich wie der russische Außenminister in Karlsbad aufhielt, wußte Aehrenthal, dass sich Izvolskij während seines Kuraufenthalts mit seinem Antwortschreiben auseinandergesetzt hatte. Darüberhinaus kam es mit dem österreich-ungarischen Botschafter in St. Petersburg zu weiteren Unterredungen. Aus den Gesprächen mit Berthold entnahm der russische Außenminister, dass die österreich-ungarische Regierung bereits intensive Vorarbeiten zu einer Annexion der okkupierten osmanischen Provinzen unternahm. In einem Brief an seinen Stellvertreter nannte Izvolskij hierzu als Indiz für seine Vermutung, im Zuge der gemeinsamen Erörterungen, die bevorstehende Räumung des Sandschaks Novi Pazar, herausgehört zu haben.⁸¹ Der russische Außenminister sah in den Annexionsvorbereitungen Wiens den nächsten Schritt für die Umsetzung seiner eigenen Pläne gewährleistet. Denn er war sich des Umstands gewiß, dass es in Wien niemand ablehnen werde, Rußland in das Konzept miteinzubeziehen. Izvolskij gewann infolgedessen die Überzeugung, dadurch die Möglichkeit zu erhalten, gemeinsam mit der Monarchie die Frage der Meerengen in seinem Sinn zu behandeln.

Izvolskij's Schlußfolgerung war die Konsequenz seiner Logik. Er wußte zu diesem Zeitpunkt nur noch nicht, dass Aehrenthal nicht bereit sein würde, die beiden Fragen zu verbinden. Infolgedessen entwickelte sich in der russischen Hauptstadt bezüglich einer möglichen Annexion keine besondere Irritation. Izvolskij's Stellvertreter schrieb dazu in seiner Antwort am 10. September 1908 : [...] „Es erscheint mir ebenso wie ihnen, dass die Entschlossenheit Wiens, in kürzester Zeit die Annexion Bosniens und der Herzegowina zu erklären, als endgültig und unwiderruflich angesehen werden muß. Betrachten wir diese Entscheidung im Hinblick auf die russischen Interessen, [...] berührt sie weder unsere strategischen noch unsere wirtschaftlichen Interessen.“ [...]”⁸²

AM VORABEND DER ANNEXION - BUCHLOWITZ UND DIE LETZTEN HÜRDEN

Desweiteren berichtete Aehrenthal dem Kabinett über seine Unterredung mit dem italienischen Außenminister Tittoni in Salzburg am 4. September⁸³ und tags darauf mit dem deutschen Staatssekretär Schoen in Berchtesgaden. Laut Aehrenthal fanden die Gespräch mit seinem italienischen Amtskollegen in einem durchaus freundlichen und vertraulichen Klima statt. Am amikalen Ton hatte Heinrich Lützow zu Drey-Lützow und Seedorf einen wesentlichen Anteil. Denn seit seiner Ernennung zum österreich-ungarischen Botschafter beim Quirinal 1904 hatte sich die Beziehungen zu Italien wesentlich verbessert.⁸⁴ Die Frage der Annexion wurde zwar erörtert,⁸⁵ behielt aber grundsätzlich einen akademischen, zukunftsbezogenen Charakter. Gegenüber der augenblicklichen

79 - Uebersberger, Österreich zwischen Russland und Serbien, S. 20

80 - Skriván, Schwierige Partner, S. 86

81 - Ebenda, S. 82f

82 - Ebenda, S. 83

83 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 67, S. 72 - 75

84 - Carlgrén, Iswolsky und Aehrenthal, S. 134

85 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 631

Entwicklung am Balkan nahm Tittoni eine eher reservierte Haltung ein, ließ allerdings durchaus die italienische Bereitschaft zu einem gemeinsamen Vorgehen der Bündnispartner erkennen. Der italienische Außenminister ließ darüberhinaus keinen Zweifel an der Rechtmäßigkeit der österreichisch-ungarischen Ansprüche in Bosnien und der Herzegowina und verlangte für eine mögliche Veränderung des Status quo auch keine Kompensation für sein Land.

Offensichtlich schien Tittoni in diesem Zusammenhang von seiner früheren politischen Linie abgegangen zu sein. Denn bereits 1904 konfrontierte er seinen österreich-ungarischen Amtskollegen mit der Tatsache, dass Italien die Balkanaktivitäten der Monarchie mit Interesse und Aufmerksamkeit verfolge. Tittoni hatte mit dieser Wortmeldung den aus 1891 stammenden Artikel VII des Dreibundvertrages im Sinn.⁸⁶ Die Vereinbarung lautete nämlich, dass die Monarchie im Falle eines territorialen Zuwachs im östlichen Mittelmeer Italien Kompensationen anbieten müsse.⁸⁷ Goluchowskis Entgegnung ließ allerdings an der Haltung Österreich-Ungarns in dieser Frage keinen Interpretationsspielraum. Aehrenthals Vorgänger stellte unmißverständlich fest, dass einerseits die Belange der Okkupationsgebiete ausschließlich als eine rein interne österreich-ungarische Angelegenheit gewertet werden müssen, und zum anderen, der Monarchie weder in der Türkei, noch in Albanien, ein jeglicher Expansionsgedanke fern läge. Goluchowski machte in diesem Zusammenhang desweiteren in aller Deutlichkeit klar, dass Österreich-Ungarn eine Annexionspolitik in dieser Region von keiner anderen Macht dulden werde. Dabei spielte er auf die Befürchtung Wiens an, dass Italien versuchen könnte, sich an der albanischen Küste festzusetzen, um die Adria von beiden Seiten kontrollieren zu können. Die ersten italienischen Erfolge waren diesbezüglich schon ersichtlich. Denn neben einem Auftrag zum Ausbau des Hafens von Antivari war es bereits 1905 auch einer italienischen Interessengemeinschaft gelungen, die Konzession zum Bau einer Bahn von Antivari nach Virpazar, am Skutari See zu erhalten.⁸⁸

Die Unterredung zwischen Aehrenthal und Schoen zeichnete sich grundsätzlich durch einen informativen Charakter aus. Er unterrichtete den Zweibundpartner über die Ergebnisse der Gespräche mit Izvolskij und Tittoni. Gegenüber Schoen ließ der österreich-ungarische Außenminister zwar persönliche Ressentiments gegenüber Izvolskij erkennen, hielt es aber im Interesse der Monarchie für gegeben, die Beziehungen zum Zarenreich aufrechtzuerhalten, um einen weiteren russischen Schwenk in Richtung Bündnis mit England zu vermeiden.⁸⁹ Darüberhinaus versuchte Aehrenthal Schoens Zustimmung, zum weiteren Vorgehen der Monarchie in Bezug auf die veränderte Situation am Balkan, zu gewinnen. Aehrenthal gab dabei zu verstehen, dass sich angesichts der Lage, die österreich-ungarische Regierung zu einer Annexion mit gleichzeitigem Abzug der k. u. k. Garnisonen aus dem Sandschak, entschließen werde.⁹⁰ Der Außenminister stellte zudem die

86 - Der Wortlaut des Artikels VII des Dreibundvertrages vom 6. 5. 1891, zit. nach Fellner; Dreibund, S. 92: „Österreich-Ungarn und Italien, die nur im Auge haben, den territorialen Status quo im Orient so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, verpflichten sich, ihren Einfluß dahin anzuwenden, dass sie jeder Gebietsveränderung entgegenwirken, die die eine oder andere Unterschriftsmacht des gegenwärtigen Vertrages schädigen könnte. Sie werden sich zu diesem Zwecke alle Nachrichten mitteilen, die geeignet sind, sich wechselseitig über ihre eigenen Pläne sowie über die anderer Mächte zu unterrichten. Indes soll in dem Falle, wo infolge der Ereignisse die Aufrechterhaltung des Status quo in den Gebieten des Balkans oder der ottomanischen Küsten und Inseln in der Adria und im Ägäischen Meer unmöglich würde, und wo, sei es infolge des Verhaltens einer dritten Macht, sei es auf andere Weise, Österreich-Ungarn oder Italien sich gezwungen sähen, ihn durch eine zeitweilige oder dauernde Besetzung ihrerseits zu ersetzen, diese Besetzung nur nach einem vorherigen Abkommen zwischen den beiden Mächten stattfinden, das auf dem Grundsatz einer wechselseitigen Entschädigung für jeden territorialen oder anderen Vorteil beruht, den jede von ihnen über den gegenwärtigen Status quo hinaus erhalte, und den wohlbegründeten Interessen und Ansprüchen der beiden Parteien Genüge zu leisten hätte.“ - Vgl. die Originalfassung in: Pribram (Hg.), Politische Geheimverträge, S. 66.

87 - Kronenbitter, Krieg im Frieden, S. 321

88 - Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 116

89 - Grumpelt, Die deutsche Politik in der Zeit der Bosnischen Krisis, S. 16f

90 - Skriván, Schwierige Partner, S. 83f

Absicht in Aussicht, im Rahmen dieser Aktion, die vollständige Zerstörung sämtlicher serbisch-revolutionärer Strukturen voran zu treiben.⁹¹ Aehrenthal war sich zu diesem Zeitpunkt vollkommen des Umstands bewußt, mit dem deutschen Bündnispartner eine verlässliche Stütze im Falle unvorhergesehener Komplikationen zu besitzen.

Anläßlich des 60. Regierungsjubiläums Kaiser Franz Josefs im Mai 1908, kam es durch Wilhelm II., für ganz Europa sichtbar, zu einer abermaligen demonstrativen Bekundung der Bündnistreue zwischen den beiden Monarchen.⁹² Der Informationstransfer zwischen den Bündnispartnern lief augenblicklich reibungslos. Denn bereits in Zuge des Sandschakbahn Projekts kam es zu einer engen Kooperation auf außenpolitischer Ebene. Für den Fall einer Eskalation stellte Schoen die Unterstützung Berlins indirekt in Aussicht. Nachdem Schoen am 8. September den Reichskanzler über die Unterredung mit Aehrenthal Bericht erstattete, kam es noch am selben Tag zu einem Treffen Bülow mit dem osmanischen Botschafter in Berlin, Ahmed Riza Bey. Darin ersuchte er ihn, mit Aehrenthal Verbindung aufzunehmen. Für Bülow gestaltete sich die augenblickliche außenpolitische Situation mehr als schwierig. Einerseits begrüßte er die Vorgehensweise des Partners. Auf der anderen Seite galt es jedoch unter allen Umständen zu verhindern, das ohnehin angespannte Verhältnis zur jungtürkischen Bewegung, noch weiter zu belasten.

Bülow's Konfrontation mit den Plänen des Bündnispartners manifestierten sich vor dem Hintergrund einer ernsthaften Krise zwischen Berlin und London. Denn im Sommer 1908 rückte eine britisch-deutsche Konfrontation durchaus in den Bereich der Möglichkeit.⁹³ Trotz eindringlicher Versuche zeigte Wilhelm II. absolut keine Breitschaft, dem rasanten Tempo des deutschen Flottenausbaus Einhalt zu gebieten. Der Konfrontationskurs des Kaiser stand jedenfalls nicht im vollen Einklang mit den politischen Zielen des Reichskanzlers. Obwohl auch Bülow die Auffassung vertrat, dem britischen Druck nicht weichen zu wollen, empfahl er doch dialogbereit zu bleiben und in der Frage der Flottenrüstung auf Zeitgewinn zu setzen. Für das Bündnis bedeutete die deutsche Haltung in der Flottenfrage im Sommer 1908 allerdings trotz allem eine entscheidende Einschränkung ihrer politischen Handlungsfähigkeit. Denn durch die entschiedene Weigerung Deutschlands in einen Dialog mit den europäischen Mächten zu treten wurde speziell das Empire in seinem Vorhaben bestärkt, ein gegen die Mittelmächte gerichtetes System von Ententen aufzubauen. Und dies mit dem Ziel, dem Deutschen Reich und somit auch Österreich-Ungarn, überall und mit allen Mitteln, den Weg zu verstellen. Da Aehrenthal eine Annexion als eine interne Angelegenheit des Habsburgerreiches betrachtete ist es fraglich, ob er diese Entwicklung in seinen Plänen berücksichtigte. Aufgrund seiner Beurteilung war er jedenfalls fest entschlossen, die Westmächte vor vollendeten Tatsachen zu stellen. Daher fanden im Vorfeld der Annexion weder Konsultationen mit Großbritannien, noch mit Frankreich statt.

Am 16. September kam es jedoch zu einem Treffen mit dem russischen Außenminister. Die Initiative zu dem persönlichen Meinungsaustausch der Außenpolitiker erfolgte durch Graf Berchtold. Dem österreich-ungarischen Botschafter in St. Petersburg gelang es noch in Karlsbad, Izvolskij zur Annahme einer Einladung auf sein Schloß Buchlowitz,⁹⁴ zu gewinnen. Aehrenthal berichtete

91 - Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871 - 1914, Hg. Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy und Friedrich Thimme, 40 Bände, Berlin 1922 - 1912. hier: XXVI/ 1, Nr. 8927, S. 28
92- Angelow, Kalkül und Prestige, S. 191- 194

93 - Oncken Hermann, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs. Zweiter Band, Leipzig, München, Berlin, 1933. S. 618 - 620

94 - Das Ministertreffen fand auf Schloß Buchlov (dt. Buchlowitz) in der Berchtoldschen Herrschaft Buchlov (dt. Buchlau) statt.- in: Skriván, Schwierige Partner, S. 82

jedenfalls in seinen Aufzeichnungen über sein Gespräch⁹⁵ mit Izvolskij im Zusammenhang mit der Annexion, dass er eine freundschaftliche und wohlwollenden Haltung Rußlands gegenüber den Plänen Wiens versprochen habe.⁹⁶ Darüberhinaus habe er das zurückhaltende Vorgehen in Sachen Sandschak gewürdigt.⁹⁷ Aus Aehrenthals Notizen kann desweiteren entnommen werden, [...] „daß das Problem der Meerengen und Österreichs Unterstützung der diesbezüglichen russischen Anstrengungen nicht derart gekoppelt waren, wie Izvolskij später behauptet hat.“[...]⁹⁸ Auch in der Frage einer bulgarischen Selbständigkeit und dem Anschluß Kretas an Griechenland, im Zuge der Annexion, herrschte laut Aehrenthal Einigkeit zwischen den Politikern. Einen territorialen Ausgleich für Serbien lehnte Aehrenthal strikt ab. Er war allerdings nicht abgeneigt, einer Ausdehnung Serbiens nach Süden, im Rahmen größerer Veränderungen am Balkan, zuzustimmen.⁹⁹ Den vermutlichen Annexionszeitpunkt prognostizierte er mit Anfang Oktober, vor dem Zusammentreffen der Delegationen. In seinem Bericht über seine diesbezüglichen Gespräche im Anschluß an Buchlowitz bestätigte Schoen im allgemeinen die Aussagen Aehrenthals.¹⁰⁰

Unterdessen wurde die Lage der österreichisch- ungarischen Besatzungstruppen im Sandschak immer bedenklicher. Neben dem offen gezeigten Unmut der serbischen Bevölkerung traten nunmehr auch türkisch-nationalistische Strömungen vermehrt zu Tage. Die Verfassungsproblematik sowie die Frage der staatsrechtlichen Zugehörigkeit wurde demzufolge zunehmend akut. Desweiteren führte der Besuch des bulgarischen Fürsten Ferdinand Ende September in Wien zu weiteren internationalen Irritationen. Kursierten doch im Anschluß an den Besuch unbelegte Gerüchte, dass dieser der gemeinsamen Abstimmung von Habsburgs Annexion und Bulgariens Unabhängigkeitserklärung, diene. Dieser Vorgang schien im Bereich der außenpolitischen Linie des Ballhausplatz zu liegen, die versuchte, Bulgarien¹⁰¹ zu einem starken Verbündeten am Balkan zu machen.¹⁰² Die allgemeine Tendenz sorgte dafür, dass daraufhin Pallavicini den Moment einer Annexion, von seiner Warte aus gesehen, als denkbar ungünstig einstufte. In seinem Bericht konstatierte er desweiteren, dass sich in den Provinzen eine äußerst angespannte, nationalistisch orientierte Atmosphäre aufgebaut habe. In diesem Klima könne man daher nicht mit einer raschen, einvernehmlichen Verhandlungslösung rechnen. Er riet daher dazu, neben den Signatarmächten auch die Pforte vor ein überraschendes „Fait- accompli“ zu stellen.¹⁰³

Die Zweibundpartner schienen für die nächsten Schritte bereit. Zur Absicherung ihrer Position am Balkan zeigte sich auch die deutsche Führung am Vorabend der Annexion zu einem energischen Vorgehen entschlossen. Von Wien aus setzte der deutsche Botschafter Heinrich von Tschirschky alle Hebel in Bewegung, um Berlin von der Notwendigkeit zu überzeugen auf Wien gebührenden Druck auszuüben. Denn Tschirschky war sich der Risikobereitschaft Aehrenthals in der

95 - Aufgrund der nachfolgenden Ereignisse erscheinen die Gespräche in einigen Teilbereichen noch heute in einem überaus unsicherem Licht. A. Skriván versuchte in diesem Zusammenhang im Kapitel „Die Entrevue in Buchlovitz“ - Seite 88 bis 93 - die Hintergründe einigermaßen aufzuhellen. Da über das Treffen kein amtliches Protokoll angefertigt wurde und auch die im Anschluß veröffentlichte Presseerklärung einen allgemein gehaltenen Charakter vermittelte, soll hier lediglich die amtliche Abschrift Aehrenthals, für die weitere Darlegung der Geschehnisse verwendet werden.

96 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 79, S. 86 - 92, hier: S. 87

97 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 188f

98 - Skriván, Schwierige Partner, S. 90

99 - Uebersberger, Österreich zwischen Russland und Serbien, S. 21

100 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 1, Nr. 8935, S. 39 - 43

101 - Vor dem Hintergrund des keimenden Handelskriegs mit Serbien stellte bereits Goluchowski die Balkanpolitik der Monarchie auf eine neue Grundlage. Der Außenminister sah in Bulgarien den künftigen Partner für Österreich-Ungarn in der Region. in: Afflerbach, Der Dreibund, S. 612

102 - Skriván, Schwierige Partner, S. 92f

103 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 53, S. 63

Annexionsfrage nicht absolut sicher. Insgeheim befürchtete er sogar, dass er den erhofften Alleingang Wiens durch eine Anrufung der Signatarstaaten des Berliner Vertrags verzögern und in seiner Brisanz entschärfen könnte. Ein derartiges Vorgehen lag nicht im deutschen Interesse, da es den Erfolg der Aktion in Frage gestellt hätte. Für das Deutsche Reich bildete die Absicherung ihrer finanziellen, bzw. kommerziellen Interessen in der Region, die argumentative Basis für ein energisches Vorgehen des Zweibundpartners. Im Rahmen der deutschen außenpolitischen Konzeption bestand somit ein klares Interesse, durch und mit Österreich-Ungarn stabile Verhältnisse am Balkan zu erzielen. Aufgrund dessen erwartete Berlin von seinem Bündnispartner ein entschlossenes Vorgehen. Ein zentraler Faktor der deutschen Außenpolitik bildete daher der Umstand, die klare machtpolitische Abgrenzung der Monarchie, gegenüber den russischen Hegemoniebestrebungen in Südosteuropa kontinuierlich voranzutreiben.¹⁰⁴

B - DIE ANNEXION BOSNIENS UND DER HERZEGOWINA

ARRONDIERUNG MIT FOLGEN

Am 5. Oktober wurde die Bevölkerung von der Annexion Bosniens und der Herzegowina unterrichtet. Zwei Tage später erschien im Amtsblatt ein Handschreiben des Kaisers. Darin verkündete Franz Josef die Ausdehnung seiner Souveränitätsrechte auf die beiden ehemaligen Provinzen des Osmanischen Reiches, sowie deren Integration in die bestehende Erbfolgeordnung der Habsburgermonarchie. Noch am selben Tag eröffnete der Kaiser die Delegationen in Budapest. In seiner Eröffnungsrede an die Abgeordneten des Vielvölkerstaates betonte der Souverän die außerordentliche Bedeutung des Ereignisses und seine Relevanz für den zukünftigen Fortbestand der Donaumonarchie.¹⁰⁵ In der folgenden Delegationsdebatte war die Bandbreite der Stimmen der Abgeordneten, von Zustimmung bis Ablehnung geprägt. Auch wenn sich zeigte, dass die Annexionsentscheidung nicht von allen Politikern getragen wurde, so ließ sich trotz allem eine positive Grundstimmung zum Vorgehen der k. u. k. Regierungen erkennen. Aehrenthals Konzept, durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina eine innenpolitische Frontstellung nach außen zu entwickeln, zeigte in diesem Zusammenhang die gewünschte Reaktion. Seine Bemühungen, den Vorgang als eine Phase der Umsetzung seiner theoretischen Pläne in die Praxis zu werten, wurde von einem Großteil der Delegierten angenommen und verstanden. Die Initiative wurde selbst von Kroaten und Slowenen begrüßt, wenngleich die Südslawen mit ihren Wortmeldungen die Hoffnung verbanden, infolgedessen die Pläne zugunsten des trialistischen Staatsgefüges verstärkt behandelt zu sehen. Der Wunsch der politischen Elite, mit der Annexionserklärung ein kräftiges Lebenszeichen und einen dynamischen Aufbruch nach Innen und nach Außen unter Beweis gestellt zu haben, schien in diesem Augenblick erreicht. Aehrenthal hatte mit diesem Schritt eine große politische Hürde genommen. Nach der Überwindung einer Phase des Stillstands und der Stagnation durchzog daraufhin ein frischer Lebensstrom den Vielvölkerstaat. Der Außenminister schenkte dem Habsburgerreich wertvolle Zeit, um Strukturverbesserungen und Reformschritte einleiten zu können und die internen, nationalen Differenzen zu konsolidieren. Das alles mit dem Ziel der Donaumonarchie eine neue Plattform zu bieten, die zur Überwindung und dem Aufhalten der

104 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 194f

105 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 68 - 70

inneren Zerfallserscheinungen beitragen sollte.¹⁰⁶ Es sollte sich schon bald herausstellen, dass die Ereignisse rund um die Annexion einen durchaus positiven Umfeld für das staatliche Selbstbewußtsein Österreich-Ungarns entwickeln sollte.

Aehrenthal hatte zwar die entscheidenden Punkte der Aktion klug durchdacht,¹⁰⁷ er konnte allerdings die eine oder andere Panne im Zuge der Annexionsverlautbarung nicht unterbinden. Die Übergabe der offiziellen Schreiben Franz Josefs an die Staatsoberhäupter der Signatarstaaten, sollte durch die jeweiligen Botschafter am 5. bzw. 6. Oktober stattfinden.¹⁰⁸ Bereits Ende September kündigte Aehrenthal dem deutschen Kanzler die bevorstehende Annexion in einem langen Schreiben an. In dem vom österreich-ungarischen Botschafter in Berlin Szögyény überbrachten Brief legte er das Annexionsdatum auf den 7. Oktober fest und erläuterte die Beweggründe zu diesem Schritt.¹⁰⁹ Desweiteren wurde neben dem italienischen Außenminister auch Izvolskij von Aehrenthal in den letzten Septembertagen, in einem privaten Schreiben von der bevorstehende Annexion unterrichtet.¹¹⁰ Der russische Außenminister befand sich in diesem Augenblick gerade von Italien auf dem Weg nach Paris. Ein peinlicher „Fauxpas“ des österreich-ungarischen Botschafters in Paris führte dann dazu, dass Izvolskij die Neuigkeiten bei seiner Ankunft in Paris aus der Zeitung erfahren mußte. Da Graf Khevenhüller bekannt war, dass der französische Präsident am folgenden Wochenbeginn nicht in Paris sein werde, überreichte er ihm das offizielle Schreiben von Franz Josef bereits am Samstag den 3. Oktober. Bei der Audienz überraschte er sodann den Präsidenten Fallières mit der Information, dass neben Deutschland und Italien, auch Rußland mit dem Vorgehen Wiens in dieser Frage einverstanden sei.¹¹¹ Der Botschafter krönte seinen diplomatischen „Fehltritt“ zudem noch mit dem Umstand, dass er den Präsidenten von der unmittelbar bevorstehenden Verlautbarung der bulgarischen Unabhängigkeitserklärung unterrichtete.¹¹² Obwohl Graf Khevenhüller in der Sache um absolute Diskretion bis zum 6. Oktober ersuchte,¹¹³ fanden Details der Unterredung noch am selben Tage über die Pariser Presse ihren Weg in die Öffentlichkeit. Den Text einer Verbalnote schickte Aehrenthal am 3. Oktober auch an seinen Botschafter in Konstantinopel. Die offizielle Wiener Note wurde im Anschluß sodann von Pallavicini zuerst dem Großwesir Kiamil Pascha unterbreitet. Der offensichtlich perplex reagierende Großwesir, antwortete auf die auf die Ankündigung des Botschafters damit [...] „daß die Türkei die Annexion nicht hinnehmen könne; es wäre besser, im Sandschak zu bleiben und Bosnien nicht zu annektieren.“ [...] ¹¹⁴ In den offiziellen Mitteilungen an die Großmächte unterließ es Aehrenthal jedoch darauf hinzuweisen, auf welche Art und Weise er sich mit dem Artikel XXV des Berliner Vertrages auseinandersetzen werde. Diesbezüglich überließ er den Signatarmächten den ersten Zug.

DIE REAKTION DER EUROPÄISCHEN MÄCHTE

Am 6. Oktober 1908 erfolgte die weitgehende Veröffentlichung der Annexion Bosniens und der

106 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 183

107 - Valentin Veit, Deutschlands Außenpolitik. von Bismarks Abgang bis zum Ende des Weltkrieges. Berlin 1921. S. 84

108 - Skriván, Schwierige Partner, S. 94

109 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 89, S. 99 - 102

110 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 631

111 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr.118, S. 125

112 - In Graf Khevenhüllers „Versprecher“ kann ein Indiz dafür gesehen werden, dass Wien sehrwohl über die Schritte Ferdinands von Bulgarien informiert gewesen ist.

113 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr.118, S. 125

114 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 67f

Herzegowina durch Österreich-Ungarn. Im Großteil der europäischen Großstädte raste daraufhin ein Sturm der Entrüstung durch die Öffentlichkeit. Außer im Deutschen Reich, wurde der österreich-ungarische Schritt durchwegs mit Ablehnung und Kritik zur Kenntnis genommen. Darüberhinaus herrschte eine ziemliche Verstimmung über die Parallelität der Annexion mit der bulgarischen Unabhängigkeitserklärung. Denn obwohl die Signatarmächte von den bevorstehenden Schritten in Kenntnis gesetzt worden waren, wurden sie von der Gleichzeitigkeit und dem unerwartet frühen Zeitpunkt dann doch überrascht. Die Vermutung eines koordiniertes Vorgehen verblieb daher in der Folgezeit im Raum.¹¹⁵ Vor allem stand London anfänglich dem unerwarteten Ereignis überaus verblüfft gegenüber. Aehrenthal war es gelungen, den Plan sowie die Annexionsvorbereitungen vor England dermaßen gut zu verschleiern, dass selbst der Britische König, der einige Tage vor der Proklamation in Wien verweilte, nichts von der Aktion erfuhr.¹¹⁶ Jedoch dauerte diese Phase nur kurzzeitig an. Denn schon einige Tage später gab der britische Außenminister die zukünftige Linie seiner Regierung bekannt. [...] „Das Ergebnis eines derartigen Vorgehens können wir so lange nicht anerkennen, als nicht die anderen Mächte, besonders die Türkei, die eine der am meisten betroffenen Mächte ist, befriedigt worden sind. Die Tatsache, dass Österreich-Ungarn die Absicht kund gibt, Bosnien und die Herzegowina in Eigentum zu übernehmen, ist an sich keine sehr große materielle und praktische Änderung, aber die Art, in der sie herbeigeführt wurde, ist, um das geringste zu sagen, regelwidrig und unerwartet.“ [...] ¹¹⁷

Wie nicht anders zu erwarten war, lehnte das Osmanische Reich die Annexion kategorisch ab und rief umgehend zum Boykott österreichischer Waren auf. Wenngleich in den ersten Tagen nach der Annexion die Empörung über die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens größer war als die Aktion der Monarchie.¹¹⁸ In Paris reagierten die maßgeblichen Politiker durchaus besonnen und rational. Im Zentrum der französischen Bemühungen stand der Versuch, die Situation nicht eskalieren zu lassen. In Frankreich setzte sich offensichtlich von Anfang an die Meinung durch, in enger Zusammenarbeit mit Großbritannien und gegebenenfalls auch mit Berlin, an der Erhaltung des Friedens arbeiten zu wollen.¹¹⁹ In Belgrad allerdings, schlug die Nachricht von der Annexion wie „ein Blitz aus heiterem Himmel“ ein.¹²⁰ Über Nacht schienen alle großserbischen Träume in weite Ferne gerückt. Ohne völkerrechtswidrig durch die Annexion berührt worden zu sein, fühlte sich Serbien in seiner Existenz bedroht, erhob territoriale Kompensationsforderungen und setzte erste Schritte in Richtung einer allgemeinen Mobilmachung.

Die vorerst abwartende Haltung der russischen Regierung schwenkte unter dem massiven Druck pro-slawophiler Publikationen um. Weder der Zar, noch die russische Regierung fühlten sich daraufhin an die Vereinbarungen von Buchlowitz oder aus der Zeit davor gebunden und forderten die Einberufung einer internationalen Konferenz. Das österreich-russische Verhältnis steuerte daraufhin einem ziemlichen Null-Punkt entgegen. Binnen kurzem führte die Annexion zu einem generellen Imagewandel der Monarchie im Ausland. Galt Österreich-Ungarn bis dato noch als verlässlicher Partner innerhalb der europäischen Mächtekonstellation, so wurde die Monarchie von da an, im Verbund mit dem Deutschen Reich, als potentieller Aggressor eingestuft.¹²¹ Vor allem in Großbritannien wurden wieder die Stimmen laut, die das Habsburgerreich lediglich als einen Satellit Deutschlands ansahen.

116 - Valentin, Deutschlands Außenpolitik, S. 84

117 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 73f

118 - Matuz, Josef, Das Osmanische Reich. Grundlinien seine Geschichte, Darmstadt 2006, S. 252

119 - Grumpelt, Die deutsche Politik in der Zeit der Bosnischen Krisis, S. 54

120 - Skriván, Schwierige Partner, S. 97f

121 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 196f

Für Deutschland hingegen, signalisierte die Annexion ein kräftiges Lebenszeichen des Vielvölkerreiches.¹²² In den Augen des Bündnispartners bekundete die Monarchie damit selbstbewußt ihren Willen, außenpolitisch zu reüssieren und gleichzeitig ihrer innenpolitischen Lähmung entschieden entgegenzutreten.¹²³ Auch weite Teile der deutschen Öffentlichkeit und des Reichstags tendierten mehrheitlich zu einer pro-österreichischen Haltung.¹²⁴ Die wenigen kritischen Stimmen befürchteten jedoch eine negative Auswirkung auf die deutsch-osmanischen Beziehungen. Und diese Stimmen hatten durchaus recht. Denn die Wiener Aktion führte zu einem erheblichen deutschen Prestigeverlust am Bosphorus. Das äußere Zeichen dazu bildete die Tatsache, dass bereits einige Tage nach der Annexion selbst die unkritischen Stimmen innerhalb der deutschfreundlichen Kreise des Jungtürkischen Regimes an Lautstärke gehörig zunahmen. Ebenso wie in der britischen Metropole verfestigte sich auch in Konstantinopel mehr und mehr die Meinung, dass hinter dem österreich-ungarischen Vorgehen Berlin als die treibende Kraft stand. Die Skepsis der jungtürkischen Machthaber gegenüber den Mittelmächten war in diesen Tagen ohnehin so groß wie schon lange nicht mehr. Bestand doch aufgrund der Gleichzeitigkeit der Handlungen der zwingende Verdacht, dass die Zweibundpartner im Falle der bulgarischen Unabhängigkeit¹²⁵ und in der Vereinigung Kretas mit Griechenland im Hintergrund die Fäden zogen.¹²⁶ So war es kein Wunder, dass die osmanische Regierung von gezielten Maßnahmen zur Destabilisierung ihrer Erneuerungsphase sprach, um den Prozeß der äußeren Auflösung des Reichs voran zu treiben.

Angesichts der offensichtlich gegen die osmanische Souveränität gerichteten Vorgänge, fand sich Deutschland tatsächlich in einer außenpolitisch heiklen Lage wieder. Denn Berlin sah sich offensichtlich gezwungen die sukzessive Demontage jenes Reiches hinnehmen zu müssen, auf dem die deutschen Expansionshoffnungen seit 1890 beruhten. Bei aller „Sympathie“ gegenüber der Pforte deutete in diesem Moment jedoch jede halbwegs realistische Einschätzung der Lage auf ein baldiges Ende der osmanischen Herrschaft in Europa hin. Für die deutsche Regierung wiesen daher alle Zeichen der Zeit in Richtung Österreich-Ungarn. Unter diesen Umständen war für Bülow vollkommen klar, dass er sich in der Annexionsfrage keinesfalls in einen Widerspruch zur Monarchie setzen werde.¹²⁷ Nicht zuletzt der gesamteuropäische Gesichtspunkt gebietete es Deutschland, hinter seinem Bündnispartner zu stehen. Dem deutschen Kanzler war die Bedeutung einer Annexion Bosniens und der Herzegowina für das Selbstverständnis Österreich-Ungarns mehr als bewußt. [...] „Unsere Lage würde dann eine wirklich bedenkliche werden, wenn Österreich das Vertrauen zu uns verlöre und nun ausschwenke ... Eine ablehnende oder auch nur zögernde und nörgelnde Haltung in der Frage der Annexion von Bosnien und der Herzegowina würde uns Österreich nicht verzeihen. Also mit ruhiger Zustimmung aufnehmen und diese unsere Zustimmung als den Ausfluß unserer unbedingten Zuverlässigkeit gegenüber Österreich erscheinen lassen.“ [...] ¹²⁸ Bedeutete doch die Expansion der Donaumonarchie in dieser Region, nicht nur eine territoriale Kompensation zu den vergebenen Chancen in Deutschland und Italien, sondern auch eine Möglichkeit, den internen Reformprozeß zu intensivieren.¹²⁹ Darüberhinaus war die Bindung an die Monarchie in Anbetracht der internationalen Isolation Deutschlands zu einem irreversiblen

122 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 1, Nr. 9088, S. 244

123 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 68

124 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 639

125 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 258

126 - Ebenda, S. 255f

127 - Frankenfeld, Oesterreichs Spiel mit dem Kriege, S. 30

128 - Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs, S. 625

129 - Frankenfeld, Oesterreichs Spiel mit dem Kriege, S. 30

Faktor der deutschen Politik geworden, dessen strategischer Aspekt immer wichtiger wurde.¹³⁰ In den Augen Bülow's bildeten beide Reiche einen dem alten Deutschen Bund vergleichbaren Block, dessen gemeinsames Potential für mögliche Gegner abschreckend wirkend sollte. Der deutsche Staatssekretär Schoen definierte seine Meinung dazu im Rahmen seiner Erinnerungen; [...] „Denn nur als Großmacht hatte der Bundesgenosse für uns Wert, nicht nur als Mitschützer des europäischen Friedens, sondern auch als Wächter an dem Weg nach dem Osten, wo unserer wirtschaftlichen Kraft ein weites Feld der Entfaltung offen stand.“ [...] ¹³¹ Deutschland verband somit seine machtpolitische Stellung in Europa mit den Machtverhältnissen seines Partners am Balkan. Mit der Monarchie als „Deutsches Bollwerk“ in Südosteuropa konnten sehr wohl die bereits vorhandenen wirtschaftspolitischen Interessen des Deutschen Reiches vertieft und ausgebaut werden. Daher wußte der Kanzler, dass es für die Zukunft Deutschlands von immenser Wichtigkeit war nicht in einen ernsten Gegensatz zur Balkanpolitik des Verbündeten zu geraten. Noch dazu da Wien seine politische und wirtschaftliche Zukunft in dieser Region sah. Der Kanzler war daher felsenfest gewillt, in Wien keinen Zweifel an der Zuverlässigkeit Deutschlands aufkommen zu lassen. Bülow konnte oder wollte zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht erkennen, dass dadurch die politische Entscheidungsgewalt auch beim schwächeren Partner lag.¹³²

Mit der Gefahr einer Verständigung Wiens mit den Westmächten, und den drastischen Folgen für die deutsche Wirtschaft, im Falle einer Erschütterung des Bündnisses, argumentierte Bülow sodann gegenüber den Bedenken des Kaisers. Denn durch widrige Umstände verzögert und da er sich Ende September nicht in Berlin aufhielt, erfuhr Wilhelm II. erst am 6. Oktober von der Annexionsankündigung aus Wien. Durch die verspätete Annexionsankündigung fühlte sich der deutsche Souverän von Wien hintergangen¹³³ und [...] „... persönlich auf das tiefste in meinen Gefühlen als Bundesgenosse verletzt, dass ich nicht im Geringsten vorher von Seiner Majestät ins Vertrauen gezogen wurde!“ [...] ¹³⁴ Wilhelm II. resümiert daran anschließend, [...] „so bin ich der Letzte von Allen in Europa, der überhaupt etwas erfahre! ... Vom osmanischen Standpunkt aus betrachtet ergibt sich die Lage, dass nach 20 Jahren Freundespolitik von mir, mein bester Verbündeter der erste ist, der das Signal zum Aufteilen der europäischen Türkei gegeben hat.“ [...] ¹³⁵ Darüber hinaus sah der Kaiser im Ansatz des Bündnispartners, den russischen Wunsch nach der freien Durchfahrt durch die Meerengen zu unterstützen, eine eklatante Verletzung der deutsch-osmanischen Freundschaftspolitik und reagierte vorerst empört.¹³⁶ [...] „Ich bedaure nur durch die furchtbare Dummheit Aehrenthals in das Dilemma gebracht worden zu sein, die Türken unsere Freunde nicht beschützen und ihnen nicht beistehen zu dürfen, da mein Verbündeter sie beleidigt hat. Und statt dessen England an meiner Stelle die Türken berathen und beschützen sehen zu müssen, noch dazu mit Ausführungen völkerrechtlicher Natur, die formell unanfechtbar und mir aus der Seele gesprochen sind. Auf diese Weise geht Meine 20 jährige mühsam aufgebaute osmanische Politik in die Binsen.“ [...] ¹³⁷ Bei der Audienz des österreich-ungarischen Botschafters am 7. Oktober dürfte dann allerdings die tiefe emotionale Betroffenheit des Deutschen Kaisers bereits einigermaßen abgeklungen sein. Wilhelm II. hatte schnell eingesehen, dass es besser sei, den Partner zu unterstützen,

130 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 114

131 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 256

132 - Ebenda, S. 256

133 - Frankenfeld, Oesterreichs Spiel mit dem Kriege, S. 32f

134 - Grumpelt, Die deutsche Politik in der Zeit der Bosnischen Krisis, S. 19

135 - Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs, S. 625

136 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 255

137 - Ebenda, S. 253

anstatt ihn zu kritisieren. Bei diesem Treffen versicherte er Szögyényi, [...] „daß er die Notwendigkeit der Aktion in jeder Beziehung vollkommen würdige, und dass er ... in unerschütterlicher Bundestreue nach wie vor auf Österreichs Seite stehe.“ [...] ¹³⁸ Der österreich-ungarische Botschafter verließ den deutschen Souverän mit dessen Versicherung, dass von deutscher Seite gegen die Annexion selbstverständlich nichts unternommen werden würde. ¹³⁹

Als ein dezidiertter Gegner dieser Politik entpuppte sich jedoch binnen kurzem der deutsche Botschafter bei der Pforte. Marschall konnte nicht umhin festzustellen, dass die Monarchie mit dieser Vorgehensweise ihren Bündnispartner in arge Schwierigkeiten gebracht hatte und wandte sich strickt dagegen, unter allen Umständen die Wünsche Wiens zu erfüllen. Der deutsche Botschafter hatte sich bereits im Vorfeld kritisch zu den Plänen des Bündnispartners geäußert. In erster Linie befürchtete Marschall, dass die ohnehin geschwächte deutsche Position in Konstantinopel, durch das rücksichtslose Vorgehen Wiens, noch weiter desavouiert werden könne. Für den Fall, dass sich Berlin nicht eindeutig gegen die Annexion ausspräche, sah er zudem weitreichende Konsequenzen für die Glaubwürdigkeit der deutschen Außenpolitik voraus. Denn, so lautete sein Argument, [...] „falls wir nicht feste Stellung gegen die Annexion nehmen, wird uns niemand glauben, dass man in Wien ohne unsere Zustimmung vorgegangen ist.“ [...] ¹⁴⁰ Marschall zeigte sich in dieser Situation mehr als geneigt, den Bündnispartner sich selbst zu überlassen. ¹⁴¹ Im Rahmen der weiteren Ereignisse entwickelte Marschall für Bülow den Status eines Unsicherheitsfaktors, da er nicht mit Bestimmtheit davon ausgehen konnte, dass sich der deutsche Botschafter in Konstantinopel immer an seine jeweiligen Instruktionen halten werde. Marschall war jedenfalls nur einer von wenigen. Es sollte sich schon bald herausstellen, dass die Verfechter einer pro-osmanischen Haltung, gegenüber den Vertretern einer pro-Habsburg Linie um nahezu jeden Preis eindeutig ins politische Hintertreffen gerieten. ¹⁴² Derart manifestierte sich für Aehrenthal bereits in den ersten Oktobertagen der enorme Rückhalt durch die deutsche Führungselite. Die Weichen für die kommenden Ereignisse schienen gestellt, sodass Wien sein Annexionskonzept kontinuierlich und zielstrebig weiterführen konnte.

Doch vorerst entwickelten sich die Dinge anders als erwartet. Die nächste Etappe im Zuge seiner Europareise führte den russischen Außenminister nach London. Wie in Paris nahm Izvolskij auch in der britischen Metropole keine eindeutige Haltung bezüglich der Annexion ein. ¹⁴³ Seine unbestimmte Haltung verstieß diesbezüglich gegen die Vereinbarungen von Buchlowitz. Graf Berchthold berichtete in diesem Zusammenhang nach Wien [...] „Die jüngste Kundgebung Izvolskij sei so gefaßt, als hätten wir ohne Zustimmung Rußlands gehandelt.“ [...] ¹⁴⁴ Izvolskij kündigte in London lediglich an, eine Konferenz der Signatarmächte über eine Revision des Berliner Vertrages zu planen. Izvolskij sah darin unter anderem einen Weg für Serbien und Montenegro Kompensation für die vollendeten Tatsachen zu erreichen. ¹⁴⁵ Für die Revisionsbefürworter standen zu diesem Zeitpunkt drei mögliche Szenarien im Raum. Dabei schien der Versuch der Pforte, den „Status quo ante“ auf kriegerischen Weg wiederherzustellen ebenso unrealistisch wie der Plan, Konstantinopel durch Kompensationen zu entschädigen. Gleich dem russischen Außenminister

138 - Grumpelt, Die deutsche Politik in der Zeit der Bosnischen Krisis, S. 20

139 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 255

140 - Frankenfeld, Österreichs Spiel mit dem Kriege, S. 31

141 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ I, 8984/85

142 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 257

143 - Uebersberger, Österreich zwischen Russland und Serbien, S. 22f

144 - Ebenda, S. 23

145 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 262

wurde in Diplomatenkreisen erwogen, zur Lösung der Frage eine Konferenz der Berliner Vertragsmächte einzuberufen. In Wien wurde die unerwartete Initiative der russischen Diplomatie mit deutlicher Verwunderung entgegengenommen. Doch für die russische Balkanpolitik bedeutete die ganze Entwicklung im mehrfachen Hinsicht eine herbe Enttäuschung und einen schmerzvollen Rückschlag. Denn während Wien mit der Annexion einen Erfolg verbuchen konnte, stand Rußland mit leeren Händen da. Damit nicht genug, rief zeitgleich zur Annexion Bulgariens seine Unabhängigkeit aus. Da dieses Ereignis ohne die Unterstützung St. Petersburgs erfolgte, stand es in engem Zusammenhang mit einem unerwarteten Prestigeverlust und einer spürbaren Minderung des russischen Einflusses am Balkan.¹⁴⁶ Darüberhinaus schienen sich die Hoffnungen, eine Lösung der Meerengenfrage mittels britischer Unterstützung zu erreichen, zunehmend in Luft aufzulösen. Denn durch den Machtwechsel in Konstantinopel wurde die britische Position am Bosphorus deutlich aufgewertet¹⁴⁷ und die Regierung in London bemühte sich hierauf ihren Einfluß nachhaltig auszuweiten. Die in Reval getroffenen wagen britisch-russischen Vereinbarungen bezüglich der Meerengen, wurden dadurch für London obsolet. Der britischen Regierung gelang es sich in der Folge aus dieser heiklen Situation befreien, indem sie die Lösung der Meerengenfrage „auf der Ebene eines freundschaftlichen Dialogs“ zwischen Rußland und dem Osmanischen Reich anregte.¹⁴⁸ Im Rahmen seiner Situationsbeurteilung bezweifelte auch der deutsche Botschafter in London die Bereitschaft der britischen Regierung, eine Öffnung der Meerengen alleine zu bewilligen. Nach der Einschätzung Graf Metternichs könnte sich London lediglich zum Beitritt einer derartigen Initiative entschließen, wenn einerseits den Kriegsschiffen aller Nationen ein Recht zur freien Durchfahrt gewährt werden würde und zum anderen, alle europäischen Mächte dem russischen Wunsch nach einer freien Passage zustimmen würden. An einer internationalen Behandlung der Frage bestünde allerdings im Augenblick kein Interesse.¹⁴⁹ Berlin konnte sich in Anbetracht der abweisenden britischen Tendenz bezüglich der Meerengenfrage aber durchaus vorstellen, diese für seine Interessen auszunutzen. Die Problematik bewog den Deutschen Kaiser zu einer Umkehr seiner ursprünglichen außenpolitischen Pläne. Wilhelm II. entschied sich im Rahmen einer strikten Neutralitätspolitik primär die russischen Interessen zu wahren, um einen Keil zwischen London und St. Petersburg zu treiben.¹⁵⁰

Als Reaktion auf die für ihn wenig befriedigenden Entwicklungen intensivierte Russland zwischenzeitlich seine Beziehung zu Serbien und stellte sie auf eine neue Ebene. Da die slawophile russische Presse unaufhörlich gegen die österreich-ungarische Aktion wetterte, nahm Izvolskij die aufgeheizte Situation in Rußland zum willkommenen Anlaß, um die Unterstützung der serbischen Belange von nun an zu einem zentralen Faktor der russischen Außenpolitik zu erklären. Wenn gleich durch die Annexionserklärung weder die Souveränität noch der völkerrechtliche Status Serbiens noch Montenegros in irgend einer Weise verletzt wurde, nahmen die serbischen Proteste gegen Österreich-Ungarn auf drastische Weise zu. Kurz nach dem Bekanntwerden der Annexionserklärung machte sich daraufhin die jahrelange Agitation der Radikalen Partei gegen Habsburg mit einer Massenmobilisierung bemerkbar. In der äußerst gereizten Lage konnte selbst der serbische Botschafter nicht umhin, sich gegenüber dem Ballhausplatz zu wilden Drohungen hinreißen zu

146 - Uebersberger, Österreich zwischen Russland und Serbien, S. 23f

147 - Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs, S. 630

148 - Uebersberger, Österreich zwischen Russland und Serbien, S. 26

149 - Grumpelt, Die deutsche Politik in der Zeit der Bosnischen Krisis, S. 32f

150 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 263

lassen.¹⁵¹ So erfolgte aus dem Mund des serbischen Botschafters wenige Tage nach der Annexionserklärung die Drohung, dass durch das Losbrechen einer serbischen Bewegung, sowohl in den beiden Provinzen, als auch in Ungarn, schwere Zeiten anbrechen werden. In den politischen Kreisen Belgrads verdichtete sich dagegen die Haltung, in einem ausreichenden Maße über stichhaltige Beweise zu verfügen, dass die Annexion auf die Vernichtung Serbiens abziele.¹⁵² Der dadurch erzeugte Druck auf die Regierung manifestierte sich daraufhin in der Mobilmachung der Armee und der Einberufung der Reserve.¹⁵³ Lediglich einige gemäßigte Regierungsvertreter versuchten durch diplomatische Initiativen den Druck von der Straße zu vermindern und die innenpolitische Lage zu beruhigen. In diesem Klima wurde der serbische Ministerpräsident Velimirovic' beim österreich-ungarischen Botschafter in Belgrad vorstellig und bat bei einer Unterredung um eine „geringfügige Grenzkorrektur“, die die Wogen der serbischen Volksseele beruhigen sollte. Der Botschafter wies das serbische Ansuchen allerdings eindeutig und unmißverständlich ab.¹⁵⁴ In Wien nahmen die Verhandlungen einen ähnlichen Verlauf. Die Erfüllung selbst der kleinsten symbolischen territorialen Konzession an Serbien wurde von der Monarchie aus Prestige Gründen grundweg abgelehnt. Um die serbische Position zu verdeutlichen brach der serbische Außenminister zu einer „good will- tour“ durch die europäischen Großstädte auf. Primär stand seine Rundreise unter dem Aspekt die Unterstützung der europäischen Mächte für die serbischen Forderungen nach territorialen Kompensationen zu erlangen. Die diplomatische Ambition von Milovanovic' stand allerdings von Beginn an unter keinem guten Stern. In Berlin mußte er im Zuge seiner Gespräche zur Kenntnis nehmen, dass seine Bemühungen dort auf keinen fruchtbaren Boden fielen. Bereits bei der Übergabe der serbischen Protestnote brachte Schoen die ablehnende Haltung seiner Regierung unmißverständlich zum Ausdruck. [...] „Ich habe ihm nicht verhehlt, dass ich die Sprache derselben für wenig angemessen halte, auch nicht sehe, welche besonderen serbischen Interessen und Rechte Serbiens durch die Annektierung Bosniens und der Herzegowina verletzt seien. Meiner Ansicht nach stelle der österreich-ungarische Schritt keineswegs eine materielle Verletzung des Berliner Vertrags dar, während diesbezüglich der bulgarischen Unabhängigkeitserklärung zweifellos der Fall sei. Ich könne nur zu ruhiger und konkreter Haltung raten und namentlich von jedem Säbelrassen gegenüber Österreich-Ungarn dringend abraten.“ [...] ¹⁵⁵ Die Stellungnahme des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt erfolgte gleichzeitig mit der Weisung an den deutschen Geschäftsträger in Belgrad, im Einverständnis mit dem Vertreter der Monarchie, zu einer allgemeinen Mäßigung, im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens am Balkan, aufzurufen.

Auch in London hielt sich die Begeisterung über die Kompensationsforderung Serbiens sehr in Grenzen. Im Hinblick auf die politischen Beziehungen zu Rußland hatte Grey zumindest vor, nach der Ablehnung des Meerengenstatuts, zumindest seinem serbischen Amtskollegen ein gewisses Maß an entgegenkommen signalisieren. In diesem Sinne unterrichtete auch Grey seinen Botschafter in der russischen Hauptstadt, indem er an Nicolson schrieb. [...] „Ich selber habe nicht viel Sympathie für Serbien und Montenegros Geschrei nach territorialer Entschädigung ... Aber ich wünsche nicht, Izvolskij in der serbischen Frage die kalte Schulter zu zeigen, wenn sie den Russen am Herzen liegt, und ich werde mein Bestes tun, um ihn zu unterstützen.“ [...] ¹⁵⁶ Um eine Eskalation der Ereignisse zu verhindern empfahl London daher vorderhand, sich einer jегlichen

151 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ I, Nr. 254, S.

152 - Frankenfeld, Oesterreichs Spiel mit dem Kriege, S. 22

153 - Skriván, Schwierige Partner, S. 128

154 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 369, S. 285

155 - Grumpelt, Die deutsche Politik in der Zeit der Bosnischen Krisis, S. 42

156 - Ebenda, S. 77

Provokation zu enthalten. Grey versicherte darüberhinaus seine diplomatische Unterstützung, bemühte sich allerdings anzufügen, dass dies nicht um jeden Preis erfolgen würde.¹⁵⁷ Während sich in Paris das Echo auf die serbischen Forderungen äußerst schwach zeigte, sagte Rom dem serbischen Außenminister seine Unterstützung in der Frage der territorialen Kompensationen zu. Vor allem wurde die Haltung Tittonis in Wien mit Verwunderung entgegengenommen. Lehnte Tittoni noch vor kurzem die Idee einer Entschädigung ab, so konnte sich der italienische Außenminister während des Besuchs seines serbischen Kollegen, sogar eine Zusammenarbeit Italiens mit Serbien und Rußland vorstellen.¹⁵⁸ Obwohl sich Belgrad weitgehendst durch die prinzipiell ablehnenden Reaktionen der Westmächte gegenüber dem Vorgehen der Monarchie in seiner Haltung bestätigt fand, blieb der Grundtenor der Gespräche freundschaftlich aber unverbindlich. Der Umfang der politischen Hilfestellung innerhalb der europäischen Mächte äußerte sich lediglich im Rahmen gut gemeinter, moralischer Absichtserklärungen.

Lediglich Rußland fand jetzt harte Worte und stellte sich demonstrativ auf die Seite des Balkanstaates. Während der Zar sogar Töne einer „militärischen“ Lösung der bosnisch-herzegowinischen Frage anklingen ließ, versprach Izvolskij seinem serbischen Amtskollegen sich im Zuge einer Revisionskonferenz den serbischen Forderung nach einer territorialen Kompensation Nachdruck zu verleihen und sich vehement für eine Autonomie Bosniens und der Herzegowina einzusetzen. In Anbetracht der momentan prekären Lage der russischen Armee,¹⁵⁹ mußte Izvolskij Milovanovic' dazu nahelegen, dass eine militärische Konfrontation, weder mit Österreich-Ungarn, noch mit dem Osmanischen Reich zum derzeitigen Zeitpunkt keineswegs ratsam sei.¹⁶⁰ In den ersten Tagen nach der Annexion fand nur der russische Ministerpräsident gezielte Worte der Mäßigung. Stolypin verteidigte die Politik seiner Regierung mit dem Hinweis, [...] „Rußland dürfe sich jetzt nicht in einen Krieg einlassen, selbst wenn Österreich-Ungarn Serbien okkupieren sollte. Serbien müsse sich von innen heraus vollkommen neu organisieren und es werde solange zu einem kärglichen Dasein verurteilt bleiben, bis der Zerfall Österreich-Ungarns eintrete.“[...] und prognostizierte für die Zukunft, [...] „daß der Kampf mit dem Germanentum unausweichbar sei.“ [...] ¹⁶¹ Mit dieser Erklärung demonstrierte Rußland zwar seine Verbundenheit mit dem slawischen Brudervolk, vertröstete insofern Serbien allerdings auch erst für die Zukunft, auf eine effiziente, allumfassende russische Unterstützung. Das zaristische Rußland unterwarf sich in diesem Augenblick, der „politischen“ Gunst der Stunde. Denn im Hinblick auf die russisch-österreichischen Vereinbarungen in der Vergangenheit zeugen gerade die von der russische Öffentlichkeit gegen die Monarchie gerichteten Demonstrationen und Manifestationen von einem weitgehend inobjektiven, wenn nicht sogar künstlichen Charakter. Denn als Signatarmacht des Berliner Kongresses war sich die Regierung in St. Petersburg des Inhalts des Artikel XXV (+ geheimen Zusatzprotokoll) durchaus bewußt. Dies läßt die Vermutung keimen, dass es lediglich aus Furcht vor der öffentlichen (slawophilen) Meinung in all den Jahren verabsäumt wurde die bereits zum wiederholten Male abgegebene Zustimmung an Wien, Bosniens und der Herzegowina zu annektieren, einzugestehen.¹⁶²

157 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 131

158 - Ebenda, S. 132

159 - Diesbezüglich ließ Izvolskij beim Generalstab Informationen über die Aussichten Rußlands im Fall einer militärischen Auseinandersetzung mit Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich einholen. Als Entgegnung antworteten die Militärs, dass ein Krieg mit Österreich-Ungarn alleine zwar nicht aussichtslos wäre, mit den Bündnispartnern gemeinsam allerdings von vornherein zum Scheitern verurteilt sei. in: Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 629, S. 492 - 493

160 - Uebersberger, Österreich zwischen Russland und Serbien, S. 24

161 - Ebenda, S. 25

162 - Ebenda, S. 6f

DIE KONFERENZINITIATIVE DES ZARENREICHES

Obwohl die britische Politik grundsätzlich zum Ziel hatte, Rußlands Beziehung zu den Mittelmächten anhaltend zu stören, war in diesem Augenblick für London die Rücksichtnahmen auf die Jungtürken wichtiger, als die Unterstützung der russischen Wünsche.¹⁶³ Als Izvolskij daraufhin zu realisieren begann, dass London seine Pläne bezüglich der Meerengen nicht zu unterstützen gedachte, richtete sich sein Ärger nicht gegen Großbritannien, sondern gegen Österreich-Ungarn. Aus seinen folgenden Äußerungen wurde rasch klar, dass es in seiner Absicht stand, nicht nur die politische, sondern auch die militärische Zusammenarbeit mit London aktiver gestalten zu wollen. In diesem Zusammenhang wurde sich vor allem Wien der Tatsache bewußt, dass die österreich-russische Zusammenarbeit am Balkan nun tatsächlich unmittelbar vor ihren Ende stand. Dieser Eindruck wurde noch weitgehend von der pro-serbischen Haltung der russischen Presse unterstrichen. Unter dem Vorzeichen der Verschlechterung der österreich-russischen Beziehungen, nahmen andererseits die deutsch-britischen Spannungen bezüglich der deutschen Flottenrüstung drastisch zu.¹⁶⁴

Angesichts der zunehmend auseinanderstrebenden Positionen fanden in London, Paris und St. Petersburg die Befürworter einer internationalen Konferenz zur Lösung der Annexionsfrage regen Zuspruch.¹⁶⁵ Als Hauptprotagonist einer Revisionskonferenz stellte sich dabei der russische Außenminister heraus. Izvolskij vertrat hierzu wieder die Auffassung, dass es sich bei dieser Frage um eine Angelegenheit von gesamteuropäischen Ausmaß handle.¹⁶⁶ Aber auch der Deutsche Kaiser konnte, in offensichtliche Opposition zu Bülow, dem Plan des russischen Außenministers einiges abgewinnen. In den ersten Oktoberwochen versuchte Wilhelm II. eine Art Vermittlungstätigkeit aufzunehmen, indem er den Plan einer Konferenz der Signatarmächte zur Behandlung der Annexionsfrage in Berlin anregte.¹⁶⁷ In diesem Sinne äußerten sich auch der deutsche Botschafter in London, sowie Fürst von Radolin in Paris zu Wort.¹⁶⁸ Der Fürst schloß sich nach einer Unterredung mit Izvolskij dessen Forderung nach einer internationalen Konferenz an und kleidete seinen Unmut über die demütigende Behandlung Rußlands in die Frage „wem dies denn nütze?“¹⁶⁹ Desweiteren bekundete er Verständnis für die serbischen Forderungen nach einer territorialen Kompensation. Allerdings wurde sowohl der Vorstoß des Kaisers, als auch der anderer deutscher Diplomaten, vermittelnd tätig zu werden,¹⁷⁰ von Bülow abgelehnt. Der Reichskanzler konnte sich lediglich für die Idee einer Zusammenkunft der Signatarmächte erwärmen, in der das „fait accompli“ der Annexion ratifiziert werden würde.

Dabei war Izvolskij zu Beginn der Krise nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber der Annexion eingestellt. Er wollte sie nur an gewisse Bedingungen geknüpft sehen.¹⁷¹ Damit positionierte er sich jedoch diametral zu Aehrenthal, der den Vorgang als „eine rein interne Angelegenheit“ der Monarchie betrachtete. In erster Linie standen Izvolskijs Bemühungen allerdings unter dem Aspekt, eine Verbindung der Annexion mit der Frage der Öffnung der Meerengen zu erreichen. Ohne die Britische Regierung jemals von den Vereinbarungen von Buchlowitz in Kenntnis gesetzt

163 - Valentin, Deutschlands Außenpolitik, S. 84

164 - Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs, S. 611

165 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 1, Nr. 9009, S. 134- 135

166 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr.154, S. 142

167 - Frankenfeld, Oesterreichs Spiel mit dem Kriege, S. 35

168 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 113

169 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 1, Nr. 9050, S. 180 - 181

170 - Frankenfeld, Oesterreichs Spiel mit dem Kriege, S. 37f

171 - Österreich-Ungarns Außenpolitik, I, Nr. 154, S. 141

zu haben, reiste Izvolskij, mit dem Vorsatz eine Änderung des Meerengenstatuts zu erzielen, nach London. Da sich London schon seit geraumer Zeit um eine Annäherung an Rußland bemühte, rechnete Izvolskij mit keinem großen Widerstand gegen seinen Plan.¹⁷² Seine Hoffnung, dass [...] „... ausschließlich Rußland und die Staaten am Schwarzen Meer das Recht erhalten, Kriegsschiffe die Meerenge passieren zu lassen.“ [...] ¹⁷³ - löste sich allerdings schon bald in Wohlgefallen auf. Denn mit dem Hinweis auf ihre verbesserte Position in Konstantinopel vermied es Großbritannien, die Meerengenfrage mit dem Konferenzprojekt zu verbinden. Hinsichtlich einer Konferenzteilnahme erklärte sich die britische Regierung nur für den Fall bereit, wenn eine genaue Tagesordnung feststünde und kein wie auch immer gearteter Druck auf die Pforte ausgeübt werden würde.¹⁷⁴ Als Zugeständnis an Izvolskij für seine pro-britische Politik legte Grey dem britischen Kabinett dennoch einen Änderungsvorschlag bezüglich des Meerengenstatuts vor. Er konnte sich allerdings damit nicht durchsetzen. Vor seiner Abreise aus der britischen Metropole gelang es den beiden Politikern doch noch eine grundsätzliche Übereinkunft über neun Punkte zu erzielen, die im Rahmen einer Revisionskonferenz behandelt werden sollten.¹⁷⁵ Im einzelnen waren die Punkte für Wien absolut unannehmbar, beinhalteten sie doch unter anderem konkrete Verhandlungen über Bosnien und die Herzegowina und des weiteren Kompensationen an Serbien und Montenegro.

Die Ablehnung einer derartigen Konferenz durch die Bündnispartner fiel demzufolge ziemlich eindeutig aus. Weder Wien noch Berlin konnten der Idee konstruktive Aspekte abgewinnen. Aehrenthal konnte sich eine Konferenzteilnahme der Monarchie nur unter der Bedingung vorstellen, dass es bereits im voraus zu einer Übereinkunft der Berliner Signararmächte käme, die für Wien Konsequenzen in jeglicher Form ausschlossen.¹⁷⁶ In Berlin wurde der Standpunkt des österreich-ungarischen Außenministers nach einem „vorher präzise formulierten Programm“ geteilt und unterstützt. Darüberhinaus war der Konferenzverlauf von Algeciras noch in den Köpfen der führenden Politiker. Denn sowohl der Kaiser als auch der Reichskanzler befürchteten in diesem Zusammenhang, neben einer wiederholten Polarisierung, einen ungünstigen Verlauf.¹⁷⁷ Bülow brauchte für seine Kontinentalpolitik die unbedingte Unterstützung Österreich-Ungarns, eine Kooperation die nunmehr durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina noch mehr Gestalt annahm. In Korrelation dazu stand daher auch - der Idee einer internationalen Konferenz die Zustimmung zu verweigern. Denn eine damit verbundene diplomatische Niederlage Österreich-Ungarns hätte mit Sicherheit nicht nur die Schwächung der internationalen Position Berlins zur Folge gehabt, sondern auch die Gewichtung der beiden Staaten innerhalb der europäischen Mächtekonstellation verringert.

Als letzte Station seiner Herbstreise kam Izvolskij Ende Oktober nach Berlin. Izvolskijs Besuch in der deutschen Hauptstadt fand unter keinem besonders freundschaftlichen Ambiente statt.¹⁷⁸ Unter dem zunehmenden Druck einer anti-österreichischen Medienkampagne in seiner Heimat wurde der Tenor seiner Stimmung gegenüber Aehrenthal immer gereizter. In Berlin bildeten seine Gespräche in erster Linie den Versuch, sich den Einfluß der deutschen Regierung auf den Bündnispartner nutzbar zu machen, sowie die Frage einer territorialen Kompensation für Serbien zu thematisieren. Dabei ließ er keine Möglichkeit ungenützt verstreichen, um in heftige Klagen über das Verhalten Aehrenthals zu verfallen und zu versichern, keine Zugeständnisse während des Treffens in

172 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 121

173 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 262

174 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 122

175 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 1, Nr 9045, S. 175 - 176

176 - Österreich-Ungarns Außenpolitik., I, Nr. 335, S. 259 - 260

177 - Österreich-Ungarns Außenpolitik., I, Anlage zu Nr.294, S. 223 - 226

178 - Grumpelt, Die deutsche Politik in der Zeit der Bosnischen Krisis, S. 36f

Buchlowitz gemacht zu haben. Unter diesen Vorzeichen hatte sich Aehrenthal allerdings zuvor entschlossen, eine Abschrift des russischen Aide-Mémoire vom 2. Juni, mitsamt der österreich-ungarischen Antwort zu übermitteln. In einem Klima des Mißtrauens¹⁷⁹ entwickelte das Auswärtige Amt jene außenpolitischen Grundsätze, die das offizielle Deutschland gegenüber dem Repräsentanten des Zarenreiches zu vertreten gedachte. Schoen formulierte die Haltung seiner Regierung dabei folgendermaßen: [...] „Österreich treibt unabhängige Balkanpolitik. Unrichtig, jeden österreichischen Schritt auf unser Konto zu setzen. Österreich ist unabhängige Großmacht. Hat mit dem, was es getan, den Notwendigkeiten seiner Stellung Rechnung getragen.“ [...] ¹⁸⁰ Berlin brachte damit unmißverständlich zum Ausdruck, dass es die Konferenzinitiative zwar anerkenne, es allerdings ablehne, den Bündnispartner dazu zu veranlassen den Ideen und Vorschlägen Rußlands und der Westmächte zu folgen. In 14 Punkten wurde die deutsche Position scharf umrissen und festgehalten, dass weder ein Interesse vorhanden sei, St. Petersburg im Rahmen seiner Bemühungen entgegenzukommen, noch den Bündnispartner darüber zu verstimmen. Von der offiziellen Linie wurde auch der Kaiser unterrichtet. Für die offizielle Begegnung wurde Wilhelm II. nahegelegt, Izvolskij zwar mit ruhiger Freundlichkeit zu begegnen, politische Gespräche allerdings besser zu vermeiden.¹⁸¹ Als einziges Zugeständnis der deutschen Regierung konnte Izvolskij deren Bereitschaft, in der Meerengenfrage bilaterale Gespräche mit der Pforte zu unterstützen, mit nach Hause nehmen.¹⁸² Ansonsten veränderte sich die deutsche Position jedoch um keinen Millimeter, und verharnte in strikter Loyalität zum Habsburgerreich.¹⁸³

Bei seiner Rückkehr nach St. Petersburg überreichte Izvolskij dem österreich-ungarischen Botschafter sein mit Grey ausgearbeitetes Konferenzprogramm.¹⁸⁴ Und nach Berlin schickte er ein Memorandum.¹⁸⁵ Die deutsche Regierung machte ihre Zusage an der Konferenz von einer vollkommenen Übereinstimmung der Signatarmächte in allen Fragen abhängig. Darüberhinaus bekräftigte sie ihre Forderung, dass die Teilnahme des Bündnispartners Grundbedingung sei. Die deutsche Seite brachte ihren bekannten Standpunkt wiederholt zum Ausdruck, indem sie die Annexion der vormals osmanischen Provinzen [...] „als Tatsache, über die nicht diskutiert werden könne.“ [...] ¹⁸⁶ bezeichnete. Im Rahmen seiner Rede vor dem Reichstag im Dezember 1908 versicherte

179 - Mit der druckvollen Forderung nach Umsetzung seines mit dem britischen Außenminister Grey erarbeiteten Konferenzprogramms versuchte Izvolskij sogar Berlin die Rute ins Fenster zu stellen. [...] „Für den Fall, daß das nicht geschähe, stellte er den Losbruch der Serben und Montenegriner, allgemeinen Brand auf der Balkanhalbinsel, Krieg zwischen Rußland und Österreich und schließlich Weltkrieg [!] in Aussicht.“ [...] in: Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 263

180 - Frankenfeld, Oesterreichs Spiel mit dem Kriege, S. 40

181 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 127

182 - Ebenda, S. 125

183 - Zwei Tage nach Izvolskij Abreise brach in Deutschland die Daily Telegraph - Affäre aus. Im Rahmen dieser Affäre entstand eine schwere innenpolitische Krise, die nicht nur zu einer Einschränkung des persönlichen Handlungsspielraums des Kaisers wie des Reichskanzlers führte, sondern auch in die konstitutionellen Bereiche der Monarchie einwirkte. Den Anlaß zu dieser Affäre bildeten eine Reihe ungeschickter Äußerungen Wilhelms II, die er im Zuge eines Interviews gab. Am 28. Oktober erschien nun der Artikel im „Daily Telegraph“, genau zu einem Zeitpunkt, als der Beginn der Annexionskrise seinen ersten Höhepunkt erreichte. Sowohl die Öffentlichkeit in Deutschland als auch in Großbritannien reagierte auf die teilweise ungeschickten und durchaus der deutschen Politik schadenden Aussagen des Kaisers mit heller Empörung. In der Folge mehrten sich die kritischen Stimmen, die die außenpolitischen Ambitionen Willhelm II. seit längerer Zeit mit Mißfallen beobachteten. Die Beurteilung der Lage gipfelte im Reichstag, wo es zu einer geschlossenen Ablehnung der Äußerungen des Kaisers durch alle Parteien kam. Im Zuge der Ereignis entwickelte sich darüberhinaus eine schwere Vertrauenskrise zwischen Kaiser und Kanzler, die 1909 mit der Demission Bülow's endete. Siehe: Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs, S. 633ff, und Skrivan, Schwierige Partner, S. 126

184 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 462, S. 355

185 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 1, Nr 9129, S. 287

der deutsche Kanzler Wien abermals, nötigenfalls jeglichen Beistand leisten zu wollen. Zweifels- ohne bestärkte Bülow damit Aehrenthals unnachgiebige Haltung zur Konferenz. Die derartige Loyalitätsbekundung des Bündnispartners nahm Aehrenthal daraufhin zum Anlaß, um einige Pro- grammpunkte des russischen Vorschlags abzulehnen. Aus gegebenen Anlaß informierte Aehren- thal auch die Signatarmächte über den diesbezüglichen Notenwechsel zwischen Wien und St. Petersburg in den letzten zwei Monaten.¹⁸⁷ Aus der Sicht des Ballhausplatzes lieferte die Veröffent- lichung der Noten den Beweis [...] „daß die russische Regierung die Gespräche über Bosnien und die Herzegowina ursprünglich inszeniert und Wien in dieser Sache sogar eine freundschaftliche Haltung versprochen hatten.“ [...] ¹⁸⁸

Die offensichtlich zweideutige Politik des russischen Außenministers blieb bei seinen Verbün- deten nicht unbemerkt und zog infolgedessen kritische Stellungnahmen nach sich. Der frühere französische Außenminister Hanotaux definierte Frankreichs generelle Haltung im Rahmen eines Artikels im Journal derart, dass [...] „Angesichts der drohenden Kriegsgefahr muß die öffentliche Meinung laut und eindringlich erklären, dass Europa den Frieden will. Die Herren Bulgaren, Ser- ben, Montenegriner, Albanesen und Bosniaken, die von der ihnen gewährten Unabhängigkeit so zweifelhaft Gebrauch machen, mögen sich doch endlich ruhig verhalten. Europa sollte dem ersten, der sich rührt, den Brotkorb höher hängen. Was liegt unseren französischen Bauern daran, ob die Bosniaken okkupiert oder annektiert sind?“ [...] ¹⁸⁹ Izvolskij verlor bei seinen Verbündeten zuneh- men an Glaubwürdigkeit. Aber auch in London wurden diejenigen Stimmen lauter, die berechnete Zweifel an seiner Darstellung, der russisch-österreichischen Vereinbarungen von Buchlowitz an- meldeten. Aehrenthals teilweise Veröffentlichungen geheimer Absprachen zogen daraufhin bei Izvolskij heftige Proteste nach sich. Er verurteilte dabei den Umstand, dass durch das Vorgehen Wiens die Person des russischen Souveräns eklatant berührt worden sei. Zu den Vereinbarungen von Buchlau fügte er sodann an, dass diese lediglich einen vorläufigen Charakter enthielten, da sie ohne die Zustimmung des Zaren erfolgt seien.¹⁹⁰ Unter diesen Vorauszeichen verschlechterte sich das Klima zwischen dem russischen und österreich-ungarischen Außenminister zusehends. Im Hin- blick auf zukünftige Entwicklungen zu St. Petersburg hielt Aehrenthal diejenigen Dokumente zu- rück, die eine Übereinkunft Österreich-Ungarns und Rußlands in der Annexionsfrage betrafen. Durch die permanenten Spannungen stellte Aehrenthal allerdings in Aussicht, bei deren Fortfüh- rung, eine Reihe geheimer Protokolle veröffentlichen zu wollen.¹⁹¹

Von diesem Vorhaben rückte er dann aber wieder ab, da er erkannte, dass er mit Veröffentli- chung heikler Informationen nicht nur der Reputation Rußlands, sondern auch der der Monarchie ernststen Schaden zufügen würde. Dennoch eskalierte der Streit und gipfelte schließlich in einem ziemlich förmlichen Schreiben, das Nikolaus II. an Franz Josef sandte.¹⁹² Darin brachte der Zar vor allem seinen Unmut über die Politik Aehrenthals zum Ausdruck. Die daraus resultierende Krise zwischen Österreich-Ungarn und Rußland gipfelte in den letzten Tagen des Jahres 1908 in einer Reduzierung der gegenseitigen Beziehungen auf ein absolutes Minimum. Nichtsdestotrotz gelang es Aehrenthal, diese Situation für seine Zwecke auszunützen. Denn kurze Zeit später wurde der Plan einer Annexions-Konferenz „ad acta“ gelegt.

186 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 1, Nr 9129, S. 290

187 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 790, S. 656 - 657

188 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 137

189 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 82

190 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 138

191 - Uebersberger, Österreich zwischen Russland und Serbien, S. 30

192 - Ebenda, S. 32f

ÖSTERREICHISCH-OSMANISCHE VERHANDLUNGEN - DIE ÜBEREINKUNFT MIT KONSTANTINOPEL

Am 6. Oktober 1908 übergab der österreich-ungarische Botschafter in Konstantinopel Markgraf Pallavicini, die förmliche Note Österreich-Ungarns zur Annexion. Darin wurde die osmanische Regierung über die Einverleibung der osmanischen Vilajets Bosniens und der Herzegowina, sowie über die Räumung des Sandschaks von Novi Pazar, offiziell in Kenntnis gesetzt. Am 8. Oktober erhielt daraufhin Pallavicini den offiziellen Protest des Osmanischen Reiches. Darin protestierte die Pforte gegen die Verletzung des Berliner Vertrags und der Konstantinopeler Konvention durch die Donaumonarchie.¹⁹³ Gleichzeitig rief die Jungtürkische Regierung zu einem Boykott österreichischer Waren auf.¹⁹⁴ Zum Zeitpunkt der Annexion war der bereits achtzigjährige Kiamil Pascha Großwesir des Osmanischen Reiches. Seine Reaktion erfolgte prompt. Mit dem Verweis auf eine grobe Verletzung der Vereinbarungen von Berlin 1878 wies der Großwesir bereits im Zuge der Übergabe das Vorgehen Wiens aufs entschiedenste zurück.¹⁹⁵ Die offensichtliche Betroffenheit der Türken wurde noch durch die Tatsache verstärkt, dass sie in den Grundzügen von einem gemeinsamen Vorgehen Wiens und Sofias überzeugt waren.

Nichtsdestotrotz waren sich die jungtürkischen Machthaber des Umstands bewußt, dass an eine Wiederherstellung der osmanischen Souveränität in den annektierten Vilajets nur mehr fiktiv zu denken war. Daher versuchte Konstantinopel seine Interessen auf internationaler Ebene zu vertreten. Für die jungtürkischen Machthaber war die Idee einer Konferenz jedoch nicht ganz unproblematisch. Mußten sie doch befürchten, dass neben dem Artikel XXV auch die Artikel XXII und LXI, die die Frage der Reformen in den europäischen Provinzen und in Armenien behandelten, zur Sprache kommen würden.¹⁹⁶ Zum politischen Dreh- und Angelpunkt wurde in der Folge der Großwesir. Kiamil Pascha entwickelte sich während der letzten Jahre der Regentschaft Sultan Abdul Hamids zu einem seiner entschiedensten Gegner. Der alte Mann war durch und durch osmanischer Patriot und deshalb in den jungtürkischen Kreisen hoch angesehen und geschätzt. Bedingt durch sein großes politisches Geschick und seine langjährige Erfahrung im Umgang mit der Macht, genoß er trotz seines hohen Alters das uneingeschränkte Vertrauen der neuen Machthaber. Im Gegensatz zu Sultan Abdul Hamid war Kiamil Pascha ein Freund der Briten. Im Zuge der neuen politischen Konstellation verstärkte daher die britische Diplomatie ihre Bemühungen ihren Einfluß auszubauen, und mit der tatkräftigen Mithilfe des Großwesirs den deutschen Einfluß zurückzudrängen.

Die anfänglichen Versuche Wiens und Konstantinopels, eine rasche Lösung der Problematik zu erreichen, scheiterten vorerst an den unüberbrückbaren Standpunkten der Verhandler. So empfand Aehrenthal die osmanische Forderung nach einer Konferenz¹⁹⁷ genauso unannehmbar, wie die osmanische Seite die Wiener Anregung, die Annexion direkt anzuerkennen. Der deutsche Botschafter in Konstantinopel bezeichnete die Forderung des Bündnispartners sogar als einen schweren Fehler.¹⁹⁸ In Anbetracht der starren Fronten versuchte Pallavicini Aehrenthal dazu zu bewegen, ein Angebot der Monarchie, in Form einer Anteilmäßigen Übernahme der osmanischen Staatsschulden, zu unterbreiten.¹⁹⁹ Auf osmanischer Seite wurde die Idee Pallavicinis, sowohl von den

193 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 74

194 - sowohl im Regierungs- sowie Jungtürkischen Kreisen wurde die Meinung vertreten, dass sich Ungarn gegen die Annexion stellen könnte. Daher richtete sich der Wirtschaftsboykott vor allem gegen österreichische Waren und Güter. in: Österreich-Ungarns Außenpolitik I I, Nr. 354, S. 272

195 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 149, S. 138 - 139

196 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 77f

197 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 384, S. 296 - 297

198 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/2, Nr. 9210, S. 425

199 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 295, S. 219

jungtürkischen Kreisen, wie auch von der Presse mit Wohlwollen aufgenommen. Sogar der britische Botschafter konnte sich für eine Lösung der Frage auf diesbezüglicher Basis erwärmen. Der daraufhin von der Regierung unterbreitete Forderungskatalog stellt sich jedoch für den Ballhausplatz als unannehmbar heraus.²⁰⁰ Trotz der zwischenzeitlich erfolgten erheblichen Einbußen für die österreichische Exportwirtschaft und eines leichten Drucks aus Berlin setzte Aehrenthal in unmittelbarer Folge keine eindeutigen Signale zur Beilegung der Krise.²⁰¹

Angesichts eines offensichtlich anwachsenden Unmuts innerhalb der österreichischen Wirtschaft sah sich Bülow gehalten, im Sinne des österreich-ungarischen Außenministers initiativ zu werden. Verstärkte doch der osmanische Wirtschaftsboykott vor allem bei den Vertreter der Wirtschaft und der Hochfinanz Unbehagen gegenüber der Politik des Außenministers.²⁰² Es wurden in der Folge sogar Stimmen laut, die eine Ablöse Aehrenthals forderten. Von dieser Tendenz in Kenntnis gesetzt, reagierte Bülow umgehend. In zweiter Linie natürlich auch im Hinblick auf die deutsche Position in Konstantinopel. In diesem Sinne zeigte sich der deutsche Reichskanzler sichtlich bemüht, einerseits die Position Aehrenthals als Außenminister der Monarchie zu erhalten, und andererseits Marschall zu einer vermehrten Vermittlungstätigkeit zu bewegen. [...] „Ein Rücktritt von Aehrenthal in diesem Augenblick und als Folge der von ihm eingeschlagenen Orientpolitik wäre für und direkt schädlich. Wir müssen Aehrenthal nach Kräften halten. Ich bitte um ein Telegramm an Marschall, damit er die Türken (in ihrem eigenen Interesse) zu einer korrekten (und klügeren) Haltung veranlaßt. In diesem Telegramm würde ich von unserem eigentlichen Beweggrund (der Sorge um Aehrenthal) gar nichts sagen, sondern nur mit dem Hinweis auf das osmanische Interesse operieren.“ [...] ²⁰³ In diesem Stadium der österreichisch-osmanischen Verhandlungen blieben jedoch auch diese Versuche ohne Ergebnis.

Die Gespräche erreichten somit anfangs Dezember einen ziemlichen Stillstand. In dieser Situation suchte Pallavicini um die Erlaubnis nach, Konstantinopel zu verlassen. Seiner Meinung nach, müsse nach wiederholter Androhung seiner Abreise, diese nun tatsächlich erfolgen. Nicht zuletzt, um der Pforte die entschlossene Haltung Wiens zu demonstrieren.²⁰⁴ Die osmanische Regierung sollte sein Vorgehen als Signal eines „ersten Schritts von folgenden“ verstehen. Die Bitte Pallavicinis um Abberufung rief umgehend den deutschen Botschafter auf den Plan. Obwohl sich Marschall als ein kritischer Gegner der Annexion präsentierte, bemühte er sich doch, eine halbwegs objektive und korrekte Haltung gegenüber dem Bündnispartner einzunehmen. Demzufolge stellte er sich gegen diesen Plan und warnte vor den „unabsehbaren Folgen“. [...] „Ein solcher Schritt wäre jedoch meines Erachtens bedenklich. Es ist leicht, einen Faden zu zerreißen, aber schwer, ihn wieder anzuknüpfen. Die Abreise des Botschafters würde hier nicht einschüchtern, sondern noch mehr erbittern. Der Boykott könnte dann Formen annehmen, die das Wiener Kabinett zu den ernstesten Maßregeln zwingen würde. Das Nationalgefühl ist krankhaft derartig gereizt, dass ein Augenmaß für Realitäten nicht mehr besteht. Man redet in den jungosmanischen Kreisen von einem Krieg mit Österreich-Ungarn, als ob dabei die Chance dabei zugunsten der Türkei stände.“ [...] ²⁰⁵ Bei seinen Bedenken sah Marschall natürlich in erster Linie die deutsche Position bei der Pforte in Gefahr. Sowohl die deutsche Regierung als auch die öffentliche Meinung war zu diesem Zeitpunkt weit davon entfernt, eine Eskalation der Krise mittragen zu wollen. Schon alleine aufgrund der Tatsache,

200 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 459, S. 352 - 353

201 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 569, S. 438 - 439

202 - Frankenfeld, Österreichs Spiel mit dem Kriege, S. 53

203 - Grumpelt, Die deutsche Politik in der Zeit der Bosnischen Krisis, S. 58

204 - Österreich-Ungarns Außenpolitik, I, Nr. 690, S. 546

205 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 2, S. 455 - 456

dass eine weitere Verhärtung der Fronten nichts an den osmanischen Boykottmaßnahmen geändert hätte. Infolgedessen riet Berlin zu einer Wiederaufnahme der Gespräche, mit dem Ziel eine vernünftige Einigung bezüglich einer Entschädigung zu erzielen.²⁰⁶ Pallaicinis Ansuchen lehnte der österreich-ungarische Außenminister ab,²⁰⁷ er war allerdings auch nicht zu einer Fortsetzung der Verhandlungen bereit. Erst durch den von britischer Seite unterstützten, anhaltenden passiven Widerstand der Pforte wurde Aehrenthal zum Einlenken gebracht und ermächtigte Pallavicini die Verhandlungen fortzuführen. Kiamil Pascha brachte daraufhin den Kompensationsvorschlag der Türkei und der Westmächte, in der Form einer Übernahme eines Teils der Staatsschulden, zurück aufs Tablett.²⁰⁸ Im Zuge dieser Ereignisse empfahl Pallavicini der Pforte, eine Entschädigung in der Höhe von 2 Millionen osmanischer Pfund anzubieten, oder aber Konstantinopel zu verlassen.²⁰⁹ In Wien gelang es zwischenzeitlich dem britischen Botschafter Aehrenthal vom ernsthaften Wunsch seiner Regierung zu überzeugen, zu einer einvernehmlichen Übereinkunft mit der Pforte zu gelangen. Der endgültige Anstoß zur Bereinigung der Frage kam dann von Bülow, indem er den Ballhausplatz zu einer „entgegenkommenden Haltung“ gegenüber der Pforte drängte.²¹⁰ Die grundsätzliche Bereitschaft Wiens zu einer Lösung auf monetärer Basis beizutragen, scheiterte jedoch vorerst noch an einer adäquaten Definition der Entschädigung. Denn die Riege der maßgeblichen Minister wollte sich nicht dem Vorwurf aussetzen „sich das Wohlwollen der Türkei mit Geld zu erkaufen.“ Für den Fall einer Prolongation der osmanischen Forderungen und einer Aufrechterhaltung der Boykottmaßnahmen, stellte sodann der österreich-ungarische Außenminister den Abbruch der diplomatischen Beziehungen in Aussicht.²¹¹ Nach einem Meinungsaustausch mit dem deutschen Botschafter in Wien, meldete sich Bülow diesbezüglich mit einer ablehnenden Stellungnahme zu Wort. Er schlug zwar vor, den Kontakt zur Pforte aus Protest vorderhand einzustellen, Konstantinopel allerdings unter keinen Umständen zu verlassen.²¹²

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits, mit der tatkräftigen Unterstützung Londons und Berlins, die Weichen für einen österreich-osmanischen Kompromiß gestellt. Angesichts einer offensichtlichen Verschlechterung der Beziehungen zu Serbien gelang es Aehrenthal Anfang 1909 den Widerstand der beiden Ministerpräsidenten hinsichtlich einer finanziellen Lösung zu entkräften. Das Kompromißangebot lautete nun, der Pforte für ihr Eigentum in den annektierten Provinzen 2 1/2 Millionen osmanischer Pfund²¹³ anzubieten.²¹⁴ Aufgrund des Wiener Angebots schien sich die Krise zu einem für beide Seiten vertretbaren Ende zu neigen. Die britische Regierung zeigte sich erfreut und riet Konstantinopel das Angebot der Monarchie anzunehmen.²¹⁵ Auch der Verbündete in Berlin konnte mit der Entwicklung zufrieden sein, rückte doch ein definitiver Ausgleich der befreundeten Mächte in unmittelbare Nähe.²¹⁶ Nachdem die Boykottmaßnahmen eingestellt wurden, konnte am 26. Februar 1909 die Annexionskrise mit dem Osmanischen Reich beigelegt werden.²¹⁷ Den Hauptinhalt der Vereinbarung bildete [...] „der Verzicht Österreich-Ungarns auf

206 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 2, Nr. 9240, S. 457

207 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 704, S. 564

208 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 738, S. 597

209 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 774, S. 638 - 639

210 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 751, S. 606

211 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 2, Nr. 9249, S. 469 - 470

212 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 2, Nr. 9253, S. 473

213 - 2 1/2 Millionen osmanischer Pfund spiegelten damals den Wert von 54 Millionen österreichischer Kronen wider. in: Skriván, Schwierige Partner, S. 156

214 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 850, S. 704 - 705

215 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 876, S. 729 - 730

216 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 2, Nr. 9260, S. 481 - 482

das Besetzungsrecht im Sandschak Nowibasar, die Aufhebung der Konstantinopeler Konvention, die Zurückziehung des Protestes der Pforte und die Verpflichtung Österreich-Ungarns, 2 1/2 Millionen Pfund binnen 14 Tagen nach der Ratifikation zu bezahlen und mit der Türkei einen regelrechten Handelsvertrag binnen zwei Jahren abzuschließen.“ [...] ²¹⁸

Ausgenommen beim russischen Außenminister trug die Verständigung zwischen Wien und Konstantinopel zu einer allgemeinen Entspannung der Lage bei. Hierzu konnte Berlin sein „angekratztes“ Image bei der jungosmanischen Regierung etwas aufpolieren. Hatte Berlin doch im Rahmen seiner Vermittlungsversuche guten Willen und Entgegenkommen augenscheinlich unter Beweis stellen können. ²¹⁹ Nach heftigen verbalen Auseinandersetzungen stimmte das osmanische Parlament am 5. April 1909 dem österreich-osmanischen Protokoll vom Februar zu. Fünf Tage später folgte der Senat. Aehrenthal ersuchte daraufhin Anfang April die Signatarmächte der Berliner Konferenz um die Annullierung des Paragraphen XXV des Berliner Vertrags. Zwischen 7. und 19. April erfolgten die einzelnen Zustimmungen. Damit war die Annexionskrise formal beendet. ²²⁰

SERBIENS VEHEMENTE KOMPENSATIONSFORDERUNGEN

Im Zuge der Ermordung des serbischen Königspaares durch eine Gruppe revoltierender Armeeoffiziere, kam es 1903 in Belgrad zu einem vielbeachteten Dynastiewechsel. ²²¹ Angesichts des abscheulichen Komplotts, bei dem das Königshaus der Obrenovic' durch deren langjährige Konkurrenten aus der Familie der Karagjorgjevic' ersetzt wurde, reagierte ganz Europa überrascht und entsetzt zugleich. Die politische Führung in Wien nahm den Dynastiewechsel vorerst mit gemischten Gefühlen auf. Der neue, politisch schwache König Petar Karagjorgjevic' fand nicht das Wohlwollen von Franz Josef. Darüberhinaus konnte sich mit dem Thronwechsel auch die rußlandfreundliche Radikale Partei als dominanter innenpolitischer Faktor etablieren. Die Politiker dieser Partei, allen voran ihr Führer Nikola Pasic', erhoben bereits kurze Zeit nach dem Wechsel eine Vielzahl an nationalpolitischen Forderungen, die sich zumeist gegen Habsburg richteten. Die Bandbreite des Parteiprogramms spiegelte sich dabei innerhalb eines Spektrums zwischen Großmachtambitionen und einer weitreichenden wirtschaftspolitischen Emanzipation von den Märkten der Monarchie. Ökonomische Eigenständigkeit und politische Autonomie ²²² ging in den Überlegungen der betreffenden Politiker diesbezüglich Hand in Hand. ²²³ Die in der Form einer Denkschrift verfaßten politischen Ziele des serbischen Auswärtigen Ministeriums waren jedenfalls am Ballhausplatz bereits seit 1904 bekannt. Das politische Ziel war dezidiert die Verdrängung Österreich-Ungarns. ²²⁴ In diesem Sinne wurde in Belgrad primär darauf hingearbeitet, einen Zusammenschluß mit Montenegro herbeizuführen. In zweiter Linie sollten daraufhin, mit der Unterstützung Rußlands und der Westmächte, die Territorien Bosniens und die Herzegowina, aber auch von Kroatien und Slawonien, im Verbund mit Serbien zu einem südslawischen Königreich zusammengefaßt werden. Darüberhinaus sollte eine Verständigung mit Bulgarien über „Altserbien“ und Makedonien erfolgen.

217 - Uebersberger, Österreich zwischen Russland und Serbien, S. 27f

218 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 80

219 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 266

220 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 193

221 - Sundhaussen, Geschichte Serbiens, S. 205f

222 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 653

223 - Uebersberger, Österreich zwischen Russland und Serbien, S. 9f

224 - Valentin, Deutschlands Außenpolitik, S. 79

Die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn ließ somit diese Vorstellung von einem großserbischen Staat zwischen Donau, Save und Adria in weite Ferne rücken.²²⁵ Ohne jegliche völkerrechtliche Grundlage, allerdings mit einem starken Gefühl der Bedrohung, reagierte daraufhin die Führungselite in Belgrad mit äußerst heftigen Drohungen auf die Aktion seines nördlichen Nachbarn.²²⁶ Denn neben der zunehmenden Unrealisierbarkeit des „Großserbienplans“ entstand nun Bedenken, dass der Balkanstaat in absehbarer Zukunft von drei Seiten von der Monarchie eingeschlossen werden könnte.²²⁷ Dieser Umstand bedeutete für Belgrad einerseits die Gefahr, im Falle einer militärischen Konfrontation rasch in eine aussichtslose Lage zu geraten und möglicher Weise einverleibt zu werden; oder, nach wie vor von der wirtschaftspolitischen Willkür Wiens abhängig zu sein.

Im Zuge dessen wiesen in Belgrad die Zeichen der Zeit in Richtung Krieg mit Österreich-Ungarn. Bereits im Rahmen der Sandschakbahnkrise wurde von offizieller Seite wenig unternommen, die aufgebrachte Stimmung innerhalb der serbischen Bevölkerung zu beschwichtigen. Der öffentliche Tenor richtete sich eindeutig gegen das einseitige Vorgehen der Monarchie. So ließ die *Vecernje Novosti* am 16. März 1908 verlauten [...] „Im Falle Österreich-Ungarn mit dem Bau der Bahn Uvac-Mitrovica beginnen sollte, bleibt Serbien nichts anderes übrig, als diesem „Konglomerat von Nationen“ den Krieg zu erklären ... Wenn mit dem Bau der serbischen Interessen bedrohenden Sandschakbahn begonnen wird, dann muß Montenegro sofort in den Sandschak und Serbien in Bosnien einfallen. An Österreich-Ungarn muß der Krieg bis zur Vernichtung erklärt werden. Entweder wir machen aus Serbien einen großen Friedhof oder wir schaffen Großserbien.“ [...] ²²⁸

Aehrenthal war sich der potentiellen Gefahr, die von dem Balkanstaat ausgingen, durchaus bewußt. Doch im Gegensatz zu Conrad setzte der Außenminister nicht nur auf die militärische Karte. Grundsätzlich war er gewillt, den Serben die Entschlossenheit der Monarchie zu demonstrieren und nur im Notfall den serbischen Provokationen militärisch zu begegnen.²²⁹ In diesem Zusammenhang traf Aehrenthal bereits Ende August 1908 mit führenden österreich-ungarischen Reformoffizieren in Wien zusammen. Dabei wurden mögliche Szenarien in einem Konflikt mit Serbien erörtert. Von Seiten der Militärs wurde während der Gespräche ein vehementer Widerstand der Serben im Falle einer Annexion prognostiziert. Der Außenminister konnte aus der militärischen Lagebeurteilung entnehmen, dass sich Belgrad in diesem Fall nicht nur auf die Unterstützung Rußlands verließ, sondern auch auf die Hilfe derjenigen europäischen Staaten zählen würde, die eine Politik gegen die Interessen der Mittelmächte betrieben.²³⁰ Im Rahmen der Gespräche zwischen Militärs und Diplomatie entstanden daraufhin eine Reihe von Plänen, Möglichkeiten und Vorschlägen, die im Umgang mit einer möglichen Krise ihre Anwendung finden sollten. Sogar die Variante, Serbien zu erobern, aufzulösen und zu zerstückeln, stand dabei im Raum.

In dieser Situation unterrichtete Aehrenthal den deutschen Reichskanzler über sein weiteres Vorgehen. Im Mittelpunkt seiner streng geheimen Ausführungen standen dabei die nächsten konkreten Schritte der österreich-ungarischen Politik am Balkan. Diese richteten sich vor allem gegen Serbien. Aehrenthal bemüht sich Bülow zuerst einmal zu versichern, dass das Hauptaugenmerk seiner Bemühungen die Sicherung Bosniens und der Herzegowina, also der neuen Südostgrenze

225 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 1022, S. 854

226 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 1, Nr. 9095, S. 254

227 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 98f

228 - Urbanski, Conrad von Hötzendorf, S. 189

229 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 98

230 - Urbanski, Conrad von Hötzendorf, S. 188

sei. Darüberhinaus ließ er Bülow wissen, dass Österreich-Ungarn keine weiteren territorialen Erwerbungen verfolge. Nichtsdestotrotz beabsichtige er allerdings nicht zu verabsäumen, zukünftige Entwicklungen der jungen Balkanstaaten kritisch zu verfolgen. Dabei läßt Aehrenthal seinen festen Willen erkennen, im Interessen der Monarchie und im Namen einer friedlichen mitteleuropäischen Koexistenz, durchaus regulierend eingreifen zu wollen. Seine ganzen Sorgen und Befürchtungen richteten sich hierbei gegen die serbischen Ambitionen. Aehrenthal betonte gegenüber Bülow zwar, eine Klärung der Probleme auf friedlicher, diplomatischer Weise herbeiführen zu wollen, fügte allerdings hinzu - [...] „wenn es unbedingt notwendig wäre, einen Waffengang mit dem Savekönigreich ins Auge zu fassen.“ [...] ²³¹ Aehrenthal war demzufolge entschlossen die Situation mit Serbien - so oder so - zu einer Klärung zu bringen.

Mit der Einberufung serbischer Reservisten bereits kurz nach der Annexionsverlautbarung und einer erheblichen Aufstockung der Rüstungsausgaben durch das serbische Parlament, erreichten die Kriegsvorbereitungen des Balkanstaates für Wien eine ernste militärische Dimension. ²³² Ein Krieg mit Serbien rückte nun mehr denn je in den Bereich der Möglichkeit. Im Hinblick auf die serbische Mobilisierung beantragte Conrad, der bereits Anfang Oktober den Auftrag zur Ausarbeitung eines Aufmarschplans parallel zu einer Teilmobilmachung für den Fall der Fälle erteilte, ²³³ bei Aehrenthal dann einige Tage später eine lange Aufmarschfrist für die Armee. In diesem Augenblick sah sich der Stabschef bereits kurz vor der Umsetzung seiner Pläne. ²³⁴ Conrad brachte hierzu seinen Wunsch zum Ausdruck, einen möglichen Kriegsbeginn durch Verhandlungen bis zum Frühling hinauszuzögern. ²³⁵ Wie auch immer sich die Ereignisse im Zuge der Annexion entwickeln würden, Aehrenthal konnte mit der Unterstützung des Zweibundpartners rechnen. ²³⁶ Davon konnte er sich auch in dieser Situation überzeugen als ihn Bülow wissen ließ - [...] „Ich habe überhaupt Vertrauen zu Ihrem Urteil; in diesem speziellen Fall sage ich mir noch außerdem, daß Sie die serbischen Verhältnisse noch genauer beurteilen können, als ich aus der Ferne. Ich werde daher die Entscheidung, zu der Sie schließlich gelangen, als durch die Verhältnisse geboten ansehen.“ [...] ²³⁷ Das Wissen um die deutsche Unterstützung führte bei Aehrenthal infolgedessen mit Sicherheit zu einer kompromißloseren Haltung, obwohl Aehrenthal zu diesem Zeitpunkt noch über kein konkretes Konzept bezüglich der weiteren Vorgehensweise gegenüber dem Balkanstaat hatte.

DER „CASUS FOEDERIS“ - VORBEREITUNGEN ZUM KRIEG

Zwar bildeten die Problematik rund um die serbischen Kompensationsforderungen nicht den grundsätzlich Kern der Annexionskrise, sie trat aber am Ende des Jahres mehr und mehr in den Vordergrund. Nicht zuletzt auch aufgrund der Tatsache, dass Großbritannien zur Wende des Jahres 1908 - 1909 zahllose diplomatische Schritte setzte, um sich das Wohlwollen und die Unterstützung der anderen Kontinentalmächte zu sichern. Zu diesem Zeitpunkt zeigte sich London gewillt, Stärke zu demonstrieren, sowie eine aggressivere Tonart gegenüber Deutschland anzuschlagen. ²³⁸ Unter

231 - Uebersberger, Österreich zwischen Russland und Serbien, S. 34f

232 - Skriván, Schwierige Partner, S. 99

233 - Kronenbitter, Krieg im Frieden, S. 339

234 - Skriván, Schwierige Partner, S. 118f

235 - Urbanski, Conrad von Hötzendorf, S. 189

236 - Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs, S. 627

237 - Frankenfeld, Oesterreichs Spiel mit dem Kriege, S. 47

238 - Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs, S. 630

den gegebenen Umständen und vor dem drohenden Hintergrund einer militärischen Eskalation, galt es für die Militärs des Zweibunds die Grundsätze der gegenseitigen Bündnisverpflichtung zu überprüfen. Im Bündnisvertrag von 1879 war der „casus foederis“ nur für den Fall eines russischen Angriffs vorgesehen gewesen. Zwischenzeitlich aber wurde die Interpretation der Bündnisverpflichtung diversen Neudefinitionen unterworfen.²³⁹

Angesichts der serbischen Kriegsvorbereitungen stimmte Aehrenthal Anfang Dezember dem Vorschlag Conrads zu, präventiv mit dem deutschen Stabschef in Verbindung zu treten.²⁴⁰ In seiner Funktion als österreichischer Generalstabchef stellte sodann Conrad von Hötzendorf, nach Absprache mit dem Kaiser, Anfang Januar formell die Bündnisfrage an Berlin. Im Mittelpunkt seines Schreibens stand dabei, bedingt durch die anhaltenden serbischen Provokationen, die Frage eines Bündniskriegs gegen Rußland. Auf der Grundlage des Zweibundvertrags ersuchte Conrad um dezidierte Informationen, welche militärischen Maßnahmen Berlin zu ergreifen beabsichtige, falls sich die Monarchie genötigt sehe, in Serbien und Montenegro einzumarschieren und dadurch einen russischen Angriff provoziere. Und, oder, in welcher Form das Deutsche Reich der Monarchie gegen Rußland zu Hilfe kommen würde, wenn durch die Ereignisse am Balkan ein italienischer Angriff ausgelöst werden würde. In seiner Antwort versicherte der deutsche Generalstabchef Conrad, dass es Deutschland als selbstverständliche Pflicht ansehe, den Bündnispartner in einem derartigen Falle den Rücken zu decken. Die deutsche Absichtserklärung brachte zwar den unbedingten Willen Berlins zum Festhalten an der Bündnisverpflichtung zum Ausdruck, sie ließ aber dennoch konkrete Angaben über das Ausmaß und den Umfang der militärischen Unterstützung offen. Für sein Antwortschreiben nahm sich Moltke auch relativ viel Zeit, da er weder von einer plötzlich auftretenden Kriegsgefahr, noch einem Angriffskrieg Italiens auszugehen schien.

Die unkonkrete Haltung des deutschen Generalstabchefs änderte sich allerdings schon kurz darauf, als in den folgenden Tagen eine Verschärfung der Lage immer offensichtlicher wurde. Mit dem Einverständnis des Kaisers und des Reichskanzlers bekräftigte Moltke daraufhin das Inkrafttreten des „casus foederis“ für den Fall eines aktiven Einschreitens Rußlands an der Seite Serbiens. In Berlin war man sich durchaus der Tatsache bewußt, dass [...] „der Augenblick kommen kann, wo die Langmut des Kaiserstaates den serbischen Provokationen gegenüber ein Ende haben wird. Dann wird der Monarchie kaum etwas anderes übrig bleiben, als in Serbien einzumarschieren.“ [...] ²⁴¹ In dieser Situation zeigte sich die politische, sowohl als auch die militärische Führung Deutschlands fest entschlossen, dem politischen Ansehen als auch der internationale Reputation des Bündnispartners zu einem prestigeträchtigen Erfolg zu verhelfen. Unerwartet aber doch erhielt somit die k. u. k. Militärführung - [...] „eine Bestimmung des Bündnisfalles, die der politischen und strategischen Realität Rechnung trug.“ [...] ²⁴²

Der deutsche Wille zur absoluten Bündnistreue zog mit Sicherheit eine enorme Kräftigung der österreich-ungarischen Position nach sich. Die Rückendeckung des Deutschen Reiches hatte dem Ballhausplatz einen einigermaßen respektablen diplomatischen Spielraum geschaffen. Denn für alle weiteren politischen Entscheidungen konnte Wien mit der vollen Unterstützung des Partners rechnen. Aehrenthal konnte sich nunmehr darauf verlassen, dass im Falle einer russischen Mobilisierung, die Mobilisierung der deutschen Truppen so gut wie gleichzeitig erfolgen würde.²⁴³

239 - Ebenda, S. 643

240 - Kronenbitter, Krieg im Frieden, S. 345f

241 - Skriván, Schwierige Partner, S. 144

242 - Kronenbitter, Krieg im Frieden, S. 346

243 - Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs, S. 643

Obwohl der Außenminister grundsätzlich eine friedliche Lösung der Krise anstrebte, nahm die vom Generalstabschef lancierte Option einer militärischen Lösung der Problematik, in dieser Phase der Krise, mehr und mehr Gestalt an. Conrad kam dabei die starre Haltung der serbischen Regierung entgegen. Denn unter dem Druck seiner Parteigänger und der vermeintlichen Unterstützung durch St. Petersburg grub sich der serbische Regierungschef in seiner Forderung nach einer territorialen Kompensation zunehmend ein. Unterstützt wurde die Einschätzung der kritischen Lage und die Befürchtung einer militärischen Konfrontation durch die überaus kämpferischen Töne einzelner Belgrader Minister, sodass Aehrenthal mit Frühjahrsbeginn mit einem Feldzug zu spekulieren begann.²⁴⁴

Der Druck auf die gemäßigten serbischen Kräfte, den von Österreich-Ungarn vollzogenen Schritt rückgängig zu machen, wurde vor allem von den Vertretern der Radikalen Partei aufrechterhalten. Grundsätzlich wurden die Spitzen der serbischen Führung bereits im Sommer 1908 vom russischen Außenminister über das bevorstehende Ereignis informiert.²⁴⁵ Demzufolge erschienen dem serbische Außenminister Milovanovic' seine Bemühungen, einerseits die eingeleitete Entwicklung zu revidieren, beziehungsweise andererseits, der serbische Forderung nach Autonomie der beiden Provinzen unter der Souveränität des Sultans Nachdruck zu verleihen, wenig erfolgversprechend. Nichtsdestotrotz versuchte Milovanovic' im Anfangsstadium der Krise die Unterstützung der europäischen Großmächte zumindest für serbische Gebietsforderungen zu gewinnen. Gestärkt durch die russischen Solidaritätsbekundungen stand im Zentrum seiner diesbezüglichen Argumentation die Befürchtung, dass es bei einer Ablehnung der serbischen Vorschläge, zwangsläufig zu einem Krieg kommen würde. Hinter dem Vorgehen des serbischen Außenministers stand das Kalkül, dass die Regierungen der europäischen Mächte alles unternehmen würden, um den Ausbruch eines Krieges zu vermeiden. In dieser Hinsicht war Belgrads Risiko ziemlich hoch. Denn im Laufe seiner Verhandlungen stellte sich heraus, dass neben der tendenziell unkonkreten Haltung der europäischen Großmächte, auch die Position Rußlands als nicht gerade eindeutig zu bewerten war. Denn nicht zuletzt wiederholte Izvolskij bei ihrem Zusammentreffen in Berlin seinen Ratschlag, ein überlegtes Vorgehen gegenüber der Monarchie an den Tag zu legen und die Annexion anzuerkennen. Erst durch die andauernde aggressive öffentliche Grundstimmung in Rußland und in Serbien hatte sich der Tenor seiner Aussagen geändert,²⁴⁶ indem er nun versicherte, die Annexion nicht anzuerkennen.

Ein ausschlaggebender Grund für die Fortsetzung der serbischen Kriegsvorbereitungen war dann schließlich der Besuch des serbische Kronprinzen Georg und des Führers der Radikalen Partei in St. Petersburg. Obwohl der serbische Besuch sowohl von der Bevölkerung als auch von der Presse in einem überaus herzlichen Rahmen aufgenommen wurde, verhielten sich die offiziellen Stellen verhältnismäßig reserviert. Izvolskij bemühte sich sogar festzuhalten, dass es Rußland aufgrund der augenblicklichen Lage, nicht möglich sei, Belgrad Hilfe leisten zu können.²⁴⁷ Lediglich der Zar signalisierte im Zuge einer Audienz eine gewisse Anteilnahme, die als Zustimmung für Serbiens Politik angesehen werden konnte. Grundsätzlich riet allerdings auch Nikolaus II. zur „Verständigung mit der Türkei, zu ruhiger Haltung, militärischer Vorbereitung und ansonsten zum Abwarten.“ Denn in der Zwischenzeit liefen auch von Österreich-Ungarn alle Vorbereitungen für einen möglichen militärischen Konflikt. Die bosnischen Truppen wurden verstärkt, die Mobilmachung

244 - Kronenbitter, Krieg im Frieden, S. 348

245 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 90f

246 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 130 - 133

247 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 519, S. 396 - 398

war im vollen Gang und der Generalsstabschef Conrad von Hötzendorf rechnete weiter für das Frühjahr 1909 mit einer kriegerischen Auseinandersetzung.²⁴⁸

Nachdem die Verhandlungen mit dem Osmanischen Reich am Beginn des Jahres zu einer für beide Seiten befriedigenden Lösung gebracht werden konnte, bildete für Aehrenthal nur mehr die serbischen Kompensationsforderungen, eine Hürde auf dem Weg zur Beendigung der Annexionskrise. Die Überwindung dieser permanent anwachsenden Barriere schien zwischenzeitlich, zu einem mehr und mehr ausufernden Problem geworden zu sein. Denn Mitte Dezember gab das serbische Parlament seine Zustimmung zu weiteren Kriegsanleihen, deren Gesamthöhe mittlerweile 34 Millionen Dinare ausmachte.²⁴⁹ Zu einer weiteren Verhärtung der Fronten führte dann in den ersten Neujahrstagen eine Rede des serbischen Außenministers im Parlament, während dieser Milovanovic' das Vorgehen Österreich-Ungarns „als einen Schlag ins Gesicht der serbischen Nation“ bezeichnete und abermals eine Autonomie für Bosnien und die Herzegowina forderte.²⁵⁰ Aufgrund der anhaltenden militärischen Aktivitäten verfestigte sich daraufhin in der serbischen Öffentlichkeit der Eindruck eines bevorstehenden, unausweichlichen Krieges mit Österreich-Ungarn.²⁵¹ Die Vorstellung einer militärischen Lösung der Frage zog allerdings in keinem europäischen Lager große Freude nach sich. Denn mit einem Krieg am Balkan schien keinem gedient.

Diese „zweideutige“ Haltung kam vor allem im Falle der russischen Position zum Ausdruck. Denn einerseits fürchtete St. Petersburg um seinen Einfluß und sein Prestige am Balkan und hätte diesbezüglich gerne die „serbische Karte“ ausgespielt. Demgegenüber mußte allerdings dem Umstand Rechnung getragen werden, dass aufgrund der heiklen innenpolitischen Situation, durch den verlorenen Krieg mit Japan, keine militärische Option in Erwägung gezogen werden konnte. London war zwar dezidiert gewillt St. Petersburg zu unterstützen, die britische Regierung setzte sich allerdings auch für eine Kompromißlösung ein. Da es sich der möglichen Konsequenz eines Krieges bewußt war, verhielt sich Frankreich in dieser Situation, tendenziell zurückhaltend und spielte auf Zeit. Ähnlich wie Frankreich stand Berlin einem militärischen Konflikt ablehnend gegenüber. Die Deutsche Regierung setzte jedoch ihre bestehenden diplomatischen Verbindungen zur Unterstützung des Bundesgenossen ein.²⁵²

Abgesehen von der Armeeführung, sendete Wien gleichlautende Signale wie der Zweibundpartner aus. Entgegen allen nachrichtendienstlicher Meldungen über feindliche Maßnahmen und militärische Vorbereitungen Belgrads konnte Aehrenthal nicht zu einer Zustimmung allfälliger Mobilisierungsschritte bewogen werden.²⁵³ Eine militärische Lösung des Konflikts schien in den Führungskreisen Habsburgs weder erstrebenswert, noch galt sie als „Ultima Ratio“ - also als einziger gangbarer Weg aus der Krise. So ergab sich der paradoxe Umstand, dass in diesem Stadium der Krise einzig und allein Belgrad die Option einer militärischen Lösung der Frage in Erwägung zog. Paradox in zweifacher Hinsicht, war doch Serbien völkerrechtlich durch die Annexion ja überhaupt nicht betroffen.

In der Folge kamen aus den europäischen Hauptstädten eine Reihe von Initiativen, die eine friedliche Beendigung der Krise zum Inhalt hatten. Am Beginn dieser Bemühungen übernahmen

248 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 134

249 - Ebenda, S. 158

250 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr.833, S. 690 - 691

251 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 906, S 756

252 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 160

253 - Kronenbitter, Krieg im Frieden, S. 341

Diplomaten aus Italien und Frankreich die Vermittlerrolle. Deren Unterhändler versuchten sowohl St. Petersburg wie auch Berlin, zu einer Zusammenarbeit zu gewinnen. Doch Berlin verhielt sich ablehnend und verwies wiederholt auf die Übereinstimmung mit dem politischen Konzept des Bündnispartners. Für den Deutschen Kaiser bedeutete die friedliche Beilegung der Annexionsfrage auch das Ende der „orientalischen Wirrnisse“.²⁵⁴ Das Projekt einer internationalen Konferenz zur Lösung des osmanisch-österreichischen Konflikts verlor dadurch schrittweise an Notwendigkeit.²⁵⁵ Auch der Besuch des britischen Königspaares in Deutschland, im Februar 1909, ließ keine grundlegenden neuen Initiativen erkennen. Politische Themenkreise wurden bei diesem Treffen nur am Rand behandelt. Während der Reichskanzler im Zuge der Gespräche auf die provokative Haltung Serbiens hinwies, schloß Sir Charles Hardinge, der Repräsentant der britischen Regierung die Möglichkeit einer militärischen Konfrontation jedoch nicht explizit aus.²⁵⁶ Bemerkenswert in diesem Zusammenhang erscheint allerdings die Tatsache, dass der russische Außenminister durch das Treffen der beiden Staatsoberhäupter einigermaßen nervös reagierte. Denn obwohl sich London umgehend bemühte, derartige Spekulationen auszuräumen, befürchtete Izvolskij eine Annäherung und forcierte Zusammenarbeit Londons mit den Zweibundpartnern, mit einer daraus resultierenden politischen Isolation des Zarenreiches. Aus dieser Situation entwickelte sich der britische Plan, gemeinsam mit Frankreich und Deutschland auf Wien einzuwirken, um derart einen militärischen Konflikt zwischen der Monarchie und Serbien zu verhindern. Der Vorschlag fand zwar in St. Petersburg und Paris ein positives Echo, wurde allerdings von Wien und Berlin abgelehnt. Daraufhin schlug Berlin eine gemeinsame Demarche aller Großmächte in Belgrad vor.²⁵⁷ In den folgenden Gesprächen gelang es vor allem den beiden Botschaftern der Zweibundpartner in London, den britischen Außenminister von der Tatsache zu überzeugen, dass Belgrad, durch die Aufrechterhaltung seiner unannehmbaren territorialen Forderungen der Hauptgrund für das Scheitern aller Initiativen sei.²⁵⁸

Diese Argumente führten hierauf zu einem überdenken der britischen Politik gegenüber Serbien. Grey kam daraufhin zu der Einsicht, dass ohne einem serbischen Verzicht auf territoriale Entschädigung und ohne Einstellung der serbischen Provokationen gegenüber Wien keine friedliche Lösung der Krise zu erwarten sei. In diesem Sinne äußerte sich auch Aehrenthal gegenüber dem britischen Botschafter in Wien. [...] „Serbiens Bestrebungen sind gegen die Integrität der Monarchie gerichtet, bedeuten somit eine inkorrekte und hostile Haltung des Königreichs, welche noch durch die Fortsetzung umfassender und zielbewußter Rüstungen erhöht werde. Es ist klar, dass ein solcher Zustand auf die Dauer unhaltbar ist.“ [...] ²⁵⁹ Und London trug den Umständen Rechnung. Um einen Ausweg aus der Krise zu finden, zeigte sich das Empire bereit, seinen bisherigen Standpunkt zu revidieren. In diesem Sinne schrieb Grey an seinen Botschafter in der russischen Hauptstadt. [...] „Nothing except economic concessions can be obtained for Serbia without a successful war. Unless Serbia renounces territorial claims there will be war [...] but we could not press things to the point of war [...]. Time has now come when Russia should decide whether she means to give Serbia armed support to obtain territorial concessions or to tell her at the critical moment that in the interest of peace these demands cannot be supported. [...] We are of the opinion, that to risk Serbian

254 - Skrivan, *Schwierige Partner*, S. 161

255 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 912, S. 760

256 - Skrivan, *Schwierige Partner*, S. 162

257 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 2, N. 9385, S. 610

258 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 2, N. 9393, S. 625 - 626

259 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 1053, S. 879 - 880

territorial claims a war which might eventually involve the greater part of the continent of Europe must even from the Russian point of view be out of all proportion to the interests at the stake.“ [...] ²⁶⁰ Damit war die britische Haltung eindeutig dargelegt. Ende Februar wartete Paris abermals mit einem Vorschlag auf. Darin erklärte sich die französische Regierung bereit, gemeinsam mit den anderen europäischen Mächten eine Vermittlerrolle zwischen Serbien und Österreich-Ungarn zu übernehmen, für den Fall, dass Belgrad von seinen Kompensationsforderungen abrücken würde. Frankreichs Regierung befand sich in dieser Frage zweifelsohne in einer heiklen innenpolitischen Situation. Denn hinsichtlich einer Eskalation der Krise war gewiß, dass sich die öffentliche Meinung mit absoluter Sicherheit gegen diejenigen richten würde, die Frankreich in ein „Abenteuer“ mit unbekannten Ausgang führten. Noch dazu, da die Annexionskrise nicht unmittelbar mit den französischen Interessen korrelierte. ²⁶¹ In diesem Sinne formulierte Paris auch die folgende Note, die St. Petersburg einer Verständigungslösung näher bringen sollte. ²⁶²

In Anbetracht der Entwicklung geriet Izvol'skij mit seiner Politik zunehmend unter Druck. Zudem war ein militärisches Eingreifen auf der Seite Serbiens für Rußland zu diesem Zeitpunkt mit einem unkalkulierbaren Risiko verbunden. In St. Petersburger Regierungskreisen wurde dem Umstand durchaus Rechnung getragen, dass eine militärische Konfrontation mit den Mittelmächten für die geschwächte russische Armee in einer Katastrophe enden könnte. Die russische Heeresleitung wußte genau, dass sie für die Reorganisation ihrer Truppe und deren Vorbereitung auf einen neuen Konflikt noch mindestens fünf Jahre benötigen würde. Unter diesen Umständen ließ Izvol'skij die serbischen Regierung wissen, dass [...] „die Großmächte nicht geneigt sind, die Idee einer territorialen Vergrößerung Serbiens zu unterstützen.“ [...] desweiteren ließ er anklingen: [...] „Die Königliche Regierung muß daraus folgern, dass alle Anstrengungen, die Mächte zur Unterstützung ihrer diesbezüglichen Forderungen zu bewegen, ohne Resultat bleiben werden und dass Serbien sich die Sympathien der Mächte nur erhalten kann, indem es darauf verzichtet, auf Forderungen zu bestehen, die zu einem bewaffneten Konflikt mit Österreich führen müßten. Es ist uns ein Bedürfnis, die Königliche Regierung zu warnen, sich einer solchen Gefahr auszusetzen.“ [...] ²⁶³ Mit dieser Botschaft kündigte der russische Außenminister den Serben die grundlegende Kehrtwendung der bisherigen russischen Politik an. Er tat dies, obwohl er noch am selben Tag, in einem Telegramm an den russischen Botschafter in Belgrad versicherte, dass die russische Regierung die Annexion nicht formell sanktionieren werde.

Unabhängig von den diplomatischen Bemühungen, veranlaßte die Militärführung ab Mitte Februar weitere k. u. k. Truppenverstärkungen für die Annexionsgebiete. Diese sollten dann Anfang März in die Krisenregion verlegt werden. Gegenüber dem Bündnispartner ließ der Außenminister anklingen, dass er beabsichtige, die Situation noch im März zu einem Ende zu bringen. In diesem Stadium der Krise hatte sich Aehrenthal dafür entscheiden, entweder Serbien eine außenpolitische Niederlage auf diplomatischer Ebene beizufügen oder zu militärischen Maßnahmen zu greifen. ²⁶⁴ Auch in diesem Fall fiel die deutsche Antwort eindeutig aus. [...] „Nach der ablehnenden Antwort die mit Eurer Majestät Allerhöchster Genehmigung auf den englisch-französischen Vorschlag einer Vermittlungsdemarche in Wien erteilt worden ist, entspricht es unserer Politik, der österreich-ungarischen Monarchie, auch bei der weiteren Entwicklung der serbischen Frage, wie sie Baron

260 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 164

261 - Österreich-Ungarns Außenpolitik II, Nr. 1127, S. 43

262 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 166

263 - Ebenda, S. 167

264 - Kronenbitter, Krieg im Frieden, S. 349

Aehrenthal in seinem Brief ins Auge faßt, mit Ruhe und Festigkeit zur Seite zu stehen.“ [...] ²⁶⁵ Im Rahmen seiner Überlegungen, spielte die Bestätigung des casus foederis für Aehrenthal jenen zentralen Punkt, der für St. Petersburg das entscheidende Argument liefern sollte, Belgrad zum Einlenken zu bewegen. Die deutsche Führung hatte Wien, von Anfang an, in seiner Haltung unterstützt und darin ermutigt, dem internationalen Druck standzuhalten. Nun fiel Berlin die Rolle zu, gegenüber St. Petersburg eine Lösung zu erwirken.

„HOPP ODER DROPP“ - AM HÖHEPUNKT DER BOSNIENKRISE

In den letzten Februartagen des Jahres 1909 trat die Bosnienkrise in ihre letzte und entscheidende Phase. Mit der Bildung „der Regierung der Nationalen Konzentration“ fand in Belgrad ein Regierungswechsel statt. Doch auch das neue Kabinett zeigte sich vorerst nicht bereit, die territorialen Forderungen an Österreich-Ungarn aufzugeben. Insbesondere hielt die neue Regierung die Forderung nach jenem Gebietsstreifen aufrecht, der bis dato Serbien und Montenegro trennte. ²⁶⁶ Mit der Übergabe der russischen Botschaft trat dann allerdings ein unerwarteter Gesinnungswechsel ein, infolgedessen sich die serbischen Regierungsmitglieder dem russischen Standpunkt anschlossen. In einem Textentwurf brachte die serbische Regierung gegenüber Izvolskij ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, von Österreich-Ungarn keine wie auch immer geartete Kompensation zu fordern, solange die Annexion denn Status einer rein österreichisch-osmanischen Frage einnehme. Falls die Problematik jedoch einen gesamt europäischen Charakter annehmen sollte sie sich allerdings vorbehalte, einen eigenen Standpunkt zu äußern. ²⁶⁷ In dem Entwurf unterstrich Belgrad des weiteren den Defensivcharakter der Kriegsvorbereitungen und versprach, sich jeglicher Einmischung zukünftig zu enthalten. Auf die serbische Stellungnahme reagierte Izvolskij grundsätzlich zufrieden. Er regte jedoch an, diejenigen Textpassagen, die er im Hinblick auf eine Wiener Reaktion für bedenklich erachtete, wegzulassen, bzw. zu überarbeiten.

Durch die Unterzeichnung des Protokolls mit dem Osmanischen Reich am 26. Februar 1909 gewann indes Wien seinen diplomatischen Handlungsspielraum zurück. Aehrenthal fühlte sich dadurch in die Lage versetzt den Druck auf Serbien, zur Annahme der österreich-ungarischen Position zu erhöhen. Schon einige Tage später unterstrich er in einem Telegramm an den österreich-ungarischen Gesandten in Belgrad seine bedingungslose Haltung, mit der Forderung an Serbien, seine Ansprüche auf territoriale Entschädigung aufzugeben und die Kriegsvorbereitungen einzustellen. ²⁶⁸ Lediglich auf dieser Basis würde es zwischen den beiden Ländern zur Aufnahme von Gesprächen bezüglich der offenen Fragen kommen. Und Serbien zeigte sich durchaus bereit, mit der Monarchie zu „normalen Beziehungen“ zurückkehren zu wollen. ²⁶⁹ An Rußland richtete Aehrenthal sodann, durch den Grafen Berchtold das Ansuchen, die Annexion anzuerkennen. ²⁷⁰ Anfang März 1909 war es nun für den österreich-ungarischen Außenminister möglich, für seine nächsten Schritte drei wesentliche politische Faktoren mit einzuplanen. Einerseits wußte er um den schlechten Zustand der russischen Armee Bescheid, war sich Frankreichs ablehnender Haltung gegenüber einem Konflikt am Balkan bewußt und konnte in jedem Fall mit der Unterstützung Berlins rechnen. In Anbetracht der Umstände erhöhte Aehrenthal den Druck auf Rußland, seinerseits auf Serbien

265 - Grumpelt, Die deutsche Politik in der Zeit der Bosnischen Krisis, S. 70

266 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 1059, S. 885

267 - Skriván, Schwierige Partner, S. 169

268 - Österreich-Ungarns Außenpolitik II, Nr. 1097, S. 20 - 21

269 - Österreich-Ungarns Außenpolitik II, Nr. 1111, S. 31, und Österreich-Ungarns Außenpolitik II, Nr. 1112, S. 32

270 - Österreich-Ungarns Außenpolitik I, Nr. 1067, S. 892 - 893

hinsichtlich einer Zustimmung der osmanisch-österreichischen Vereinbarung einzuwirken. Als Druckmittel bei Izvolskij setzte er dabei die Möglichkeit einer Veröffentlichung einiger diplomatischer Dokumente aus der Zeit vor der Annexion ein.²⁷¹ Aehrenthal konnte bezüglich dieser Absicht mit dem vollen Einverständnis Berlins rechnen. Denn der deutsche Kanzler hatte ihm schon bei einer früheren Gelegenheit zur Veröffentlichung der Dokumente geraten.²⁷²

Doch bevor der Außenminister diesen Schritt setzen konnte, erreichte ihn die veröffentlichte Note der serbischen Regierung auf seine Forderungen. Obwohl sich die serbische Note weitgehendst an den mit Izvolskij vereinbarten Textentwurf hielt, wich sie dennoch in einem zentralen Punkt von diesem ab.²⁷³ Denn Belgrad hob nun, entgegen dem russischen Vorschlag, den internationalen Charakter der Annexionsfrage hervor. Eine Überantwortung der Thematik an die Signatarmächte war sowohl für Wien als auch Berlin unannehmbar und wurde demzufolge, auch unter dem Aspekt der osmanisch-österreichischen Vereinbarung, abgelehnt. Dem serbischen Gesandten ließ Aehrenthal ausrichten, dass er die Antwort seiner Regierung als ungenügend betrachte. Daraufhin reagierte Belgrad mit der Einberufung weiterer Reserveeinheiten. Demgegenüber trug die Regierung in Wien zu einer Verschärfung der Krise bei, indem sie für den Fall, [...] „daß Serbien bis zum 13. März keine befriedigende Antwort auf die erwähnte österreichische Aufforderung gab, die Einleitung unmittelbarer Kriegsvorbereitungen beschloss.“ [...] ²⁷⁴

Angesichts der drohenden Eskalation, trat in Carskoe Selo der russische Kriegsrat zusammen. Die Teilnehmer der Konferenz mußten während ihrer Beratungen darüber Einigkeit erzielen, dass das Zarenreich in der derzeitigen Situation gänzlich kampfunfähig sei und demzufolge keinen militärischen Konflikt riskieren dürfe.²⁷⁵ In der russischen Metropole verdichtete sich des weiteren auch die Meinung, dass sich Berlin zunehmend daran mache, die Fäden in dieser Angelegenheit an sich zu ziehen. Und in St. Petersburg lag man nicht ganz falsch mit dieser Vorstellung. Denn in Berlin gab in diesem Augenblick im Auswärtigen Amt, ein zu allem entschlossener Kiderlen-Wächter den Ton an.²⁷⁶

Als Reaktion auf die Gespräche in Carskoe Selo ließ der Zar einige Tage später verlautbaren, dass sich Rußland an keinem Krieg beteilige werde. Izvolskij bemühte sich daran anzuknüpfen indem er versicherte, Rußland werde [...] „falls es zum österreichisch-serbischen Konflikt komme, keinesfalls aus [der] Neutralität heraustreten“ [...] ²⁷⁷ Vor dem Hintergrund einer möglichen Kompromittierung der russischen Außenpolitik durch Aehrenthals Veröffentlichungsankündigung erreichten die russisch-deutschen Gespräche eine neue Ebene. Bülow ließ gegenüber Izvolskij seine Bereitschaft erkennen, seinen Einfluß bei Aehrenthal in dieser Sache geltend zu machen, wenn im Gegenzug Izvolskij, neben Rußland, auch die anderen Signatarmächte dazu brächte, die Annexion als vollendete Tatsache anzuerkennen.²⁷⁸ Der deutsche Kanzler war hierzu überzeugt, dass sich auf diese Art und Weise eine internationale Konferenz zur Frage der Annexion erübrigen würde.

271 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 172

272 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 1, N. 9173, S. 360

273 - Österreich-Ungarns Außenpolitik II, Nr. 116, S. 69

274 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 175

275 - Österreich-Ungarns Außenpolitik II, Nr. 1243, S. 120

276 - Kiderlen-Wächter wurde zur Unterstützung des kranken Staatssekretärs Wilhelm von Schoen, aus Bukarest in die deutsche Hauptstadt berufen. Er wurde im Verlauf der kommenden Ereignisse immer wichtiger, da sich Bülow zunehmend mit der „Daily Telegraph“ Affäre und mit einem politischen Kompromiß bezüglich Marokkos auseinanderzusetzen hatte. Denn Anfang Februar kam es in den Differenzen bezüglich der Marokkos zu einer Übereinkunft zwischen Frankreich und Deutschland. Darin akzeptierte Bülow die politische Vormachtstellung Frankreichs, welches im Gegenzug Berlin zugestand, sich am wirtschaftlichen Aufbau des Landes in führender Position zu beteiligen. in: Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 83

277 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 2, N. 9451, S. 683

Zudem ließ Bülow keinen Zweifel daran, dass er im Fall eines Scheiterns dieser Initiative mit Bedauern, den Dingen ihren freien Lauf lassen müsse.

Unterdessen setzte sich in London immer mehr der Eindruck durch, durch Serbien in eine heikle außenpolitische Lage gebracht worden zu sein. Den äußeren Anlaß zu dieser Auffassung lieferte die Veröffentlichung der serbischen Antwortnote auf die Aufforderung Wiens vom Anfang des Monats. Denn über weite Strecken zeigte sich das Dokument abermals fast identisch mit dem Entwurf. Nicht nur Wien, sondern auch London, Paris und Rom qualifizierten die serbische Note als unbefriedigend.²⁷⁹ Die Krise strebte langsam aber sicher ihrem Höhepunkt entgegen, als das Parlament in Belgrad weitere Mittel für die Armee bewillige, zwei Vorschläge des britischen Außenministers keine Aussicht auf Erfolg versprachen und vor allem die deutsche Vermittlungsinitiative von St. Petersburg, freundschaftlich aber doch, abgelehnt wurde.²⁸⁰ Berlins Aufnahme der russischen Ablehnung fiel dementsprechend ungünstig aus. Vom Kaiser abwärts waren die deutschen Entscheidungsträger empört und reagierten äußerst verstimmt auf den russischen Schritt.²⁸¹ Den Hauptgrund für die offensichtliche Ablehnung begründete Berlin vor allem mit der lavierenden Politik des russischen Außenministers.²⁸² Demzufolge richtete sich die deutschen Emotionen in erster Linie gegen dessen Person.²⁸³ Auf der Basis eines Entwurfs Kiderlen-Wächters²⁸⁴ ließ sodann die Antwort Bülows nicht lange auf sich warten.²⁸⁵ Graf Pourtalés wurde darin angewiesen Izvol'skij davon zu unterrichten, dass Berlin bereit sei, [...] „der österreich-ungarischen Regierung vorzuschlagen, die Mächte unter Bezugnahme auf das ihnen bereits mitgeteilte österreichisch-osmanische Abkommen zu ersuchen, der Außerkraftsetzung des Artikel XXV des Berliner Vertrags zuzustimmen.“[...]²⁸⁶ Bülow ließ in diesem Zusammenhang eindeutig erkennen, dass er zu diesem Schritt nur dann bereit sei, wenn St. Petersburg der Streichung des Artikel XXV ohne Vorbehalte akzeptiere. Desweiteren brachte der Kanzler zum Ausdruck, dass er eine präzise Antwort, in der Form von „ja oder nein,“ erwarte. - [...] „jede ausweichende, verklausulierte oder unklare Antwort würden wir als eine Ablehnung betrachten müssen. Wir würden uns dann zurückziehen und den Dingen ihren Lauf lassen; die Verantwortung für alle weiteren Ereignisse würde dann ausschließlich Herrn Izvol'skij zufallen.“[...]²⁸⁷ Im Hinblick auf den serbischen Versuch, die Annexion zu internationalisieren, stellte Bülow demgegenüber klar fest, dass [...] „die Konferenzfrage hat mit unserer Demarche nichts zu tun, [...]“²⁸⁸ und mahnte zur Eile.²⁸⁹

Vor dem Spiegel der eigenen Schwäche willigte das Zarenreich schlußendlich in den deutschen Vorschlag ein. St. Petersburg stimmte zu, einem möglichen Ansuchen Wiens um Aufhebung des

278 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 2, N. 9437, S. 669 - 670

279 - Uebersberger, Österreich zwischen Russland und Serbien, S. 35 und Österreich-Ungarns Außenpolitik II, Nr. 1209, S.101

280 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 2, N. 9465, S. 700

281 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 2, N. 9458, S. 692

282 - siehe dazu Skriván, Schwierige Partner, „Das deutsche Ultimatum“, Seite 183 - 187

283 - Österreich-Ungarns Außenpolitik II, Nr. 1299, S.155

284 - Kiderlen-Wächter bringt am 23. 3. 1908 als der Urheber der Note seine Befriedigung zum Ausdruck, [...] „daß mit Iswolsky klar und deutlich geredet wird! Der Reichskanzler hat heute meine Note an Pourtalés nach Petersburg für Iswolsky gezeichnet. ... Hoffentlich erreiche ich damit die Entscheidung.“ [...] - in: Gruppelt, Die deutsche Politik in der Zeit der Bosnischen Krisis, S. 84

285 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 2, N. 9460, S. 693 - 695

286 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 2, N. 9460, S. 694

287 - Ebenda, XXVI/ 2, N. 9460 S. 694

288 - Ebenda, XXVI/ 2, N. 9460 S. 695

289 - Kiderlen-Wächters Ausführungen zufolge, war Berlin zu diesem Zeitpunkt zu keiner militärischen Auseinandersetzung mit Rußland bereit, [...] „da Rußland sicherlich Schläge abbekommen würde, und das bedeutete eine Revolution, gefolgt von einer Republik. Das würde uns ganz und gar nicht zupass kommen! Besonders, da wir selbst noch nicht zu einem parat sind.“ [...], in: Gruppelt, Die deutsche Politik in der Zeit der Bosnischen Krisis, S. 77

Paragrafen XXV nachzukommen. Trotz alledem enthielt die russische Stellungnahme auch den Wunsch, Berlin möge seinen Einfluß auf den Bündnispartner dahingehend geltend machen, dass der britische Lösungsvorschlag, der zum Ziel hatte eine friedliche Übereinkunft zwischen Habsburg und Serbien herbeizuführen, positiv beurteilt werde.²⁹⁰

Es schien in diesem Moment, als ob einer friedlichen Lösung der Annexionskrise nunmehr nichts mehr entscheidendes im Wege stehen würde. Aehrenthal würdige den Schritt Berlins mit den Worten: [...] „Ich ersuche Eure Exzellenz, dem Herrn Reichskanzler meine dankbare Befriedigung über das Resultat des von Graf Pourtalés in Petersburg unternommenen Schrittes, von welchem ich mir eine günstige Rückwirkung auf die ganze Situation erwarte, zum Ausdruck zu bringen.“ [...] ²⁹¹ Und auch der Zar ließ in einem Schreiben an Wilhelm II. seine Hoffnung anklingen, [...] „with your powerful help and through your influence in Vienna we may be able to settle the trouble in a just way.“ [...] ²⁹² In den Augen Izvolskijs war jedoch die rasche Nachgiebigkeit Rußlands gleichbedeutend mit einem erheblichen Imageverlust. Demzufolge wurde sich der russische Außenminister innerhalb kürzester Zeit bewußt, dass er sowohl gegenüber Großbritannien, als auch gegenüber Frankreich eine Rechtfertigung für sein schnelles Einlenken brauchte.²⁹³ Er ließ daher die deutsche Note gegenüber den Repräsentanten dieser Mächte in einem schärferen Licht erscheinen, als sie im Grunde war. So berichtete der britischer Botschafter in St. Petersburg Sir Arthur Nicolson, der als ein strikter Befürworter und Vorkämpfer der sogenannten „Einkreisungspolitik“ sowie als steter Mahner vor der „deutschen Gefahr“ galt, nach einer Unterredung mit dem russischen Außenminister nach London. [...] „Er sei der Ansicht, dass die zwei Mittelmächte sich seit einiger Zeit über ihr Programm geeinigt hätten und jetzt den Augenblick für gekommen hielten, um Rußland an die Wand zu drücken. ... Baron von Aehrenthal schüchtere Rußland durch Deutschland ein, und damit habe er Erfolg gehabt. ... er könne mir mitteilen, dass ... für den Fall, Rußland die Annahme der deutschen Forderungen verweigerte, alles zum Einfall österreichischer Truppen in Rußland (!) und zum Angriff Österreichs auf Serbien bereit sei.“ [...] ²⁹⁴ Der deutschfeindliche Haltung des Empire wurde durch die Ankündigung eines „deutschen Ultimatums“ an Rußland neue Nahrung gegeben. In diesem Sinn ließ die Times am 25. März 1909 verlautbaren: [...] „Deutschland habe in einem Streit, indem es nicht in erster Reihe interessiert war, sein Schwert in die Wagschale geworfen, um der Welt im allgemeinen und Rußland im besonderen zu zeigen, dass mit Deutschlands Zustimmung und Unterstützung Verträge ungestraft gebrochen und kleine Staaten in den Staub gedrückt werden können, dass aber ohne Deutschlands Zustimmung und Unterstützung die friedliche Diplomatie der anderen Mächte zur Unfruchtbarkeit verurteilt wäre.“ [...] ²⁹⁵

Aus den fälschlich aufgenommenen Informationen und den Selbstzweck dienlichen Interpretationen entwickelte sich letztlich die „Legende vom deutschen Ultimatum“ an Rußland, dass in dieser Form keinesfalls dem ursprünglichen Dokument entsprochen hat.²⁹⁶ Der Großteil der Historiker ist sich mittlerweile über die Tatsache einig, dass es sich hierbei um einen Vermittlungsversuch und keineswegs um eine Ultimatum handelte. Eine Drohung mit eventueller Handlung liegt hier nicht vor. Die deutsche Note wurde lediglich an eine Bedingung geknüpft und mit der Anmerkung versehen, bei deren Nichterfüllung „den Dingen ihren Lauf zu lassen.“²⁹⁷

290 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 2, N. 9468, S. 703

291 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 103

292 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 2, N. 9465, S. 700

293 - Grumpelt, Die deutsche Politik in der Zeit der Bosnischen Krisis, S. 86f

294 - Ebenda, S. 87

295 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 104

296 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 186

297 - Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs, S. 645

Mit dem Einlenken des Zarenreiches schien ein Haupthindernis auf dem Wege einer gütlichen Einigung, überwunden worden zu sein. Zu einem tatsächlichen Ende der Problematik konnte allerdings erst eine formelle Anerkennung der Annexion durch alle Signatarmächte, im Zusammenhang mit einer Abkehr Serbiens von seinen Kompensationsforderungen, führen. Daraus resultierend erfolgte der nächste diplomatische Schritt von Paris aus.²⁹⁸ Ende März regte der französische Außenminister in einem Zirkulartelegramm dazu an, den Artikel XXV für den Fall aufzuheben, wenn es gelänge, eine Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien herbeizuführen. Stephen Pichons Vorschlag sah dazu vor, dass die diesbezügliche Initiative von Belgrad, in Form einer offiziellen Note an Wien, umgesetzt werden sollte. Vor dem Hintergrund einer baldigen Invasion Serbiens durch k. u. k. Truppenverbände stellte Paris allerdings fest, dass dieses Einverständnis erst dann erfolgen werde, wenn die Verhandlungen über die Note, die Belgrad an Wien senden sollte, positiv abgewickelt seien.²⁹⁹

Neben dem deutschen Lösungsvorschlag stand nunmehr auch eine französische Variante zur Disposition. Darüberhinaus verlangte der italienische Außenminister für seine Zustimmung zum deutschen Vorschlag auch die Annullierung des Artikel XXIV des Berliner Vertrags.³⁰⁰ In dieser Situation nahm London das „diplomatische Ruder“ in die Hand. Außenminister Grey ging von der Vorstellung aus: [...] „Zeigte Österreich-Ungarn Bereitschaft, Serbiens Versicherung über gute Nachbarschaft und die Zurückführung der Armee auf Friedensstärke zu akzeptieren, würden die Großmächte alles tun, um Serbien zu einer diesbezüglichen Note an Österreich zu bewegen.“ [...] ³⁰¹ Nachdem sich das Foreign Office die Zustimmung zu diesem Vorschlag von Rom, Paris und St. Petersburg bestätigen ließ und die Hoffnung äußerte, dass er auch von Berlin unterstützt werden würde, wurde eine entsprechende Aufforderung auch an Wien und Belgrad gesant. Durch die offensichtliche Rückendeckung des Deutschen Reich und sich der Nachgiebigkeit Rußlands bewußt, ließ Aehrenthal in dieser Situation jedoch absolut keine Kompromißbereitschaft erkennen. Aehrenthal hielt an seinen Forderungen fest. Darin [...] „sollte Serbien alle seine Proteste gegen die Annexion aufgeben, sich zu einer Politik der freundschaftlichen Nachbarschaft gegenüber der Habsburgermonarchie verpflichten, die Heeresstärke auf den Stand vom Frühjahr 1908 senken, eine Entwaffnung der irregulären Verbände vornehmen und deren eventuelle Neuformierung sowie ein Einsickern über die österreichisch-ungarische und osmanische Grenze verhindern.“ [...] ³⁰²

Aehrenthals Festhalten an den Bedingungen sollte allerdings nicht bedeuten, dass er es auf einen Krieg mit Serbien ankommen lassen wollte. Aehrenthal dachte lediglich daran, die vollzogene Annexion zu verteidigen, ohne dabei weitere Forderungen zu verfolgen. Eine eindeutige Demütigung des Balkanstaats schien ihm als „Strafe“ durchaus ausreichend zu sein.³⁰³ Deshalb entschied sich der Außenminister gegen Conrad, der zu diesem Zeitpunkt, als Reaktion auf die serbische Mobilisierung, die k. u. k. Truppen in den Annexionsgebieten aufstockte³⁰⁴ und für eine Lösung der Krise, vehement einen militärischen Schlag gegen Serbien forderte. Denn immerhin lag eine Ausweitung des regional beschränkten Konflikts zu einem gesamteuropäischen Krieg im Bereich der Möglichkeit.³⁰⁵ Allein die Ankündigung einer ultimativen Festlegung stand im Rahmen der

298 - Skriván, Schwierige Partner, S. 187

299 - Große Politik der Europäischen Kabinette, XXVI/ 2, N. 9476, S. 710

300 - der Artikel XXIV beschränkte die Souveränität Montenegros. Insofern, dass sich die außenpolitischen Aktivitäten des Landes in Abhängigkeit von der Zustimmung Wiens befanden. in: Skriván, Schwierige Partner, S. 189

301 - Skriván, Schwierige Partner, S. 189

302 - Ebenda, S. 190

303 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 655

304 - Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, S. 266

305 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 99f

Überlegungen im Raum. Er war sich darüberhinaus zweifellos auch der Tatsache bewußt, dass das Resultat einer militärischen Auseinandersetzung mit Serbien weder die Ankurbelung der Militärmaschinerie noch den finanziellen Aufwand rechtfertigen würde. Da mit Hilfe des nunmehr souveränen Bulgariens darüberhinaus zukünftig eine Schwächung Serbiens auch leichter zu realisieren sein würde, veränderte sich Aehrenthals Lösungsansatz von der militärischen zugunsten einer friedlichen Beilegung der Krise.³⁰⁶ Nichtsdestotrotz steckten die britisch-österreichischen Verhandlungen durch die Unvereinbarkeit der Standpunkte in einer Sackgasse. Trotz intensiver Bemühungen gelang es nicht, sich über die Art und den Inhalt des serbischen Note zu einigen. Dieser Umstand änderte sich erst durch die Information, dass St. Petersburg die deutschen Vorschläge zur Anerkennung der Annexion angenommen habe. Unter dieser Voraussetzung intensivierte London seine Bemühungen, eine adäquate serbische Note in Übereinstimmung mit Wien³⁰⁷ zu verfassen.³⁰⁸ Den durch den russischen Schritt wurde genau jener Handlungsspielraum geschaffen, der es London ermöglichte, [...] „dem österreichisch-ungarischen Außenminister die geforderten Zusicherungen bezüglich der Annullierung von Paragraph XXV des Berliner Abkommens zu geben, ...“ [...] ³⁰⁹

Am 28. März 1909 hatte somit auch Großbritannien die Annexion Bosniens und der Herzegowina anerkannt.³¹⁰ Gerade noch rechtzeitig vor dem Beschluß des Gemeinsamen Ministerrats, die Krise gewaltsam zu beenden.³¹¹ An diesem Tag kam es auch zu einem Meinungsaustausch zwischen Josef Redlich und dem österreich-ungarischen Außenminister. Darin brachte Aehrenthal seine Vorstellungen bezüglich der Beendigung der Krise zum Ausdruck. Laut Redlich ging es Aehrenthal erst in zweiter Linie darum „einen diplomatischen Erfolg zu verzeichnen. Primär wollte er sich im „Südosten Ruhe verschaffen.“ Der Außenminister brachte dabei im Rahmen der Unterredung seine Haltung gegenüber Serbien unmißverständlich und sehr salopp zum Ausdruck - [...] „Der serbische Lausbub hat in unserem Garten Äpfel stehlen wollen, wir haben ihn gepackt und werden ihn erst loslassen, wenn er dauernde Besserung verspricht.“ [...] ³¹² Nachdem sich die Signatarmächte also einigten und Belgrad von ihrem Schritt unterrichteten, überreichte daraufhin der serbische Gesandte in Wien, Simic', am 31. März eine Verbalnote seiner Regierung.³¹³ Darin verpflichtete sich Belgrad unter anderem, die Annullierung des Artikel XXV zu akzeptieren, die Truppenstärke zu reduzieren und gute nachbarschaftliche Beziehungen mit Wien zu unterhalten.³¹⁴ Die Zukunft sollte jedoch zeigen, dass Belgrad keineswegs gewillt war, die in der Note enthaltenen Verpflichtungen gegenüber Österreich-Ungarn einzuhalten.

Vorerst allerdings bedeutete das Ende der Krise für Aehrenthal, als Stellvertreter der Monarchie, die Bestätigung seiner Arbeit und die Richtigkeit seines Konzepts. Österreich-Ungarn war durchaus noch in der Lage, sich gegenüber Anfeindungen und Provokationen Fremder, durch selbstbewußtes Auftreten Geltung und Respekt zu verschaffen.³¹⁵ Nachdem Anfang April in Konstantinopel sowohl das Parlament, als auch einige Tage später, der Senat das österreich-osmanische Protokoll

306 - Grumpelt, Die deutsche Politik in der Zeit der Bosnischen Krisis, S. 70

307 - Uebersberger, Österreich zwischen Russland und Serbien, S. 38

308 - In diesem Sinne äußerte sich der serbische Außenminister Milovanovic' im September 1909 gegenüber dem rumänischen Ministerpräsidenten, dass nicht Rußland Serbien während der Annexionskrise zum Widerstand gegen die Monarchie getrieben habe, sondern England, allerdings mit dem Schlußsatz aller Ratschläge, „sans toutefois faire la guerre“, in: Österreich-Ungarns Außenpolitik 2, Nr. 1747

309 - Skriván, Schwierige Partner, S. 191

310 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 104

311 - Urbanski, Conrad von Hötzendorf, S. 190

312 - Fellner Fritz, Das politische Tagebuch Josef Redlichs. I. Band 1908 - 1914. Graz, Köln 1953. S. 10

313 - Österreich-Ungarns Außenpolitik II, Nr. 1425, S.225

314 - Uebersberger, Österreich zwischen Russland und Serbien, S. 40

315 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 107

vom Februar ratifizierten, ersuchte demzufolge Aehrenthal die Signatarmächte des Berliner Abkommens um die Annullierung des Artikel XXV des diesbezüglichen Vertrags. Im Zeitraum zwischen 7. und 19. April trafen daraufhin die gewünschten Erklärungen ein.³¹⁶ Damit galt die „Bosnienkrise“ formal als beendet.

EPILOG

Am Ende der Krise stand somit Aehrenthal als Sieger da, der mit seinem Coup nicht nur Serbien sondern auch seinen russischen Amtskollegen eine schmerzliche Lektion erteilt hatte. Sein grundsätzliches Ziel aber, die südslawische Frage einer für Österreich-Ungarn befriedigenden Lösung zuzuführen, wurde nicht erreicht. Im Rahmen der Annexionskrise gelang es weder, die entsprechenden Tatsachen zu schaffen, Belgrads großserbische Ambitionen zu vereiteln, noch die serbischen Bemühung einzudämmen, gemeinsam mit den „slawischen Brudervölkern“, innerhalb der Grenzen der Monarchie einen südslawischen Verbund aufzubauen. Darüberhinaus konnte Aehrenthals außenpolitischer Erfolg auch im Inneren nicht in dem Ausmaß umgesetzt werden, wie sich das der Außenminister in seinen konzeptionellen Überlegungen vorgestellt hatte. Eine innenpolitische Stabilität der Monarchie konnte zwar kurzfristig erreicht werden, desweiteren gelang es allerdings nicht, die vielerorts vorhandenen Symptome des offensichtlichen Verfalls der politischen Strukturen, zu kaschieren.³¹⁷ Aehrenthals Ziel, die Ereignisse für weitreichende Reichsreformen zu nützen, scheiterte schlußendlich an der Unfähigkeit der politisch Verantwortlichen.

Die Beziehungen zu Deutschland stellten sich am Ende der Krise als fest und unverrückbar dar. Das Bündnis zeigte keine Risse, obwohl Aehrenthals anfänglicher Alleingang in deutschen Regierungskreisen vorderhand zu Verstimmungen und Irritationen führte. Hatte er doch, noch bevor er die deutsche Regierung von seinen Plänen unterrichtete, mit Rußland verhandelt und Italien informiert. Nichtsdestotrotz nahm Berlin von Anfang an, ohne zu Zögern, seine Position an der Seite Österreich-Ungarns ein. Obwohl sich die Lage des Deutschen Reiches während der Annexionskrise in vielerlei Hinsicht heikel, und prekär gestaltete, so wurde, durch die Ereignisse bedingt, das Bündnis der Zweibundpartner desweiteren auf eine neue Ebene gestellt. Denn durch die Bestätigung des „casus foederis“ am Höhepunkt der Krise, wandelte sich der Charakter der Kooperation von einem Defensiv - zu einem Offensivbündnis.³¹⁸

Am 8. Dezember 1908 und am 29. März 1909 stellte Bülow die Grundzüge seiner politischen Haltung während der Annexionskrise im Deutschen Reichstag zur Debatte. Dabei mußte sich Bülow gegen die heftige Kritik der Parlamentarier Stellung beziehen und sich gegen deren Vorwürfe verteidigen. Der Kanzler bekräftigte dabei seine absolute Loyalität zu den Grundsätzen des Dreibunds. In den Augen Bülows hatte die europäische Geschichte selten oder nie ein Bündnis von einer Standfestigkeit dieser Konstellation gesehen.³¹⁹ Im Rahmen seiner Erinnerungen zog Bülow aus der bosnischen Krise die Lehre, „dass [...] „unsere Weltpolitik auf unserer Kontinentalpolitik ruht. Unsere Weltpolitik hatte uns in Gegensatz zu England gebracht.“ [...]“³²⁰ Und kommt dann resümierend zu dem Ergebnis; [...] „Die Spitze der englischen Politik schien sich weniger gegen Österreich als gegen das mit Österreich verbundene Deutschland zu richten. Es war das erstemal, daß das deutsch-österreichische Bündnis vor einem schweren Konflikt seine Haltbarkeit und

316 - Skrivan, Schwierige Partner, S. 193

317 - Angelow, Kalkül und Prestige, S. 201

318 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 660

319 - Bülow, Bernhard Fürst von, Deutsche Politik. Berlin 1916, S. 64

320 - Ebenda, S. 63

Stärke erweisen sollte. Ich ließ in meinen Reichstagsreden wie in meinen Weisungen an unsere Vertreter im Ausland keinen Zweifel, dass Deutschland entschlossen sei, in Nibelungentreue und unter alle Umständen am Bündnis mit Österreich-Ungarn festzuhalten. Das deutsche Schwert war in die Wagschale der europäischen Entscheidung geworfen, unmittelbar für unseren österreichisch-ungarischen Bundesgenossen, mittelbar für die Erhaltung des europäischen Friedens und vor allem um in erster Linie für das deutsche Ansehen und die deutsche Weltstellung.“ [...] ³²¹ Darüberhinaus bedeutete für ihn der Verlauf der bosnischen Krise tatsächlich das Ende der Einkreisungspolitik Eduards VII. [...] „Keine Macht zeigte Lust, die eigenen europäischen Interessen fremden weltpolitischen Interessen unterzuordnen und die eigenen Knochen für andere zu Markt zu tragen. Durch die bosnische Annexionskrise wurde weder der Krieg entfesselt, noch auch nur unser Verhältnis zu Rußland ernstlich geschädigt.“ [...] ³²² Für Bülow sei Österreich-Ungarn seit einem Menschenalter dem Deutschen Reich ein treuer Bundesgenosse gewesen, dem es gelte in einer schwierigen Situation nicht zu kritisieren, sondern hilfreich die Hand entgegenzustrecken. Denn nur in der Unerlöschlichkeit des Bündnisses mit Habsburg sah Bülow die Gewähr für den Frieden in Europa.

In diesem Sinn gestaltete sich auch der Besuch des Deutschen Kaisers, der auf seiner Rückreise aus Griechenland im Mai 1909 einige Tage in Wien verweilte. Sein triumphaler Einzug in die Stadt geriet dabei zu einer öffentlichen Manifestation des Bündnisgedankens. Bei einem Festbankett zu Ehren des deutschen Souveräns hob Franz Josef die Bedeutung des Bundes hervor und drückte seine [...] „aufrichtige Dankbarkeit für die neuerdings in glänzender Weise bewährte bundesfreundliche Haltung des Deutschen Reiches aus, dessen stets hilfsbereite Unterstützung die Erfüllung meines innigen Wunsches in so hohem Maße erleichtert hat, alle entstandenen Schwierigkeiten ohne kriegerrische Verwicklungen auszugleichen.“ [...] ³²³

Während der Zweibund gestärkt aus der Krise hervor ging, zeigten sich allerdings im Bündnis mit Italien starke Risse. ³²⁴ Innerhalb der italienischen Bevölkerung wurden durch die Ereignisse alte, längst überholt geglaubte, italienisch-österreichische Vorurteile wieder an die Oberfläche gekehrt. Obwohl der rechtliche Zustand der Okkupationsgebiete für Italien grundsätzliche keine wesentliche Bedeutung hatte, entwickelte sich die öffentliche Meinung, nach einer kurzen Phase der Ruhe, überaus ablehnend und feindselig. Im Zentrum der Kritik stand dabei der italienische Außenminister. Tittoni mußte sich einerseits den Vorwurf gefallen lassen, dass sich seine pro-österreich Politik als Mißerfolg herausgestellt habe und dass er andererseits von Aehrenthal in der Annexionsfrage „über den Tisch“ gezogen wurde. Im Verlauf der Krise wurde desweiteren die bereits extrem aufgewühlte italienische Volksseele wiederholt durch eine gezielte Pressearbeit der französischen Diplomatie angeheizt. Daraufhin forderte die italienische Opposition einen außenpolitischen Kurswechsel, mit dem Ziel einer politischen Annäherung an London und Paris. Der italienische Außenminister geriet zunehmend in eine unhaltbare Position. Tittoni hatte nämlich nicht nur seine außenpolitischen Ambitionen auf der Basis einer Verständigungspolitik mit Wien aufgebaut, sondern er war auch persönlich in die Ereignisse involviert. Durch seine anfängliche Versicherung, dass es sich bei der Annexion um eine inner-österreichische Angelegenheit handle, mißachtete er den vertragsverletzenden Charakter der Aktion. Sodann geriet Tittonis Optik in ungeheure Schieflage als sich in der Öffentlichkeit heraus stellte, dass er österreichischen Politikern zu verstehen gegeben habe, dass ihm die Annexion recht sei. Mit dieser Haltung war er vor allem

321 - Ebenda, S. 59

322 - Ebenda, S. 60

323 - Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 110

324 - Afflerbach, Der Dreibund, S. 640 bis 652

innenpolitisch kompromittiert, nicht zuletzt auch aufgrund der Tatsache, dass er der Öffentlichkeit (mißverständlich) eine Kompensation in Aussicht stellte. Von einer Kompensation konnte jedoch keine Rede sein. Daher unternahm der italienische Außenminister eine Reihe mehr oder weniger erfolgreicher Schritte, um die massiv über ihn hereinbrechende Kritik zu entschärfen. Als unmittelbare Folge wurde Tittoni hierzu durch die Überheblichkeit der Wiener Diplomatie ebenso, wie durch den Entzug der Vertrauensbasis in Aehrenthals Politik dermaßen verärgert, dass er eine Neuorientierung der italienischen Außen- und Bündnispolitik nicht mehr grundsätzlich ausschloß. Für Italien wurde das Vorgehen der Monarchie während der Annexionskrise zunehmend unerträglich. Die parlamentarischen Kräfte richteten sich dabei weniger gegen den Dreibund als gegen die Politik aus Wien. Daher erhoffte Regierung und Parlament in Rom eine rasche Beendigung des unhaltbaren Zustands oder wenn nicht [...] „dann müsse Italien auf die Allianz verzichten und seine Streitkräfte so verstärken, dass sie das Land auch gegen den ehemaligen Verbündeten verteidigen könnten.“[...] Mit dieser Grundstimmung wurde dem Ballhausplatz eindringlich die Rute ins Fenster gestellt. In der politischen Landschaft der Monarchie wurde die Entwicklung als ernst zu nehmendes Symptom einer Dreibundkrise gedeutet. Wien erhielt dadurch gleichsam die Rechnung für seine jahrelangen militärischen Drohgebärden präsentiert. Die Phase der Annäherung zwischen 1906 bis 1908 schien vorüber. Tittoni zeigte sich ob der österreich-ungarischen Haltung extrem ernüchtert und vertrat im folgenden die Ansicht, dass man mit der Monarchie nur auskäme, wenn man ihr militärisch gewachsen sei.³²⁵

Die Annexionskrise hatte zweifelsohne das (kurzfristige) „Aufweichen“ der starren Beziehungen gebracht. Trotz intensiver außenpolitischer Aktivität blieb die Monarchie in der Folge allerdings weitgehend isoliert und war mehr als zuvor auf deutsche Unterstützung angewiesen. Für Berlin führten die Auswirkungen der Krise zumindest zu einer kurzfristigen Besserung der deutsch-russischen Beziehungen. Es folgten Gespräche über Persien und ein gegenseitiges Abkommen, indem beschlossen wurde, dass im Falle einer erneuten Krise, einer aggressiven Politik des jeweiligen Bündnispartners keine Unterstützung zukommen werde. Die russische Außenpolitik schlug allerdings langfristig einen anderen Weg ein. Denn sowohl die russische Öffentlichkeit, als auch die politische Elite des Zarenreiches fühlte sich bezüglich der Annexionsereignisse aufs tiefste verletzt und gedemütigt. Für die russische Führung wurde nach den schmerzlichen Erfahrungen rasch klar, dass eine Situation der Erpressbarkeit durch eine fremde Macht, in dieser Form, nie wieder eintreten dürfe. Das zaristische Rußland entwickelte daraufhin erhebliche Rüstungsbemühungen, um militärisch (wieder) zu erstarken und den Balkan nach seiner Façon umzugestalten. Im Sinne der sozialdarwinistischen Lehre dieser Zeit galt es darüberhinaus, sich auf die kommende Auseinandersetzung zwischen Slawen- und Germanentum vorzubereiten. Die russische Aufrüstung führte in den folgenden Jahren bis zum Ersten Weltkrieg zu einem gesamteuropäischen Rüstungswettlauf, indem alle Mächte danach trachteten, ihre Arsenale für einen möglichen Krieg mit den modernsten Waffen zu füllen. Als Folge der Annexionskrise wurde jedoch die Spaltung Europas in zwei Machtblöcke, trotz aller diplomatischen Bemühungen, offensichtlich.

Was im Hinblick auf zukünftige Ereignisse aber vielleicht viel schwerer wog, war die Tatsache, dass damit auch die Konsensfähigkeit der europäischen Staatengemeinschaft verloren ging. Als Konsequenz der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn manifestierte sich schon bald eine politisch-militärische Blockbildung, dessen augenscheinliche Entwicklung in unmittelbarer Wechselwirkung mit unvorhersehbaren Auswirkungen für die politischen und gesellschaftlichen Strukturen des „Alten Kontinents“ stand.

ZUSAMMENFASSUNG

Am Ende der Annexionskrise präsentierte sich die Beziehung der Zweibundpartner gestärkt und intensivierter als jemals in ihrem 30 jährigen Bestehen zuvor. Sowohl Österreich-Ungarn, als auch dem Deutschen Reich war es im Verlauf der Krise zu einem Großteil gelungen, ihre außenpolitischen Ziele zu verteidigen und gegenüber den „Westmächten“ durchzusetzen. Wiens Wissen um den bedingungslosen Rückhalt sowohl des Kaisers als auch bei der deutschen Regierung, trug zu einem hohen Maße mit dazu bei, dass es der Monarchie im Rahmen dieser diplomatischen Auseinandersetzung gelang, ihre definierte Position zu behaupten und seine Balkaninteressen, vor allem gegenüber dem Zarenreich, zu behaupten.

Wenngleich der österreich-ungarische Außenminister mit der Annexion Bosniens und der Herzegowina ein äußerst riskante Entwicklung vom Zaun brach, gelang es ihm durch seine Initiative doch, einen prestigeträchtigen außenpolitischen Erfolg für das international angeschlagenen Image des Vielvölkerreiches zu erzielen. Obwohl der friedliche Ausgang der Krise bis zuletzt nicht mit Sicherheit festzustehen schien, bildete er trotz allem lediglich den Abschluß einer Tendenz, die Aehrenthal bereits vor der Jahrhundertwende, in Form seiner Prager Denkschrift einleitete. Ab diesem Zeitpunkt zeigte sich der spätere k. u. k. Außenminister genauso konsequent in seiner politischen Haltung wie in der systematischen und zielgerichteten Umsetzung seiner Konzepte. Das (kurzfristige) Zusammenrücken der sich durch ihre weitgehend divergierenden Forderungen aufreibenden politischen Gruppen innerhalb des Vielvölkerstaates, resultiert genauso aus der Tatsache seiner persönlichen Beharrlichkeit, wie es auch auf seinen festen Willen nach einer nachhaltigen innenpolitischen Konsolidierung des Habsburgerreiches zurückzuführen ist. Es sind im wesentlichen Attribute wie Fleiß, Einsatz, Ausdauer und Charakterstärke, die sich in der Qualität seiner Tätigkeit für stabile Verhältnisse und einer positiven Entwicklung der Donaumonarchie im Laufe seiner Amtszeit und speziell während der Krise manifestieren.

Vor dem Hintergrund der offensichtlich eskalierenden deutsch-britischen Spannungen bezüglich der Flottenrüstung zeigte der seit Algeciras eingeschlagenen deutsche Weg, nämlich angesichts der europäischen Mächtekonstellation eine enge Kooperation mit dem Zweibundpartner anzustreben, mehr als zuvor seine politische Berechtigung. Im Gegensatz zu Bülow's Versicherungen konnte der „Einkreisungsring“ der Westmächte zwar nicht durchbrochen werden, aber im Zuge der Annexionskrise gelang es Berlin immerhin, gegenüber der Monarchie seine unbedingte Loyalität unter Beweis zu stellen. Aus der Sicht Berlins durfte in Wien unter keinen Umständen Zweifel an der Richtigkeit der Zusammenarbeit aufkommen. Denn für das deutsche „Hegemoniekonzept“ hatte die Verbindung mit Habsburg oberste Priorität. Durch die Ereignisse rund um die Annexion der beiden osmanischen Provinzen traten die europäischen Bündnis-konstellationen zunehmend deutlich zu Tage. Wollte Berlin nicht riskieren, sein politisches Konzept, zur bestimmenden Macht in Europa aufzusteigen, revidieren zu müssen, durfte beim Partner nicht der kleinste Anschein von Mißstimmung erweckt werden. An Hand eines einvernehmlichen Vorgehens und der Zielsetzung der Mittelmächte sollte es das dezidierte Ziel Deutschlands sein, den Eindruck von Gemeinsamkeit und Geschlossenheit gegenüber dem Rest Europas zu demonstrieren.

Hinsichtlich einer kritischen Analyse durch die europäischen Mächte konnte dieser Eindruck in seiner Gesamtheit allerdings nur bedingt bestehen. Denn nicht zuletzt im Zuge der Annexionsereignisse mutmaßte London, dass hinter dem Vorgehen Wiens im Grunde die eigentlichen

Drahtzieher in der deutschen Hauptstadt zu finden seien. In der diesbezüglichen Beurteilung durch die Westmächte klappte jedoch ein tiefer Graben zwischen Wahrnehmung und Realität. Denn gerade durch die unflexible deutsche Haltung hinsichtlich der Strukturen ihrer Ambitionen mußte sich Berlin den außenpolitischen Vorgaben des Bündnispartners in der Annexionsfrage unterordnen. Darüberhinaus hatte Aehrenthal im Rahme seiner die Zukunft der Monarchie betreffenden Konzepte nicht nur ein Mal seinen festen Willen zum Ausdruck gebracht, dass er die erforderlichen Schritte für eine Machterweiterung Habsburgs am Balkan unter allen Umständen und ohne Rücksicht auf mögliche Konsequenzen, durchzusetzen gedenke. Für Österreich-Ungarn bildete diese Region die letzte Möglichkeit, seinen Status als europäische Großmacht zu unterstreichen. Demgegenüber standen keine erwägenswerten Alternativen, die Monarchie hatte keine nennenswerten alternierenden Varianten zur Verfügung. Und diese Tatsache war dem deutschen Zweibundpartner durchaus bewußt. Die britisch-russische Vermutung während der Annexionskrise, Österreich-Ungarn sei, aufgrund der offensiven außenpolitischen Parteinahme Deutschlands für die Belange des Partners auf den Stellenwert eines Satelliten Berlins zu reduzieren, entbehrt hierzu jeder objektiven Grundlage. Denn gerade die kompromißlose Politik Aehrenthals hatte zum Ziel, die Eigenständigkeit Wiens zu demonstrieren. Der österreich-ungarischen Bemühung um eine selbstbewußte Eigendefinition steht demzufolge lediglich der loyale Zusammenhalt zwischen den maßgeblichen Führungspersonlichkeiten der Mittelmächte gegenüber. Für den Fortbestand Österreich-Ungarns war eine erfolgreiche Lösung der Annexionsfrage von vitalem Interesse. Berlin stand daher zwar unbeirrbar an der Seite Wiens, die Marschrichtung wurde allerdings vom Ballhausplatz vorgegeben.

Angesichts des scheinbar übermächtigen militärischen und wirtschaftlichen Potentials Deutschlands schien die Annahme eines deutschen Führungsanspruchs innerhalb der Bündnisstrukturen ja durchaus opportun. Neben einer eindeutigen militärischen Dominanz tritt der deutsche Führungsanspruch allerdings nur in jenen Bereichen in aller Deutlichkeit zu Tage, wo es sich ausschließlich um die Wahrung der eigenen Interessen handelte. So fand zum Beispiel die Vorgehensweise Wiens gegenüber dem Wunsch der Pforte nach einer adäquaten Entschädigung nicht immer die ungeteilte, kritiklose Zustimmung des Partners. Mehr noch, hierzu kann im einzelnen sogar von einem anhaltenden Widerstand gegenüber der Strategie Wiens gesprochen werden. So sehr sich demzufolge Berlin bemühte, eine Mittlerrolle zwischen Wien und Konstantinopel zur Überbrückung der gegensätzlichen Standpunkte einzunehmen, so sehr ließ die deutsche Führung seinem Verbündeten in der Frage der serbischen Kompensationsforderungen freie Hand.

Während der gesamten Phase der Krise unterlag das Bündnis einer dynamischen Entwicklung, die vom gegenseitigen Vertrauen in die richtige Entscheidung des jeweils anderen gekennzeichnet war. In ihrem Kern erreichten die Mittelmächte eine Form der gegenseitigen Akzeptanz, in deren Rahmen es galt, unterstützend mitzuhelfen und konstruktiv an einer Problemlösung der Anliegen des Partners beizutragen, ohne sich jedoch selbst dabei grundlegend in die fundamentalen Interessen des Gegenübers negativ zu verstricken. In Anbetracht dieser Vorgehensweise und einer bis dato noch nicht stabilen Bündnis constellation der Westmächte konnte es diesbezüglich den Mittelmächten gemeinschaftlich, ohne die Anwendung von militärischen Mitteln, erst gelingen, einen wichtigen diplomatischen Erfolg im Rahmen ihrer geopolitischen Zielsetzungen zu erringen.

Nach dem Ende der Krise vermittelte der Zweibund den Eindruck von Geschlossenheit und Stabilität in einem größeren Ausmaß denn jemals zuvor. Für die gesamte kritische Phase der Annexionsproblematik können weder Auflösungstendenzen noch der Versuch eines Bündniswechsels eines der Zweibundpartner festgestellt werden. Wenngleich seitens Deutschlands die

Gefahr eines Bündniswechsels der Monarchie am Beginn der Krise durchaus im Bereich der Möglichkeit bestand. In der deutschen Hauptstadt kursierte hierzu die Befürchtung, dass sich im Falle einer mangelhaften deutschen Unterstützung für die Belange des Zweibundpartners Österreich-Ungarn um eine Verständigung mit den Westmächten bezüglich der offenen Balkanfrage, bemühen könnte. Vor dem Hintergrund der deutschen „Einkreisungsphobie“ dieser Tage erwies sich diese Angst schlußendlich jedoch als völlig unbegründet. Denn so wie Berlin trug auch die politische Führung des Vielvölkerreiches dem Umstand Rechnung, dass die eigenen außenpolitischen Ziele in diesem Zusammenhang nur mit der tatkräftigen Unterstützung des Partners zu realisieren sein würden. Wie sich im Verlauf der Krise dann auch herausgestellt hat, wurde die Möglichkeit eines Bündniswechsels von keiner der beiden Parteien ernsthaft in Erwägung gezogen.

Durch das offensive, über gewisse Phasen sogar demonstrativ kompromißlose außenpolitische Auftreten der Habsburgermonarchie während der Annexionskrise zeichnete sich nicht nur eine deutliche politische Imagekorrektur innerhalb der Grenzen der Monarchie ab, sondern infolgedessen wurde auch eine Revision der grundsätzlichen Einschätzung Österreich-Ungarns unter den europäischen Großmächten spürbar. Galt noch vor der Krise das nach Weltmachtgeltung strebende Deutsche Reich als potentieller Aggressor und Hauptakteur im Streben nach einem Ende des Friedens in Europa, so wurde diese Rolle nach der Beilegung der Krise auch Österreich-Ungarn unterstellt. Innerhalb dieses Zeitraums hatte sich das Image des Zweibunds einer grundlegenden Wandlung unterzogen. Dementsprechend wurden die Fronten zwischen den führenden europäischen Mächten klar und deutlich abgesteckt. Aufgrund des dominanten Vorgehens der Mittelmächte reagierten Frankreich, Großbritannien und Rußland mit der Erweiterung und dem Ausbau ihrer Zusammenarbeit, mit dem Ziel, im Fall weiterer Konfliktszenarien den Zweibundstaaten geschlossen und einmütig entgegentreten zu können.

Als eine direkte Folge der Annexionsereignisse gelang es den Zweibundmächten eine bis dato unbekannte, intensive Basis ihrer Zusammenarbeit zu erreichen. Sowohl in Berlin, als auch in der Hauptstadt des Vielvölkerreiches wiesen alle politischen Zeichen in Richtung einer verstärkten gemeinsamen Präsenz der Mittelmächte auf der politischen Bühne Europas. Nichtsdestotrotz gelang es in der Folge weder dem Deutschen Reich noch Österreich-Ungarn, das durch den Konflikt um Bosnien und die Herzegowina entstandene Mißtrauen der Westmächte zu entkräften, noch die entstandenen Gräben, vor allem gegenüber Rußland, zu überwinden. Der Zweibund ging zwar gestärkt aus der Annexionskrise hervor, er hatte sich parallel dazu allerdings auch in eine Position der Konfrontation manövriert, aus dem nur ein Ausweg zu führen schien.

LITERATUR

PRIMÄRQUELLEN:

- Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871 - 1914, Hg. Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy und Friedrich Thimme, 40 Bände, Berlin 1922 - 1912
- Österreich-Ungarns Außenpolitik von der Bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914. Diplomatische Aktenstücke des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußeren. Ausgewählt von Ludwig Bittner, Alfred Francis Pribram, Heinrich Srbik und Hans Übersberger. 8 Bände, Wien, Leipzig 1930

SEKUNDÄRLITERATUR:

- ADELGASSER FRANZ, Die Aehrenthals. Eine Familie und ihre Korrespondenz 1872 - 1911. Band I (1872 - 18959), Wien, Köln, Weimar 2002
- AFFLERBACH HOLGER, Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg. Wien, Köln, Weimar 2002
- ANGELOW JÜRGEN, Kalkül und Prestige. Der Zweibund am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Köln, Weimar, Wien 2000
- BÜLOW, BERNHARD FÜRST VON, Deutsche Politik. Berlin 1916
- CARLGREN W. M., Iswolsky und Aehrenthal - vor der bosnischen Annexionskrise. Russische und österreich-ungarische Balkanpolitik 1906 - 1908. Uppsala 1955
- ENCYCLOPAEDIA BRITANNICA, Volume 7. Chicago u. a. 1965
- FELLNER FRITZ, Das politische Tagebuch Josef Redlichs. I. Band 1908 - 1914. Graz, Köln 1953
- FRANKENFELD ALFRED, Oesterreichs Spiel mit dem Kriege. Das Verhängnis deutscher Nibelungentreue, Bosnische Krise (1908 - 1909) und Weltkriegsgruppierungen. Dresden 1928
- GRUMPELT WERNER, Die deutsche Politik in der Zeit der Bosnischen Krisis. Dissertation. Altenburg, Thür 1939
- HILDEBRAND KLAUS, Deutsche Außenpolitik 1871 - 1918. München 1989
- KOLM EVELYN, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus. in: Europäische Hochschulschriften, Reihe III - Geschichte und ihre Hilfswissenschaften. Frankfurt am Main u.a., 2001
- KRONENBITTER GÜNTHER, „Krieg im Frieden“. Die Führung der k. u. k. Armee und die Großmachtspolitik Österreich-Ungarns 1906 - 1914, Studien zur Internationalen Geschichte Band 13. München 2003
- MATUZ JOSEF, Das Osmanische Reich. Grundlagen seiner Geschichte. Darmstadt 2006
- MOLDEN BERTHOLD, Alois Graf Aehrenthal. Sechs Jahre äußere Politik Österreich-Ungarns. Stuttgart und Berlin 1917

- ONCKEN HERMANN, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs. Zweiter Band, Leipzig, München, Berlin, 1933
- PANTENBURG ISABEL F., Im Schatten des Zweibundes. Probleme österreichisch-ungarischer Bündnispolitik 1897 - 1908. Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs, Band 86. Wien, Köln, Weimar 1996
- REGELE OSKAR, Feldmarschall Conrad. Auftrag und Erfüllung 1906 - 1918. Wien, München 1955
- SCHÖLLGEN GREGOR, Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage 1871 - 1914. München 1984
- SKRIVAN ALES, Schwierige Partner. Deutschland und Österreich-Ungarn in der europäischen Politik der Jahre 1906 - 1914. Hamburg 1999
- SOMOGYI ÉVA, Aehrenthals Reformbestrebungen 1906 - 1907, in: Österreichische Osthefte - Jahrgang 30, Wien 1988
- SPICKERNAGEL WILHELM, Fürst Bülow. Hamburg 1921
- SUNDHAUSSEN HOLM, Geschichte Serbiens. 19.- 21. Jahrhundert. Wien, Köln, Weimar 2007
- UEBERSBERGER HANS, Österreich zwischen Russland und Serbien. Zur Südslawischen Frage und der Entstehung des Ersten Weltkrieges. Köln - Graz 1958
- URBANSKI VON OSTRYMIECZ, AUGUST, Conrad von Hötzendorf - Soldat und Mensch. Graz, Leipzig, Wien 1938
- VALENTIN VEIT, Deutschlands Außenpolitik. Von Bismarks Abgang bis zum Ende des Weltkrieges. Berlin 1921
- WINZEN PETER, Bernhard Fürst von Bülow. Weltmachtstrategie ohne Fortune - Wegbereiter der großen Katastrophe. Göttingen, Zürich 2003

ABSTRACT:

Diese Arbeit widmet sich einem der letzten großen außenpolitischen Erfolge der multi-ethnischen Habsburgermonarchie, die diese im Rahmen einer sich abzeichnenden polarisierenden Mächtekonstellation innerhalb der führenden Staaten Europas mit der Unterstützung des Deutschen Reiches, am Vorabend des 1. Welt Krieges, erringen konnte. Im Mittelpunkt der Analyse steht dabei die Beziehung, bzw. die Zusammenarbeit der Zweibundpartner während der „heißen“ Phase der Annexionskrise. Den Schwerpunkt der diesbezüglichen Ausführungen, die vor allem im dritten Kapitel eingehend behandelt werden, bildet daher die Untersuchung der korrelativen Bemühungen auf diplomatischer Ebene; Frankreich, Großbritannien und Rußland einerseits und den Mittelmächten andererseits. Das außenpolitische Spektrum der Konfliktparteien bewegt sich hierbei in einem Bogen zwischen militärstrategischen Überlegungen, irredentistischen Forderungen und den Vorbereitungen zu einem österreichisch-serbischen Waffengang.

Auf der Basis der wissenschaftlichen Methode des Vergleichs besteht ein wesentlicher Bestandteil dieser Arbeit darin Hintergründe, Wechselwirkungen und Zusammenhänge aufzuzeigen. Das erste Kapitel beschreibt hierzu jene machtpolitischen Grundlagen und außenpolitischen Konzepte, die nicht unwesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Daneben werden an dieser Stelle auch die maßgeblichen Strategien, Pläne, Motive und Zielvorstellungen der jeweiligen politischen Hauptakteure Österreich-Ungarns und des Deutschen Reiches, etwa von der Jahrhundertwende an, behandelt. Desweiteren wird in diesem Kapitel über den diametralen Gegensatz zwischen hegemonial Ambitionen und realpolitischen Zwängen informiert.

Das zweite Kapitel widmet sich den Fragen, bzw. der unmittelbaren Situation am Balkan vor dem Ausbruch der Annexionskrise. Neben dem unübersehbar großen Interessen der europäischen Mächte um Macht und Einfluß in dieser Region, stehen die politischen und ökonomischen Ziele der k. u. k. Monarchie im Zentrum der Analyse. Für das Vielvölkerreich präsentierte sich der Balkan als „das strategische Hoffungsgebiet“, das es galt, durch eine weitreichende Modernisierung der Infrastruktur, rasch und effizient in das restliche Staatsgefüge zu integrieren.

Die dieser Arbeit zugrundeliegenden Entwicklungen, Ereignisse, Wirkungen und Zusammenhänge bilden einen wichtigen Eckpfeiler der europäischen Geschichte auf dem Weg in die erste große, weltweite Militärkonfrontation des 21. Jahrhunderts. Die Bosnienkrise von 1908 - 1909 kommt zwar nicht dezidiert als Auslöser des 1. Welt Krieges in Frage, trotz allem trug sie allemal den Keim zukünftiger Umwälzungen in sich.

MEIN LEBENSLAUF:

KURT KONRAD PERLIN, GEBOREN AM 4. NOVEMBER 1961 IN WIEN

- 1968 - 1972 Volksschule in Wien
- 1972 - 1977 Unterstufe Bundesgymnasium in Wien
- 1977 - Ausbildungsbeginn im Lehrberuf „Kürschner“
- 1980 - Lehrabschlußprüfung für das Handwerk „Kürschner“
- 1984 - Meisterprüfung für das Handwerk „Kürschner“,

Übernahme des väterlichen Betriebs, seit dieser Zeit selbständig tätig

- 1999 - Ausbildung zum Internet-Designer
- 2004 - Berufsreifeprüfung
- 2004 - 2008 Studium der Geschicht an der Uni Wien

